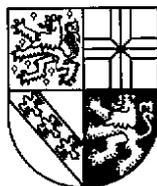


Landtag des Saarlandes

11. Wahlperiode



Pl. 11/73
25. 8. 99

73. Sitzung

am 25. August 1999, 9.00 Uhr,
im Gebäude des Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 9.02 Uhr
Ende 20.50 Uhr

(Die Sitzung wird von 12.42 Uhr bis 14.02 Uhr unterbrochen.)

PRÄSIDIUM:

Landtagspräsident K a s p e r (SPD)
Erster Vizepräsident L e y (CDU)
Zweite Vizepräsidentin H o l l i n g e r (SPD)
Erster Schriftführer P o r t z (SPD)
Zweite Schriftführerin S t e i t z (CDU)
Dritter Schriftführer Dr. P o l l a k (B 90/Grüne)

REGIERUNG:

Ministerpräsident K l i m m t (SPD)
Minister des Innern L ä p p l e (SPD)
Ministerin für Wirtschaft und Finanzen K r a j e w s k i
Minister der Justiz Dr. W a l t e r
Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft W i t t l i n g
Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales
W a c k e r n a g e l - J a c o b s
Minister für Umwelt, Energie und Verkehr M a a s

	Seite		Seite
Geburtstagsglückwünsche	3967	4. Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Eingliederungsmöglichkeiten für Soldaten auf Zeit der Bundeswehr in den öffentlichen Dienst (Drucksache 11/2096)	4002
Begrüßung einer Zuhörergruppe	3967	Abg. P r e s s e r zur Begründung	4002
Mitteilung des Präsidenten betreffend Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	3967	Abg. S c h m i t t (SPD)	4003
Änderung der Tagesordnung	3967	Zurücknahme des Antrages	4003
I. Verpflichtung eines Abgeordneten	3967	5. Beschlußfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Saarland mobil (Drucksache 11/2066)	4003
Abgabe einer Regierungserklärung „Strukturwandel im Saarland“	3967	6. Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Neuorganisation des ÖPNV im Saarland – Vorteile und Erleichterungen für die Fahrgäste schaffen (Drucksache 11/2068)	4003
Ministerpräsident K l i m m t	3967	8. Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend moderne Verkehrsinfrastrukturen (Drucksache 11/2073)	4003
Abg. M ü l l e r (CDU)	3976	Abg. G i l l o (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 11/2066	4003
Abg. Dr. T a b i l l i o n (SPD)	3985	Abg. F e i b e l (CDU) zur Begründung der Anträge Drucksachen 11/2068 und 11/2073	4006
Abg. U l r i c h (B 90/Grüne)	3989	Minister M a a s	4009
Unterbrechung der Sitzung	3992	Abg. S e i l n e r (CDU)	4012
Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung	3992	Abstimmung über den Antrag Drucksache 11/2066, Annahme des Antrages	4013
Ministerin K r a j e w s k i	3992	Abstimmung über den Antrag Drucksache 11/2068, Ablehnung des Antrages	4013
Abg. F e i b e l (CDU)	3996	Abstimmung über den Antrag Drucksache 11/2073, Ablehnung des Antrages	4013
2. Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Saarlandes (Drucksache 11/2071)	3997	7. Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Abschaffung des kostenlosen sogenannten Wuermeling-Passes (Drucksache 11/2072)	4013
(Erste Lesung: 72. Sitz. v. 23. Juni 1999)		Abg. S c h ä f e r (CDU) zur Begründung	4013
Abg. Dr. B a u e r (CDU), Berichterstatter	3997	Abg. L a n g (SPD)	4014
Abg. G e i s e n (SPD)	3998	Minister M a a s	4016
Abg. Dr. B a u e r (CDU)	3999	Abg. S c h ä f e r (CDU)	4017
Abg. U l r i c h (B 90/Grüne)	4000	Abg. G i l l o (SPD)	4018
Abg. Dr. B a u e r (CDU)	4001	Abstimmung, Annahme des Antrages	4018
Abstimmung, Annahme in Zweiter Lesung	4002	9. Beschlußfassung über den vom Ausschuß für Eingaben eingebrachten Antrag betreffend Beschlüsse zu Petitionen (Übersicht Nr. 17) (Drucksache 11/2095)	4018
Fristverkürzung	4002	Abstimmung, Annahme des Antrages	4018
Dritte Lesung des Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Saarlandes (Drucksache 11/2071)	4002		
Namentliche Abstimmung, Annahme in Dritter Lesung	4002		
3. Zweite Lesung des Gesetzes über die Zustimmung zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Meß- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts (Drucksache 11/2064)	4002		
(Erste Lesung: 72. Sitz. vom 23. Juni 1999)	4002		
Abg. L a n g (SPD), Berichterstatter	4002		
Abstimmung, endgültige Annahme in Zweiter Lesung	4002		

	Seite	Es wird vorgeschlagen, Punkt 1 – Verpflichtung eines Abgeordneten – vor der Abgabe einer Regierungserklärung zu behandeln. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.
10. Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses „Zeithammer“ (Drucksache 11/2097)	4018	
Abg. Vogtel (CDU), Berichterstatter	4018	Es wird vorgeschlagen, die Beratung der Punkte 5, 8 und 6 – darauf haben sich die Fraktionen verständigt – gemeinsam durchzuführen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.
Abg. Feibel (CDU)	4021	
Abg. Schmitt (SPD)	4023	Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:
Abg. Vogtel (CDU)	4026	
11. Aussprache über die bisherigen Ergebnisse des Untersuchungsausschusses „Studierendenwohnheime“	4028	Verpflichtung eines Abgeordneten.
Abg. Schlegel-Friedrich (CDU)	4028	Der Abgeordnete Herr Erwin Volz ist am 11. August 1999 aus dem Landtag des Saarlandes ausgeschieden. Der Landeswahlleiter hat am 6. August 1999 mitgeteilt, daß für den ausgeschiedenen Abgeordneten Erwin Volz gemäß § 40 des Landtagswahlgesetzes Herr Horst Hornberger aus Bexbach als Listennachfolger auf dem Kreiswahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Wahlkreis Neunkirchen in den Landtag des Saarlandes eintritt. Herr Horst Hornberger hat das Mandat am 3. August 1999 angenommen.
Abg. Gillo (SPD)	4031	
Minister Wittling	4033	
Abg. Schoenen (CDU)	4034	Der Wahlprüfungsausschuß hat das Nachrücken von Herrn Hornberger in seiner Sitzung am 16. August dieses Jahres geprüft. Es wurden keine Einwendungen erhoben. Erhebt sich gegen die Feststellung des Landeswahlleiters und des Wahlprüfungsausschusses Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.
Minister Wittling	4035	
Abg. Feibel (CDU)	4035	Ich bitte Sie, Herr Hornberger, zu mir heraufzukommen. Ich begrüße den neuen Kollegen in unserer Mitte und bitte die Mitglieder des Hauses und die Zuhörer, sich zur Verpflichtung des Abgeordneten von ihren Plätzen zu erheben.
Abg. Schreier (CDU)	4036	
Abg. Hans (CDU)	4037	
Abg. Gillo (SPD)	4037	
Vizepräsident Ley zum Ende der Legislaturperiode	4038	
Anlage (Namentliche Abstimmung zu Punkt 2 der Tagesordnung)	4039	(Die Abgeordneten und die Zuhörer erheben sich von ihren Plätzen.)

Präsident Kasper:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich eröffne die 73. Landtagsitzung und begrüße Sie alle sehr herzlich.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich einige Geburtstagsglückwünsche, wie es üblich ist hier im Landtag, aussprechen. Frau Abgeordnete Isolde Ries ist am 24. Juni 43 Jahre alt geworden. Herr Abgeordneter Peter Gillo ist am 28. Juni 42 Jahre alt geworden. Herr Abgeordneter Leo Stefan Schmitt ist am 8. Juli 47 Jahre alt geworden. Frau Abgeordnete Karin Lawall ist am 16. Juli 50 Jahre alt geworden. Frau Abgeordnete Irmtraud Engeldinger ist am 20. Juli ebenfalls 50 Jahre alt geworden. Frau Abgeordnete Anita Girst ist am 25. Juli 55 Jahre alt geworden. Herr Vizepräsident Hans Ley ist am 31. Juli 45 Jahre alt geworden. Herr Ministerpräsident Reinhard Klimmt ist am 16. August 57 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall des Hauses.)

Im Rahmen der Einführung von Gruppen in die Parlamentsarbeit nehmen heute Schülerinnen und Schüler der Klassen 10 b und 10 d des Hochwaldgymnasiums in Wadern unter Leitung von Herrn Lehrer Matthias Wolbers an der Sitzung teil. Herzlich willkommen hier im Landtag.

(Beifall des Hauses.)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner 73. Sitzung für heute, 9.00 Uhr, einberufen und für diese Sitzung die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt.

Abg. Hornberger (SPD):

Vielen Dank.

(Beifall des Hauses.)

Präsident Kasper:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat mit Schreiben vom 17. August mitgeteilt, daß er beabsichtige, in der heutigen Landtagssitzung vor Eintritt in die Tagesordnung eine Regierungserklärung zu dem Thema „Strukturwandel im Saarland“ abzugeben. Ich erteile das Wort zur

Abgabe einer Regierungserklärung zu dem Thema „Strukturwandel im Saarland“

Herrn Ministerpräsidenten Reinhard Klimmt.

Ministerpräsident Klimmt:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir treten heute zum ersten Mal nach der Sommerpause wieder zusammen. Es ist zugleich die letzte Landtagssitzung vor der Landtagswahl, bei der die saarländischen Wählerinnen und Wähler entscheiden werden, wie die politische Zukunft unseres Landes aussehen wird und wie die Kräfteverteilung in diesem Hause von ihnen definiert wird.

Ich möchte diese Stunde für eine strukturpolitische Standortbestimmung nutzen. Ich will klarstellen, wo wir als Saarländer heute stehen und welche Chancen wir uns gemeinsam erarbeitet haben, um im Standortwettbewerb des kommenden 21. Jahrhunderts erfolgreich zu sein. Ich halte dies für notwendig. Denn so manches

(Ministerpräsident Klimmt)

Bild, das in der letzten Zeit aus vordergründigen Motiven entworfen worden ist, gleicht eher einem Schreckgespenst, das aber die Wirklichkeit unseres Landes verfehlt und nicht umschreibt.

(Beifall bei der SPD.)

Die Wahrheit ist: Das Saarland kann sich heute im föderativen Vergleich wieder sehen lassen. Es ist ein Land, das seine historisch bedingten Strukturprobleme in den Griff bekommen hat. Es ist ein Land, das sich inzwischen auf der Überholspur befindet.

(Abg. Müller (CDU): Oh je!)

Meine Damen und Herren von der CDU-Opposition, natürlich ist es Ihre Aufgabe, die Regierung zu kritisieren, sonst hätten Sie Ihre Funktion verfehlt. Wofür ich aber kein Verständnis habe, ist, daß Sie unser Saarland als veraltetes Land darstellen und damit gleichzeitig die Lebensleistung der Menschen, der Beschäftigten hier in unserem Lande herabsetzen.

(Beifall bei der SPD.)

Denn das, was in den letzten fünfzehn Jahren hier bei uns geschaffen wurde, ist ja nicht nur das Ergebnis der Regierungsarbeit. Es ist das Ergebnis der Arbeit aller Saarländerinnen und Saarländer, die mit Tatkraft und Engagement unser Land nach vorne gebracht haben. Aufgrund der katastrophalen Verschuldungskrise stand unser Land als Ganzes Mitte der achtziger Jahre vor der Aufgabe, den Abwärtstrend umzukehren und mit nicht gerade üppigen Mitteln und Möglichkeiten einen neuen Aufschwung einzuleiten. Es war keine leichte Zeit, sie hat uns allen große Opfer abverlangt. Doch der Weg hat sich gelohnt. Die Erfolge werden zunehmend sichtbar. Wir sind aus dem Tal heraus, und ich empfinde es persönlich als hochmütig gegenüber dem Fleiß und gegenüber dem Arbeitswillen unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, wenn dieses Erreichte herabgesetzt und schlechtgeredet wird.

(Beifall bei der SPD.)

Die Erfolge unserer Strukturpolitik sind ablesbar, sie schlagen sich nieder in den Beschäftigungszahlen und dem steigenden Bruttoinlandsprodukt. Seit Beginn der Teilentschuldung 1994 hat das Saarland seine Wirtschaftskraft erheblich steigern können. Besonders deutlich wird dies bei einem Vergleich der Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts je Einwohner. Danach hat sich im Saarland zwischen 1994 und 1998 die Wirtschaftskraft um 9,9 Prozent, also fast auf den Kopf zehn Prozent, erhöht, während auf Bundesebene (West) nur ein Zuwachs von 7,6 Prozent erreicht wurde. Das Saarland befindet sich damit auf dem dritten Platz aller elf alten Bundesländer vor Hamburg, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Schleswig-Holstein und Berlin. Das ist eine beachtliche Leistung, die 1984, am Ende der CDU/FDP-Regierung hier im Lande, noch nicht einmal die kühnsten Optimisten erwartet haben.

(Beifall bei der SPD.)

Dabei darf nicht vergessen werden, daß wir in den zurückliegenden Jahren zu strikter Haushaltsdisziplin gezwungen waren und beträchtliche Produktionseinbußen im Steinkohlebergbau haben hinnehmen müssen. Ohne die Arbeitsplatzverluste im Bergbau und die Pendlerüberschüsse aus Lothringen und Rheinland-Pfalz sähe zum Beispiel unsere Beschäftigungsbilanz noch viel besser aus. Sie ist aber auch so imponierend genug: Allein im letzten Jahr konnten 7.800 neue Stellen in unserem Land geschaffen werden. Bei der Zunahme der Erwerbstätigen lag das Saarland 1998 mit 0,9 Prozent, also wieder fast auf den Kopf genau einem Prozent, an der Spitze aller Bundesländer. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten hatten wir zum Stichtag 30.9.1998 einen Zuwachs von 1,7 Prozent zu verzeichnen, womit wir ebenfalls im bundesweiten Vergleich vorne liegen.

Diese positive Entwicklung schlägt sich natürlich auch in der Arbeitslosenstatistik nieder. Im Juli 1985 wies das Saarland exakt 53.839 Arbeitslose auf. Im Juli 1999 liegt diese Zahl ganz aktuell

bei 50.037, immer noch viel zu hoch, immer noch etwas, was uns bedrücken muß. Dies bedeutet aber, daß im Saarland die Arbeitslosigkeit in den vergangenen vierzehn Jahren um genau – auch dies wieder auf den Kopf ausgerechnet – 3.802 Arbeitslose bzw. um 7,1 Prozent reduziert worden ist, während sie im gleichen Zeitraum in den alten Bundesländern – wohlgemerkt in den alten, nicht in den neuen, die dazugekommen sind – um 21,2 Prozent gestiegen ist. Wir haben es also mit einer völlig gegenläufigen Entwicklung zu tun.

Während wir Arbeitslosigkeit abbauen können – nicht in dem notwendigen und ausreichenden Maße, wie wir es uns gewünscht hätten, das will ich gar nicht bestreiten –, ist in den alten Bundesländern, mit denen wir uns zu messen haben, die Arbeitslosigkeit – übrigens in der Regierungsverantwortungszeit von Kohl – in einem enormen Maße gestiegen. Wir haben uns von diesem Trend abkoppeln können und die Arbeitslosigkeit abgebaut. Dies ist das eigentlich wichtige Element. Den Abstand, der einmal 4,1 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt betragen hat, haben wir auf etwa zwei Prozentpunkte reduzieren können. Wir sind auf dem besten Wege, ihn weiter zu reduzieren. Dies ist auch ein Erfolgszeichen saarländischer Politik, das man dann deutlich herausstellen muß und nicht einfach schlechtreden kann.

(Beifall bei der SPD.)

All diese Beschäftigungs- und Wachstumswahlen sind natürlich keine Zufallserfolge. Sie sind vielmehr das Ergebnis einer enormen strukturpolitischen Anstrengung. Bei der Diskussion, die in den letzten Monaten hier geführt wurde, drängte sich mir manchmal der Eindruck auf, als ob der Strukturwandel eine ominöse Größe sei, die man gar nicht bei uns rational und regional erfassen könne, sondern die man nur dann begreifen könne, wenn man mit dem Fernglas nach Bayern schaut. Aber so nebulös, so unerkennbar sind die Dinge nicht. Es gibt klare Kennzahlen, an denen meßbar ist, ob sich ein Strukturwandel vollzieht und mit welcher Dynamik dies geschieht.

Die vier wichtigsten Kennzeichen sind erstens die Zunahme der Dienstleistungen, zweitens die Diversifizierung der Industriestruktur, drittens die zunehmende Bedeutung von Existenzgründungen und mittelständischen Unternehmen sowie viertens die wachsende Technologieorientierung der gesamten Wirtschaft. Auf allen vier Feldern ist unser Saarland nachweisbar ein großes Stück vorgekommen. Und was noch viel wichtiger ist: Die Weichen sind gestellt, damit diese Entwicklung künftig anhält und weitere Früchte tragen kann.

Betrachten wir zunächst die Zunahme der Dienstleistungen. Mit rund zwei Dritteln der Beschäftigten besitzt der Dienstleistungssektor im Saarland inzwischen die gleiche Bedeutung wie im Bundesdurchschnitt. Wir haben hier also aufgeholt, und das bedeutet im Klartext: Der Dienstleistungssektor hat an der Saar in den letzten Jahren eine über dem Bundesdurchschnitt liegende Dynamik entfaltet. Allein in 1998 wurden im tertiären Sektor saarlandweit über 4.000 Arbeitsplätze mehr gezählt als im Vorjahr, davon 3.000 mehr in zukunftsorientierten Wachstumsbranchen wie Softwareentwicklung, Telekommunikation, Wirtschaftsberatung, Call-Center, Tourismus und Gesundheit. Gerade in diesen industrienahen und personenbezogenen Dienstleistungsfeldern ist die Beschäftigungszahl an der Saar zwischen 1993 und 1998 um zwanzig Prozent gestiegen, im Bundesdurchschnitt dagegen nur um zwölf Prozent.

Ich hebe als besonders wichtiges Beispiel die Entwicklung der neuen Informations- und Telekommunikationstechnologien hervor. Sie sind die Basisinnovationen des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts, weil durch sie nicht nur ein eigener Markt mit immensen Wachstumspotentialen entstanden ist, sondern weil sie auch als Querschnittstechnologien in vielen anderen Wirtschaftszweigen innovationsfördernd wirksam sind. Die Landesregierung hat deshalb sehr frühzeitig auf die Telekommunikation als einen strukturpolitischen Schwerpunkt gesetzt, zunächst durch den konsequenten

(Ministerpräsident Klimmt)

Ausbau der Wissenschaftsressourcen an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen und dann, seit 1995, durch die Landesinitiative Telekommunikation.

Durch Projekte wie „electronic commerce“ und das Telearbeitskompetenzzentrum am Deutschen Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz, aber auch durch finanzielle Förderungen unterstützen wir unsere heimischen Unternehmen beim Einstieg in die IuK-Technologien. Schon jetzt haben wir eine große Zahl von Ansiedlungserfolgen auf diesem wichtigen Wachstumsmarkt zu verzeichnen. Ich verweise hier auf die Leitinvestitionen der letzten Jahre von Online-Dienstleistern wie AOL Bertelsmann, Debitel, das Telebanking-Center der Sparda-Banken, die Cosmos-Versicherungen sowie ganz aktuell Press-Labo und den Geschäftskundenservice der Deutschen Post. In den letzten Jahren wurden im Saarland mehr als 20 Call-Center angesiedelt, die mehr als 2.000 Saarländerinnen und Saarländern Arbeit bieten; die Tendenz ist steigend. Man kann deshalb mit Fug und Recht behaupten: Auch in diesem Bereich ist das Saarland zu einer ersten Adresse in Deutschland geworden.

(Beifall bei der SPD.)

Dies war auch nicht einfach. Ich muß mich hier ausdrücklich bei unserem Arbeitsministerium bedanken, das die notwendige Flexibilität aufgebracht hat, um die entsprechenden Vorbedingungen für solche Arbeitsplätze bei uns zu schaffen. Es ist in der Tat so, daß dort rund um die Uhr gearbeitet wird einschließlich der Feiertage und daß dort die Telefone keine einzige Minute stillstehen. Dazu mußten dann entsprechend flexible Verordnungen erlassen werden. Wir haben dies getan, weil wir gewußt haben, daß wir damit einem wichtigen Wirtschaftszweig bei uns die notwendigen Entwicklungschancen eröffnen.

Zunehmend größere Bedeutung gewinnt auch der Tourismus. Durch die von uns seit 1985 getätigten Strukturinvestitionen in diesem Bereich von mehr als hundert Millionen Mark ist diese Expansion nicht nur beschleunigt worden, sie hat sich vor allem auch arbeitsmarktpolitisch positiv ausgewirkt. Mit zirka 20.000 Beschäftigten inklusive der Saison- und Aushilfskräfte ist der Tourismus zu einem wichtigen Arbeitgeber in unserem Land geworden. Er ist eine Zukunftsbranche, für die auch ich mich eingesetzt habe und weiterhin einsetzen werde. Wir stünden heute nicht da, wo wir sind, wenn wir die Dinge nicht durch eine zielbewußte Politik organisatorisch nach vorne gebracht hätten. Mit der Tourismus-Zentrale Saar haben wir eine Plattform geschaffen, die die innere Koordination des touristischen Angebots ebenso fördert wie ein einheitliches Marketing nach außen.

Tourismus und Telekommunikation – zwei der großen drei Ts, von denen die Wirtschaftsministerin immer wieder spricht, die Technologie kommt dazu – sind wichtige Beispiele für das Wachstum neuer Wirtschaftsfelder. Dies gilt ebenso für den Medienbereich, insbesondere für das im nächsten Jahr bezugsfertige Medienzentrum auf den Saarbrücker Saarterrassen, wo Hunderte von neuen Arbeitsplätzen entstehen werden. Der Trend zu mehr und neuer Beschäftigung ist mit Händen zu greifen. Das bestätigt auch eine aktuelle wissenschaftliche Studie der Universität des Saarlandes von Professor Dr. Joachim Zentes, die sich mit der Entwicklung und den Chancen des Dienstleistungssektors im Saarland befaßt. Diese Studie hält in den nächsten fünf Jahren einen Zuwachs von bis zu 34.000 neuen, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für möglich, vor allem in der Informations- und Kommunikationswirtschaft, aber auch in der Medizin-, Umwelt- und Energietechnik sowie im Tourismus und im Gesundheitswesen.

Nach der Zentes-Studie liegen wir mit unserer Struktur- und Wirtschaftspolitik also auf dem richtigen Kurs. Wir befinden uns mitten auf dem Weg zu einem modernen, technologieorientierten Dienstleistungsstandort. Das heißt natürlich nicht, daß wir deshalb die Bedeutung unserer heimischen Industrien künftig geringer veranschlagen oder gar vernachlässigen würden. Ich halte gar nichts davon, Industrie und Dienstleistungen in einem antagonistischen

Spannungsverhältnis zueinander zu begreifen. Ein zukunftsfähiger Wirtschaftsstandort braucht beides und zeichnet sich gerade dadurch aus, daß Produktion auf der einen Seite und Dienstleistung auf der anderen Seite optimal aufeinander abgestimmt sind und einander ergänzen.

(Beifall bei der SPD.)

Auch die saarländische Industrie befindet sich in einem dynamischen Strukturwandel. Neue Wachstumsbranchen sind entstanden. Insbesondere der Maschinenbau, der Straßenfahrzeugbau und die Bereiche der Kunststoffverarbeitung und Metallverarbeitung haben ihr Strukturgewicht in den letzten Jahren erhöht, und sie haben vor allem, das ist wichtig, auch neue Arbeitsplätze geschaffen. Für mich ist es eins der ganz frappierenden Signale gewesen, daß wir bei der Zunahme der Beschäftigung, die wir im letzten Jahr erreicht haben, gleichzeitig wiederum, was an sich in der Tendenz unüblich ist, einen Anstieg im industriellen Bereich, im verarbeitenden Gewerbe gehabt haben, obwohl wir im Bereich des dazu zählenden Bergbaus weiter Abschläge bei der Beschäftigung haben hinnehmen müssen.

Das beste Beispiel für diese wachstumsstarken Industriebranchen ist der Automobilssektor. Das Saarland hat sich inzwischen zu einem technologisch führenden, leistungsstarken Automobilstandort entwickelt. Das Auto des Jahres, der Ford Focus, kommt aus Saarlouis, hergestellt in einem der produktivsten Automobilwerke weltweit. Auch unsere Zulieferindustrie braucht keinen Vergleich zu scheuen. Natürlich ist es richtig, daß die Ansiedlung noch in der Vorgängerzeit erfolgt ist. Aber richtig ist auch, als es darum ging, den Wettbewerb zwischen den verschiedenen Standorten in Europa so zu gestalten, daß das Werk in Saarlouis eine dauerhafte Zukunftschance bekommt, haben wir mit dem gradlinigen und dem finanziellen Engagement von seiten der Landesregierung für den Zuliefererpark oder Supplierspark, wie er von den Experten genannt wird, dafür gesorgt, daß Ford nun wirklich der modernste Standort in Europa und eines der modernsten Automobilwerke überhaupt ist. Das ist sicherlich der Leistung und der Arbeit dieser Landesregierung zu verdanken, und das sollte man dann auch entsprechend sagen.

(Beifall bei der SPD.)

Der jüngste Ansiedlungserfolg, die Ansiedlung der TDS Essers im Saarweller Industriepark, fügt sich in diesen Aufwärtstrend ein – mit dem Ergebnis, daß allein im Automobilssektor mit 40.000 der Beschäftigten heute weit mehr Menschen Arbeit finden als im gesamten Montanbereich.

(Zurufe von der CDU.)

Das mag Ihnen weh tun, aber ich habe die Großzügigkeit, zu sagen, daß in diesem Bereich die Grundlegung vorher erfolgt ist. Das Entscheidende, was ich für mich und für unsere Regierung in Anspruch nehme, ist jedoch, daß wir diese Dinge gezielt weiterentwickelt haben und daraus erst einmal einen richtigen Schuh gemacht haben, der momentan dazu beiträgt, daß wir tatsächlich den Strukturwandel nicht nur hin zu Dienstleistungen geschafft haben, sondern im industriellen Bereich selber diesen Strukturwandel hinbekommen haben. Das bedeutet, daß wir eben nicht nur in der Frage etwa einer Wissens- und Kommunikationsgesellschaft der Zukunft vorangekommen sind, sondern daß wir auch, genau wissend, daß selbstverständlich auch in Zukunft industrielle Tätigkeit gebraucht wird, wenn auch nicht mehr in dem Umfang, wie das bis dato der Fall war, diesen Bereich pflegen. Das ist ein ganz zentrales Merkmal der Veränderung des Strukturwandels hier bei uns im Lande.

(Beifall bei der SPD.)

Wie weit das gegangen ist, zeigt, daß die Saarwirtschaft, noch vor 25 Jahren von der Montanindustrie dominiert, inzwischen weniger als 5 Prozent der Beschäftigten im Kohle- und Stahlbereich hat. Weniger als 5 Prozent der Beschäftigten bei Kohle und Stahl!

(Ministerpräsident Klimmt)

Niemand kann da sagen, wir setzten ausschließlich auf den Montansektor, wenn es um die Zukunft der saarländischen Wirtschaft geht. Es sind 95 Prozent in anderen Bereichen, 5 Prozent im Sektor von Kohle und Stahl. Das waren gewaltige Anpassungen, die verkraftet werden mußten. Es ist deshalb ein Hohn für die Betroffenen, wenn heute manchmal der Eindruck erweckt wird, unser Land halte verzweifelt am Alten fest und tue selbst zu wenig dafür, um sich zukunftsfähig zu erneuern.

(Beifall bei der SPD.)

Und noch etwas muß gesagt werden: Die Bergbautechnologie, die wir im Land erhalten wollen, ist keine Auslauftechnologie, sondern ein wichtiger Zukunftsmarkt von morgen. Dies hat erst jüngst wieder eine Studie der Europäischen Union zur Bedeutung der Kohle für die Befriedigung des steigenden Energiebedarfs im 21. Jahrhundert bekräftigt. Weltweit werden in den nächsten 25 Jahren 4.000 Milliarden Dollar, also 4 Billionen Dollar, in den Bau und die Ausrüstung von Bergwerken investiert werden. Das betrifft nicht nur die Bergwerkstechnik als solche, sondern auch die Kraftwerks- und Kokereitechnik bis hin zu Umweltschutz, Logistik und Handel. Unsere saarländische Bergbauzulieferindustrie ist für die Erschließung dieses riesigen Marktpotentials gut gerüstet. Bergbau-Know-how aus dem Saarland hat auf den Weltmärkten einen guten Namen. Aber das kann und wird nur dann so bleiben, wenn wir den Steinkohlebergbau insgesamt lebensfähig erhalten. Wir denken deshalb hier über den Tag und über das Jahr 2005 hinaus.

(Beifall bei der SPD.)

Umstrukturierung heißt nicht einfach nur Neues zu schaffen auf Teufel komm raus, es bedeutet auch, am Vorhandenen zu arbeiten und die Wirtschaft als Ganzes zusammenzuhalten. Es bedeutet, daß wir gewachsene Strukturen und technologische Kompetenzen nicht vorschnell über Bord werfen, sondern sie neu ausrichten auf das Marktpotential und die Exportchancen der Zukunft. Ich sage hier nochmals deutlich: Ich setze mich dafür ein, daß Kohle und Stahl fester Bestandteil in unserer saarländischen Wirtschaft bleiben. Kohle und Stahl haben unser Land nicht nur in der Vergangenheit geprägt, sie haben auch für uns in unserer Zukunft große Bedeutung. Sie sind High-Tech-Branchen.

Wir betreiben keine Strukturpolitik, die nur auf den augenblicklichen Erfolg schießt und alles andere links und rechts liegen läßt. Das wäre sozial unausgewogen und wirtschaftlich verfehlt. Wir treten statt dessen für eine wirtschaftliche Vielfalt ein, und in diese Vielfalt gehören Kohle und Stahl wie selbstverständlich auch in der Zukunft mit hinein.

(Beifall bei der SPD.)

Das muß deutlich sein in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD.)

Alle Strukturdaten zeigen, daß die saarländische Wirtschaft heute auf einem wesentlich breiteren und solideren Fundament steht, als dies noch vor 10 oder 15 Jahren der Fall war. Das betrifft nicht nur die Zunahme der Dienstleistungen und das Wachstum neuer Industriebranchen, es schlägt sich ebenso in einer deutlich spürbaren Verbreiterung der mittelständischen Wirtschaftsbasis nieder. Zwischen Juni 1990 und Juni 1998 sind in kleinen und mittleren Unternehmen 16.000 Arbeitsplätze zusätzlich entstanden, vor allem in Dienstleistungsunternehmen und in Handwerksbetrieben. Jedes Jahr hat das Handwerk im Schnitt etwa 1.000 Beschäftigte zusätzlich einstellen können. Das hat dazu geführt, daß drei von vier Beschäftigten mittlerweile bereits in kleinen und mittleren Unternehmen arbeiten. Das sind 10 Prozent mehr als 1987.

Also auch die Verbreiterung der Grundlage unserer Wirtschaft hat hier eine ausgesprochen positive Entwicklung genommen. Es ist ein weiteres Zeichen für einen erfolgreichen Strukturwandel, innerhalb dessen sich gerade der Mittelstand immer mehr als Motor für

Wachstum und Beschäftigung erweist. Das habe ich auch hier im Hause nicht alleine von uns, sondern von allen Parteien immer wieder als Forderung und als Zukunftsmodell vorgetragen gehört.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich all jenen danken, die durch ihre unternehmerische Initiative und durch ihre qualifizierte Arbeit für diesen Aufschwung gesorgt haben. Beides gehört zusammen, die Initiative der Unternehmen und gleichzeitig qualifizierte Arbeit.

(Beifall bei der SPD.)

Natürlich haben wir diese Entwicklung auch von seiten der Landesregierung weiter zu unterstützen und zu fördern versucht. 1999 können kleine und mittlere Unternehmen in unserem Lande von einem Fördervolumen von rund 170 Millionen DM profitieren. Das ist eine Steigerung zum Vorjahr von 7,75 Prozent. Der Anteil des Saarlandes an den Fördermitteln, die in allen alten Bundesländern für den Mittelstand ausgegeben werden, liegt damit über dem Durchschnitt.

Jeder Existenzgründer schafft bereits beim Firmenstart durchschnittlich drei neue Arbeitsplätze. Im siebten Jahr sind dies bei geförderten Betrieben acht Arbeitsplätze, wobei vor allem junge, technologieorientierte Unternehmen im Saarland ein starkes und im Vergleich zur Bundesentwicklung überdurchschnittliches Wachstum aufweisen. Wir sehen hier eine große Chance für unser Land; und wir haben deshalb gerade auf diesem Feld ein differenziertes strukturpolitisches Maßnahmenpaket geschnürt, um die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen zu verbessern und ein günstiges Klima für selbständiges unternehmerisches Tätigwerden zu schaffen.

(Beifall bei der SPD.)

Dazu gehört die Gründungsinitiative Saar, die wir 1996 gemeinsam mit Partnern der Kammern, der Wirtschaft und der Banken ins Leben gerufen haben. Es gehört dazu das Starterzentrum an der Universität des Saarlandes, das Unternehmensgründungen aus den Hochschulen heraus erleichtert und als Modellprojekt inzwischen Vorbildcharakter auch für andere Bundesländer gefunden hat. Ich nenne als letztes die neue Wagnisfinanzierungsgesellschaft, die durch die Bereitstellung von Wagniskapital jungen, technologieorientierten Unternehmen die Umsetzung von Innovationen ermöglicht.

All dies zusammen, meine Damen und Herren, hat dazu geführt, daß sich das Gründungsklima in unserem Lande spürbar verbessert hat. Nach einer aktuellen Auswertung des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn hat das Saarland von 1997 auf 1998 seine Selbständigenquote von 9,1 Prozent auf 9,4 Prozent gesteigert und damit, was die Selbständigenquote angeht, mit Baden-Württemberg gleichgezogen. Wer hätte das eigentlich gedacht, wenn man weiß, in welcher Art und Weise die Diskussion um die Entwicklung der Wirtschaft bei uns im Lande immer geführt wird?

Auch die Inanspruchnahme von Existenzgründungskrediten der Deutschen Ausgleichsbank und des Landes hat sich im Zeitraum von 1995 bis 1998 mehr als vervierfacht; sie ist von 29 Millionen DM auf 125 Millionen DM gestiegen. Nach den Statistiken der Deutschen Ausgleichsbank liegt das Saarland bei der Inanspruchnahme von Existenzgründungskrediten im Jahr 1998 an der Spitze aller Bundesländer. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Zusagen um 31,5 Prozent, die bewilligten Mittel um 57 Prozent erhöht. Diese positive Tendenz hat sich im laufenden Jahr fortgesetzt. So nahmen die Kreditbewilligungen aus den Existenzgründungs- und Festigungsprogrammen im Zeitraum von Januar bis Juli 99 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 94 Prozent zu. Das ist der Punkt: Unser Saarland ist zu einem Gründerland geworden. Und dann läßt uns das doch aussprechen.

(Beifall bei der SPD.)

(Ministerpräsident Klimmt)

Die entscheidende Antriebsfeder für Innovation und Strukturwandel sind Forschungs- und Technologiepolitik. Seit 1985 haben wir konsequent auf diese Karte gesetzt und quasi aus dem Nichts eine imponierende Forschungs- und Technologielandschaft aufgebaut, um die uns viele andere Bundesländer beneiden.

Als Forschungs- und Technologiestandort ist unser Land inzwischen hervorragend ausgestattet und fit für die Zukunft. Forschungseinrichtungen wie das Max-Planck-Institut für Informatik, das Institut für Neue Materialien, das Deutsche Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz und das Fraunhofer Institut für Biomedizinische Forschung bezeugen dies. Sie besitzen weltweit großes Renommee und haben unser Land zu einer internationalen Adresse gemacht. An der bewährten Grundaussrichtung unserer Forschungspolitik, auf wirtschaftsnahe Querschnittstechnologien zu setzen, halten wir fest und müssen wir weiterhin festhalten. Es ist deshalb nur selbstverständlich, daß wir auch die Biotechnologie auf Grund ihres großen Innovations- und Anwendungspotentials in die Technologiepolitik mit einbeziehen. Das hätte man - und diese Kritik ist berechtigt - auch schon etwas früher tun sollen. Aber mit der Landesinitiative Biotech Saar sind wir jetzt dabei, gezielt Forschungsstrategien zu fördern, die Marktchancen haben. Und darum geht es: die Forschung, die Innovation, all das, was wir an Wissenschaft einsetzen, in erster Linie dazu zu verwenden, um den Strukturwandel bei uns hier im Lande zu begleiten und voranzubringen.

(Beifall bei der SPD.)

Insofern sind der Science-Park, der neu eingerichtet worden ist, und das, was wir an weiteren Technologietransfereinrichtungen haben, wie die vielen Gründer- und Technologiezentren in Saarbrücken, Püttlingen, St. Ingbert, St. Wendel, Sulzbach und Völklingen sowie alles, was etwa die ZPT gemacht hat, wichtige Elemente, um auf diese Weise bei uns einen Forschungsbereich zu entwickeln. Denn da liegt natürlich auch, was die Arbeitsmarktlage angeht, ein großes Potential. Wir sind in den Forschungsarbeitsplätzen immer noch nicht so weit, wie wir es gerne hätten. Es gibt Länder, wie etwa Baden-Württemberg - das muß man ohne jeden Neid konzedieren -, die eben zweistellige Zahlen im F- und E-Bereich haben, wenn es um Arbeitsplätze geht. Wir werden auf dem Weg weitermachen, um weiter aufzuholen, denn dort sind die eigentlichen Zukunftschancen in noch stärkerem Maße voranzubringen, als es jetzt der Fall ist.

(Beifall bei der SPD.)

Das Saarland hat sich technologisch und wirtschaftlich nach vorne gearbeitet. Der Strukturwandel in unserem Land ist nicht nur über den kritischen Punkt hinweg, er hat auch an Fahrt aufgenommen. Wir sind stolz auf diesen wirtschaftlichen und technologischen Erfolg; aber wir sagen zugleich, er ist uns kein Selbstzweck. Unsere Politik des Strukturwandels ist eine Politik für die Menschen und damit eine Politik, die einem ganzheitlichen Ansatz folgt. Wir lehnen es ab, eine Modernisierungspolitik zu betreiben, die auf Kosten der sozial Schwachen, die auf Kosten der Umwelt oder auf Kosten der nachfolgenden Generationen geht. Wir bekennen uns zum Wert der sozialen Gerechtigkeit, und wir stehen vor allem ein für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land.

(Beifall bei der SPD.)

Das sind keine leeren, schönen Worte. Es ist uns gelungen, den Strukturwandel nicht nur wirtschaftlich erfolgreich, sondern auch ohne soziale Brüche zu gestalten. Durch zähe Verhandlungen haben wir die Existenz unseres heimischen Bergbaus bis zum Jahr 2005 gesichert, und wir arbeiten mit großer Entschlossenheit daran, den Bergleuten und unseren mittelständischen Zulieferindustrien in diesem Bereich eine gute Perspektive auch über das Jahr 2005 hinaus zu erhalten. Über diese Frage gab es jahrzehntelang einen Konsens der politischen Kräfte hier im Land. Es ist deshalb sehr bedauerlich, meine Damen und Herren von der CDU, daß Sie im Frühjahr diesen gemeinsamen Pfad verlassen und die Bergleute brüskiert haben. Ich meine und bin sicher: Wer öffentlich dafür

plädiert, den Bergbau im Saarland auslaufen zu lassen, schadet den Interessen unseres Landes.

(Beifall bei der SPD.)

Denn jedem muß doch klar sein: Wir bewegen uns heute schon mit dem Beschäftigungsabbau bei den saarländischen Gruben an der Grenze des Möglichen. Würde der Beschäftigungsabbau weiter beschleunigt, wie Sie es zu fordern den Eindruck erwecken, hätte dies nicht nur nachteilige Rückwirkungen auf die übrige wirtschaftliche Dynamik, da der Bergbau noch immer ein wichtiger Nachfragefaktor ist.

(Zuruf von der CDU.)

Ja, Sie müssen sich da entscheiden, was Sie wollen. Wenn Sie einmal sagen, die Mittel für den Bergbau sollten eingesetzt werden für irgendwas anderes, dann bedeutet das, daß man die Mittel bis zum Jahr 2005, die für den Bergbau zur Verfügung stehen, kürzen müßte. Und das würde bedeuten, daß der Abbau, den wir dort hinnehmen müssen, unter unverträglichen Bedingungen stattfinden würde. Wenn Sie sagen, daß Sie zum Kohlekompromiß stehen und den Abbau bis 2005 so flankieren wollen, wie es vereinbart worden ist im Kohlekompromiß, dann stehen Ihnen bis zum Jahre 2005 in der Alternative keine Mittel zur Verfügung. Und wenn Sie dann den Eindruck erwecken, man könnte die Mittel anders verwenden, dann ist das ein Taschenspielertrick, denn es geht nur das eine oder das andere.

(Beifall bei der SPD.)

Würde der Beschäftigungsabbau weiter beschleunigt, hätte dies nicht nur nachteilige Rückwirkungen auf die übrige wirtschaftliche Dynamik, da der Bergbau noch immer ein wichtiger Nachfragefaktor ist; vor allem wäre ein sozialverträglicher Abbau der Arbeitsplätze im Bergbau gar nicht mehr möglich. Das ist sozial unverantwortbar und obendrein auch finanzpolitisch falsch. Nach einer aktuellen Untersuchung der renommierten Prognos AG bringt eine stärkere Beihilfenkürzung im Bergbau auch aus volkswirtschaftlicher Sicht keine Einsparungen. Der von uns beschrittene Weg einer gleitenden Anpassung ist danach billiger, als es ein Sturzflug wäre - von dessen verheerenden sozialen Auswirkungen einmal ganz abgesehen. Das sind Argumente, die von der Bundesregierung geteilt werden, und ich freue mich darüber, daß sich Bundeswirtschaftsminister Müller vor einigen Tagen für einen lebensfähigen Saarbergbau ausgesprochen und eine Anschlußregelung für die Zeit nach 2005 zugesagt hat.

(Beifall bei der SPD.)

Ich bin auch dankbar dafür, daß am letzten Montag, als das SPD-Präsidium hier in Saarbrücken getagt hat, noch einmal eindeutig bestätigt wurde, daß es nicht darum geht, für die Kohle ein Auslaufmodell zu finden. Vielmehr hat das Präsidium der SPD, zu dem ja auch der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gehört, erklärt, es wolle eine Anschlußregelung nach dem Jahr 2005, um einen lebendigen Bergbau an der Ruhr und an der Saar auch für die Zukunft zu erhalten.

(Beifall bei der SPD.)

Die Fortschritte, die das Saarland bei der Rückführung der Arbeitslosigkeit erzielt hat, habe ich eingangs schon erwähnt. Natürlich geben wir uns damit nicht zufrieden. Vielmehr werden wir weiterhin alles daransetzen, um durch eine große gemeinschaftliche Anstrengung unseres Landes für mehr Beschäftigung zu sorgen. Der organisierte Sozialdialog ist ein wichtiges Merkmal der politischen Kultur des Saarlandes, das wir weiter hochhalten werden. Die Saar-Gemeinschaftsinitiative war ja nicht nur ein Vorbild für das Bonner Bündnis für Arbeit; sie ist und bleibt auch für das Saarland der richtige Weg, um in der Arbeitsmarktpolitik voranzukommen. Die 7.300 neu entstandenen Arbeitsplätze im letzten Jahr sind uns hierfür Bestätigung und Ermutigung zugleich. Wir werden uns deshalb auch künftig an dem Ziel orientieren, im Rahmen des Bündnisses für Arbeit Saar pro Jahr mindestens 5.000

(Ministerpräsident Klimmt)

neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ich möchte hier all denen ausdrücklich danken, die sich in den letzten Jahren an dieser Saar-Gemeinschaftsinitiative beteiligt haben und auf diese Art und Weise die Kräfte haben bündeln können, die man in bestimmten Sektoren immer wieder bündeln muß, wenn man zum Erfolg kommen will.

Wenn ich eben gesagt habe, 7.800 Arbeitsplätze im letzten Jahr, sind es im Saldo – wenn man die 1.800 weggefallenen abzieht – 6.000. Aber auch das ist eine beachtliche Zahl. Ich glaube, daß wir es, wenn wir uns darüber streiten, welches Ziel an neuen und zusätzlichen Arbeitsplätzen wir für die nächste Zeit für unser Land ins Auge fassen, nur so definieren können: Wir müssen die größtmögliche Zahl neuer Arbeitsplätze erreichen. Egal ob sich jemand 5.000 oder 6.000 zum Ziel setzt, entscheidend ist, was man nachher praktisch erreicht. Unser Ziel muß es sein, in der Größenordnung, die wir im vergangenen Jahr erreicht haben, auch in den zukünftigen Jahren neue und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, also nicht nur Ersatzarbeitsplätze für die, die verlorengehen, sondern auch weitere, die wir dynamisch in eine Zukunftsentwicklung unserer Region einbringen wollen und einbringen müssen.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist der soziale Zusammenhalt, der das Saarland so lebens- und lebenswert macht. Unser heutiger und künftiger Wohlstand hängt nicht nur von technologischer Vorreiterschaft ab, er hängt auch vom sozialen Frieden ab. Wo immer wir diese soziale Qualität nicht ausreichend berücksichtigt sehen – ob in der Balance der Steuerpolitik oder zum Beispiel auch in der Rentenfrage –, werden wir vom Saarland aus weiterhin unsere Stimme erheben.

Solidarität bedeutet aber auch Solidarität mit den nachfolgenden Generationen. Hier ist heute vor allem die Umwelt-, aber auch die Finanzpolitik gefordert. Für unsere Politik ergab und ergibt sich daraus folgende Devise: Nur ein umweltgerecht gestalteter Strukturwandel ist auch ein moderner Strukturwandel. Zur Zukunftsfähigkeit gehört das Gebot der Nachhaltigkeit, dem wir in der Landesplanung, im Naturschutz und vor allem in der Energiewirtschaft Rechnung tragen. Seit Jahren steuert unsere Politik darauf hin, neue Strukturen einer modernen Energielandschaft zu schaffen. Dazu gehört die Weiterentwicklung der Kraftwerkstechniken, bei der unserem Land eine anerkannte Vorreiterrolle zukommt. Dazu gehören der Ausbau der Fernwärmeversorgung und die Entwicklung dezentraler Erzeugungs- und Verteilsysteme, die wir durch unser seit Jahren sehr erfolgreiches Zukunftsenergieprogramm unterstützen. Und natürlich setzen wir auch weiterhin auf die Nutzung erneuerbarer Energieträger, die eigentlichen Zukunftsenergien für die vielen späteren Generationen, die nach uns kommen werden. Wir halten an unserem Ziel fest, eine Brücke ins Solarzeitalter zu bauen.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn es um die ökologische Weiterentwicklung geht, um energiesparende Systeme, erwähne ich auch die Saarbahn, die trotz anfänglich massiver Kritik von seiten der Opposition inzwischen bereits zu einer saarländischen Erfolgsgeschichte geworden ist. Auf Anhieb acht Millionen Fahrgäste im ersten vollen Betriebsjahr 1998, das ist eine Zahl, die uns nicht nur für den Weiterbau der Saarbahn den Rücken stärkt, sondern die wir auch als Bestätigung für die von uns betriebene Förderung eines attraktiven und zugleich umweltgerechten Nahverkehrs werten.

(Beifall bei der SPD.)

Wirkliche Zukunftsgestaltung, meine Damen und Herren, ist nur möglich, wenn die betreffende Politik langfristig angelegt ist, wenn es zu keinen Brüchen kommt und wenn die Politik auch finanzpolitisch tragfähig ist. Die saarländische Landesregierung steht für eine sparsame Haushaltspolitik. Der Bund und die anderen Länder haben bei vielen Gelegenheiten unsere Konsolidierungserfolge anerkannt. Ich habe zwar in der einen oder anderen Frage Palaver mit Herrn Eichel, aber er hat ausdrücklich gesagt,

daß ihm für das, was er sich im Bund vorgenommen hat, die Konsolidierungsleistung des Saarlandes ein Vorbild ist. Wir haben Maßstäbe gesetzt bei der Begrenzung des Ausgabenzuwachses; wir haben die Zinslast zurückgeführt und die Investitionskraft unseres Landes wieder gestärkt. Ohne die Hilfen des Bundes wäre dies nicht möglich gewesen. Aber es war auch das Ergebnis unserer politischen Anstrengungen, daß unser Land diese Finanzhilfen überhaupt bekommen hat. Schon die erste Teilentschuldung 1994 mußten wir gegen die Bedenken der Opposition vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erkämpfen. Und es ist ein großer Erfolg für das Saarland, daß sich der Bund in Anerkennung unseres Sparkurses in diesem Jahr verpflichtet hat, weitere fünf Milliarden DM für die Teilentschuldung unseres Haushalts zu leisten.

(Beifall bei der SPD.)

Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich für die Unterstützung bedanken, die die CDU im Bundestag geleistet hat und die einen einstimmigen Bundestagsbeschluß ermöglicht hat, und auch für die Unterstützung der unionsregierten Länder im Bundesrat. Auch dort ist das Vorhaben einstimmig verabschiedet worden. Es war sicherlich nicht nur die Kraft unserer Argumente, die wir vorgetragen haben, sondern auch eine flankierende Unterstützung, die aus diesem Land gekommen ist. Dafür noch einmal einen herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD.)

Wir wissen: Modernisierung und Strukturwandel müssen auf verlässlichen Füßen stehen. Deshalb werden wir den Kurs der Haushaltskonsolidierung fortsetzen. Wir werden im kommenden Jahr aus den Zinsersparnissen der Teilentschuldung 200 Millionen DM für wirtschaftskraftstärkende Maßnahmen ausgeben, aber wir werden ebenso strikt darauf achten, daß das Ziel der Haushaltsanierung nicht gefährdet wird. Wir sind auf einem guten Weg. Und wenn wir bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und beim Wirtschaftswachstum weiter so gut vorankommen wie in den beiden letzten Jahren, werden wir die zweifellos noch vorhandenen Probleme des Landes bis 2005 bewältigt haben. Dann wird es wieder neue Probleme geben; dann werden wir uns wieder an die Arbeit machen müssen. Aber es zeigt eben, daß die Bewältigung der Probleme, die zu bewältigen wir uns vorgenommen haben, erfolgreich gewesen ist. Die künftige Problembewältigung setzt jedoch voraus, daß wir jetzt Kurs halten und daß wir uns erfolgreich gegen die Angriffe unionsgeführter Länder wie zum Beispiel Bayern wehren, die den Länderfinanzausgleich zu unserem Nachteil verändern wollen. Wir werden das nicht zulassen. Wir werden jedem Angriff auf die Selbständigkeit unseres Landes energisch entgegentreten und uns dafür einsetzen, daß die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen gerecht und zukunftsorientiert gestaltet werden.

(Beifall bei der SPD.)

Das schließt selbstverständlich eine Weiterentwicklung nach dem Auslaufen der jetzigen Finanzausgleichsperiode nicht aus; alle Systeme, alle Ansätze müssen von Zeit zu Zeit angepaßt werden.

Die beste Lebensform für unser Land – das haben wir aus der Geschichte gelernt – ist die föderale Eigenständigkeit. Noch nie ist es uns politisch so gut gegangen wie in dieser Struktur. Mit unserer Haushaltspolitik schaffen wir für diese Eigenständigkeit auch eine Grundlage.

Ein wichtiges Merkmal sehe ich auch in einer effizienten und bürgernah arbeitenden Verwaltung. Daß wir unseren Service für die Bürgerinnen und Bürger verbessern, zugleich aber auch für mehr Zufriedenheit und Motivation unter den Beschäftigten sorgen, ist ein ganz entscheidendes Projekt. Wir werden deshalb den Modernisierungsprozeß in unserer Verwaltung in den kommenden Jahren zügig vorantreiben, nicht nur um die Leistungsfähigkeit des Staates zu erhöhen, sondern auch weil wir wissen, daß im Ansiedlungswettbewerb leistungsfähige, flexible und vor allen Dingen kundenorientierte Verwaltungen ein wichtiger Standortfaktor sind,

(Ministerpräsident Klimmt)

neben der Tatsache, daß man uns mittlerweile nicht nur in der Bundesrepublik lobt als ein Land der kurzen Wege, wo man zu schnellen und kompetenten Entscheidungen kommt.

(Beifall bei der SPD.)

Den Strukturwandel gestalten, das heißt für uns, einen breit angelegten politischen Ansatz verfolgen. Es bedeutet für uns aber auch, langfristig zu denken und in die Köpfe der Menschen, vor allem unserer Kinder, investieren. In der sich entwickelnden Wissensgesellschaft ist das sogenannte Humankapital – ein für mich immer etwas schillernder Begriff – der wichtigste Produktionsfaktor. Forschung und Qualifikation bestimmen zunehmend die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Politisch gesprochen heißt das: Bildungs-, Forschungs- und Qualifizierungspolitik sind die Herzstücke einer nachhaltigen Strukturpolitik.

(Beifall bei der SPD.)

In unserer Bildungspolitik sind wir mutig neue Wege gegangen. Wir haben unserem Land eine moderne Schulstruktur gegeben, die bundesweit Beachtung findet. Die erweiterte Realschule ist erfolgreich gestartet und wird von den Eltern und Schülern gut angenommen. Mit ihr und der inzwischen ausgebauten Gesamtschule wurde neben dem Gymnasium ein Schulangebot geschaffen, das in jeder saarländischen Gemeinde den Erwerb des Hauptschulabschlusses, des mittleren Bildungsabschlusses und des Zugangs zur gymnasialen Oberstufe ermöglicht. Daß unsere Schulen leistungsfeindlich seien, ist eine Legende. Der hohe schulische Qualitätsstandard unseres Landes ist gerade vor wenigen Monaten durch eine bundesweite Vergleichsstudie belegt worden. Richtig ist allerdings auch, daß wir ein ausschließlich leistungsfixiertes Einzelkämpfertum ablehnen, daß wir unsere Kinder auch zu Selbstständigkeit, sozialem Verantwortungssinn und Teamgeist erziehen wollen, weil dies Tugenden sind, die auch in der modernen Berufs- und Arbeitswelt immer stärker in den Vordergrund rücken.

(Beifall bei der SPD.)

Natürlich müssen wir auch die Lerninhalte den neuen Herausforderungen anpassen. Ich bin froh, daß alle saarländischen Gymnasien einen Zugang zum Internet haben; denn wir müssen die Beherrschung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken auf breiter Grundlage voranbringen. Ich verweise ebenso auf unsere Maßnahmen zur Erhöhung der fremdsprachlichen Kompetenz, auf die verpflichtende Einführung des Französischen im dritten Schuljahr und auf die Vielzahl der bilingualen Unterrichtsmodelle, die wir an weiterführenden Schulen erproben. Als Beispiel nenne ich den erstmals in diesem Schuljahr in Saarlouis angebotenen Bildungsgang AbiBac, der sowohl zur deutschen allgemeinen Hochschulreife, dem Abitur – deshalb das Kürzel Abi –, als auch zum französischen Baccalaureat – deshalb das Kürzel Bac – führt und damit die Richtung vorgibt, wie wir das Bildungssystem in unserer Region entwickeln wollen.

Wir sind uns aber bewußt, daß über die Qualität unserer Schulen zu allererst das Können und die Motivation unserer Lehrerinnen und Lehrer entscheiden. Wir werden deshalb auch hier weitere Verbesserungen vornehmen, einmal durch die Schaffung zusätzlicher Lehrerstellen, zum anderen durch eine praxisnähere Ausbildung, wie wir sie im neuen Lehrerbildungsgesetz bereits festgeschrieben haben.

Daß der schulische Abschluß heute nicht mehr automatisch zu Studium und Beruf führt, daß es in Deutschland vielmehr Engpässe in der beruflichen Erstausbildung gibt, ist bekannt. Wir haben aber große Anstrengungen unternommen, um die Ausbildungsstellensituation zu verbessern. Nach den vorliegenden Daten des Berufsbildungsberichts 1999 gab es im Saarland zum Stichtag 30.09.98 8.486 neu abgeschlossene Ausbildungsverträge. Das waren 880 mehr als im Vorjahr, eine Steigerung um ungefähr 11,6 Prozent. Das Saarland hat damit im zweiten Jahr hintereinander den Spitzenplatz unter den westlichen Bundesländern erreicht. Auch die Zahlen, die wir bisher für das Jahr 1999 greifbar haben,

geben Anlaß zur Zuversicht. Bis August 1999 wurden bei der Industrie- und Handelskammer wie bei der Handwerkskammer insgesamt 4.770 neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse gemeldet. Das sind 700 mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Gewürdigt werden muß hier vor allem das gute Zusammenwirken zwischen Wirtschaft, Sozialpartnern und auch der Politik. Alle am Ausbildungsgeschehen Beteiligten haben sich durch Kampagnen und Maßnahmen besonders engagiert. Ich nenne dazu die Landesprogramme „Job fit“, „Ausbildung jetzt“ und „Jugend-Arbeit-Zukunft“, die nicht allein an der positiven Ausbildungsplatzbilanz zu messen sind, sondern die das Klima für Partnerschaft und Dialog deutlich verbessert haben. Sowohl bei der Förderung neuer Berufsbilder als auch bei der Zusammenarbeit zwischen beruflichen Schulen und Ausbildungsbetrieben werden hier inzwischen neue, vielversprechende Wege beschritten.

Ich habe mich auch an einer kleinen Aktion beteiligt, in der das Ausbildungszentrum in Burbach per Telefon Ausbildungsplätze gesucht hat. Ich glaube, wir müssen jeden Weg gehen, um eine soziale Grundfrage unserer Gesellschaft zu bewältigen: Es geht nicht nur um die wirtschaftlichen Chancen, die sich aus einer gut ausgebildeten Jugend, einer guten Berufsbildung ergeben. Das Entscheidende ist, daß sich erst mit einer guten beruflichen Ausbildung Lebenschancen für die jungen Menschen eröffnen. Wir wollen, daß sie in der Lage sind, sich mit dieser Ausbildung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ihres aktiven Lebens auf den Arbeitsmärkten zu behaupten, daß sie individuelle Chancen haben.

(Beifall bei der SPD.)

Mein Bestreben ist es, allen Jugendlichen unter zwanzig Jahren eine Beschäftigungsmöglichkeit zu garantieren. Wir haben das schon weitgehend erreicht, und wir werden in unseren Anstrengungen nicht locker lassen, bis wir dieses Ziel erreicht haben.

(Beifall bei der SPD.)

Ausbildung und Qualifizierung sind heute ein immer wichtiger werdender Standortfaktor. Die gestiegene Ansiedlungsattraktivität beruht zu einem wesentlichen Teil auf den hier vorhandenen, gut ausgebildeten Arbeitskräften. Sie beruht aber mindestens in ebenso starkem Maße auf unserem hochkarätigen Forschungspotential, das längst zum eigentlichen Motor des Strukturwandels geworden ist. Das gilt für unsere Forschungsinstitute, die durch das von ihnen produzierte Know-how eine Reihe von Produkt- und Prozeßinnovationen in der saarländischen Wirtschaft ermöglicht haben. Es gilt ebenso für unsere Universitäten, die Führungskräfte und Existenzgründer von morgen ausbilden und dabei selbst einem immer härteren Konkurrenzwettkampf ausgesetzt sind.

Mit der Strukturreform unserer Universität und der begleitenden Novellierung des Hochschulrechtes sind die Weichen in die Zukunft gestellt. Dazu gehört erstens die Neugliederung der Universität in transdisziplinär ausgerichtete Fachbereiche, die Bildung von Kompetenzzentren und der Ausbau des Europaschwerpunktes. Dazu gehören zweitens effizienzsteigernde Maßnahmen wie das Prinzip der leistungsorientierten Finanzierung, die Zunahme der Eigenverantwortung und die Einbeziehung externen Sachverständigen im neu geschaffenen Universitätsrat. Drittens setzen wir auch im Hinblick auf die Studienstruktur reformerische Impulse. Ich meine hier nicht nur die neuen Regelungen zur Verbesserung und Qualitätssicherung in der Lehre. Ich meine damit auch die Entwicklung neuer Studieninhalte und neuer Abschlüsse, die darauf ausgerichtet sind, die Anforderungen des Arbeitsmarktes stärker zu berücksichtigen und das Studium internationaler zu gestalten.

Unsere Universitätsreform zielt ab auf die langfristige Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Sie ist getragen von der Erkenntnis, daß künftig keine einzelne Universität mehr in der Lage sein wird, auf allen Wissenschaftsgebieten international führende Leistungen zu erbringen. Zukunftsgewandtes Handeln bedeutet hier deshalb, einerseits die vorhandenen Schwerpunkte un-

(Ministerpräsident Klimmt)

serer Landesuniversität zu stärken, andererseits, als notwendige Ergänzung dazu, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbaruniversitäten unserer Region auszubauen und voranzutreiben.

Das Verwaltungsabkommen zwischen Saarland und Rheinland-Pfalz, das am 1. Juli dieses Jahres unterzeichnet wurde, stellt auf diesem Weg eine wissenschaftspolitische Pioniertat dar. Es schafft nicht nur die rechtlichen Voraussetzungen für eine wirkliche Arbeitsteilung der beteiligten Hochschulen. Es bietet auch die Grundlage zur Einrichtung einer Hochschulregionalkommission, in der zukünftig auch die Universitäten der anderen Teilregionen ihren Platz finden sollen. Wir können hier anknüpfen an eine jahrzehntelange Tradition der transnationalen Hochschulpolitik, die zwischen dem Saarland und Lothringen bekanntlich früh eingesetzt hat. Wir setzen dabei aber auch auf den Entwicklungsprozeß der neuen Deutsch-Französischen Hochschule, die eine enorme Aufwertung des Hochschulstandortes Saar bedeutet und von der wir uns zusätzliche Impulse für die Ausweitung der wissenschaftlichen Kooperation in unserer Region versprechen.

Man muß sich das noch einmal vor Augen führen: Die Universität in Nancy, die Universität in Metz, die ersten beginnenden Hochschulkeime in Luxemburg, die Universität in Trier, in Kaiserslautern und unsere Hochschule – wenn man das zusammenzählt, dann gibt es in einem Bereich, der etwa dreieinhalb Millionen Menschen umfaßt, Hochschulen mit mehr als 100.000 Studierenden. Wenn wir es schaffen, diese Kraft zu bündeln, aufeinander abzustimmen und nicht immer nur im Wettbewerb im Sinne von Konkurrenz stehen, sondern Wettbewerb im Sinne von Leistungssteigerung und Koordination sehen, wer will dann zukünftig, wenn wir das richtig hinbekommen, mit einer so gut ausgestatteten Region noch mithalten? Also das ist eine ganz wesentliche Zukunftsperspektive für uns und unser Land.

(Beifall bei der SPD.)

Unsere Wissenschaftspolitik ist klar profiliert, sie ist strukturpolitisch wirksam in einem doppelten Sinne. Sie stärkt zum einen die technologische Basis unserer Wirtschaft, und sie schafft zum anderen die Voraussetzungen für die Bildung neuer, grenzüberschreitender Strukturen. Nur wer europäisch denkt, bringt unser Land nach vorne. Die Politik der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist ein genauso wichtiges Element saarländischer Zukunftsgestaltung wie die Modernisierung unserer Wirtschaft. Gerade die Verknüpfung von beiden ist es, die dem Strukturwandel Richtung gibt und ihm zusätzliche Dynamik verleiht. In den zurückliegenden fünfzehn Jahren haben wir dem Begriff Saar-Lor-Lux so viel Leben eingehaucht, daß er zu einem weithin anerkannten Symbol für das wachsende Europa werden konnte. Saar-Lor-Lux gilt heute als Vorreiter, als europäische Modellregion. Wir in der Region sind die ersten, die mit dem Saar-Lor-Lux-Gipfel ein grenzüberschreitendes Entscheidungsorgan auf höchster regionaler Ebene geschaffen haben.

Für mich persönlich hatte die Saar-Lor-Lux-Integration von Anfang an eine ganz zentrale Bedeutung. Ich freue mich deshalb darüber, daß ich meinen Beitrag dazu leisten kann, daß die Architektur unserer Großregion auf ein neues, zukunftsfähiges Fundament gestellt wird. Wir haben das auf dem letzten Gipfel, fast kann man sagen im Handstreich, gemacht, indem wir die Bedenken zurückgestellt haben, die sonst immer, auch auf dem Weg nach Europa, geäußert werden und uns sozusagen Steine in den Weg rollen. Wir haben in Zusammenarbeit mit Kurt Beck aus Rheinland-Pfalz und Jean-Claude Juncker gesagt, wir werden, bis die anderen genau wissen, wie sie sich ihre Mitarbeit in dieser zentralen Einrichtung, mit der wir die Zusammenarbeit im Saar-Lor-Lux-Bereich verwaltungsmäßig begleiten wollen, vorstellen können, das einfach selber machen. Ich habe mir das in Luxemburg angeschaut. Wir haben jetzt erst einmal ein provisorisches Domizil, denn wenn wir gewartet hätten, bis das endgültige Domizil fertig ist, hätte das vielleicht noch einmal ein Jahr gedauert.

Ich meine, in dieser Frage dürfen wir keine Zeit verlieren, sondern wir müssen schnell vorangehen und wenn nötig auch einmal den einen oder anderen unkonventionellen Weg einschlagen, um in diesem Bereich voranzukommen.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn heute bereits viele lothringische Arbeitnehmer hier zu uns zur Arbeit kommen, wenn saarländische und lothringische Firmen gemeinsam eine Wirtschaftsdelegationsreise nach Lateinamerika unternehmen, dann sind das nicht nur Einzelercheinungen. Es ist vielmehr ein klarer Hinweis darauf, daß die Idee Saar-Lor-Lux und das Zusammenwachsen der Region Gestalt annimmt.

Unser Land hat durch seine Geschichte einen europäischen Auftrag. Diesen Auftrag, den wir in der Verfassung festgeschrieben haben, nehmen wir ernst. Wir betreten dabei auf vielen Gebieten Neuland, etwa durch das Projekt Eurozone. Vor allem aber gründet unsere Saar-Lor-Lux-Politik in einer festen europäischen Gesamtvorstellung, in der Vision eines Europa der Regionen. Auch das ist wichtig: daß wir Europa begreifen als einen Teil, der lebendig ist in seinen Einzelbereichen, daß die Lebendigkeit von unten erwächst und daß Europa nicht darin hängenbleiben kann, daß eine Bürokratie immer wieder neue Ideen und Verordnungen gebiert, die möglicherweise mit der Realität vor Ort gar nichts zu tun haben. Deshalb ist es wichtig, daß wir auch grenzüberschreitend europäische Regionen schaffen, um aus den nationalen Fesseln herauszukommen. In dieser Region, in der wir leben, ist ein Beispiel dafür gegeben, wie es sich weiterentwickeln kann, wie sich Europa im Interesse der Menschen nach vorne entwickeln kann.

(Beifall bei der SPD.)

Der von mir herausgestellte strukturpolitische Zweiklang Standortinnovation und europäische Kompetenz ist ein Leitmotiv unserer gesamten Politik. Er zeigt sich nicht nur in der Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik. Er findet auch in der Verkehrs- und Tourismuspolitik, ja selbst in der Kulturpolitik seinen Niederschlag. Auch in diesen Politikfeldern leisten wir mit anderen Worten einen Beitrag dazu, sowohl die Standortqualität als auch das europäische Profil unseres Landes zu verbessern.

Verkehrspolitisch haben wir uns frühzeitig dem europäischen Binnenmarkt und seinen Herausforderungen gestellt. Es ist uns gelungen, den grenzüberschreitenden Verkehr nach Lothringen und Luxemburg auszubauen und vor allem für bessere, großräumige Verkehrsverbindungen zu sorgen. Kernstück ist natürlich die neue Hochgeschwindigkeitsverbindung von Paris über Saarbrücken und Mannheim in Richtung Frankfurt und Berlin. Durch den Einsatz moderner Nei-Tech-Züge wird es schon ab Herbst 2000 zu beträchtlichen Fahrzeitgewinnen auf dem Streckenabschnitt Saarbrücken-Mannheim kommen. Und ich wünsche mir, daß es hier anders kommt als bei denjenigen, die wir auf der Nahstrecke eingesetzt haben, die dann nicht so gependelt sind, wie wir uns das vorgestellt haben. Ich glaube aber, daß man aus den technischen Fehlern gelernt hat und daß dann, wenn diese Neigetechnikzüge eingesetzt werden, sie den technischen Ansprüchen und unseren Hoffnungen entsprechen.

Auch ist für uns wichtig, daß die Streckenführung des TGV nach Baudrecourt erfolgt und damit die Fahrzeit zwischen Saarbrücken und Paris auf eine Stunde und fünfzig Minuten verringert wird. Das ist dann ein echter Standortvorteil. Wir wissen, daß für unsere Region nicht nur Berlin Bedeutung haben wird, sondern daß es für uns neben Brüssel auch immer ganz wichtig sein wird, welche Entscheidungen in Paris in den verschiedensten Gebieten auf den verschiedensten Politikbereichen getroffen werden. Wir werden auf diese Art und Weise erreichen können, daß die Zusammenarbeit über die Grenze auch eine Verankerung in den Hauptstädten finden kann.

Auch im Straßenverkehr stehen wir vor einem wichtigen verkehrspolitischen Durchbruch. Der Lückenschluß der A 8, der voraus-

(Ministerpräsident Klimmt)

sichtlich im Jahr 2002 fertiggestellt sein wird, bedeutet eine enorme Verbesserung unserer Infrastruktur, nicht nur für die untere Saar, die nicht nur der saarländischen Wirtschaft zugute kommt, sondern das Zusammenwachsen der Saar-Lor-Lux-Region vorantreiben und beschleunigen wird.

Als wachstumsstarke Dienstleistungsbranche ist der Tourismus – das habe ich bereits ausgeführt – ein wichtiges Element des saarländischen Strukturwandels. Er ist aber nicht nur das: er ist auch ein Imagefaktor, mit dem wir den Strukturwandel nach außen hin darstellen und die Unverwechselbarkeit unseres Landes werbewirksam unterstreichen wollen. Unsere Tourismusstrategie setzt deshalb erstens auf den kulturhistorischen Reichtum des Saarlandes, genauer gesagt auf den reizvollen Kontrast, den die Zeugnisse unserer historischen Industriekultur vor dem Hintergrund des heutigen Lebens inmitten einer unverbrauchten Landschaft bieten. Wir setzen zweitens ganz entscheidend auf den grenzüberschreitenden Tourismus. Das Saarland lebt vom Flair einer Region an zwei Staatsgrenzen in der Mitte Europas. Und deshalb gilt es für uns natürlich, das gesamte touristische Potential in der Saar-Lor-Lux-Region zu bündeln und für unsere Gäste zu erschließen. Bereits im kommenden Jahr werden wir uns beim Saar-Lor-Lux-Gipfel eingehend weiter mit dem Thema Tourismus und Kultur beschäftigen.

Damit bin ich bei der Kulturpolitik angelangt, die als sogenannter weicher Standortfaktor inzwischen ja auch für den ökonomischen Wettbewerb Bedeutung gewinnt. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich trete für eine eigenständige Kulturpolitik ein, für eine Kulturpolitik, die die freie Entfaltung der kulturellen Energien im Land fördert und der saarländischen Identität Ausdruck verleiht. Für mich ist das Saarland ein Land großer kultureller Lebendigkeit, in dem traditionelle Kulturgüter wie unser Vereinswesen genauso fest verankert sind wie das künstlerische Experiment. Die Menschen in unserem Land sind stolz darauf, Saarländer zu sein. Sie kennen ihre Geschichte, sie wissen um das hohe Gut der Eigenständigkeit, und sie pflegen ihr saarländisches Lebensgefühl in den unterschiedlichsten kulturellen Ausdrucksformen, ob wir dabei an Theater und Museen, an Rundfunk und Sport oder an unsere historische Industriekultur denken.

Ich glaube, daß es keine Region in Deutschland gibt, wahrscheinlich auch nicht in anderen Teilen der Welt, mit einer Breitenkultur wie unserer. Ich nenne etwa die Musikvereine; fast 300 sind es alleine, die sich im Bereich der Blasmusik betätigen, es sind hunderte von Chören, die bei uns im Lande singen. Es zählen dazu die Karnevalsvereine und viele andere mehr, die sich im kulturellen Sinne betätigen. Auch das ist ein Bereich, auf den wir stolz sein können. Denn dies bedeutet kulturelle Qualität und bringt gleichzeitig sozialen Zusammenhalt mit sich. Daß wir als Land, obwohl wir ein Grenzland sind, in Fragen der inneren Sicherheit das dritt-sicherste Land in der Bundesrepublik sind, hängt natürlich auch mit dem engen sozialen Zusammenstehen zusammen. Darin hat unser funktionierendes Vereinsleben gerade auch im kulturellen Bereich eine ganz zentrale Bedeutung.

(Beifall bei der SPD.)

Unser Land verfügt über ein qualitativ gutes und breit gefächertes Kulturangebot, das den Vergleich mit anderen, finanziell besser ausgestatteten Flächenstaaten nicht zu scheuen braucht. Unser saarländisches Staatstheater ist bundesweit anerkannt, unsere Museumslandschaft ist durch das Historische Museum und das im Aufbau befindliche Zentrum für Druck- und Buchkultur in Wadgassen maßgeblich bereichert worden. Übrigens haben alle politischen Parteien, auch die CDU über die Unionsstiftung, es ermöglicht, daß dieses Projekt durchgesetzt werden konnte. Unsere Musikhochschule hat durch die 1989 gegründete Hochschule für Bildende Künste ein gleichwertiges Pendant erhalten. All dies war auch unter finanziellen Aspekten ein Kraftakt. Auch das muß einmal gesagt werden. Seit 1985 haben wir den prozentualen Anteil der Ausgaben für Kunst und Kultur verdoppelt, ist der Kultur-etat bei uns stärker gestiegen als in jedem anderen der alten Bundesländer.

Das betrifft nicht nur die klassischen Kulturzweige, es betrifft in zunehmendem Maße auch unsere Industriekultur. Mit dem Weltkulturerbe Völklinger Hütte besitzen wir einen Identitätsfaktor höchsten Ranges und zugleich ein kulturelles Highlight – jetzt im wahrsten Sinne des Wortes, nachdem auch nachts dort beleuchtet wird –, das wir zügig zu einem europaweit ausstrahlenden Zentrum für Industriekultur entwickeln werden. Dazu gehört natürlich auch die regionale Vernetzung unserer Industriekultur mit den industriegeschichtlichen Zeugnissen in Luxemburg und Lothringen – Petite-Rosselle ist ein wichtiges Stichwort dafür –, ein Element der grenzüberschreitenden Politik, genauso wichtig wie der Archäologepark Bliesbruck-Reinheim oder das Saar-Lor-Lux-Hochschulorchester. Das zeigt, daß wir über die Grenze hinweg zusammenarbeiten können, und sowohl beim Musikfestival wie auch bei den Theatertagen ist es so, daß es Spielorte auch jenseits der Grenze gibt. Das macht deutlich, wie sehr wir hier zusammenrücken, wenn es darum geht, kulturelle Aktivitäten in Gang zu setzen.

(Beifall bei der SPD.)

Unsere Kulturpolitik setzt auf Zusammenarbeit und Austausch in der Region. Das gebietet nicht nur der Prozeß der Europäisierung. Wir kehren damit in gewissem Sinne zurück zu unserem kulturellen Erbe. Denn historisch betrachtet bildete der Saar-Lor-Lux-Raum ja schon einmal wirtschaftlich und kulturell eine Einheit. Es geht heute darum, an diese Wurzeln, die bis ins Mittelalter und darüber hinaus zurückreichen, wieder anzuknüpfen und sie von neuem zu beleben.

Identität, meine Damen und Herren, ist nicht etwas, was man sich aussuchen kann. Identität beruht auf Erinnerung, sie ist vorgeprägt durch die Jahrhunderte. Der grenzüberschreitende Gedanke war immer schon ein Kernelement der saarländischen Kultur. Das Saarland hat in seiner Geschichte eine wichtige kulturelle Brückenfunktion zwischen Frankreich und Deutschland erfüllt; eine Brückenfunktion, die bereits im 15. Jahrhundert durch das literarische Wirken der Saarbrücker Gräfin Elisabeth von Lothringen symbolisiert wird; eine Brückenfunktion, deren Tradition wir heute zum Beispiel durch die neue Deutsch-Französische Hochschule fortsetzen. Saarländisch sein bedeutet deshalb auch, grenzüberschreitend zu denken, wobei Grenzüberschreitung natürlich nicht abzielt auf eine europäische Einheitskultur, sondern auf die gegenseitige Befruchtung der verschiedenen Kulturen.

Deswegen habe ich auch bei einer Diskussion widerstanden, als mir jemand, der sehr stark europäisch engagiert ist, sagte, man müsse nun auf Esperanto setzen, um zu ermöglichen, daß die Menschen miteinander korrespondieren können. Nein, ich glaube, gerade in der Sprache stellt sich Kultur dar und in der deutschen Sprache eine unendlich vielfältige Kultur, auf die wir stolz sein können, in der französischen Sprache eine ebenso vielfältige und großartige Kultur, die der unsrigen in gar nichts nachsteht. Beides achten wir damit, indem wir die Sprache der Nachbarn zu lehren und zu lernen versuchen. Daß das nicht immer vollkommen gelingt, ist ein ganz anderes Thema. Aber der wechselseitige Respekt vor den Kulturen und das Gefühl, daß man in der Erlernung und in der Anerkennung des anderen gleichzeitig ein Stückchen reicher wird, ist der Sinn unserer Zusammenarbeit über die Grenze hinweg.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist Teil unserer Identität. Es geht nicht nur um Wirtschaftskraft, um die geht es auch. Aber es geht vor allem um unser Bewußtsein, das ein wichtiges Fundament für unsere Eigenständigkeit ist. Das Saarland ist seit Jahrzehnten ein selbstbewußtes Glied des deutschen Föderalismus. Gemeinsam mit unseren Nachbarn in Lothringen und Luxemburg entwickeln wir uns zugleich immer stärker zu einer attraktiven europäischen Kernregion, geeint in ihrem Wirtschaftspotential, modernisiert in ihren Strukturen und kulturell lebendig durch die Vielzahl der Angebote, die sie zu machen imstande ist. Dieses weiterzuentwickeln, dieses anzuerkennen und gleichzeitig zu wissen, daß wir es nach vorne bringen

(Ministerpräsident Klimmt)

müssen, damit diese Region als europäisches Herzstück leben kann und die Menschen hier, unsere Kinder und deren Kinder und deren Kinder eine lebenswerte Zukunft finden, das ist unsere Aufgabe, und das ist unsere Vision. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender starker Beifall bei der SPD.)

Präsident Kasper:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Herrn Abgeordneten Peter Müller. Herr Abgeordneter Müller hat Redezeitverlängerung beantragt. Dem wird stattgegeben. Sie haben das Wort.

(Beifall bei der CDU.)

Abg. Müller (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ministerpräsident selbst hat zu Beginn seiner Regierungserklärung darauf hingewiesen, daß diese Regierungserklärung eineinhalb Wochen vor der Landtagswahl abgegeben wird. Obwohl die Wahl eineinhalb Wochen vor uns liegt, hat er die Gelegenheit wahrgenommen, eine Regierungserklärung zum Thema Strukturwandel im Saarland vorzutragen. Das ist sicherlich nicht unzulässig, aber es ist ungewöhnlich, es ist kurios. Wenn es in diesem Lande eine überzeugende Strukturpolitik der Landesregierung gegeben hätte, dann hätte es dieser Erklärung nicht bedurft, dann hätte die Politik für sich gesprochen und die wortreiche Erklärung hätte man sich ersparen können.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Deshalb hat diese Regierungserklärung heute eigentlich weniger mit der Politik der Landesregierung zu tun, sondern eher mit dem Versuch, die wahlpolitische Auseinandersetzung, die zur Zeit in unserem Lande stattfindet, auf der parlamentarischen Ebene fortzusetzen. Ich sage aber, das ist ein Versuch am untauglichen Objekt, denn gerade in der Strukturpolitik sind die Defizite der Politik dieser Landesregierung und dieses Ministerpräsidenten offenkundig.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Was haben wir im Rahmen dieser Regierungserklärung gehört? Wir haben viel Ungefähres gehört, viel Selbstverständliches und ein Sammelsurium einzelner Themenfelder und Projekte auf der Basis einer schöngefärbten Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Situation unseres Landes. Es ging munter kreuz und quer, Herr Kollege Gillo: Tourismus, Bergbau, Automobilindustrie, Forschungsinfrastruktur, Existenzgründungen, Energiepolitik. Nur eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, war nicht erkennbar: der rote Faden, das durchgängige Konzept, die in sich geschlossene Strategie, und genau dies ist das Problem der Strukturpolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU.)

Aktionismus in einzelnen Punkten allerdings unter weitgehender Nicht-Beteiligung des Ministerpräsidenten. Herr Ministerpräsident, Sie haben bei Ihrer ersten Regierungserklärung in diesem Hause gesagt: Sie gehen Klinken putzen für dieses Land. Ich frage Sie heute: Welche Klinken haben Sie denn geputzt? Wann und wo waren Sie unterwegs mit saarländischen Unternehmern, um ihnen Absatzmärkte zu erschließen? Welche Ansiedlungen haben Sie in dieses Land geholt? Wenn welche ins Land geholt worden wären von Ihnen, hätten Sie sie sicherlich genannt. Sie haben keine genannt. Sie haben Klinken putzen versprochen. Das war ein löbliches Versprechen, Sie haben das Versprechen leider nicht eingelöst.

(Beifall bei der CDU.)

Ich glaube, das geht nicht in einem Land mit den wirtschaftsstrukturellen Problemen, die das Saarland hat. Da kann man Wirtschaftspolitik nicht anderen überlassen, sondern da muß man Wirt-

schaftspolitik zur Chefsache machen. Jeder saarländische Ministerpräsident muß in erster Linie Wirtschaftspolitiker sein. Jeder CDU-Ministerpräsident in diesem Lande wird sich dieser Aufgabe mit Vorrang stellen.

(Beifall bei der CDU.)

Gelungene Strukturpolitik setzt zwei Dinge voraus, Herr Kollege Gillo: erstens eine ehrliche Analyse der bestehenden Situation und zweitens eine klare Strategie, die gesetzte Prioritäten konsequent in politisches Handeln umsetzt. An beidem fehlt es im Saarland, und zu beidem will ich etwas sagen. Ich beginne mit der Analyse der Situation und mache dazu eine Vorbemerkung.

Selbstverständlich findet im Saarland Strukturwandel statt – wie könnte dies auch anders sein? –, der Strukturwandel geht an diesem Land nicht vorbei. Es gibt überhaupt keinen Grund zu Schwarzmalerei, es gibt aber auch keinen Grund zu Schönfärberei. Notwendig ist eine nüchterne Bestandsaufnahme, denn nur auf der Basis einer sauberen Diagnose wird es möglich sein, eine richtige, eine zutreffende Therapie für dieses Land zu entwickeln.

Was haben wir dazu heute morgen gehört? Was wir heute morgen gehört haben, hat mit nüchterner Bestandsaufnahme wenig zu tun. Es war der Versuch, die Situation schönzureden, von bestehenden Problemen abzulenken, die wirkliche Situation nicht erkennbar werden zu lassen.

Ich beginne bei der Frage der Arbeitslosigkeit. Das Saarland hat nach wie vor die höchste Arbeitslosigkeit aller westlichen Flächenländer in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben mehr als 50.000 Arbeitslose. Ich sage: 50.000 Arbeitslose im Saarland – solange dies die real existierende Situation ist, kann von einem gelungenen Strukturwandel in unserem Land nicht die Rede sein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Ein früherer Ministerpräsident dieses Landes, Herr Lafontaine, hat einmal gesagt: Ein Ministerpräsident, der im Saarland 50.000 Arbeitslose zu vertreten hat, gehört aus dem Amt gejagt. Heute ist Herr Lafontaine nicht mehr im Amt des Ministerpräsidenten, er beschäftigt sich damit, Bücher zu schreiben, er beschäftigt sich mit der Frage, ob das Herz links schlägt. Wenn ich mir die Vorschüsse anschau, die für diese Bücher gezahlt werden, frage ich mich, ob der Titel nicht sein müßte: Das Herz schlägt links, aber die Brieftasche sitzt rechts. Im übrigen taucht Herr Lafontaine in diesem Lande nicht mehr auf. Er wird nicht mehr gezeigt. Selbst beim SPD-Landesparteitag war er nicht zu sehen, der Delegierte Lafontaine erschien nicht. Die saarländische SPD scheint sich für Herrn Lafontaine zu schämen und muß ihn in diesem Wahlkampf verstecken.

(Beifall bei der CDU.)

Richtig ist, daß sich der Abstand der Arbeitslosenquote im Saarland im Vergleich zum Bundesdurchschnitt verringert hat. Richtig ist aber auch, daß der Arbeitsmarkt im Saarland durch Faktoren entlastet wird, die es in dieser Form in anderen Bundesländern nicht gibt. Wir haben eine geringere Frauenerwerbsquote, als dies im Bundesdurchschnitt der Fall ist. Wir haben einen überdurchschnittlichen Anteil an Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit, und wir haben vor allem eine schlechtere Bevölkerungsentwicklung als die übrigen Bundesländer. Wäre im Saarland die Bevölkerung im Durchschnitt gestiegen, würden in diesem Land 50.000 Menschen mehr leben, als hier leben. Was das für die Arbeitslosenquoten bedeutet, kann sich jeder aus dem Lande ausmalen. Insofern sollten wir uns nicht von der passiven Sanierung, die darin besteht, daß junge Menschen dieses Land verlassen müssen, um Brot und Arbeit außerhalb des Saarlandes zu finden, nicht täuschen lassen. Die Arbeitslosigkeit in diesem Land ist viel zu hoch, und die Probleme sind nicht gelöst.

(Beifall bei der CDU.)

(Abg. Müller)

Zweiter Punkt: Wirtschaftswachstum. Da habe ich heute wieder gehört, das Saarland sei auf der Überholspur. Es ist dann etwas verklausuliert gesagt worden, wir hätten ein besseres Wachstum als der Bundesdurchschnitt. Ich habe in diesen Tagen gelesen, das Wirtschaftswachstum in den Jahren 1994 bis 1998 sei im Saarland höher gewesen als in Baden-Württemberg. Wie sind die wirklichen Zahlen? Nach den Zahlen des Statistischen Landesamtes dieses Landes beläuft sich das Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg in den Jahren 1994 bis 1998 auf 17,7 Prozent, das durchschnittliche Wirtschaftswachstum im früheren Bundesgebiet auf 16,1 Prozent und das Wirtschaftswachstum im Saarland auf 14,5 Prozent. Die Behauptung, wir hätten ein höheres Wirtschaftswachstum als Baden-Württemberg, bedeutet also, daß wir behaupten, 14,5 Prozent seien mehr als 17,7 Prozent. Wer Derartiges behauptet, kann entweder nicht rechnen oder er versucht, die Leute zu täuschen; regierungstauglich ist er jedenfalls damit nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU.)

Jetzt wird eingewandt, es gehe nicht um das Wirtschaftswachstum des Landes insgesamt, sondern es gehe um die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf. Da muß man natürlich folgendes sehen. Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf wird nicht nur bestimmt durch die Entwicklung der Wirtschaft, sondern die wird auch bestimmt durch die Entwicklung der Bevölkerung. Wenn das Saarland eine negative Bevölkerungsentwicklung hat, dann wirkt sich das auf das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zwar positiv aus, das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Wirtschaftsentwicklung deutlich schlechter ist. Ich kann doch nicht die Bevölkerungsabnahme zum Vorwand dafür nehmen, von einer besseren Entwicklung der Wirtschaft im Saarland zu reden. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der CDU. – Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Liebe Frau Kollegin Ries, wenn Sie an dieser Stelle gegen meine Feststellungen protestieren, dann glauben Sie vielleicht den Feststellungen des anerkannten Fachmannes im Bereich der Wirtschaftsstatistik Professor Neubauer aus Frankfurt. Der hat im Saarländischen Rundfunk – sicherlich eine unverdächtige Anstalt – auf die Frage, ob man denn das Wirtschaftswachstum nach der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner bestimmen könne, erklärt: Dies ist eine sehr ungewöhnliche Methode, um das Wirtschaftswachstum zwischen zwei Bundesländern zu vergleichen.

Ich zitiere wörtlich: „Das kann sinnvoll sein, wenn man die wirtschaftliche Entwicklung in afrikanischen Staaten über zwanzig Jahre beurteilt. Bei uns ist es aber so, daß die Bevölkerungsschrumpfung im Saarland eben daher kommt, daß Leute abwandern sind, insbesondere solche, die besonders aktiv gewesen sind. In Bayern wandern die zu und in Baden-Württemberg wandern sie zu, so daß es natürlich ungerecht ist zu sagen, wir weisen für die Bundesländer, die eine wachstumsbedingte Zuwanderung haben, entsprechend niedrigere Wachstumsraten aus. Also das ist eine Verzerrung, die sachlogisch durch nichts gerechtfertigt ist.“ So Professor Neubauer, und das spricht für sich.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb kann nun wahrhaft von Überholspur nicht die Rede sein. Wir befinden uns auf der Standspur,

(Abg. Stritter (SPD): Und Sie auf der Geisterbahn)

und wer die Standspur mit der Überholspur verwechselt, lieber Herr Kollege Stritter, der muß ein Geisterfahrer sein.

(Beifall bei der CDU.)

Ich greife ein drittes Stichwort auf. Der Ministerpräsident hat davon gesprochen, das Saarland sei ein Gründerland. Schön, wenn dem so wäre. Ich habe auch gelesen, daß es im Saarland im vergangenen Jahr mehr Neugründungen gegeben haben soll als in allen anderen Bundesländern. Auch hier lohnt es sich, einmal die

Statistik zu Rate zu ziehen, in diesem Fall die Statistik des Statistischen Bundesamtes. Gewerbeanmeldungen im Jahr 1998 in Deutschland: Durchschnitt, gerechnet auf 10.000 Einwohner, 79 Anmeldungen. Gewerbeanmeldungen im Saarland: 68. Es gibt ein einziges Bundesland, das mit 67 noch schlechter liegt als das Saarland, das ist Niedersachsen. Da hat einmal der jetzige Bundeskanzler regiert. Zusammen mit Niedersachsen tragen wir die rote Laterne. Dann zu behaupten, es gäbe mehr Neugründungen als in allen anderen Bundesländern, ist der Versuch, die Bevölkerung hinter Licht zu führen. Mit nüchterner Bestandsaufnahme hat das nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU.)

Es wäre möglich, die Liste fortzusetzen, etwa mit Blick auf die unterdurchschnittliche Selbständigenquote, die das Land immer noch ausweist; etwa mit Blick auf die unterdurchschnittliche Innovationskraft, dokumentiert beispielsweise durch die Zahl der Patentanmeldungen im Verhältnis zur Bevölkerung im Saarland; etwa mit Blick auf die unterdurchschnittliche Investitionsquote.

Ich will nur noch einen Hinweis geben, das ist der Hinweis auf den Anteil der Langzeitarbeitslosen an den Gesamtarbeitslosen. Das sind diejenigen Menschen, die vom Schicksal der Arbeitslosigkeit in einer besonderen Weise betroffen sind, die mehr als ein Jahr arbeitslos sind. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtarbeitslosigkeit liegt im Saarland fünf Prozent über dem Bundesdurchschnitt, 40 Prozent der über 50.000 Arbeitslosen im Saarland sind langzeitarbeitslos, haben seit mehr als einem Jahr keine Arbeit. Und da sage ich Ihnen: Das ist eine unerträgliche Situation! In der Situation nun eine Darstellung zu geben, wonach der Strukturwandel gelungen und die Probleme der Menschen gelöst seien, ist eine Verhöhnung gerade der Langzeitarbeitslosen in unserem Land!

(Beifall bei der CDU.)

Soweit zur Frage der Bestandsaufnahme. Die Frage ist, welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Wie muß eine Strategie des Strukturwandels aussehen, um einen Beitrag zur Lösung der Probleme zu leisten? Ich denke, jede Strategie des Strukturwandels muß gekennzeichnet sein durch eine klare Priorität. Und diese klare Priorität heißt: Vorrang für den Mittelstand, Vorrang für die kleinen und mittleren Unternehmen in Handel, Handwerk, Dienstleistungen und modernen Technologien. Die neuen Arbeitsplätze, die wir in diesem Lande brauchen, werden nicht in den Großunternehmen entstehen, sie werden in den kleinen und mittleren Unternehmen entstehen. Deshalb ist Strategie des Strukturwandels zunächst einmal das klare Bekenntnis zu einer Politik „Vorrang für den Mittelstand“!

(Lebhafter Beifall bei der CDU. – Zuruf des Abgeordneten Lang (SPD).)

Schon heute, Herr Kollege Lang, sichert das Handwerk im Saarland 85.000 Arbeitsplätze. Der Ministerpräsident hat zu Recht darauf hingewiesen, daß der Tourismus über 20.000 Arbeitsplätze im Saarland vorhält. Wenn ich dann sehe, daß in anderen Bereichen die Zahl der Arbeitsplätze konstant zurückgegangen ist, daß im Kohlebereich noch etwa 12.000 Arbeitsplätze vorgehalten werden, daß im Stahlbereich die Zahl der Arbeitsplätze geringer ist, dann sage ich Ihnen, wir dürfen uns nicht weniger um Kohle und Stahl kümmern – ich werde Ihnen dazu meine Position noch sagen –, aber wir müssen uns viel mehr um die mittelständischen Bereiche kümmern, als wir dies in der Vergangenheit getan haben, wenn wir die Strukturprobleme lösen wollen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Was sind die Inhalte einer derartigen Politik des Vorrangs für den Mittelstand? Ich will dazu ein paar Stichworte sagen. Erstes Stichwort Standortaufwertung. Wir brauchen ein Standortaufwertungsprogramm, um die Standortqualität des Saarlandes aufzuwerten. Sie ist auch durch landesspezifische Regelungen und Nachteile

(Abg. Müller)

zur Zeit nicht so, wie sie sein müßte, um in der Konkurrenz mit anderen Bundesländern, aber auch in der Konkurrenz mit den Nachbarregionen in Frankreich und Luxemburg überstehen zu können. Standortaufwertung heißt Abbau bestehender landesspezifischer Nachteile und Ausbau bestehender Standortstärken.

Auch da will ich ein paar Punkte ansprechen. Ich nenne als erstes den Gesichtspunkt Gewerbesteuer. Die Gewerbesteuern im Saarland sind zu hoch, sie liegen fünfzig Punkte über dem Bundesdurchschnitt. Das ist eine deutliche Belastung der gesamten saarländischen Wirtschaft. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer ersten Regierungserklärung und gegenüber der Gemeinschaftsinitiative Saar erklärt: Wenn die zweite Stufe der Teilentschuldung beschlossen ist und das Geld zur Verfügung steht, werden wir Maßnahmen ergreifen, um den Kommunen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Gewerbesteuern abgesenkt werden können. Die zweite Stufe der Teilentschuldung ist beschlossen, und im Bereich der Gewerbesteuer ist nichts geschehen. So kann man das nicht machen, so verspielt man Zukunft für unser Land.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb werden wir als CDU unmittelbar ein Investitionsprogramm auflegen für die Kommunen mit der Maßgabe, daß diejenigen Kommunen, die sich an diesem Programm beteiligen, sich im Gegenzug verpflichten, die Gewerbesteuerhebesätze im Saarland abzusenken, damit neue Arbeitsplätze nicht durch dieses Hindernis, das zur Zeit noch besteht, in ihrer Entstehung behindert werden.

(Beifall bei der CDU.)

Entsorgungskosten. Die Entsorgungskosten im Saarland sind zu hoch. Wir liegen im Abwasserbereich bundesweit in einer Spitzenposition. Der Kubikmeter Wasser kostet im Saarland nahezu doppelt soviel wie in Bayern. Das muß sich ändern. Wenn mittlerweile selbst in den Kreisen der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker – die im Moment verpflichtet werden, bestimmte Beträge für eine Anzeige zu bezahlen, in der die Amtsautorität von Landräten und Bürgermeistern benutzt wird, um Wahlkampf in Saarland zu machen –

(Zurufe von der SPD)

wenn selbst in den Kreisen der sozialdemokratischen Landespolitiker mittlerweile unstrittig ist, daß der EVS keine Synergieeffekte gebracht hat, sondern nur Kosten nach oben treibt, dann ist es höchste Zeit, daß wir diese kostentreibenden Strukturen aus dem Wege räumen, damit wir zu vernünftigen Gebühren im Entsorgungsbereich in diesem Lande kommen. Das braucht die Wirtschaft dieses Landes dringend.

(Beifall bei der CDU.)

Deregulierung. Die Bürokratiekosten belasten gerade die kleinen und mittleren Unternehmen in einer besonderen Weise. Großunternehmen haben ihre eigenen Abteilungen, die diese Probleme erledigen. Das ist immer noch belastend, aber deutlich kostengünstiger, als das für kleine und mittlere Unternehmen der Fall ist. Kleine und mittlere Unternehmen werden im Schnitt pro Arbeitsplatz in einer Größenordnung von etwa 15.000 DM belastet. Das muß sich ändern. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe gerade im Interesse des Mittelstandes, Bürokratie zurückzudrängen, Vorschriften aufzuheben. Wir werden uns nicht daran messen lassen, wie viele Vorschriften wir neu schaffen, sondern wie viele Vorschriften wir in diesem Land aufheben und abschaffen werden.

(Beifall bei der CDU. – Abg. Lang (SPD): Konkreter! – Abg. Stritter (SPD): Machen Sie einmal einen Vorschlag.)

Privatisierung, Herr Kollege Lang – eine ganz wichtige Aufgabe. Privatisierung haben wir noch nicht erreicht, wenn eine bisher von einer öffentlichen Körperschaft in öffentlicher Rechtsform wahrgenommene Aufgabe künftig von einer GmbH in privater Rechtsform wahrgenommen wird, die zu hundert Prozent der öffentlichen

Hand gehört. Das ist nicht Privatisierung. Notwendig ist Aufgabenprivatisierung, das heißt, die Übertragung von Aufgaben auf Private mit einem doppelten Effekt: Die öffentlichen Haushalte werden entlastet, und die Dienstleistungen werden für die Bürgerinnen und Bürger kostengünstiger angeboten, als dies der Fall ist, wenn das die öffentliche Hand erledigt.

(Abg. Stritter (SPD): So wie in Bayern.)

Ein doppelter Vorteil. Deshalb muß in diesem Land deutlich mehr im Bereich der Privatisierung geschehen, als in der Vergangenheit geschehen ist.

(Abg. Lang (SPD): Konkret!)

Lieber Herr Kollege Lang, wenn Sie „konkret“ sagen, dann will ich Ihnen zwei konkrete Beispiele nennen.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Ich glaube nicht, daß es mit einer Mittelstandsvorrangpolitik in Übereinstimmung zu bringen ist, wenn Millionenbeträge aus der Steuerkasse verwandt werden, um privaten Investoren im Gastronomiebereich, im Hotelbereich, eine mit öffentlich geförderten Geldern errichtete Konkurrenz auf dem Hofgut Imsbach vor die Nase zu setzen.

(Beifall bei der CDU. – Zuruf des Abgeordneten Ley (CDU).)

Ich will Ihnen ein zweites Beispiel nennen, lieber Herr Kollege Lang. Ich halte es für eine Fehlentwicklung, daß zunehmend saarländische Kommunen – wobei die Stadt Saarbrücken einsamer Spitzenreiter ist – dazu übergehen, private Gesellschaften zu schaffen,

(Abg. Lang (SPD): Und die Stadt St. Wendel?)

die auf der Basis undurchsichtiger Quersubventionierungen im normalen Wirtschaftsverkehr mittelständischen Unternehmen Konkurrenz machen. Das kann nicht richtig sein.

(Beifall bei der CDU.)

Da es offensichtlich so ist, daß unser bestehendes Kommunal-selbstverwaltungsgesetz an dieser Stelle nicht hinreichend präzise ist, ist es überfällig, das KSVG an dieser Stelle im Interesse der mittelständischen Wirtschaft dieses Landes zu novellieren.

– (Beifall bei der CDU.)

Notwendig ist die konsequente Anwendung des Mittelstandsförderungsgesetzes. Das bedeutet nicht nur termingerechte Vorlage des Mittelstandsförderungsberichtes, was in der Vergangenheit leider nicht der Fall war. Das bedeutet zum Beispiel auch konsequent die Ausschreibung öffentlicher Aufträge in kleinen Losen, den weitgehenden Verzicht auf Generalunternehmerlösungen. Da haben alle gesündigt, auch der saarländische Landtag. Derartige Sünden dürfen sich nicht wiederholen.

(Beifall bei der CDU.)

Notwendig sind Maßnahmen, die kleinen und mittleren Unternehmen die Eigenkapitalbildung ermöglichen, die Möglichkeit der Eigenkapitalbildung verbessern. Das ist für viele dieser Unternehmen das zentrale Problem, daß die Eigenkapitaldecke zu dünn ist. Deshalb sage ich an dieser Stelle: Alle Maßnahmen, die darauf abzielen, steuerliche Belastungen für mittelständische Unternehmen zu erhöhen, sind in einem hohen Maße arbeitsplatzfeindlich.

(Abg. Stritter (SPD): Wer hat denn das in den letzten sechzehn Jahren getan? Wer hat denn die Steuern erhöht in den letzten sechzehn Jahren?)

(Abg. Müller)

Ich sage Ihnen gleich ein Beispiel, Herr Stritter - keine Aufregung. Deshalb brauchen wir im Moment keine Diskussion um die Erhöhung, die Einführung oder die Wiedereinführung von Steuern, sondern eine Diskussion, die darauf abzielt, daß Steuern für alle deutlich abgesenkt werden.

(Beifall bei der CDU.)

Lieber Herr Kollege Stritter, angesichts der Tatsache, daß achtzig Prozent der Unternehmen in Deutschland und daß gerade die mittelständischen Unternehmen nicht in der Form von Kapitalgesellschaften geführt werden, sondern in der Form von Personengesellschaften, bei denen die Abgrenzung von betrieblichem und privatem Vermögen - ich sage es einmal vorsichtig - unglaubliche Probleme schafft, ist es geradezu widersinnig, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer zu fordern und zu sagen, das beschränken wir auf private Vermögen, die betrieblichen Vermögen werden davon ausgenommen. Das werden Sie bei den Personengesellschaften nur dann hinbekommen, wenn der Erhebungsaufwand dieser Steuer nicht höher ist als ihr Ertrag. Deshalb kann ich nur sagen, das Ganze hat mit seriöser Politik nichts zu tun.

(Abg. Stritter (SPD): Das ist doch wohl der dickste Hammer.)

Da geht es um Neidkampagnen, und die bringen uns nicht weiter.

(Beifall bei der CDU.)

Mittelstandsvorrangpolitik heißt, gute Infrastrukturen. Es ist sicherlich so, daß sich im Bereich der Verkehrsinfrastruktur in unserem Land einiges verbessert hat. Ich warne aber davor, sich an dieser Stelle mit falschen Federn zu schmücken. Es stimmt, Herr Ministerpräsident, der Lückenschluß der A 8 steht bevor. Ich kann mich aber gut an die Reaktion der damals noch von Ihnen geführten SPD-Landtagsfraktion erinnern, als wir in diesem Hause erstmals den Vorschlag gemacht haben, die A 8 privatfinanziert zu bauen. Wir sind ausgelacht worden. Der Kollege Leick hat erklärt, die CDU will hinter Merzig Mauthäuschen aufstellen. Wir haben es konsequent weiterverfolgt, mit der CDU-geführten Bundesregierung durchgesetzt, heute wird es umgesetzt. Es ist gut für unser Land. Sie schmücken sich mit diesen Federn. Ich gestatte es Ihnen. Es soll mir egal sein. Hauptsache ist, es hat das Land vorangebracht. Es ist das Werk der CDU.

(Beifall bei der CDU.)

Ich darf mit Blick auf die Stadtbahn an der Stelle dann auch einmal daran erinnern: Der erste, der den Vorschlag für ein solches Verkehrssystem gemacht hat, war der Stadtverordnete Paul Haben, und er war Mitglied der CDU-Stadtratsfraktion.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Liebe Frau Kollegin Ries, Sie brauchen sich gar nicht zu echauffieren. Sie können das in den Protokollen des Rates der Stadt Saarbrücken nachlesen. Da steht das alles schwarz auf weiß drin. Bevor Sie hier anfangen, mehr oder weniger qualifizierte Zwischenrufe zu machen, sollten Sie sich in der Sache informieren. Mag ja sein, daß Ihnen das wehtut, daß auch diese Idee von uns war. Ich kann es leider nicht ändern.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich brauchen wir die Einbeziehung in das europäische Schienenschnellverkehrsnetz. An dieser Stelle will ich darauf hinweisen, daß im Verkehrshaushalt des Herrn Müntefering bisher nur globale Minderausgaben ausgewiesen sind. Einbeziehung in das europäische Schienenschnellverkehrsnetz heißt Ausbau der Strecke nach Mannheim und Frankfurt. Ich sage an dieser Stelle warnend: Lassen Sie uns alle gemeinsam dafür sorgen, daß an dem Tag, an dem Herr Müntefering gezwungen sein wird, aus der globalen Minderausgabe konkrete Projekte zu machen, nicht die Mittel für den Schienenschnellverkehr von Saarbrücken nach Frankfurt mit in

die Streichungspläne einbezogen werden. Es gibt erste Signale, die in diese Richtung deuten. Dies müssen wir gemeinsam abwehren. Das wäre eine schlimme Sache für unser Land.

(Beifall bei der CDU.)

Im übrigen sind wir natürlich auch in diesen Bereichen keineswegs am Ende der Entwicklung. Seit 1995 wird in diesem Land alle Jahre wieder die Verwirklichung des Verkehrsverbundes angekündigt - jedes Jahr angekündigt, in keinem Jahr verwirklicht. Jetzt ist es wieder angekündigt für das nächste Jahr. Da war der Kollege Maas sehr mutig. Er ist entweder davon ausgegangen, noch im Amt zu sein - das wäre extrem mutig -, oder er ist davon ausgegangen, daß sein Nachfolger im Amt die Sache endlich erledigt. Dazu gehört dann schon weniger Mut, um eine derartige Annahme tatsächlich zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der CDU.)

Ausbau der Verkehrsinfrastruktur heißt natürlich auch - das soll mein letztes Stichwort an dieser Stelle sein -, daß wir den Ausbau der Saar abschließen müssen. Dies wiederum heißt Ausbau der Saar auch durch Saarbrücken, zunächst aus ökonomischen Gründen, weil ein ausreichendes Maß an Frachtaufkommen vorhanden ist, aber auch aus ökologischen Gründen, weil der ökologischste Transportweg die Wasserstraße ist und wir deshalb ein Interesse daran haben müssen, die Gütertransporte von der Straße herunterzubekommen und auf die Wasserstraße zu lenken.

Das ist auch ökologisch verträglich durch Saarbrücken zu machen. Im übrigen ist es ein Konjunkturprogramm für die saarländische Bauwirtschaft. Ich verstehe nicht, warum die saarländische Landesregierung diese Mittel, die im Bundeshaushalt zur Verfügung stehen, die das Land keine einzige Mark kosten würden, nicht abrufen und der Bauwirtschaft diese Aufträge nicht erteilt.

(Beifall bei der CDU.)

Mittelstandsförderung heißt natürlich auch Existenzgründungsförderung. Hierzu will ich nur wenige Anmerkungen machen. Da darf sich der Blick nicht auf den Bereich der Neugründungen beschränken. Wir haben mittlerweile insbesondere im Handwerk die Situation, daß die Frage der Betriebsübernahmen mindestens genauso wichtig geworden ist wie die Frage der Neugründungen. Deshalb müssen wir das Förderinstrumentarium, das wir für die Neugründungen haben, schnell auf den Bereich der Betriebsübernahmen ausdehnen. Sonst besteht die Gefahr, daß viele saarländische Handwerksbetriebe auslaufen, ohne daß ein Nachfolger gefunden wird. Das würde viele Arbeitsplätze in diesem Lande kosten.

(Beifall bei der CDU.)

Wir brauchen ein Haus der Unternehmensgründer, wir brauchen mehr Flexibilität, wir brauchen mehr Schnelligkeit im Bereich der Existenzgründungsförderung, wir brauchen die Begleitung nicht nur im Gründungs- oder Übernahmzeitpunkt, sondern auch in der Nachfolgezeit bis zur Erreichung des Break-even. Und wir brauchen Strukturen, die im Vordergrund die Erhaltung und die Schaffung von Arbeitsplätzen haben. Da kann ich nur sagen: Die Strukturen, die wir jetzt in diesem Lande haben, sind nicht hinreichend flexibel, sind nicht schnell genug. Die müssen schneller arbeiten, damit Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze im Saarland optimal genutzt werden.

Ich will dann auch ein paar Sätze zur Bildung sagen. Natürlich ist die Frage des Bildungssystems durchaus eine Frage, die Rückwirkung auf die Arbeitsplatzsituation, auf die Wirtschaftssituation und auf die Unternehmenssituation im Lande hat. Strukturwandel wird erfolgreich nur möglich sein mit gut ausgebildeten Menschen. Deshalb ist es ein richtiger Anspruch zu sagen: Wir wollen im Saarland die besten Schulen für unsere Kinder. Mit diesem Anspruch ist es aber nicht in Übereinstimmung zu bringen, wenn das Saarland das Bundesland ist, das im Vergleich aller westlichen Bun-

(Abg. Müller)

desländer pro Kopf die geringsten Ausgaben im Bildungsbereich aufweist. Das ist ein Skandal, und das muß dringend geändert werden, denn auch dies ist nicht zukunftsweisend für unser Land.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Wir brauchen eine leistungsorientierte Ausgestaltung unseres Bildungssystems. Wir brauchen die richtigen Schüler in den richtigen Schulen.

(Abg. Braun (SPD): Rohrstock!)

Deshalb werden wir in diesem Lande, Herr Kollege Braun, wieder die verbindliche Schullaufbahnpflicht einführen. Wenn Sie an dieser Stelle „Rohrstock“ dazwischenrufen, kann ich Ihnen nur eines sagen. Es liegt im Interesse der Schülerinnen und Schüler, daß sie an die Schule gehen, die sie auch mit Erfolg absolvieren können. Das andere ist der Rohrstock.

(Beifall bei der CDU. – Zurufe von der SPD. – Abg. Hans (CDU): Das ist der Rohrstock, wenn sie zu Hause sitzen und überfordert sind.)

Das Bildungssystem hat sich an einer verstärkten Förderung der Allgemeinbildung zu orientieren.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Frau Kollegin Ries, Sie rufen dauernd dazwischen. Wahrscheinlich üben Sie schon für die Opposition. Warten Sie noch ein bißchen, dann können Sie das richtig aus der Opposition heraus machen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU.)

Wir brauchen ein Bildungssystem, das sich an der Förderung der Allgemeinbildung und an der Förderung von Schlüsselqualifikationen orientiert. Wenn die jungen Menschen auf den Arbeitsmarkt kommen, wenn sie in die Lehrstellen kommen, müssen sie die Schlüsselqualifikationen beherrschen. Deshalb müssen sie im Vordergrund des Schulsystems stehen. Wir sind dafür, daß künftig auch auf den Zeugnissen Kopfnoten ausgewiesen und daß auch Sozialzeugnisse erteilt werden. Ich will Ihnen auch sagen, warum.

(Abg. Braun (SPD): Wie im Mittelalter.)

Es ist eine tolle Sache, daß wir im Saarland im Bereich der Lehrstellen eine wirklich positive Entwicklung haben.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Frau Kollegin Ries, jetzt regen Sie sich doch mal ab, ich sage doch etwas Positives. Es ist eine tolle Geschichte, daß die Zahl der Lehrstellen in den letzten Jahren im Saarland deutlich angestiegen ist. Dies ist allerdings nicht das Verdienst der Landesregierung,

(Nein, nein! bei der SPD)

sondern das Verdienst der Betriebe, die diese Lehrstellen zur Verfügung gestellt haben, und der Kammern, die dafür geworben haben.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Ich sage Ihnen: Wenn die Lehrstellen in diesem Lande schon zur Verfügung gestellt werden, wenn die Betriebsinhaber in diesem Lande schon bereit sind, die Lehrstellen in diesem Umfang zur Verfügung zu stellen, dann haben die Betriebsinhaber auch einen Anspruch darauf, über Sozialzeugnisse und Kopfnoten zu wissen, was das für ein Mensch ist, der da als Lehrling, als Auszubildender in ihren Betrieb hineinkommt. Deshalb werden wir Kopfnoten und Sozialzeugnisse in diesem Lande einführen.

(Beifall bei der CDU. – Abg. Lang (SPD): Die Schüler verlassen den Saal.)

Wir müssen, wenn wir den Strukturwandel in diesem Lande erfolgreich bewältigen wollen, uns in unserem Bildungssystem auch zu einem anderen Prinzip bekennen, nämlich dem Prinzip der Förderung von Eliten.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Frau Kollegin Ries, ich möchte Sie jetzt wirklich herzlich bitten, sich zu Wort zu melden. Dann können Sie alles sagen, was Sie wollen. Dieses permanente Geschnatter und die Unfähigkeit, auch nur drei Worte zu ertragen, ohne dazwischenzurufen,

(Zurufe von der SPD: Das sagen Sie)

dokumentieren ein Maß an Respekt vor den Kollegen in diesem Hause, das zu beschreiben mir die Höflichkeit verbietet.

(Beifall bei der CDU. – Zurufe von der SPD. – Vizepräsident Ley übernimmt den Vorsitz.)

Es hat auch gar keinen Sinn. Sie werden mich nicht davon abhalten, das zu sagen, was ich hier zu sagen habe, weil die Menschen in diesem Lande wissen wollen, was in diesem Lande geschieht, wenn es am 5. September eine neue Mehrheit in diesem Lande gibt.

(Beifall bei der CDU.)

Wir werden uns im Bildungssystem zu einem Prinzip bekennen, das ich für notwendig halte, wenn wir den Strukturwandel in diesem Land erfolgreich gestalten wollen. Das Bildungssystem hat sicherlich die Aufgabe, den Schwachen zu helfen und die Schwachen zu fördern. Das Bildungssystem hat aber auch die Aufgabe, die Leistungsstarken zu fordern und zu fördern.

(Abg. Braun (SPD): Tut es das etwa nicht?)

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Braun, deshalb brauchen wir das Bekenntnis zur Förderung von Eliten in unserem Bildungssystem. Sie als Vertreter der 68er Generation haben gegen den Begriff der Elite immer polemisiert. Ich sage Ihnen, ich bekenne mich dazu.

(Beifall bei der CDU.)

Wir brauchen allerdings nicht nur geistige Eliten, nicht nur akademische Eliten, wir brauchen auch praktische Eliten. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die berufliche Bildung der akademischen Bildung gleichgestellt wird. Deshalb ist es dringend notwendig, daß diejenigen, die in den beruflichen Bereich hineingehen, die Möglichkeit erhalten, das unter gleichen Förderungsbedingungen zu tun wie das im akademischen Bereich der Fall ist. Deshalb sage ich Ihnen: Es ist eine Ungerechtigkeit, daß Studienplätze zeitlich unbegrenzt gebührenfrei zur Verfügung gestellt werden. Ich sehe nicht ein, das sage ich auch, daß das zeitlich unbegrenzt geschieht und daß auf der anderen Seite ein Handwerks-geselle, wenn er Meister werden will, zum Teil fünfstellige Prüfungsgebühren und Meistervorbereitungskosten bezahlen muß. Solange das Studium gebührenfrei ist, müssen wir auch die Gebührenfreiheit der Meisterprüfung herbeiführen, und das wird eine CDU-geführte Landesregierung in diesem Lande machen.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich müssen auch Hochschule, Forschung und Wissenschaft ihren Beitrag zum Strukturwandel leisten. Auch hier sage ich, in der Forschungslandschaft dieses Landes sind einige Fortschritte erzielt worden, allerdings, lieber Herr Kollege Klimmt, nicht nur seit 1985, sondern zu einem erheblichen Teil schon vor 1985.

(Abg. Braun (SPD): Was denn?)

Lieber Herr Kollege Braun, Professor Scheer wurde im Jahre 1974 an die Universität des Saarlandes berufen. Da hat von der SPD in diesem Lande noch kaum jemand geredet.

(Abg. Müller)

Wir müssen vor einer Entwicklung warnen. Ich warne davor, die Universität des Saarlandes in ihrer Ausgestaltung und in ihrer Struktur nur noch an dem kurzfristigen strukturpolitischen – vermeintlichen – Nutzen für dieses Land zu orientieren. Das ist keine nachhaltige Strategie.

(Beifall bei der CDU.)

Diese Universität ist keine technische Hochschule, und wir dürfen sie auch nicht zur technischen Hochschule machen. Diese Universität lebt von dem Nebeneinander von Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften.

(Abg. Braun (SPD): Genauso ist es.)

Diese Universität muß sich deshalb genau in diesen Bereichen fortentwickeln. Ich habe nichts gegen grenzüberschreitende Zusammenarbeit. Wenn aber, wie das bisher der Fall ist, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Hochschulbereich sich darauf beschränkt, daß wir geben und andere nehmen, daß wir Dinge von Saarbrücken nach Rheinland-Pfalz oder sonstwohin verlagern, dann ist das nicht grenzüberschreitende Kooperation, sondern dann ist das schleichende Ausdünnung der Universität des Saarlandes. Das kann nicht richtig sein, und das muß geändert werden.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich hat – das Stichwort will ich gern aufgreifen – Kultur auch die Aufgabe, Strukturwandel zu begleiten. Natürlich hat Kultur die Aufgabe, Veränderungsprozesse mit anzustoßen, Impulse zu geben. Voraussetzung dafür ist sicherlich eine Kultur, die frei ist, eine Kultur, in der der Geist weht, wo er will. Deshalb warne ich vor jedem Versuch, die Kultur zu instrumentalisieren und parteipolitisch zu vereinnahmen. Der eine oder andere Kulturschaffende mag sich willig darauf einlassen; diesem Land und seiner politischen Kultur dient dies mit Sicherheit nicht.

(Beifall bei der CDU.)

Kultur heißt auch – und das unterstreiche ich – das Nebeneinander von Spitzen- und Breitenkultur. Herr Ministerpräsident, als Sie heute eine Lanze für die Breitenkultur gebrochen haben, habe ich dies gern gehört. Verstehen kann ich es dann aber nicht, wieso Sie, wieso Ihre Landesregierung, wieso die Mehrheitsfraktion dieses Hauses unser Kulturförderungsgesetz abgelehnt hat, das die Breitenkultur in diesem Lande auf eine gute Basis gestellt hätte. Wäre das Bekenntnis ernst gemeint gewesen, hätten Sie damals zustimmen müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich kann die Kultur eine wichtige Funktion beim Bau der Brücke zwischen Deutschland und Frankreich übernehmen. Das ist nicht nur Aufgabe der Kulturschaffenden, das ist auch Aufgabe der im Sport Tätigen, der in der Wirtschaft Tätigen, der Arbeitgeber, der Arbeitnehmerorganisationen, aller. Die Aufgabe, die Brücke zwischen Deutschland und Frankreich zu bauen, scheint, und dies bedauere ich sehr, immer wichtiger zu werden. Wenn ich sehe, wie sich das deutsch-französische Verhältnis im letzten Jahr entwickelt hat, wenn ich sehe, auf welchen Tiefpunkt das deutsch-französische Verhältnis abgesunken ist auf der Basis der Politik der neuen Bundesregierung, dann sage ich, die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich ist das Herzstück der europäischen Einigung, und hier ist politische Umkehr dringend notwendig, hier müssen wir als Saarland unserer besonderen Rolle gerecht werden.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich heißt Politik des Vorrangs für den Mittelstand, daß auch die organisatorischen Strukturen in Landesregierung und Landesverwaltung stimmen müssen. Auch da ist Veränderungsbedarf, den Sie, Herr Ministerpräsident, nicht angegangen haben. Mittlerweile bestreitet in diesem Lande nahezu niemand mehr, daß die Zusammenlegung von Wirtschafts- und Finanzministerium eine Fehlentscheidung war. Die Zusammenlegung von Wirtschafts- und Fi-

nanzministerium war eine Mißgeburt. Sie funktioniert nicht. Es ist dringend notwendig, Wirtschafts- und Finanzministerium wieder zu trennen.

(Abg. Lang (SPD): Wer sagt das?)

Sie, Herr Ministerpräsident, tun es nicht, weil Sie es nicht wagen, aus dem Schatten von Oskar Lafontaine herauszutreten. Unser Land leidet darunter. Wir werden das ändern.

(Beifall bei der CDU.)

Wir werden im Zuge dieser Veränderung auch zwei andere Dinge in Ordnung bringen, die zur Zeit nicht in Ordnung sind. Wir werden erstens die von dieser Landesregierung aufgelöste Mittelstandsabteilung im Ministerium wieder schaffen.

(Beifall bei der CDU.)

Den Mittelstand in Sonntagsreden loben und gleichzeitig die Mittelstandsabteilung im Ministerium auflösen, das paßt nicht zusammen, genauso wie es nicht paßt, daß schon seit Jahren die Landwirtschaftsabteilung in der Spitze nicht besetzt ist. Auch das ist ein mittelständischer Bereich, der vernachlässigt wird. Auch hier ist Änderung dringend geboten, und diese Änderung werden wir auch vornehmen.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich bleibt eine Politik des Vorrangs für den Mittelstand nicht ohne Konsequenzen für einzelne Wirtschaftsbereiche, und ich will diese einzelnen Wirtschaftsbereiche abschließend im einzelnen ansprechen. Ich habe eben schon einmal gesagt, im Bereich der Großunternehmen müssen wir davon ausgehen, daß wir weitere Arbeitsplätze verlieren werden. Dies gilt auch für den Bereich der Kohle. Da haben wir eine unterschiedliche Position. Und diese unterschiedliche Position sollten wir auch in aller Deutlichkeit markieren.

Ziel der CDU-Politik in diesem Lande ist es, ein lebensfähiges Saarland zu schaffen auch dann, wenn der Steinkohlebergbau in diesem Lande ausgelaufen sein wird. Auch dann muß dieses Land lebensfähig und aus eigener Anstrengung heraus lebenskräftig sein. Die Steinkohleförderung – ich weiß, dies ist eine bittere Wahrheit – im Saarland wird auslaufen. Der Steinkohlebergbau ist eine endliche Veranstaltung. Die Förderung der Steinkohle in Deutschland ist von dauerhaften Subventionen abhängig. Wir fördern zur Zeit die Tonne Steinkohle mit etwa 280,00 DM. Die RAG (Ruhrkohle AG), der mittlerweile der saarländische Steinkohlebergbau mittelbar gehört, hat vor wenigen Wochen in den Vereinigten Staaten ein Kohleunternehmen gekauft mit einer Produktion von 63 Millionen Jahrestonnen, das Doppelte dessen, was in der Bundesrepublik Deutschland gefördert wird, und die Gesteigungskosten pro Tonne liegen bei 26 US-Dollar. Herr Neipp hat auf die Frage, warum man dieses Unternehmen erworben hat, erklärt, dies sei auch ein Beitrag zur langfristigen Energiesicherheit in der Bundesrepublik Deutschland. Bei der Kostendifferenz, die sich hier auf tut, müssen wir erkennen, daß Steinkohlebergbau in Deutschland zu weltmarktfähigen Preisen nicht möglich sein wird.

Wir müssen erkennen, daß die politischen Mehrheiten – ob uns das gefällt oder nicht – für eine dauerhafte Subventionierung der deutschen Steinkohle nicht mehr da sind. Dies ist keine parteipolitische Frage; dies geht weit über die Parteigrenzen hinweg. In den übrigen Bundesländern ist auch bei den Sozialdemokraten die Bereitschaft zu dauerhafter Subventionierung der Steinkohleförderung nicht mehr vorhanden. Selbst bei uns im Land ist es mittlerweile so, daß in einigen Bereichen auch bei den Sozialdemokraten ein Umdenken eingesetzt hat. Wenn der Stadtrat von Völklingen einstimmig, auch mit allen Stimmen der Sozialdemokraten in diesem kommunalen Parlament, sich gegen einen weiteren Kohleabbau unter bebauter Ortslage und unter der Stadt Völklingen ausgesprochen hat, dann heißt dies, daß auch dort die Mehrheiten nicht mehr bestehen, die notwendig wären, um einen dauerhaft subventionsabhängigen Steinkohlebergbau im Saarland zu erhalten.

(Abg. Müller)

Deshalb sage ich noch einmal: Es ist eine bittere Wahrheit, aber es ist die Wahrheit, daß die Steinkohleförderung im Saarland auslaufen wird. Ich finde, Politik hat die Aufgabe, den Menschen die Wahrheit auch dann zu sagen, wenn sie bitter ist.

(Beifall bei der CDU. – Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Den Menschen in Aussicht zu stellen, daß wir im Saarland noch im Jahr 2050 Kohle fördern, ist fernab der Realität.

(Abg. Schmitt (SPD): Aber noch im Jahre 2006.)

Ich lebe lieber mit dem Vorwurf – er ist in der Sache falsch –, angeblich saarländische Interessen nicht zu vertreten, als daß ich mir irgendwann selbst den Vorwurf machen müßte, junge Menschen über ihre berufliche Perspektive getäuscht zu haben mit der Folge, daß sie ihre Lebensplanung falsch eingerichtet haben.

(Beifall bei der CDU.)

Wie ist der Weg, den es zu gehen gilt? Um das klarzustellen, Herr Ministerpräsident: Das Steinkohlefinanzierungsgesetz ist gemacht worden zu Zeiten einer CDU-geführten Bundesregierung; ist gemacht worden mit der Zustimmung der CDU Saar, und niemand in der CDU Saar rüttelt an der Steinkohlefinanzierung bis zum Jahr 2005. Ich möchte das hier noch einmal in aller Deutlichkeit klarstellen. Dies haben wir aber auch in der Vergangenheit sehr deutlich immer so gesagt. Alles andere ist diffamierend.

(Beifall bei der CDU.)

Es sind aber zwei Fragen zu beantworten. Die eine Frage ist die, wie es nach dem Jahr 2005 weitergeht; und die zweite Frage ist die, was bis zum Jahre 2005 geschieht.

(Abg. Schmitt (SPD): Dazu hat Ihr Namensvetter etwas gesagt.)

Ich nehme gerne den Hinweis des Kollegen Schmitt auf, der an dieser Stelle sagt: Dazu hat Ihr Namensvetter etwas gesagt. Das stimmt. Herr Kollege Schmitt. Wenn es einen in der Bundesrepublik Deutschland gab, der das Steinkohlefinanzierungsgesetz in Frage gestellt hat, dann war es Bundeswirtschaftsminister Müller, der von der Steinkohle gefordert hat, daß sie hinter dieses Gesetz freiwillig zurückgeht. Der hat das jetzt zurückgenommen, und ich hoffe nur, daß die Zusage, die er hier gemacht hat, über den 5. September hinaus hält, denn was die Dimension der Wortbrüche anbetrifft, sind wir von dieser Bundesregierung ja einiges gewöhnt.

(Beifall bei der CDU.)

Was geschieht bis zum Jahr 2005? Ich möchte doch einmal daran erinnern, es gibt in diesem Hause einen einstimmigen Beschluß; darum haben wir in diesem Hause alle gemeinsam – Landesregierung und die im Parlament vertretenen Fraktionen – gesagt: Wir brauchen auch in der zeitlichen Perspektive bis zum Jahre 2005 zusätzliche Strukturhilfen. – Und wenn, Herr Ministerpräsident, Sie heute morgen hier gesagt haben: Entweder wir bekommen die Kohlehilfen nach dem Steinkohlefinanzierungsgesetz, dann gibt es keine Kohlestrukturhilfen, oder wir fordern Strukturhilfen ein, dann müssen wir bei den Kohlebeihilfen nachgeben, sage ich Ihnen. Sie bewegen sich damit nicht auf der Grundlage der Beschlüsse dieses Landtages; damit haben Sie sich vom Saar-Memorandum verabschiedet, und das kann nicht wahr und nicht richtig sein.

(Beifall bei der CDU.)

Abg. Klimmt (SPD):

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, Sie klatzen einer falschen Replik. Ich habe gesagt, wenn der Eindruck erweckt werden sollte, daß man die Kohlebeihilfen, die gezahlt werden, abschmelzen könnte, um etwas anderes damit zu machen, dann würde dies dazu führen, daß der Kohlekompromiß nicht mehr gehalten werden könnte und daß die Zahlungen, wie das jetzt

dankenswerterweise von Herrn Müller bestätigt worden ist, auch nach Auffassung der CDU so bis zum Jahre 2005 abgewickelt werden müßten und kein Geld aus diesem Bereich für den Strukturwandel zur Verfügung steht. Nur das habe ich konstatiert. Selbstverständlich bin ich dafür, daß wir soviel Geld, wie es nur irgendwie geht, für den Strukturwandel bei uns im Lande in Bonn lockermachen, demnächst dann in Berlin. Auch hier ist schon viel geschehen. Aber nicht, daß Sie hier einen Popanz abschießen.

(Beifall bei der SPD.)

Abg. Müller (CDU):

Lieber Herr Kollege Klimmt, Herr Ministerpräsident, dann stelle ich an dieser Stelle fest – und es ist gut, das feststellen zu können –, daß nach wie vor Übereinstimmung in diesem Hause besteht, daß es bei dem Steinkohlefinanzierungsgesetz bleibt; daß ungeachtet dessen aber die Forderung des Saarlandes nach zusätzlichen Strukturhilfen fortbesteht; daß das, was gegenüber einer CDU-geführten Bundesregierung galt, auch gegenüber einer SPD-geführten Bundesregierung weiter gilt.

(Beifall bei der CDU.)

Wir sollten dann aufhören mit der gespenstischen und geisterhaften Diskussion, die seitens der SPD immer wieder geführt wird: Die CDU will die Kohlehilfen bereits bis 2005 abschmelzen, um etwas für den Strukturwandel zu bekommen. Das wollen wir nicht, und das ist hier klargestellt. Dafür bedanke ich mich.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich brauchen wir diese zusätzlichen Strukturhilfen; auch das will ich noch einmal hier ausdrücklich sagen und für die CDU ausdrücklich unterstreichen. Wir brauchen diese Strukturhilfen, wenn wir in diesem Lande neue Arbeitsplätze schaffen wollen. Wir brauchen sie in der Zeitperspektive bis 2005. Und wenn nach 2005 – das wird keiner von uns verhindern – die Anpassung bei den Kohlebeihilfen weitergeht, dann brauchen wir kompensatorisch dazu eine Aufstockung dieser Strukturhilfen, damit wir in diesem Lande neue Arbeitsplätze schaffen können.

Unser Ziel sind sozialverträgliche Lösungen für die Bergleute. Das sind viele junge Menschen; die haben gebaut, die haben Kinder, die wollen eine vernünftige Perspektive. Deshalb sagen wir: sozialverträgliche Lösungen ohne betriebsbedingte Kündigungen. Wir wollen aber nicht nur eine gesicherte Zukunft für die Bergleute; wir wollen auch eine sichere Zukunft für ihre Kinder. Die wollen auch hier im Saarland leben und arbeiten. Es geht auch um die Kinder der Bergleute. Deshalb müssen wir den Strukturwandel vorantreiben. Das ist unser Ziel. Dafür steht die CDU in diesem Land ein.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will wenige Anmerkungen zum zweiten Montansektor machen, zur Stahlsituation. Auch da kann ich mich erinnern, daß in diesem Haus schon folgendes gesagt wurde: Mit dem Stahl haben wir keine Strukturprobleme mehr, die Krise ist gelöst, das Unternehmen verdient gutes Geld; was soll ich noch große Worte über die Stahlindustrie machen? Es waren nicht Sie, Herr Ministerpräsident, der das gesagt hat; es war Ihr Vorgänger im Amt. Wie ist die Situation heute? Seit Jahren dümpelt Saarstahl im Konkurs vor sich hin. Seit Jahren wird uns das Ende des Konkursverfahrens in Aussicht gestellt. Der Termin wird immer wieder verschoben. Der Konkurs ist nicht beendet. Das ist ein unzuträglicher Zustand. Ein Unternehmen im Konkurs ist kein gesundes Unternehmen. Deshalb müßte die Landesregierung dazu beitragen, daß dieser Konkurs schnellstmöglich abgeschlossen wird. Alles andere hilft Saarstahl auf Dauer nicht.

(Beifall bei der CDU.)

(Abg. Müller)

Bis heute ist keine Perspektive bei der Neuordnung der Eigentümerstrukturen erkennbar. Bis heute ist nicht klar, wie es weitergehen soll. Herr Ministerpräsident, da will ich zwei Sätze aus Ihrer ersten Regierungserklärung vom 25. November des vergangenen Jahres zitieren. Damals haben Sie gesagt: „Bei der Neuordnung der Eigentümerstruktur bei Saarstahl haben wir schon wichtige Meilensteine erreicht. In der Vergangenheit wurden viele Kooperationsmöglichkeiten geprüft. Bisher konnte noch kein Ergebnis erzielt werden, das den von uns genannten Zielsetzungen der Stahlpolitik des Landes und von Saarstahl gerecht wurde. Ich bin zuversichtlich, daß wir in den nächsten Monaten zu einer Lösung kommen.“ Mittlerweile sind zehn Monate ins Land gegangen. Von einer Lösung kann keine Rede sein. Perspektiven sind nicht eröffnet. Auch da sage ich: So kann man Strukturpolitik in diesem Land nicht machen. Bloßes Abwarten und das Überlassen des Handelns an die Adresse des Konkursverwalters genügen für dieses Land nicht. Was Herr Ringwald will, weiß ich nicht. Ich kenne viele, die das ebenfalls nicht wissen. Aber ich weiß, daß die Landesregierung diesen Konkursverwalter endlich an die Kette legen muß, damit wir im Stahlbereich verträgliche Lösungen bekommen.

(Beifall bei der CDU.)

Bitte schön, Herr Kollege Hartz.

Abg. Hartz (SPD):

Herr Kollege Müller, Sie sind ja Jurist. Sie wissen doch ganz genau, wer das Ende des Konkurses festlegt. Sie wissen auch, daß die letzte Rate, die die Gläubiger noch zugute haben, Ende Oktober ausgezahlt wird. Dann ist der Konkurs faktisch abgeschlossen, und dann hat der Konkursrichter die Aufgabe, den Termin für das Ende des Konkurses festzulegen. Das wird unmittelbar danach erfolgen. Oder beurteilen Sie die Lage anders?

(Beifall bei der SPD.)

Abg. Müller (CDU):

Lieber Herr Kollege Hartz, Sie haben recht: Ich bin Jurist. Es ist richtig, daß der Abschluß des Konkursverfahrens durch den Konkursverwalter festgesetzt wird. Richtig, lieber Herr Kollege Hartz, ist aber auch, daß Herr Ringwald nicht nur Konkursverwalter ist, sondern auch Treuhänder für die Landesregierung und daß er im Rahmen des Treuhandvertrages an die Weisungen des Treugebers gebunden ist – es sei denn, der Treuhandvertrag ist das Papier nicht wert, auf dem er steht; dann wäre es ein denkbar schlechter Vertrag, was ich im Moment aber der Landesregierung gar nicht unterstellen möchte. Tatsache ist, daß – obwohl dieses Verhältnis gegeben ist – Herr Ringwald schaltet und waltet, wie er will. Tatsache ist, daß er potentielle industrielle Partner verschreckt. Als die Ispat hier angeklopft hat, hat er erklärt, mit denen rede er allenfalls über das Wetter in Kasachstan. Die Landesregierung hat das nicht kommentiert. Wenn Investoren hierherkommen und von Herrn Ringwald weggeekelt werden und wenn die Landesregierung dazu schweigt, hat das mit zukunftsgerichteter Stahlpolitik in diesem Land wirklich nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU.)

Und Tatsache ist auch, lieber Herr Kollege Hartz, daß Herr Ringwald – aus welchen Gründen auch immer – seine begierige Hand mittlerweile nach der Dillinger Hütte ausstreckt und versucht, dort eine Anteilsmehrheit zu erreichen. Die Dillinger Hütte ist eine Perle der europäischen Stahlindustrie mit einer hervorragenden Perspektive. Zumindest an diesem Punkt wäre ein klares Wort notwendig, daß diese Landesregierung niemals zulassen wird, daß auch noch die Dillinger Hütte unter die Knute des Herrn Ringwald kommt.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will auch ein paar Worte zur Automobilindustrie sagen, die sich im Saarland gut entwickelt hat. Lieber Herr Ministerpräsident, Sie haben in diesem Zusammenhang Ford Saarlouis angesprochen.

Dieses Werk steht im europäischen Vergleich gut da. Die Frage ist nur, wem dies zu verdanken ist. Ich sage Ihnen: Es ist in erster Linie der Belegschaft, dem Management und Herrn Schadt zu verdanken, der dieses Werk profiliert und stark gemacht hat und damit dafür gesorgt hat, daß die Arbeitsplätze in diesem Bereich im Saarland erhalten worden sind.

(Erneuter Beifall bei der CDU.)

Ich freue mich, daß, was die Automobilindustrie anbetrifft, bei der Landesregierung mittlerweile ein Sinneswandel eingezogen zu sein scheint. Der Landtagspräsident, der im Moment nicht präsidiert, der heute eine seiner letzten Sitzungen geleitet hat und dem wir für seine Tätigkeit in diesem Haus dankbar sind, hatte noch in seiner Eigenschaft als Finanzminister das Vergnügen, eine Ausstellung der Landesregierung unter dem Titel „Alpträum Auto“ zu eröffnen. Dieses Denken zumindest scheint die Landesregierung überwunden zu haben, und da im Himmel über einen reuigen Sünder mehr Freude ist als über 99 Gerechte, freuen wir uns darüber.

(Beifall bei der CDU.)

Aber es droht Gefahr – und auch das will ich an dieser Stelle deutlich sagen –, Gefahr auch für Arbeitsplätze in unserem Land. Wenn ich nämlich höre – das ist im Moment wieder in die Schublade verbannt, aber keineswegs endgültig vom Tisch –, daß es Vorschläge aus der SPD und auch bei den Grünen gibt, die Besteuerung der Dieselloststoffe künftig um mehr als 30 Prozent zu verteuern, sage ich Ihnen: Eine solche Steuer auf den Diesel bringt ökologisch keinen Vorteil; sie schafft Arbeitsplätze, allerdings nicht in Deutschland und im Saarland, sondern im Ausland. Bei uns wird sie Arbeitsplätze kosten im Transportgewerbe, bei den Tankstellen und auch in der Automobilzulieferindustrie. Ich erinnere nur an das Bosch-Werk in Homburg, das Dieselmotoren baut. Wer Pläne wie eine höhere Dieselsteuer hegt, gefährdet Arbeitsplätze, auch im Saarland. Deshalb muß der Widerstand aus dem Saarland gegen solche Vorhaben einhellig und eindeutig sein.

(Beifall bei der CDU.)

Bitte schön, Herr Kollege Ulrich.

Abg. Ulrich (B 90/Grüne):

Herr Müller, finden Sie nicht, es wäre ein Gebot der Fairness, in einer solchen Diskussion nicht nur zu sagen, daß die Dieselsteuer um 30 Pfennig erhöht werden soll, sondern – was insbesondere die Grünen vorgeschlagen haben und was Sie im übrigen wissen – daß auch die Kfz-Steuer massiv reduziert werden soll, so daß dem Dieselfahrer kein Nachteil, sondern sogar ein finanzieller Vorteil erwachsen würde?

(Zurufe von der CDU.)

Abg. Müller (CDU):

Richtig ist, daß die Grünen vorgeschlagen haben, die Kfz-Steuer möglicherweise in der Mineralölsteuer aufgehen zu lassen.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Nicht „möglicherweise“.)

Falsch ist, lieber Herr Kollege Ulrich, daß insbesondere diejenigen, deren Arbeitsplätze von der Benutzung der Dieselfahrzeuge abhängen, davon auch noch profitieren. Sie werden massiv mehr belastet. Deshalb ist das eine Maßnahme, die nicht in Betracht kommen kann.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will wenige Worte zu einem Bereich sagen, der an verschiedenen Stellen Ihrer Regierungserklärung, Herr Kollege Klimmt, aufgetaucht ist. Es ist der Tourismus. Er ist sicher eine Entwicklungsperspektive in diesem Land. Zu einer Bestandsaufnahme würde auch gehören zu sagen, daß wir in diesem Zusammenhang im Saarland in der letzten Zeit einige Dinge hatten, die uns alles andere als zum Lob gereichten. Die zentrale Figur im Bereich der

(Abg. Müller)

Tourismusförderung des Landes war in der Vergangenheit Herr Zeithammer, Herr Zeithammer hat den Tourismus in diesem Lande nicht vorangebracht, das Land aber viele Steuergelder gekostet. Deshalb sage ich: Auch in diesem Bereich ist die Bilanz ernüchternd, ist die Bilanz negativ. Auch das muß an dieser Stelle in aller Deutlichkeit angesprochen werden.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Ministerpräsident, es geht nicht an, wenn in diesem Zusammenhang vom Rechnungshof, der nun wirklich nicht in Verdacht steht, parteiisch zu sein, festgestellt wird, daß die Aufsichtspflichten gegenüber Herrn Zeithammer von den zuständigen Staatssekretären, von der zuständigen Ministerin nicht wahrgenommen worden sind; es geht auch nicht an, wenn in diesem Zusammenhang – nicht mit Blick auf die Ministerin, aber mit Blick auf die Staatssekretäre – dazu aufgefordert wird, den Regreß zu prüfen, wenn dazu aufgefordert wird zu prüfen, ob diese sich nicht dem Land gegenüber durch die Nichterfüllung ihrer Aufsichtspflichten schadenersatzpflichtig gemacht haben; es geht nicht an, daß man das überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt, daß man das zur Seite legt und so tut, als ob überhaupt nichts geschehen sei.

(Beifall bei der CDU.)

Es mag ja sein, daß der Hinweis auf die Qualität der Currywürste in diesem Land dem Tourismus nutzt. Aber noch mehr würde es dem Tourismus in diesem Lande nutzen, wenn man Investoren, die bereit sind, in diesem Lande Arbeitsplätze im Tourismusbereich zu schaffen, nicht behindern würde, sondern wenn man ihnen helfen würde. Wenn wir seit sechs Jahren auf eine Entscheidung in Zusammenhang mit dem Feriendorf am Bostalsee warten, wenn die Bürokratie dem Investor immer wieder neue Steine in den Weg legt, immer wieder neue Gutachten anfordert,

(Abg. Lang (SPD): Vorsicht, Herr Müller, Vorsicht)

dann wäre es höchste Zeit, Herr Ministerpräsident, daß Sie in dieser Sache ein Machtwort sprechen, damit das Geld in diesem Lande investiert wird und Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Beifall bei der CDU.)

Es geht dann übrigens auch nicht an, Herr Kollege Lang, daß die kommunalen Vertreter der Gemeinde Nohfelden, und zwar über Parteigrenzen hinweg, sich seit Wochen und Monaten ergebnislos um einen Termin beim Ministerpräsidenten bemühen. Auch das finde ich nicht in Ordnung und will das in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der CDU.)

Wenn einem der Tourismus wirklich so am Herzen liegen sollte, geht es auch nicht an, daß man einer Regelung zustimmt, die gerade im Gastronomiebereich, im Bereich des Beherbergungsgewerbes zu riesigen Problemen führt. Das ist die Regelung über die 630-DM-Jobs. Diese Regelung hat dazu geführt, daß die Betroffenen schlechter gestellt werden; sie haben teilweise nur noch 360, 380 DM in der Tasche. Sie hat dazu geführt, daß ein unglaubliches Maß an Bürokratie geschaffen worden ist. Und sie hat dazu geführt, daß gerade im Gastronomiebereich viele Stellen nicht mehr besetzt werden können mit der Folge, daß der Service sich verschlechtert, daß die Öffnungszeiten sich verändern. Wenn der Tourismus am Herzen liegt, kann zu diesem total mißlungenen Gesetz der Bundesregierung nur entschieden nein sagen, der müßte entschieden Widerstand leisten. Sie haben zugestimmt, damit haben Sie dem Tourismus im Saarland geschadet.

(Beifall bei der CDU.)

Ich habe mich gefreut über die positive Einlassung zum Thema Biotechnologie. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, seit Jahren versuchen wir als CDU-Landtagsfraktion in diesem Hause darauf hinzuweisen, daß die Biotechnologie eine Schlüsseltechnologie der Zukunft ist. Als die Biotechnologie Wettbewerbe

der Bundesregierung ausgeschrieben worden sind – und da ging es um viel Geld –, hat sich ein einziges Bundesland daran nicht beteiligt, nämlich das Saarland. Auf unsere Frage in diesem Hause, warum nicht, hat der damals zuständige Umweltminister, auch der Ministerpräsident in der Haushaltsdebatte, gesagt, dies sei ein Technologiebereich, auf den man nicht setze, den man ablehne. Im Hintergrund standen ideologische Gründe. Jetzt ist ein Sinneswandel eingetreten, der grundsätzlich zu begrüßen ist. Ich sage allerdings, er kommt um Jahre zu spät. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Strukturwandel in diesem Lande werden wir nicht erfolgreich gestalten, wenn wir zu spät kommen, sondern nur, wenn wir die ersten sind. Dafür müssen wir künftig sorgen.

(Beifall bei der CDU.)

Das gilt sicherlich auch für den Bereich der Umwelttechnologien, den Bereich der Telekommunikation und den Bereich der sonstigen neuen Technologien. Dort liegen Wachstumspotentiale, die sich auch im Saarland realisieren können. Wer hat es deutlicher bewiesen als Professor Scheer mit der IDS, der, von der Uni kommend, hier ein Unternehmen gegründet hat, das mittlerweile an der Börse ist, der alleine hier im Saarland 800 neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen hat und der auf dieser Basis ein Signal dafür gesetzt hat, daß Strukturwandel möglich ist auch bei uns, auch in einem strukturschwachen Land! Deshalb ist es eine gute Sache, daß Professor Scheer bereit ist, seine Kompetenz, seine Kenntnisse diesem Land zur Verfügung zu stellen. Deshalb freue ich mich, daß er Mitglied im Zukunftsteam der saarländischen CDU ist. Das ist ein Signal der Hoffnung für den Strukturwandel in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU.)

Eines will ich an dieser Stelle allerdings auch noch bemerken. Als bekannt wurde, daß Professor Scheer im Zukunftsteam der CDU Saar mitwirkt, wurde dies von Ihnen kritisiert, Herr Tabillion, mit dem Hinweis darauf, Professor Scheer habe schließlich Wirtschaftsförderungsgelder der SPD-Landesregierung erhalten.

(Abg. Feibel (CDU): Hört, hört!)

Diese Aussage muß man dann doch einmal eine Sekunde überdenken. Professor Scheer habe Mittel der SPD-Landesregierung erhalten. Erhalten hat er Wirtschaftsförderungsmittel in bescheidenem Umfang, auf die er einen Rechtsanspruch hatte, aus der Steuerkasse dieses Landes, Steuern, die von allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes bezahlt worden sind. Mit der SPD hat dies wahrhaft nichts zu tun. Wenn der Eindruck erweckt wird, wer von dieser SPD-Landesregierung gefördert wird, hat dieser Landesregierung wohlgefällig zu sein, dann steht das für ein Denken in den Kategorien der Einheit von Staat und Partei. Die Einheit von Staat und Partei haben wir in den neuen Bundesländern überwunden, sie darf im Saarland nicht wieder eingeführt werden. Dieses Land gehört nicht der SPD, und am 5. September werden wir Ihnen das beweisen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Deshalb sage ich Ihnen zum Schluß, ich habe in den letzten Wochen und Monaten oft den Anspruch gehört, wir brauchen Innovation und Gerechtigkeit. Ich glaube, daß dieser Anspruch richtig ist. Strukturwandel im Saarland braucht auch Innovation und Gerechtigkeit. Wir stehen bereit, diesen Strukturwandel im Saarland zu bewältigen, mit Innovation – dafür niemand so sehr wie Professor Scheer –, aber auch mit Gerechtigkeit. Ich darf an der Stelle darauf hinweisen: Wenn das Mitglied im Hauptvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes Regina Görner als eine der fünf führenden Persönlichkeiten des Deutschen Gewerkschaftsbundes bereit ist, im Saarland politische Verantwortung zu übernehmen, Regierungsverantwortung zu übernehmen, dann ist das Gewähr dafür, daß der Aspekt der Gerechtigkeit nicht zu kurz

(Abg. Müller)

kommt, dann ist das Gewähr dafür, daß die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Lande beachtet werden. Auch dies ist ein gutes Signal für unser Saarland.

(Beifall bei der CDU.)

Wir stehen bereit, einen konsequenten und sozialverträglichen Strukturwandel zu schaffen. Wir brauchen ein wirkliches Zukunftsprojekt Saar. Wir müssen uns auf den Weg begeben, ein lebensfähiges Saarland aus eigener Kraft zu schaffen. Wir streben dies an. Wir haben die Konzepte dafür, und wir haben die Personen dafür. Deshalb sind wir zuversichtlich, daß die Wählerinnen und Wähler uns am 5. September auch den Auftrag hierzu erteilen. Die Alternative heißt rot-grün. Wer sich rot-grün im Bund anschaut, weiß, daß dem Saarland rot-grün erspart bleiben muß. Und deshalb sage ich zum Schluß: Es ist Zeit für den Wechsel im Saarland. Fünfzehn Jahre SPD an der Saar sind genug. Wir brauchen den Neubeginn. Die CDU steht bereit. Wir bitten um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ley:

Meine Damen und Herren, ich erteile das Wort Herrn Dr. Rainer Tabillion. Für Dr. Tabillion ist Redezeitverlängerung beantragt. Dem wird hiermit stattgegeben.

Abg. Dr. Tabillion (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Fraktion begrüßt, daß wir heute so unmittelbar vor der wichtigen Landtagswahl über Strukturwandel in diesem Plenum diskutieren. Über Strukturwandel kann man gar nicht oft genug reden. Strukturwandel ist das A und O der saarländischen Politik. Und deshalb ist es auch eineinhalb Wochen vor der Landtagswahl angebracht, daß dieses Haus sich über Strukturwandel unterhält.

(Beifall bei der SPD.)

Es ist natürlich auch wichtig, daß eineinhalb Wochen vor der Wahl darauf hingewiesen wird, was das für eine Wahl ist, daß das eine Wahl ist, bei der es um saarländische Themen geht und nicht um andere Themen, die Sie voranstellen wollen, um Ihre fehlenden Alternativen in der Landespolitik zu verdecken. Vor allem ist eines wichtig: Es ist in diesem Land nicht ein Neubeginn notwendig, sondern die Fortsetzung erfolgreicher Politik.

(Beifall bei der SPD.)

Das ist doch der rote Faden, der sich durch die Regierungserklärung von Ministerpräsident Klimmt zieht, und das ist der rote Faden, der sich durch unsere Politik zieht. Wir wollen das, was wir in den vergangenen drei Legislaturperioden in diesem Land für die Menschen dieses Landes gut gemacht haben, fortsetzen. Wir müssen nicht zurück an den Anfang. Was Sie wollen, wäre Rückschritt für dieses Land. Und das werden wir verhindern.

(Beifall bei der SPD.)

Nach den Kommunal- und Europawahlen, die zugegebenermaßen für uns nicht besonders günstig ausgegangen sind, hat die CDU geglaubt, im Saarland im Schlafwagen an die Macht zu kommen. Wir haben das in zweifacher Hinsicht durchkreuzt. Wir haben die Strukturpolitik, die Wirtschaftspolitik und landespolitische Themen in die Diskussion eingebracht. Und zum zweiten spielt Reinhard Klimmt jetzt bundespolitisch in der ersten Liga. Das ist gut für unser Land, meine sehr verehrten Damen und Herren. Er spielt bundespolitisch in der ersten Liga, während andere abgestiegen sind. Wenn Sie sich die Szenerie der vergangenen Tage einmal deutlich machen, wer denn hier durch das Land gelaufen ist, dann war Reinhard Klimmt mit den Entscheidungsträgern dieser Republik zusammengetroffen, die in der Bundesrepublik das Sagen haben. Ihr Spitzenkandidat ist durch das Land gelaufen mit abgewählten Politikern, und das zeigt den Unterschied. Es ist in Ordnung, daß es dieses demokratische Wechselspiel gibt und daß

einmal die einen und dann wieder die anderen regieren, aber wichtig ist doch, mit wem der Ministerpräsident einen Draht hat und umgekehrt.

Sie haben davon gesprochen, daß es in unserem Land mit den Strukturhilfen weitergehen muß. Es ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß wir das Ziel verfolgen, weitere Strukturhilfen zu bekommen. Aber das geht doch nur dann optimal, wenn diejenigen, die hier regieren, einen hervorragenden Draht zu denen haben, die in Bonn regieren. Genau das ist der Fall und dafür steht Reinhard Klimmt.

(Beifall bei der SPD.)

Das Saarland ist auf der Überholspur! Ich will dies hier noch einmal deutlich sagen. Wir haben dies in den Wahlkampf eingebracht, viele haben es inzwischen aufgegriffen, weil es ganz einfach stimmt. Wir haben in unserer „besser als“-Kampagne dieses plakatiert. Das hat Sie geärgert, und das ist auch in Ordnung so. Sie haben das diskutiert, und wir haben auch heute wieder verfolgen können, daß der Kollege Müller versucht hat, die Zahlen, die wir dort deutlich gemacht haben, zu relativieren. Auch andere haben versucht, das zu relativieren, der Saarländische Rundfunk zum Beispiel. Ich sage Ihnen noch einmal, was auf diesen Plakaten draufgestanden hat: Mehr Wirtschaftswachstum im Saarland als in Baden-Württemberg, mehr neue Unternehmen als in allen anderen Bundesländern, der größte Zuwachs an Ausbildungsstellen im Saarland und mehr neue Arbeitsplätze als in jedem anderen Bundesland. Das sind doch Erfolge! Wenn Sie nun versuchen, das durch eine Veränderung der Bezugsgrößen oder der Zeiträume zu relativieren, dann sage ich Ihnen: Nach dem Motto „Tue Gutes und rede schlecht darüber“ sollte man in einem Land, das den Anschluß finden muß und wird, nicht verfahren. Man sollte das auch ganz deutlich sagen. Das tun wir, Ihnen paßt das nicht, aber wir werden das in den nächsten Tagen weiterhin machen.

(Beifall bei der SPD.)

Wir brauchen auch nicht irgendwelche Professoren, die von außerhalb des Landes zu uns reisen und mit mathematischen Formeln versuchen, dieses Land schlechztzurechnen. Die brauchen wir nicht, die sollen bleiben, wo sie sind. Wir wissen, was wir geleistet haben, wir wissen, was die Saarländerinnen und Saarländer geleistet haben, und wir sagen es auch offen im Wahlkampf.

(Beifall bei der SPD.)

Sie können ja dann auch vielleicht einmal das Bruttoinlandsprodukt ins Verhältnis zu den Hasen im Land oder zu Ihrem Lieblingstier stellen. Hören Sie doch auf mit diesen Relativierungen und stellen Sie sich hinter die Erfolge der Menschen in diesem Land.

Fakt ist, 1998 war ein Superjahr für den saarländischen Strukturwandel, und die positive Entwicklung setzt sich jetzt fort. Die Landeszentralbank hat am 13. August gesagt: Die saarländische Wirtschaft zeigte sich auch im Mai 1999 in robuster Verfassung. In den ersten fünf Monaten konnte die saarländische Industrie einen Zuwachs von 15,1 Prozent verbuchen. Die Saarländische Wirtschaft schnitt damit im Betrachtungszeitraum besser ab als die westdeutsche Konkurrenz insgesamt. – So die Landeszentralbank zur Situation unserer Entwicklung. Das ist ein unverdächtigere Zeuge, und wir sind stolz, daß wir das alles erreicht haben.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn denn die Zahlen zu trocken sind – es gibt in diesem Land jede Menge Symbole für gelungenen Strukturwandel, und es gibt viele Zeugen. Man muß nur mit offenen Augen durch das Land gehen und darf nicht die Augen zukneifen, weil man die Erfolge nicht sehen will. Science Park ist angesprochen worden. Da stehen jetzt die Baukräne, das Gebäude wird hochgezogen. In den nächsten Tagen wird dort das Richtfest sein. Dies ist eine weitere wichtige Einrichtung in unserem Land. Forschung und Entwicklung sind zum Motor der Entwicklung im Saarland geworden. Dies

(Abg. Dr. Tabillion)

wollen wir auch fortsetzen. Wenn Sie nun darüber reden, wir würden in dieser Region nur noch Forschung, Entwicklung und Technologie in den Mittelpunkt stellen, dann ist das falsch. Unsere Universität ist eingebunden in ein Netz von anderen Universitäten. Wir werden in dieser Region genauso Geisteswissenschaften anbieten, wie wir Forschung im naturwissenschaftlichen Bereich anbieten.

Das ist gut für diese Region. Jeder hat in dieser Region die Möglichkeit, das zu studieren, was er will und was für uns notwendig ist. Aber es ist zentral wichtig, daß die Universität etwas tut, was dem Arbeitsmarkt unserer Region, unseres Landes nutzt. Das war früher nicht der Fall. Als wir studiert haben, hat man nicht gefragt: Was bringt das für unser Land? Welche Produkte kann man daraus entwickeln? Welche Arbeitsplätze kann man daraus machen? Das ist heute eine Kernfrage bei denen, die da oben tätig sind. Und das ist auch Erfolg einer konsequenten Politik in dieser Richtung.

(Beifall bei der SPD.)

Das unterstützt natürlich auch Professor Scheer. Er hat in der Vergangenheit sehr viel Positives zur Entwicklung unseres Standortes, zur Entwicklung unserer Universität gesagt. Er hat ganz deutlich gemacht, daß der Erfolg seines Unternehmens ohne hervorragende Rahmenbedingungen, ohne unbürokratische Hilfe nie möglich gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD.)

Professor Scheer ist jetzt Ihr Berater. Er ist aber zugleich ein Kronzeuge für unsere erfolgreiche Politik. Ich habe damit, daß er Sie berät, überhaupt keine Probleme, diese Beratung ist sicherlich auch notwendig.

(Abg. Lang (SPD): Dringend!)

Sie ist bitter und dringend notwendig. Er berät, wie gesagt, auch uns. Das hat überhaupt nichts – ich habe nirgendwo gesagt, was der Kollege Müller hier angedeutet hat – mit Zuschüssen dieses Landes zu tun. Wir sind froh, wenn er erfolgreich ist. Wir sind sehr froh, wenn er erfolgreich ist. Wir werden ihn weiter unterstützen, und er soll Sie weiter beraten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Zweites Symbol: die vielen Call-Center, die in unserem Land entstanden sind. Das macht deutlich, daß hier der Zug nicht verpaßt worden ist, sondern daß klar geworden ist, wir müssen im Saarland bei den neuen Technologien, bei den neuen Möglichkeiten der Kommunikation und des Marketings etwas tun.

Dritter Punkt: die Lebensmitteltechnologie, ein in unserem Land unheimlich stark entwickeltes Feld, was weithin verkannt wird. Auch hier haben wir ein Highlight einer neuen, modernen Wirtschaftsstruktur in unserem Land geschaffen. Nicht umsonst kommt der größte Pizzabäcker der Nation aus dem Saarland. Auch das ist ein Symbol für gelungenen Strukturwandel in einem ehemaligen Montanland.

(Beifall bei der SPD.)

Beim Tourismus haben wir heute 20.000 Arbeitsplätze. Das ist eine riesige Zahl, wenn man vergleicht, wieviel wir vor zwanzig Jahren hatten. Das war eine systematische Entwicklung. Das ist auch gut so, denn wir haben in unserem Land ja etwas vorzuzeigen: unsere Landschaft, unsere Regionalgeschichte, unsere Industriegeschichte. Daraus kann man ein schönes Bild machen, eine Attraktion für Touristen, die in unser Land kommen. Das gelingt uns immer mehr. Sie reden das wiederum schlecht. Ich würde Ihnen davon abraten, mit Zeithammer oder sonstigen Dingen die Leute wieder aus dem Land zu treiben. Wir sind froh, wenn sie kommen.

Ich will zum Bostalsee etwas sagen. Natürlich ist es auch unser Ziel, im Saarland ein Feriendorf zu errichten oder zu ermöglichen, daß Investoren hier ein Feriendorf errichten. Der Bostalsee bietet

sich dazu an. Aber man muß natürlich, wenn man in dreistelliger Millionenhöhe Zuschüsse haben will, die dann anderen in diesem Land bei ihren Investitionen fehlen, das Ganze total seriös gestalten. Dann muß Bürgermeister Gisch, dann muß der Investor kommen und die Karten auf den Tisch legen, sagen, wie er es finanziert, sagen, wie er es betreiben wird. Nur dann kann es Geld in dieser Größenordnung geben. Und dazu müssen wir die Leute schnellstmöglich auffordern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Autoland: Da haben wir keine Differenzen. Es ist klar, daß die Automobilindustrie im Saarland inzwischen der stärkste Industriezweig geworden ist, und darauf sind wir stolz. Wir sollten uns alle dahinterstellen. Das Auto bietet die Möglichkeit, ganz starke Entwicklungen in diesem Land voranzutreiben. Unsere Vorstellung ist, daß wir die starke Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur, neue Materialien, Informatik mit dem Auto verbinden und daraus eine ganz neue Dimension eines Autolandes machen. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten. Denn in diesem Bereich sind eine ganze Menge Arbeitsplätze in unserem Land zu schaffen.

Wenn man über Symbole redet, gibt es natürlich die sozusagen täglichen Ansiedlungen in unserem Land. Fast jeden Tag gibt es ein Unternehmen oder mehrere, die in diesem Land gegründet werden.

(Abg. Schreier (CDU): Und welche, die schließen!)

Gerade am 24.8. die Ansiedlung von Infeurope Deutschland GmbH mit vierzig Arbeitsplätzen, wobei gesagt wird bei der Vorstellung dieses Unternehmens, daß die Entscheidung der Firma für unser Land vor allem Ergebnis der unbürokratischen Wirtschaftsförderung des Landes ist. Der Geschäftsführer sagt: Bei Ansiedlungen in anderen Ländern sind wir nicht auf eine solche flexible Unterstützung gestoßen. Das ist doch etwas, das sind doch Aussagen, die belegen, daß wir hier auf gutem Weg sind und daß wir uns wirklich alle Beine ausreißen, um Unternehmen in unser Land zu bringen, damit die hier Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will unseren Nachbarn in Lothringen nicht zu nahe treten. Aber Sie haben vielleicht in dieser Woche, auch am 24. August, in der Saarbrücker Zeitung eine Beurteilung der Lage in Lothringen gelesen und einen Kommentar dazu. Da ist deutlich gemacht worden, daß man offensichtlich dem Trend, dem wir rechtzeitig gefolgt sind, in Neues, in Strukturwandel eben nicht so gefolgt ist. Deshalb sollten Sie eigentlich aufhören, uns Lothringen hier immer wieder als Beispiel hinzustellen.

Ich zitiere mal aus diesem Kommentar: Dabei bekam die Region nicht mit, daß sich international der Trend in Richtung Dienstleistungsarbeitsplätze wandelte; während rund um Lothringen herum – im Saarland, in Luxemburg usw. – zum Beispiel Call-Center wie Pilze aus dem Boden schossen, war dies in Lothringen bei weitem nicht der Fall. – Das macht deutlich, daß wir hier die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt haben, daß wir gehandelt haben und daß wir auch hier besser sind als viele andere, die uns manchmal als Beispiele hingestellt werden.

(Beifall bei der SPD.)

Das betrifft auch die Pendlerbilanz. Hier ist eben der Eindruck erweckt worden, als ob das Saarland Einwohner verliert oder andere Faktoren negativ zu Buche schlagen. Nein, 50.000 Menschen kommen jeden Tag in unser Land, um hier zu arbeiten. Sie kommen von außerhalb unserer Grenzen. Das ist doch ein Zeichen dafür, daß hier nicht alles in Schutt und Trümmern liegt, sondern daß wir sogar in der Lage sind, für andere sehr viele Arbeitsplätze bereitzustellen und so anderen bei der Bewältigung ihrer Strukturprobleme zu helfen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Dr. Tabillion)

Mit Ihren Aussagen, die Sie in der Vergangenheit getroffen haben, widerlegen Sie sich im Prinzip selbst, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU. Ich darf nochmals aus Ihrem Zukunftsprogramm Modernes Saarland zitieren, das Sie parallel zum Saar-Memorandum gemacht haben. Da haben Sie geschrieben: Das Saarland hat sich zunehmend zu einem Wirtschaftsstandort mit breitgefächelter Industrie- und Dienstleistungsstruktur gewandelt. Innerhalb des industriellen Sektors hat sich an der Saar ein tiefgreifender Wandel vollzogen. Bergbau und die eisenschaffende Industrie haben erheblich an Strukturgewicht verloren. Es sind zukunftsorientierte Industriebereiche mit beachtlichem Strukturgewicht vorhanden. – Das beschreibt unsere Lage, das beschreibt unsere Erfolge. Daß das aus Ihrer Feder kommt, ist natürlich ein ganz hervorragendes Indiz für unsere gute Politik.

(Beifall bei der SPD.)

Es wird also nicht verfangen, wenn Sie versuchen, die Erfolge unseres Landes schlechtzureden. Es war noch nie gut, das eigene Nest zu beschmutzen, insbesondere deshalb nicht, weil wir darauf angewiesen sind, ein gutes Bild abzugeben gegenüber denen, von denen wir Investitionen in unser Land holen wollen. Es macht auch keinen Sinn, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, in diesem Zusammenhang unsere Landsleute und ihre Lebensart zu beleidigen. Auch das erleben wir im Wahlkampf. Auch das ist schädlich für unser Land, wenn Sie Saarländerinnen und Saarländer als Hasen auf Ihren Plakaten darstellen und schreiben: Haubdsach gudd gess.

(Beifall bei der SPD. – Zurufe von der CDU.)

Natürlich haben wir hier das Recht, gut zu essen. Denn die Saarländerinnen und Saarländer arbeiten hart. Wer hart arbeitet, der hat auch das Recht, gut zu essen. Genau dafür steht die SPD in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Jawohl! bei der SPD und Beifall. – Lachen bei der CDU. – Abg. Schreier (CDU): Politik und Genuß!)

Da wird der Unterschied deutlich, Kollege Schreier. Die SPD ist eine saarländische Partei, sie ist modern und saarländisch. Sie sind modernistisch und austauschbar geworden durch Ihren Wahlkampf. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der SPD. – Zurufe von der CDU.)

Ausblick 2000 bis 2005. Was ist zu tun in diesem Land? Fortsetzung des Strukturwandels – teilweise auch neue Dimension des Strukturwandels. Dazu bekennen wir uns. Die Grundlage des Strukturwandels ist die Verbreiterung und die Stabilisierung unserer wirtschaftlichen Basis. Daß dann der Mittelstand die zentrale Rolle spielt, ist völlig unbestritten. Nur auf der Basis kleiner und mittlerer Unternehmen können wir unsere Wirtschaft erfolgreich stabilisieren und weiterentwickeln. Wenn Sie in Ihrem Programm auch von der Kultur der Selbstständigkeit schreiben und reden, dann schreiben Sie das bei uns ab. Das ist eine Sache, die wir in diesem Land zum erstenmal gefördert haben. Bis 1985 gab es dieses Denken in Selbstständigkeit, in Mittelstand überhaupt nicht. Im Grunde genommen, wenn Sie die Entwicklung von Mittelstand und Handwerk beobachten, ist die SPD im Saarland die Partei des Mittelstandes, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Gemeinsam mit dem Mittelstand, gemeinsam mit Menschen, die bereit sind und den Mut aufbringen, Unternehmen zu gründen, werden wir in diesem Land Arbeitsplätze schaffen, das A und O, die Aufgabe für Politik in diesem Lande und in dieser Republik. 5.000 Arbeitsplätze, hat der Ministerpräsident deutlich gemacht, ist unsere Marke, die wir, orientiert an den Erfolgen der Vergangenheit, schaffen wollen. 5.000 Arbeitsplätze pro Jahr für die Saarländerinnen und Saarländer und für die Kinder der Bergleute, Kollege Müller! Für die Kinder der Bergleute 5.000 Arbeitsplätze in jedem Jahr!

Wir werden das gemeinsam tun mit den gesellschaftlich relevanten Kräften, mit den Gewerkschaften, mit denen wir zusammengesessen haben im Bündnis für Arbeit im Saarland, immer diffamiert von der Opposition, aber erfolgreich in unserem Land. Wir erwarten, daß dieses Bündnis für Arbeit fortgesetzt wird. Wir danken den Gewerkschaften für ihre verantwortliche Haltung in diesem Bündnis für Arbeit, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Es gehören auch dazu Leitinvestitionen. Das ist vielleicht die neue Dimension, die dazukommen muß, größere Investitionen, die wir tätigen aus den Erfolgen unserer Teilentschuldung, also beispielsweise das Weltkulturerbe wirklich zu einem Highlight in diesem Land zu machen und eine Saar-Lor-Lux-Halle, in der man auch wirkliche Großveranstaltungen machen kann. Das gehört dazu, wenn man das Image einer Region stärken will. Das wollen wir in den nächsten fünf Jahren verstärkt mit einbringen.

Ich will nur zwei, drei Anmerkungen machen zu Punkten, die Sie in diesem Zusammenhang angesprochen haben, Kollege Müller, von denen Sie glauben, daß dort der Schlüssel zu einer wichtigen weiteren Entwicklung und erfolgreichen Entwicklung unseres Landes liegen kann. Sie haben von der Gewerbesteuer geredet. Die Gewerbesteuer – da müssen Sie einmal mit den Menschen und den Leuten, den Unternehmern hier reden – spielt überhaupt keine wesentliche Rolle bei der weiteren Entwicklung unserer Wirtschaft,

(Zuruf von der CDU.)

keine wesentliche Rolle bei Ansiedlungen in unseren Kommunen. Deshalb ist das kein Schlüsselthema. Es ist kein Schlüsselthema und es wird auch keines werden.

Entsorgungskosten. Die Saar-Gemeinschaftsinitiative hat festgestellt, daß wir bei den Entsorgungskosten besser geworden sind, daß wir nicht an der Spitze liegen, sondern daß wir allenfalls im Mittelfeld sind. Die Gründung des EVS wird dazu führen, daß die Entsorgung noch kostengünstiger wird. Es ist überhaupt nicht so, wie Sie hier erzählen, es ist eine Besserung der Situation bei den ökologischen Rahmenbedingungen und bei den Kosten für Ökologie eingetreten.

Deregulierung. Das war natürlich ein starker Flop, den Sie sich hier geleistet haben. Es dereguliert keine Landesregierung in der Republik so wie diese Landesregierung, wie die SPD-geführte Landesregierung hier. Umweltminister Maas hat damit angefangen, den Dschungel an Vorschriften und Verwaltungsrichtlinien zu durchforsten. Er hat schon jede Menge abgeschafft. Der Innenminister hat nachgezogen. Kiloweise haben wir in diesem Land schon Vorschriften abgeschafft. Die Deregulierung ist in vollem Gange, sie muß von Ihnen nicht erst angemahnt werden.

(Beifall bei der SPD.)

Bildungspolitik ist hier im Wahlkampf kein wesentliches Thema. Warum? Weil die Bildungspolitik erfolgreich ist. Wir haben ein stabiles Schulsystem, und wir wissen, was wir jetzt tun müssen, nämlich die Inhalte reformieren und natürlich auch auf Leistung schauen. Aber wir sind der Auffassung, Schule muß auch weiterhin Spaß machen. Bei dem, was ich von Ihnen höre – Rohstockpädagogik und vieles andere mehr – habe ich die Befürchtung, daß bei Ihnen in Zukunft Schule eben nicht mehr Spaß machen wird. Das wollen wir jedenfalls nicht.

(Beifall bei der SPD.)

Wir sind da auf gutem Wege. Vergleiche zeigen, daß saarländische Schülerinnen und Schüler sehr wohl leistungsfähig sind, leistungsfähiger als mancher andere aus anderen Bundesländern. Ich habe – um das auch noch zu sagen, weil wir gesagt haben, wir haben eine stabile Struktur in unseren Schulen erreicht – die Befürchtung bei vielen Zwischentönen, die man so hört, wenn Sie hier

(Abg. Dr. Tabillion)

etwas zu sagen hätten, würden Sie diese Struktur noch einmal in Frage stellen und würden anfangen, die Gesamtschulen auszutrocknen. Auch das werden wir verhindern.

(Widerspruch bei der CDU. – Abg. Schreier (CDU): Was soll denn das?)

Sie sind in der Verfassung. Man kann sie trotzdem beschädigen, Kollege Schreier, und genau das erwarte ich von Ihnen, wenn Sie hier noch einmal drankommen in diesem Land. Das werden wir verhindern.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will einige Anmerkungen machen zum Bereich Stahl und Kohle. Ich habe deutlich gemacht, was in unserem Land Priorität hat: Strukturwandel, neue moderne Unternehmen, Mittelstand, kleine Unternehmen. Aber was nun Stahl und Kohle betrifft, sind wir diametral anderer Auffassung als die CDU. Es ist ein ganz deutlicher Unterschied, der sollte in diesem Wahlkampf auch klar gemacht werden.

Wenn Sie vom Stahlbereich reden und wiederum davon reden, daß der Stahlbereich so vor sich hindümpelt, dann ist das natürlich eine Beleidigung all derer, die bei Saarstahl arbeiten, meine sehr verehrten Damen und Herren, und erfolgreich arbeiten. Dieses Unternehmen schreibt schwarze Zahlen. Dieses Unternehmen hat im Konkurs erhebliche Gewinne gemacht und hat daraus Investitionen gemacht, um den Stahlstandort Saar zu stabilisieren. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen. Das ist kein Dümpeln, sondern erfolgreiche Unternehmenspolitik.

(Beifall bei der SPD.)

Man kann einen Konkursverwalter oder einen Konkursrichter nicht an die Kette legen, das wissen Sie ganz genau. Ich bin überzeugt, daß dieses Konkursverfahren ordnungsgemäß abgewickelt wird und daß dann ein selbständiges, starkes Unternehmen Saarstahl hier sein wird, gemeinsam mit der Dillinger Hütte im Saarland eine erfolgreiche Stahlindustrie für die Zukunft – wenn es nicht dazu kommt, daß Ihre Pläne verwirklicht werden, daß die Anteile des Landes „verklappt“ werden. Eine ganz gefährliche Entwicklung, ein ganz gefährlicher Plan. Es müssen alle, die dort arbeiten, wissen, was auf sie zukommen kann. Wir legen Wert darauf, daß das Saarland in diesem sensiblen Bereich des Stahlunternehmens Saarstahl weiterhin etwas zu sagen hat, daß wir mitbestimmen können, daß nicht etwa das Aktienpaket, das wir hier haben, auf den Markt geworfen wird, ohne zu fragen, was dann geschieht. Ich wüßte, was geschieht: Bei der nächsten Stahlkrise käme es zu einer Bereinigung, und Saarstahl käme wieder in große Schwierigkeiten. Das werden wir verhindern, indem wir die Aktien eben nicht „verklappen“, sondern behalten.

(Beifall bei der SPD.)

Bei der Kohle haben Sie Ihre bekannte Position hier wiederholt, die allerdings auch nicht immer so war. Es gab vor wenigen Jahren – 1995 – eine Veranstaltung in Neunkirchen, auf der zum Beispiel der Kollege Müller gesagt hat, mit uns wird es keinen Auslaufbergbau oder Museumsbergbau geben. Diese Position hat sich offensichtlich völlig verändert. Ich muß fragen: Warum hat sie sich verändert? Für uns ist diese Position nicht nachvollziehbar, weder wirtschaftspolitisch noch sonst irgendwie. Für mich ist diese Position nur so zu erklären: Man sucht einen Wahlkampfgag, um sich zu unterscheiden, um auf sich aufmerksam zu machen, und macht dann auf den Knochen der saarländischen Bergleute und ihrer Familien Wahlkampf, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist der Punkt!

(Beifall bei der SPD.)

Sie brauchen hier auch gar nicht darum herumzureden. Daß bis 2005 die Dinge sicher sind und Sie das akzeptieren, ist ja gar nicht unstritten. Aber es steht im Raum und ist oft genug gesagt –

2008, die Perspektive –: Die CDU will ein schnelles, ein brutales Ende des Bergbaus im Saarland. Das ist das Faktum. Und bei jemandem, der Menschen, die für soziale Gerechtigkeit eintreten, als Brandstifter bezeichnet, braucht man sich darüber auch gar nicht zu wundern.

(Beifall bei der SPD.)

Kohle hat Zukunft. Kohle ist nicht mehr der zentrale Punkt unserer Wirtschaftsstruktur, wird es auch nie mehr werden, aber Kohle ist die Energie, die in der gesamten Welt auf dem Vormarsch ist. Deshalb noch einmal der Versuch, mit einigen Sachargumenten dafür zu plädieren, warum wir daran festhalten. Es ist nicht Nostalgie. Es ist Überzeugung, daß Kohle ein Energieträger der Zukunft ist bei uns hier im Land zum Beispiel. Wer aus der Atomenergie aussteigen will, der kann nicht gleichzeitig aus der Kohle aussteigen. Deshalb halten wir daran fest. Natürlich nicht 100 Prozent heimische Kohle. Daß diese Unternehmen sich in anderen Ländern engagieren und auch dort Kohlegruben erschließen und von dort importieren, ist doch klar. Ein vernünftiger Mix aus eigener Kohle und Importkohle, das ist der Weg in die Zukunft mit neuen, modernen Kohlekraftwerken!

(Beifall bei der SPD.)

Und dann die industriepolitische Seite der Medaille. Immer mehr saarländische Firmen und Bergbau im Saarland – –

(Zuruf von der CDU.)

Es sind nicht nur die jetzt bald noch zwei Standorte, es ist der ganze Kranz von Zulieferern drumherum und vieles andere mehr. Diese Firmen engagieren sich jetzt auch in aller Welt. Sie haben Erfolge auf dem Weltmarkt mit ihrer hervorragenden Technologie, die nur dann möglich ist, wenn sie hier entwickelt werden kann. Es geht sogar schon so weit, daß saarländische Unternehmen Dienstleistungen im Bergbaubereich in der ganzen Welt anbieten. Man kann sich vorstellen, daß Kohlegruben aus dem Saarland auch betrieben oder repariert werden über den Daten-Highway. Es gibt da unheimlich spannende Ansätze für Unternehmen, die in diesem Bereich tätig sind. Das würden wir alles wegputzen, wenn wir bis 2008 die Gruben zumachen würden. Deshalb geht das mit uns nicht.

(Beifall bei der SPD.)

Sie haben natürlich auch hier ganz eigenartige Zeugen und Leute, die Sie unterstützen. Einer davon kommt in der nächsten Woche zu Ihrer Abschlußkundgebung. Ich finde das wirklich geschmacklos, ausgerechnet Herrn Stoiber, der mit dem Saarland überhaupt nichts am Hut hat, der überall zu jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit deutlich macht, daß er das Saarland einfach weghaben will und daß ihm am liebsten ist, daß bei der Kohle nichts mehr passiert – dann hat er möglicherweise noch ein paar Subventionsmilliarden mehr –, laden Sie jetzt hier ein. Das kann doch wohl nicht wahr sein!

(Beifall bei der SPD.)

Der Kollege Kurt Schoenen ist vor kurzem einmal in einem Interview gefragt worden, wie er es denn beurteilen würde, wenn Stoiber Bundeskanzler würde. Da hat er gesagt, es wäre ein Glücksfall gerade für unsere Region. Da komme ich nicht mehr mit.

(Abg. Schreier (CDU): Das verstehe ich nicht.)

Sie machen hier das Spiel der Gegner des Saarlandes, und Sie verraten ganz massiv saarländische Interessen mit Ihrer Kohlepolitik!

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Dr. Tabillion)

Kein anderer Ministerpräsident oder auch Oppositionsführer in einem Land würde sich hinstellen und sagen: Da habt ihr unsere Milliarden, verteilt sie noch, wir wollen sie nicht, wir brauchen sie nicht.

(„Oh wie schwach!“ von der CDU.)

Stoiber würde nie Landwirtschaftssubventionen abgeben oder deren Kürzung vorschlagen. Der Kollege Beck in Rheinland-Pfalz kämpft zum Beispiel für die Subventionierung des Weinbaus in Steilhanglagen. Auch darüber könnte man ja diskutieren, ich halte das zum Beispiel ökologisch für etwas Gutes. Aber er käme nie auf die Idee zu sagen, nein, das halte ich jetzt für Quatsch, das bringt wirtschaftspolitisch nichts, wir wollen das weghaben. Also das gibt es nur im Saarland, daß von hier aus solche Subventionen in Frage gestellt werden. Und ich sage mal, selbst wenn jetzt jemand den Auslaufbergbau will: Es wäre völlig makaber, das dann von vornherein zu sagen und deutlich zu machen, wir wollen das gar nicht. Für die Verhandlungsposition des Saarlandes ist das tödlich. Für die Verhandlungsposition des Saarlandes bei den Verträgen, die für die Zeit nach 2005 abzuschließen sind, haben Sie unserem Land großen Schaden zugefügt.

(Beifall bei der SPD.)

Wir sind froh, daß jetzt eindeutige Signale von der SPD-geführten Bundesregierung gekommen sind. Bundeswirtschaftsminister Müller, das Präsidium, alle haben deutlich gemacht, daß sie zur Kohle stehen. Deshalb wissen wir, wo unsere Freunde sitzen und wo unsere Gegner sind. Sie laden unsere Gegner ein, wir laden unsere Freunde ein.

(Beifall bei der SPD. – Protestrufe von der CDU.)

Deshalb will ich deutlich machen, daß Ihr Programm, das Sie für diesen Wahlkampf und für die nächste Legislaturperiode vorgelegt haben, letztlich ein Programm zur Auflösung unseres Saarlandes ist. Ein Wandel mit Bruch im Montanbereich, Entlassungen im Montanbereich, eine Steigerung der Arbeitslosigkeit in diesem Land wäre die Folge dessen, was Sie hier vorschlagen.

Und es kommt hinzu die Aufgabe der Haushaltsdisziplin. Die Konsolidierung der saarländischen Landesfinanzen war neben dem gelungenen Strukturwandel ein Kernverdienst der letzten Jahre. Wir sind hier auf einem guten Weg. Wir haben es verhindert, daß, folgend aus dem Finanzchaos, das Sie 1985 hinterlassen haben, ein Bankrott dieses Landes entstanden ist. Wenn man das hochgezinst hätte, wären wir heute bei weit über zwanzig Milliarden Schulden in diesem Land, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist durch die Teilentschuldungsraten verhindert worden. Allerdings gerät auch dieses Ziel mit dem, was Sie hier vorschlagen, landespolitisch in erhebliche Gefahr. Kindergärtenbeiträge abschaffen, das kostet 40 bis 50 Millionen. Sozial Schwache bekommen das heute ohnehin schon. Sie wollen es also insbesondere für die abschaffen, die es sich ganz gut leisten können. 40 Millionen bis 50 Millionen aus dem Landeshaushalt, das ist völlig unverantwortlich angesichts unserer Finanzsituation.

(Beifall bei der SPD.)

Personalaufstockung in den verschiedensten Bereichen, und dann die Geschenke, die Sie Ihren Freunden schon zugesagt haben – wie etwa Herrn Bouillon –, das sind auch Millionenbeträge in zweistelliger Höhe. Dies alles sind Dinge, die unseren Landeshaushalt, wenn Sie drankämen, kaputtmachen würden. Deshalb ist das, was Sie vorhaben, unverantwortlich. Es gefährdet die weitere Entwicklung dieses Landes, und es gefährdet letztlich die Selbständigkeit des Saarlandes.

(Beifall bei der SPD.)

Es gefährdet letztendlich natürlich auch unsere Position bei der Neuverhandlung des Länderfinanzausgleichs. Ein wichtiges Thema für die nächste Legislaturperiode. Wer würde denn in diesen Verhandlungen um eine Nachfolgeregelung des Länderfinanzaus-

gleichs für uns noch etwas ausgeben, wenn wir uns hier finanzpolitisch so verhalten würden, wie Sie das jetzt vorschlagen? Deshalb muß es bei der klaren, sparsamen haushaltspolitischen Linie bleiben. Und die ist nur gewährleistet, wenn die Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause so bleiben, wie sie sind.

(Beifall bei der SPD.)

Lassen Sie mich zum Abschluß sagen – ich wiederhole es nochmals, weil es ganz einfach Tatsache ist: Unser Land ist auf der Überholspur. Der Strukturwandel ist Realität. Er ist Ergebnis guter Politik und vor allem auch hervorragender Leistungen der Saarländerinnen und Saarländer. Unser Angebot ist die Fortsetzung dieser erfolgreichen Politik. Unser Angebot ist Reinhard Klimmt. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Ley:

Meine Damen und Herren, ich erteile das Wort Herrn Hubert Ulrich.

Abg. Ulrich (B 90/Grüne):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Landtagspräsident! Wir hören heute zum zweitenmal hier im saarländischen Landtag eine Regierungserklärung von Ministerpräsident Reinhard Klimmt. In aller Regel ist eine solche Regierungserklärung ja als gutes Zeichen ins Land hinein gedacht, die Tatkraft, Entschlußfreude und Entscheidungswille herüberbringen soll.

(Ministerpräsident Klimmt: Danke.)

Leider Gottes, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, liegen die Dinge hier bei uns zumindest in manchen Bereichen ein wenig anders. Heute in Ihrer Regierungserklärung – Herr Tabillion hat eben diese grundsätzliche Richtung noch einmal unterstrichen – fehlt eigentlich die grundsätzliche neue Richtung in einer ganz zentralen Frage, nämlich in der Montanpolitik.

Sie haben erneut, Herr Klimmt, genau wie Herr Tabillion, von einem lebendigen heimischen Bergbau gesprochen. Vor wenigen Monaten haben Sie davon gesprochen. Herr Klimmt, auch im Jahre 2005 würden wir noch heimischen Bergbau im Saarland betreiben. Für Bündnis 90/Die Grünen ist diese Position immer noch der Kardinalfehler saarländischer sozialdemokratischer Wirtschafts- und Regierungspolitik.

In dieser Woche gaben sich einige Bundesminister hier die Klinke in die Hand. Auch bei diesen Besuchen der SPD-Bundesebene im Saarland ging es um Unterstützung der Kohleposition der saarländischen SPD. Es ging auch in ganz starkem Maße um die Frage einer Anschlußregelung in Sachen Kohlekompromiß nach dem Jahre 2005.

Der SPD-Bundeswirtschaftsminister Werner Müller hat sich für eine solche Anschlußregelung ausgesprochen. Auch für uns als Grüne ist ganz klar, es muß nach dem Jahr 2005 eine Anschlußregelung geben, damit es wirklich keinen Bruch bei den Arbeitsplätzen im saarländischen Bergbau gibt. Aber – und da unterscheiden wir uns nach wie vor elementar von der Sozialdemokratie hier in diesem Lande – es muß in diesem Lande ein Endzeitpunkt benannt werden, wann die letzte Tonne Kohle gefördert wird.

(Beifall bei B 90/Grüne.)

Daran geht kein Weg vorbei. Vor dieser Aussage drückt sich die SPD ganz elementar.

(Zurufe von der SPD.)

Die Christdemokraten, die noch bis vor einem halben Jahr fast die gleiche Position vertreten haben wie die Sozialdemokraten, haben dort einen interessanten Meinungswandel vollzogen. Peter Müller und die CDU haben sich dort – ich denke aus guten Gründen

(Abg. Ulrich)

der Grünen-Position, weil sie als richtig erkannt wurde, abgeschlossen und vertreten heute diese Position. Ich denke – und daran krankt Ihre Philosophie im wesentlichen. Herr Klimmt –, Sie gehen immer noch davon aus, daß man die Mark mehrfach ausgeben kann. Genau das ist nicht der Fall. Ich denke, es geht nicht beides. Es geht nicht, daß wir Kohlesubventionen in hohem Maße hier im Lande erhalten und parallel einen Strukturwandel auf eine Art und Weise betreiben können, die es ermöglicht, im Bergbau einen Gleitflug und keinen Sturzflug in Sachen Arbeitsplatzabbau hinzubekommen.

Unsere Befürchtungen der letzten Jahre gerade was den Kohlebergbau betrifft – und das sage ich nach wie vor – sind leider Gottes immer wieder eingetroffen. Wir haben mittlerweile einen echten Bruch im Saarbergbau. Eine Kohlegrube nach der anderen bricht Ihnen weg. Das ist genau unsere Position, die wir eventuell nach dem 5. September mit Ihnen zusammen vielleicht auf eine andere Art und Weise realisieren können. Wir wollen dort einen langsamen Abbau in den Bergbauarbeitsplätzen und parallel einen Aufbau in anderen Arbeitsbereichen. Nur, um einen parallelen Aufbau gerade auch innerhalb der Ruhrkohle AG oder früher Saarbergwerke betreiben zu können, bedarf es entsprechender Gelder. Diese Gelder werden wir nicht zusätzlich aus Bonn erhalten. Wir bekommen nur entweder oder. Wir bekommen entweder Gelder, um den Bergbau weiterzubetreiben und eine Grube nach der anderen dichtzumachen, immer mit der Folge, daß mehrere tausend Bergleute dann Schlag auf Schlag auf der Straße stehen, oder wir machen es langsam, bauen immer stärker Bergbauarbeitsplätze ab vor dem Hintergrund Endzeitpunkt und bauen parallel neue Arbeitsplätze auf.

(Beifall bei B 90/Grüne.)

Sie argumentieren immer noch in ganz starkem Maße mit der Versorgungssicherheit. Auch Sie, Herr Tabillion, haben das eben getan. Sie haben nach wie vor die Position hier vertreten, auch wenn man aus der Atomkraft aussteigen will, braucht man den heimischen Bergbau. Sie wissen so gut wie ich, das ist blanker Unsinn. Wer aus der Atomkraft aussteigen will, braucht natürlich die Steinkohle, aber nicht mehr die deutsche Steinkohle, weil sie nicht mehr finanzierbar ist. Wir brauchen die Steinkohle, die zu wesentlich wettbewerbsfähigeren Preisen auf dem Weltmarkt zu erhalten ist als die deutsche Steinkohle.

(Abg. Henz (SPD): Unter welchen Bedingungen?)

Wir haben den Regierungswechsel in Bonn erlebt. Auch die rot-grüne Bundesregierung würde auf absehbare Zeit nicht mehr bereit sein, diese hohen Summen in die Bergbauländer zu investieren, was aber auch klar absehbar war. Insofern muß eine neue Position hier formuliert werden. Immer wieder das Argument der Versorgungssicherheit in den Raum zu werfen, ist vor dem Hintergrund völlig hanebüchen, so daß man sich einmal die Frage stellen muß: Was bedeutet denn das, Versorgungssicherheit über die Steinkohle? Was machen wir denn, wenn wir morgen wieder eine Ölkrise haben, wenn der Ölhahn mal wieder zugeht? Aber das ist gar nicht zu erwarten, weil die Weltenergiemärkte dermaßen diversifiziert sind, über die gesamte Welt also verteilt sind. Aber nehmen wir einmal an, wir haben ab morgen früh für ein halbes Jahr kein Erdöl. Was machen wir denn dann mit der Steinkohle? Ich kenne nur sehr wenig Fahrzeugarten hier in Deutschland, die mit Kohle laufen. Bis sie eine Kohlehydrierindustrie aufgebaut haben, vergehen Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, also eine völlig aberwitzige, eine völlig utopische Vorstellung. Damit sollte man, Herr Tabillion, nicht seriös argumentieren.

(Beifall bei B 90/Grüne. – Zuruf des Abgeordneten Dr. Pollak (B 90/Grüne).)

Es wäre viel sinnvoller – gerade vor dem Hintergrund, daß Rot-Grün in Bonn regiert –, mit einer Position nach Bonn zu gehen, die eine echte Perspektive für das Saarland und auch für den Bundeshaushalt eröffnen würde, damit erkennbar wäre, das Saarland bekommt nach wie vor diese und jene Summe für den Berg-

bau. Aber das Ende der Fahnenstange ist erkennbar und dieses und jenes wird mit diesem Geld getan. Die Folge Ihrer Politik hier im Lande ist klar erkennbar. Ich erinnere wieder an die massive Fehl-investition in Götteborn. Vor sechs Jahren wurde dort eine halbe Milliarde Mark fehlinvestiert vor dem Hintergrund dieser Verfahren, dieses Fehlansatzes. Das muß man sich vorstellen: eine halbe Milliarde DM. Was hätte man damit anderes im Saarland machen können, als es einfach unter Tage zu verbuddeln! Da fehlt einfach das Konzept.

Auch die Akzeptanz im Lande für den Bergbau schwindet immer mehr. Diskussion Bergschäden. Gehen Sie einmal in die betroffene Region. Gehen Sie einmal in den Bereich des Westfeldes. Gehen Sie einmal nach Reisbach, Primsmulde, nach Saarlouis, diskutieren Sie dort mit den Menschen über ein Irrsinnprojekt wie den Absinkweiher 9 der Saarbergwerke, der immer noch gefordert wird, der wohl gestoppt ist mittlerweile, aber nicht durch die Landesregierung, sondern durch die Stadt Saarlouis selbst mittels Klage vor entsprechenden Gerichten.

Das ist auch die aktuelle Diskussion hier im Lande, wenn es um den Bergbau geht. Ich glaube nicht, daß viele Menschen sagen, wir wollen diese Tradition einfach negieren, wir stehen nicht mehr zu der Tradition der Montanindustrie im Saarland. Ich glaube, darum geht es gar nicht. Vielen Menschen – und wohl auch immer mehr Bergleuten – ist es klar, von der Tradition können wir nicht leben. Reinhard Klimmt ist Ministerpräsident in diesem Lande und kein Museumsdirektor. Dieser Unterschied wird von der SPD offenbar so nicht mehr richtig wahrgenommen. Sie setzen hier einfach die falschen Signale. Wirtschafts- und Strukturpolitik hat eben auch in ganz starkem Maße etwas mit Ansiedlungspolitik zu tun. Darüber brauchen wir, glaube ich, gar nicht zu streiten. Ansiedlungspolitik wiederum hat sehr viel mit Psychologie zu tun. Nur von dem Image müssen wir weg, das in den letzten fünfzehn Jahren, auch in der Zeit davor durch die CDU-Vorgängerregierung, aber insbesondere in den letzten fünfzehn Jahren gerade durch Oskar Lafontaine, bundesweit aufgebaut wurde, wir haben das Image einer sterbenden Bergbauregion. Dafür stehen auch die Grünen, daß wir davon wegkommen, indem wir hier als eventuell grünes Korrektiv in einer rot-grünen Landesregierung klar sagen, dort wollen wir eine andere Weichenstellung, dort muß etwas anderes geschehen.

(Beifall bei B 90/Grüne.)

Ich sagte es bereits, das Saarland und wir alle – auch wir Grünen – müssen zu den Traditionen dieses Landes stehen. Aber die Traditionen darf man eben nicht mit der Zukunft des Landes verwechseln. Wir brauchen im Saarland dringend neue Jobs. Wir brauchen im Saarland dringend mehr Jobs. Auch das wurde eben bereits gesagt. Das Handwerk schafft eine Menge neuer Arbeitsplätze. Es sind rund 1.000 neue Jobs im Jahr, die dort geschaffen werden, also im klassischen Mittelstand geschaffen werden. Dort muß die Landesregierung natürlich mit ihrer Unterstützung ansetzen. Nur, wie sieht da die Realität aus? In den letzten Jahren, im letzten Jahrzehnt, war es so, daß gerade einmal zwei Prozent der staatlichen Fördermaßnahmen in diesen Bereich hineingesteckt wurden. Wenn ich das mit dem Bergbau vergleiche, gibt es eine irre Diskrepanz. Im saarländischen Handwerk – um auch hier mal die Zahlen zu nennen – arbeiten mittlerweile 80.000 bis 85.000 Menschen, im Bergbau gerade noch 10.000 bis 15.000. Hier liegen die Unterschiede, auch hier eine völlig falsche Prioritätensetzung.

Ein weiteres wichtiges Signal für potentielle Ansiedler ist natürlich auch die Frage, wie es mit der Flächenpolitik in dem Land, in dem man vielleicht eine Neuan siedlung vornimmt, aussieht. Auch dort hat die SPD-Landesregierung noch nicht mal im Ansatz das gemacht, was wir als Grüne seit Jahren fordern, nämlich ein ökologisches Flächenmanagement. Ein potentieller Ansiedler, der ins Saarland kommen will, muß nach wie vor Angst haben, daß er hier und dort eine Ansiedlung macht und es dann vor Ort mit Widerstand zu tun hat, entweder der betroffenen Kommune oder von Bürgerinitiativen oder, oder, oder.

(Abg. Dr. Tabillion (SPD): Oder von den Grünen.)

(Abg. Ulrich)

Hätten wir im Saarland ein ökologisches Flächenmanagement, sähe die Welt anders aus. Dann wüßte der potentielle Ansiedler ganz genau, er macht eine Ansiedlung, und die ökologische Ausgleichsfläche steht bereits an anderer Stelle im Saarland bereit. Das ist nämlich darunter zu verstehen, das predigen wir in diesem Lande als Grüne schon seit Jahr und Tag und haben es vorgelebt in der rot-grünen Regierung der Kreisstadt Saarlouis. Dort gab es ein solches Ansiedlungskonzept mit gutem Erfolg. Dort wußte der potentielle Neuansiedler ganz genau, daß die Ausgleichsfläche für ihn schon zur Verfügung steht und er nicht mit Widerständen zu rechnen hat wie an vielen anderen Orten.

Es ist heute schon viel über weiche und harte Standortfaktoren gesprochen worden. Ein ganz wichtiger weicher Standortfaktor – da komme ich noch mal auf die Kohlediskussion zurück – ist das Image, das ein Land hat. Zum Image gehört vieles. Dazu gehört auch, wie die Bildungslandschaft eines Landes aussieht. Gerade die Führungsebenen von Unternehmen, die in ein Land, in eine Region gehen, überlegen sich ganz stark, wie es aussieht mit der Ausbildung für ihre Kinder, wenn sie dorthin gehen, wie es aussieht mit der kulturellen Landschaft. Hier werden seit Jahren massive Fehler im Saarland gemacht, es werden einfach falsche Prioritäten gesetzt.

In den letzten Jahren wurden rund 1.000 Lehrerstellen im Saarland abgebaut. Zwar wurden in diesem Jahr 317 Lehrer neu eingestellt – zum großen Teil in Teilzeitarbeitsverhältnissen –, aber diese Neueinstellungen decken eigentlich nur die Abgänge durch Pensionierungen ab. So kann es nicht laufen, hier muß mehr geschehen. Es müssen einfach viel mehr Lehrer im Saarland eingestellt werden. Es muß insgesamt einfach mehr Geld für den Bildungsbereich, für die Schulen zur Verfügung gestellt werden.

Aber auch konzeptionell – jetzt denke ich an die Universität des Saarlandes – muß und kann einiges getan werden. Nach wie vor gibt es an der saarländischen Universität keinen Globalhaushalt. Es gibt keine Diskussion über Zielvereinbarungen. Der rot-grüne Senat in Hamburg exerziert vor, wie so etwas gehen kann. Dort haben wir eine grüne Wissenschaftsministerin, Krista Sager, die genau diese Dinge in Hamburg an den Universitäten realisiert hat. Dort gibt es Globalhaushalte, dort gibt es klare Zielvereinbarungen. Das bedeutet, die Universitäten in Hamburg haben einen ganz anderen Gestaltungsraum als die Universität oder die Fachhochschulen im Saarland. Die Ergebnisse sind ganz andere. Dort herrscht ein echter Wettbewerb, dort gibt es Bewegungsspielraum. Es macht dort auch Spaß zu studieren. Die Verkrustung, die wir an der Saar leider Gottes immer noch haben, ist dort aufgebrochen worden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Pollak (B 90/Grüne).)

Ein anderer wichtiger Standortfaktor ist der Tourismus. Auch hier geschieht eigentlich weitaus weniger, als wirklich geschehen könnte. Die Reize des Saarlandes werden außerhalb dieses Landes nicht so vermarktet, wie dies geschehen könnte. Viele Dinge werden einfach verschlafen. Das aktuellste Beispiel ist für mich die Sonnenfinsternis vor zwei Wochen. In anderen Regionen – es wurde bundesweit berichtet – wurden Sonderzüge organisiert, wurde richtig Werbung gemacht. Ich weiß gar nicht, was in Stuttgart, wo die Sonne gar nicht durchkam, alles los war. Im Saarland ist so etwas nicht gelaufen.

(Zurufe von SPD und CDU.)

Frau Krajewski, das hat Ihr Ministerium kräftig verschlafen. Über das Saarland wurde bundesweit in diesem Zusammenhang so gut wie nicht berichtet. Das kann einfach nicht wahr sein. Eine Kleinigkeit, aber ein typisches Beispiel. Im Saarland konzentriert sich die gesamte Tourismuspolitik auf einige wenige Bereiche wie das Weltkulturerbe, was richtig und wichtig ist. Aber alles, was in den Landkreisen läuft, wo zum Teil eine gute Arbeit gemacht wird,

wird nicht vernetzt, wird von der Landesregierung nicht entsprechend unterstützt. Das ist falsch, und das ist schade.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Pollak (B 90/Grüne).)

Zum Thema Umweltschutz und Energiepolitik. Auch hier haben Sie eben wieder propagiert, Herr Klimmt: Wir wollen den Einstieg in das solare Zeitalter, wir wollen eine neue, moderne Energiepolitik. Die Worte hör ich wohl, doch mir fehlt der Glaube – um ein bekanntes Zitat hier wiederzugeben. Wie sieht es denn real aus? Natürlich werden hier seit Jahren im Bereich der Solarenergie bestimmte Unterstützungsprogramme gefahren, das ist richtig. Nur, das alleine macht den Pott eben nicht fett. Solange die Strukturen im Saarland die alten bleiben, solange Sie als Landesregierung nach wie vor auf zentrale Großstrukturen setzen wie den Bau eines neuen KohlegröÙkraftwerkes Bexbach II, so lange wird sich hier in Sachen Energiepolitik nichts ändern.

Vor allen Dingen – darin liegt mittlerweile ein großer Fehler setzen Sie immer noch auf die Monopolstrukturen der großen Versorger. Die RWE hat immer noch via VSE das Sagen in diesem Land, obwohl gerade vor dem Hintergrund des neuen Energiewirtschaftsgesetzes andere Energieerzeuger mittlerweile in den saarländischen Markt drängen und uns vieles wegnehmen werden, wenn dort nicht mehr geschieht, wenn nicht die einzelnen Stadtwerke, wenn die kleinen Energieversorger nicht entsprechende Unterstützung durch die Landesregierung erfahren.

Die Folge wird sein, im Saarland werden auch im Energiesektor weiter Arbeitsplätze verlorengehen, die außerhalb des Saarlandes geschaffen werden. Der Strom wird von außerhalb billig ins Land verkauft, weil die Strukturen nicht unterstützt werden, die man dringend unterstützen müÙte, nämlich die einzelnen Stadtwerke selbst. Die VSE hat hier nach wie vor das Sagen. Und die Landesregierung ist nicht willens, ist nicht in der Lage, dort eine andere Richtung einzuschlagen und einen anderen Kurs zu fahren.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Pollak (B 90/Grüne).)

Ein weiterer Punkt, der für das Image des Saarlandes in der Bundesrepublik sehr wichtig ist, ist die Diskussion um den Länderfinanzausgleich. Auch hierüber haben wir an dieser Stelle schon oft diskutiert, aber auch hier gibt es kein Einlenken, kein Einsehen seitens der Landesregierung. Auch hier müÙten wir bundesweit gerade als Saarland eine völlig andere Position einnehmen, als wir dies tun. Wir müÙten mehr nach vorne gehen, wir müÙten ganz klar sagen: Wir sind bereit, gewisse Abstriche im Land hinzunehmen; aber wir wollen zunächst einmal, daß Chancengleichheit über die Bundesrepublik hergestellt wird. Dann wären wir bereit, über eine wirkliche Neuregelung der Finanzverfassung bundesweit zu diskutieren, diese auch hinzunehmen, wenn wir eben in eine Position versetzt würden, die uns gleiche Startchancen garantiert.

Genau diese Diskussion führen Sie nicht. Sie führen eine ganz andere Diskussion. Sie sagen: Wir halten die Hand auf. Sie treten als Bittsteller auf genau wie im Bergbaubereich. Das geht natürlich eine gewisse Anzahl von Jahren gut, aber irgendwann werden die Summen, die wir bekommen, immer kleiner. Wir werden immer mehr an den Rand gedrängt. Wir sind immer weniger in der Lage, aus eigener Kraft die politischen Geschicke dieses Landes zu lenken. Das ist auch genau unser grüner Slogan. Wir wollen eben ein Saarland haben, das aus eigener Kraft leben kann, das über einen mittelfristigen Zeitraum von fünf bis fünfzehn Jahren wirklich eigenständig wird, um so die Eigenständigkeit des Landes mittel- und langfristig zu sichern. Dazu bedarf es eben dringend eines grünen Korrektivs in der Landesregierung.

Seltsam fand ich es auch, als der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Peter Müller, heute hier vor den Grünen als Regierungs-

(Abg. Ulrich)

partner oder quasi vor Rot-Grün gewarnt hat. Herr Müller, ich muß Sie daran erinnern, daß gerade Sie es waren, der die Grünen im Saarland, insbesondere was die Wirtschaftspolitik betraf, eigentlich immer gelobt hat und immer gesagt hat: Die Grünen sind sehr akzeptabel.

(Zurufe von der CDU.)

Wenn Sie jetzt von rot-grünem Chaos reden, dann paßt das nicht zu Ihrer eigenen Argumentation. Ich habe es eben bereits gesagt, Herr Müller: Die Kohleposition, die Sie, die die CDU heute hier vertritt, ist original die Position, die Sie von uns abgekupfert haben.

(Zurufe von der CDU.)

Sie haben heute über den EVS diskutiert. Auch dort haben Sie die letzten Jahre Schritt für Schritt die grüne Position übernommen, die wir seit 1995 vertreten, seit diese EVS-Diskussion läuft.

(Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU).)

Gerade der Spitzenkandidat der Grünen, Christian Molitor, ist eine Person, von der die CDU – Herr Feibel ist immer kräftig am Nachlesen – vieles abgeschrieben hat.

(Lachen bei der CDU.)

Wenn die Grünen Saar gerade von der CDU als Chaotentruppe dargestellt werden, entbehrt das jeder Grundlage.

(Abg. Schmitt (SPD): Die wollten doch mit Euch eine Koalition machen. – Zurufe von der CDU.)

Das auch noch. Aber, Herr Müller, von mir aus können Sie ruhig vor Rot-Grün im Saarland warnen. Wir als Grüne warnen jedenfalls vor Peter Müller als Alleinherrscher. – Vielen Dank.

(Beifall bei B 90/Grüne und Teilen der SPD.)

Vizepräsident Ley:

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche die Aussprache zur Regierungserklärung und damit die Sitzung bis 14.00 Uhr und wünsche allen einen guten Appetit.

(Die Sitzung wird von 12.43 Uhr bis 14.02 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Kolleginnen und Kollegen, wir setzen unsere unterbrochene Sitzung fort. Das Wort in der Aussprache zur Regierungserklärung hat Frau Ministerin Krajewski.

Ministerin Krajewski:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ministerpräsident Reinhard Klimmt hat in seiner Regierungserklärung heute vormittag in eindrucksvoller Weise dargestellt, wie das Saarland den Strukturwandel bewältigt, wie unser Land vorankommt und wie die Menschen in unserem Land immer mehr Hoffnung schöpfen können, auch im Hinblick auf die Gestaltung der Politik in unserem Lande im nächsten Jahrtausend. Er hat dargestellt, in welchen Feldern sich diese positiven Veränderungen vollzogen haben. Nun hat es in der Aussprache von seiten des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion kritische Anmerkungen dazu gegeben. Ich will noch einmal auf ein paar Ergebnisse eingehen, weil man über Statistik zwar streiten kann, aber man muß sie doch zur Kenntnis nehmen. Man muß auch die positive Entwicklung, die sich vollzogen hat, zur Kenntnis nehmen. Darauf will ich zunächst eingehen.

Was sind die Ergebnisse des Strukturwandels? Was hat sich in unserem Land positiv verändert, ungeachtet der Frage, ob dies eine Leistung der Regierung, eine Leistung der Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer, eine Leistung von Unternehmerpersönlichkeiten, eine Leistung der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Gewerkschaften oder der Kirchen ist?

Ich will zunächst einmal sagen, was sich verändert hat. Da ist das wichtigste Thema, mit dem wir uns zu befassen haben, die Frage, wie sich die Arbeitsplatzzahlen verändert haben, wie sich die Arbeitslosigkeit verändert hat, wie sich die Zahl der Erwerbstätigen verändert hat und welche strukturellen Veränderungen es in unserem Lande gegeben hat. Zunächst zur Entwicklung der Arbeitslosenzahlen. Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, daß seit 1985 im Saarland die Arbeitslosenquote um 7,2 Prozent zurückgegangen ist. Im gleichen Zeitraum ist sie in den alten Bundesländern um 21,2 Prozent gestiegen. Das sind Fakten, die kann man nicht bestreiten. Wenn man die 21 Prozent zugrunde legt, dann kann man sich vorstellen, was passiert wäre, wenn die Arbeitslosigkeit im Saarland so gestiegen wäre wie im Bundesdurchschnitt der alten Länder: Dann wären wir heute nicht bei 50.000 Arbeitslosen, sondern dann wären wir bei mindestens 65.000 Arbeitslosen. Also ist dies eine positive Entwicklung, die sich in den letzten Jahren hier im Lande vollzogen hat.

(Beifall bei der SPD.)

Unbestritten und auch zwischen allen Statistikexperten nicht im Streit ist die Tatsache, daß gerade im letzten Jahr unser Land deutlich zugelegt hat bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und bei der Zahl der Erwerbstätigen. Wir waren gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen an der Spitze aller Bundesländer, was die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen betrifft. Der Ministerpräsident hat es gesagt: fast ein Prozent Zunahme bei der Erwerbstätigkeit im Saarland im vergangenen Jahr. Ebenfalls von niemandem statistisch bestritten ist die Tatsache, daß die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zugenommen hat. Wir lagen hier mit weitem Abstand an der Spitze aller Bundesländer. Im Saarland hat die Beschäftigung von September 1997 bis September 1998 – das sind die Zahlen, die zur Verfügung stehen – um 1,7 Prozent zugenommen. Auf Platz 2 der Hitliste lag Bayern mit 0,7 Prozent; und dann kam Baden-Württemberg mit 0,5 Prozent. Also auch hier ein deutlicher Vorsprung gegenüber den wirtschaftsstarken Ländern in Deutschland. Das Saarland hat auch bei der Beschäftigung deutlich Boden gutmachen können im letzten Jahr.

(Beifall bei der SPD.)

Von niemandem zu bestreiten ist auch, und auch das ist unter Statistikexperten nicht im Streit, die Tatsache, daß wir nun schon zweimal hintereinander einen Spitzenplatz bei der Ausbildung haben belegen können. 1997 und 1998 war das Saarland unter allen Bundesländern auf dem ersten Platz beim Zuwachs der abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Auch das ist eine große Gemeinschaftsleistung aller Beteiligten hier im Land.

(Beifall bei der SPD.)

Nun gibt es zwei Daten, die auch im aktuellen Wahlkampf eine Rolle spielen und bei denen man unterschiedlich mißt. Das eine ist das Wirtschaftswachstum, das reale Wachstum des Bruttoinlandsproduktes. Wir haben es gerechnet pro Kopf der Bevölkerung. Das ist ein absolut übliches Maß. Wir haben festgestellt, daß wir im Zeitraum der Teilentschuldung, also in den Wirtschaftsjahren 1994, 1995, 1996, 1997 und 1998, beim Wirtschaftswachstum nicht nur deutlich besser abgeschnitten haben als der Durchschnitt aller Bundesländer, sondern daß wir auch beispielsweise besser abgeschnitten haben als Baden-Württemberg. Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet ist das völlig unstrittig. An dieser Stelle gibt es nun auch ein anderes Maß. Baden-Württemberg und auch ein dort ansässiger Statistikprofessor haben gesagt, dann laßt uns doch einmal je Erwerbstätigen messen. In der Tat ist, je Erwerbstätigen gemessen, Baden-Württemberg leicht besser als das Saarland; aber man muß doch die Frage stellen, ist es gerechtfertigt, dieses Maß zu verwenden angesichts der Tatsache, daß in diesen fünf Jahren

(Ministerin Krajewski)

das Land Baden-Württemberg 171.000 Erwerbstätige verloren hat, während in Saarland die Erwerbstätigkeit nahezu konstant geblieben ist?

(Abg. Schreier (CDU): Über 50.000 Arbeitslose, Frau Minister.)

Das heißt, minus 7.000 Erwerbstätige im Saarland, minus 171.000 Erwerbstätige in Baden-Württemberg, und dann ist es eine unredliche Art zu messen,

(Unruhe und Sprechen)

indem man die Zahl, die stark abgesunken ist, jetzt zum Bezugsdatum für das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes wählt.

(Beifall bei der SPD.)

Deshalb will ich noch einmal wiederholen, was wir mehrfach auch presseöffentlich kommuniziert haben. Das Saarland hat in den letzten fünf Jahren ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum gehabt. Es hat auf Platz drei aller elf alten Bundesländer gelegen, wenn man den üblichen Maßstab zugrunde legt, nämlich BIP pro Einwohner.

Eine zweite Zahl war heute morgen in der Debatte im Streit. Da hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion gesagt, wir hätten mit Niedersachsen gemeinsam besonders wenig Gewerbeanmeldungen gehabt. Es geht hier also um die Neuschaffung von Betrieben, es geht darum, daß sich neue Existenzen gründen. Man darf aber, wenn man den Strukturwandel betrachtet, nicht nur die Gewerbeanmeldungen sehen, sondern man muß auch die Gewerbeabmeldungen sehen.

(Abg. Rischar (SPD): Sehr richtig!)

Strukturwandel heißt, Neues kommt, Altes geht, es gibt Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, so daß es ein unredliches Maß ist, nur die eine Seite zu betrachten, sondern man muß Anmeldungen und Abmeldungen saldieren. Wenn man das tut, stellt man fest, daß das Saarland an der Spitze aller sechzehn Bundesländer gelegen hat, was neue Betriebe im Jahre 1998 betrifft.

(Beifall bei der SPD.)

Unbestritten ist zwischen den Beteiligten, daß wir eine deutliche Orientierung der Saarwirtschaft in Richtung Dienstleistungen gehabt haben. Heute arbeiten zwei von drei Erwerbstätigen im Saarland im Dienstleistungsbereich. Damit haben wir den Bundesdurchschnitt alte Länder erreicht. Das ist ein Hinweis darauf, wie massiv sich der Strukturwandel in den letzten Jahren in unserem Land vollzogen hat. Dieser Strukturwandel hat ein erhebliches Tempo, eine große Dynamik. Man muß natürlich die Frage stellen: Können wir ein noch höheres Tempo, können wir eine noch höhere Dynamik in unserem Land verkraften?

Was den Nicht-Kohlebereich bzw. den Nicht-Montanbereich betrifft, ist es keine Frage daß wir bei den Megatrends gut dabei sind und daß wir das Tempo des Strukturwandels so hoch wie möglich halten wollen, aber so halten wollen, daß auch die Menschen in unserem Land mitkommen, daß sie es verkraften und daß es auch den Wohlstand der Saarländerinnen und Saarländer mehrt.

(Beifall bei der SPD.)

In diesem Zusammenhang ist heute morgen in der Debatte auch die Frage gestellt worden, ob wir im Hinblick auf die Veränderung der Arbeitsplatzzahlen im Kohlebereich eine noch höhere Dynamik verkraften können. Ich bin Herrn Fraktionsvorsitzenden Müller dankbar, wenn er wieder ins gemeinsame Boot zurückkehren will und feststellt, daß der Kohlekompromiß bis 2005 gesichert ist und daß er auch von der CDU-Landtagsfraktion unterstützt wird. Aber da gelegentlich die Saarbrücker Zeitung auch hier im Lande zitiert wird, will ich doch hinweisen auf die Debatte

beim SZ-Forum am 18. August 1999, also vor genau einer Woche. Da heißt es – ich zitiere –: „Sie haben doch mit dem Thema Kohle angefangen, Herr Müller“, wirft Ministerpräsident Klimmt ein, als Müller der Kohle überdrüssig wird, deren Zukunft er ohnehin rabenschwarz malt.“ – Jetzt kommt das Zitat von Herrn Müller: „Sie stecken 900 Millionen Mark jährlich in die saarländische Kohle. Hier wird viel getan, um die Vergangenheit zu verwalten, jedoch zuwenig, um die Zukunft zu gestalten.“

Das ist genau das Zitat, was uns zweifeln läßt, wenn heute der Abgeordnete Müller sagt, er steht ohne Wenn und Aber zum Kohlekompromiß bis 2005. Wenn der Abgeordnete Müller sagt: Ihr steckt zuviel in die Vergangenheit und zuwenig in die Zukunft da hat man schon den Eindruck, daß Herr Müller der Kohle überdrüssig ist.

(Beifall bei der SPD.)

Rainer Tabillion ist darauf eingegangen und auch Ministerpräsident Reinhard Klimmt in der Regierungserklärung, daß für uns die Kohle nach wie vor energiepolitisch, technologiepolitisch und beschäftigungspolitisch von Bedeutung ist.

Nun will ich an dieser Stelle noch einmal auf die Debatte, die Herr Müller heute morgen eingeleitet hat, zurückkommen. Er hat darauf hingewiesen, daß die Ruhrkohle AG auch in Amerika Bergwerke erschließt und betreibt; daß also die RAG auf den amerikanischen Bergbau setzt.

(Zuruf des Abgeordneten Gehring (CDU).)

Ich will an dieser Stelle darauf hinweisen – Ja, das ist richtig; das tut sie aus gutem Grund, denn der deutsche Energiemarkt braucht im Energiemix pro Jahr zirka 70 Millionen Tonnen Steinkohle. Wenn 2005 nur noch 30 Millionen Tonnen Steinkohle und das ist die Zielzahl des Kohlekompromisses – in Deutschland gefördert werden, dann heißt das umgekehrt, 40 Millionen Tonnen Steinkohle müssen importiert werden, um den deutschen Energiebedarf am Markt befriedigen zu können.

Es ist also völlig logisch, daß man auch importiert. Man darf nicht so tun, als hätte jemand gesagt, die deutsche Kohle sei zu Weltmarktpreisen förderbar. Ganz im Gegenteil: Wir brauchen die Beihilfen, damit wir deutsche Kohle entsprechend ausgestalten können im Preisgefüge, damit sie inklusive Beihilfen am Weltmarkt wettbewerbsfähig ist.

Jetzt ist aber doch die entscheidende Frage, was nach 2005 ist. Da hat der CDU-Fraktionsvorsitzende heute morgen gesagt, der Bergbau wird auslaufen; wir können das nicht verhindern. An dieser Stelle gibt es wirklich eine deutliche politische Unterscheidung. Wir sind der Auffassung, man muß sich in der Politik auch Ziele stecken, und unser Ziel ist der Erhalt eines lebensfähigen und leistungsfähigen Saarbergbaus nach 2005.

(Beifall bei der SPD. – Zurufe von der CDU.)

Ich will dann auch zitieren, was der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Steinkohlegesellschaft am vergangenen Samstag anläßlich einer Podiumsdiskussion bei „100 Jahre Bergwerk Luisenthal“ zu diesem Thema gesagt hat. Herr Beermann hat deutlich auf den Energiebedarf und auch auf den Bedarf an Steinkohle nach 2005 hingewiesen.

(Abg. Vogtel (CDU): Was hat denn die amtierende Bundesministerin dazu geäußert?)

Und er hat deutlich gesagt, daß man nach 2005 nicht weiter einen Gleitflug ansteuern darf bis zu einem Auslaufzeitpunkt X, sondern daß es darauf ankommt, auf der Basis der Förderung des Jahres 2005 den deutschen Bergbau zu stabilisieren; daß also die 30

(Ministerin Krajewski)

Millionen Tonnen aus der Sicht derer, die sich mit Bergbau beschäftigten, genau der Sockel sind, den wir auch für die Zukunft im heimischen Bergbau an der Ruhr und an der Saar brauchen.

(Beifall bei der SPD. – Zuruf des Abgeordneten Gehring (CDU).)

Wenn heute morgen vom CDU-Fraktionsvorsitzenden gefragt worden ist, was mit zusätzlichen Strukturhilfen sei, dann will ich darauf hinweisen, daß wir in den Jahren 1999 und 2000 rund eine halbe Milliarde DM zur Stärkung der Wirtschaftskraft in unserem Lande investieren und daß von diesen 500 Millionen über 350 Millionen unmittelbar aus Zinsersparnissen aus der Teilentschuldung stammen, und zwar solchen Zinsersparnissen, die wir uns in 1999 und 2000 überhaupt nicht leisten könnten, wenn es nicht eine zweite Tranche der Teilentschuldung gäbe, die uns die neue Bundesregierung in Bonn gegeben hat und wofür wir außerordentlich dankbar sind.

(Beifall bei der SPD.)

Etwa die Hälfte dieser halben Milliarde D-Mark, dieser 500 Millionen D-Mark Investitionen – geht in die Förderung neuer Arbeitsplätze. Große Beträge gehen in den Ausbau der wirtschaftsnahen Forschungsinfrastruktur und in den Bereich des Technologietransfers, in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, die eine hohe Relevanz für den Wirtschaftsstandort Saarland hat, und in das Feld der rationellen Energieverwendung. Also alles Bereiche, die unmittelbar mit der Wirtschaftskraft unseres Standortes zu tun haben. Die 500 Millionen, die wir in 1999 und in 2000 investieren, leisten wiederum einen Beitrag dazu, daß unser Land vorankommt.

Ich will eine kurze Anmerkung zum Thema Stahl machen, weil ich nicht verstehen kann, daß der Fraktionsvorsitzende der CDU immer noch den Spruch sagt: Saarstahl dümpelt im Konkurs vor sich hin; es seien keine Perspektiven bei der Neuordnung der Eigentümerstruktur erkennbar, der Termin des Konkurses würde immer wieder verschoben, und er vermisse ein klares Wort zur Dillinger Hütte. Das waren die Vorwürfe, die heute morgen genannt wurden.

Zunächst einmal hat Kurt Hartz deutlich dargestellt, wie es sich mit dem Konkursende, mit der Terminierung und mit der Verantwortung für das Konkursende verhält. Die Landesregierung hat immer ein Interesse daran, daß der Konkurs zügig abgeschlossen wird. Aber wir brauchen die Erfüllung des Zwangsvergleiches bis 31.10.1999. Und wir brauchen den Abschluß des Ordnungsverfahrens durch Konkursverwaltung und Konkursgericht.

Ich will aber doch darauf hinweisen, daß während des Konkurses bei Saarstahl im großen Umfang in die Anlagen investiert wurde, sowohl in die gemeinsame Roheisenversorgung von Dillinger Hütte und Saarstahl als auch in die Drahtstraße in Burbach. Diese großen Investitionen haben bewirkt, daß Saarstahl nicht im Konkurs vor sich hin dümpelt, sondern daß Saarstahl seinen Anteil an Qualitätsdraht und damit seine technologische Qualität deutlich gesteigert hat und heute hoch wettbewerbsfähig am Markt produziert. Ich empfinde es als Beschimpfung eines leistungsfähigen Unternehmens und seiner 5.000 Mitarbeiter, wenn hier gesagt wird, Saarstahl dümpelt im Konkurs vor sich hin.

(Beifall bei der SPD.)

Und zu dem Thema: Klares Wort zur Dillinger Hütte. Da kann ich auf eine übereinstimmende Position verweisen, die die Landesregierung, die Stahlkonferenz der IG Metall und die SPD-Landtagsfraktion am 22. März 1999 formuliert und beschlossen haben. Da heißt es: Wir wollen zwei finanziell selbständige und nicht einander untergeordnete Stahlunternehmen an der Saar – das gilt. Die Dillinger Hütte hat eine Eigentümerstruktur, die tragfähig ist. Und dann heißt es: Wir wollen, daß die Arbeits- und Ausbildungsplätze an den saarländischen Stahlstandorten Dillingen, Völklin-

gen, Neunkirchen und Burbach langfristig gesichert werden. Auch das gilt. Wir wollen eine Struktur, die ihre Investitionsfähigkeit erhält und Produktinnovation offensiv betreibt – auch das gilt.

Es gilt auch, daß wir die Standortsynergien zwischen beiden Unternehmen weiter optimal nutzen und daß wir auch sinnvoll strategische Allianzen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ermöglichen wollen. Wir wollen auch dauerhaft die qualifizierte Mitbestimmung an den Stahlstandorten an der Saar, und wir wollen – auch hier hat sich nichts verändert – sicherstellen, daß wichtige Unternehmensentscheidungen im Saarland fallen.

Das sind die Punkte, die die Stahlkonferenz beschlossen hat. Das Land fühlt sich hier in der Verantwortung und wird diese Verantwortung im Interesse der Beschäftigten in der saarländischen Stahlindustrie auch weiterhin wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will noch eine weitere Aussage von Herrn Müller ansprechen. Er hat gesagt, Großbetriebe werden Arbeitsplätze verlieren. Das kann ich nicht bestreiten. In der Tat: Großbetriebe werden strukturell und langfristig Arbeitsplätze verlieren. Aber die Frage ist auch hier: Wie gehen wir als Regierung damit um? Wir sind der Auffassung, daß es sich sehr wohl lohnt, eine aktive Industriepolitik und damit eine aktive Strukturpolitik zu betreiben. Wenn heute morgen gesagt wurde, Ford – unbestritten eine Ansiedlung von vor 1985 – verdanke heute seinen guten Platz in der Automobilproduktion und seine Wettbewerbsfähigkeit den guten Arbeitskräften und der guten Unternehmensleitung, so ist auch dies völlig unbestritten. Aber ich füge hinzu: Gäbe es den Ford-Zuliefererpark nicht, wäre der Standort Ford Saarlouis nicht so stabil, wie er es heute ist.

(Zuruf des Abgeordneten Gehring (CDU).)

Das heißt, die Investition in den Ford-Zuliefererpark, die wir in enger Absprache mit dem Unternehmen getätigt haben, ist der Grundpfeiler für die Stabilität dieses Unternehmens auch im nächsten Jahrtausend und für die Wettbewerbsfähigkeit seiner Arbeitsplätze. Das ist ein gutes Beispiel für aktive Industriepolitik der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD.)

Aber es gibt auch andere Beispiele. Sehen Sie sich die Investitionen bei Festo, INA, Bosch, Columbus Foundry, Voit, Eberspächer oder Fresenius an. An allen diesen Standorten macht diese Landesregierung eine aktive Industriepolitik, eine aktive Strukturpolitik und hilft auf diese Weise mit, daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden und daß die vorhandenen Arbeitsplätze wettbewerbsfähig erhalten werden können.

(Zuruf des Abgeordneten Gehring (CDU).)

Manchmal kommt es auch darauf an, daß man Unternehmen in der Krise hilft. Auch hierfür möchte ich Beispiele nennen. Vor wenigen Tagen ist es gelungen, eine tragfähige Übernahmeförderung für die Iwesa zu vereinbaren – 200 Arbeitsplätze, mittelständische Struktur. Aber es war wichtig, daß diese Arbeitsplätze durch eine tragfähige Übernehmerlösung gerettet werden konnten, weil auch sie in der mittelständischen Struktur der saarländischen Zulieferbetriebe einen wichtigen Platz haben. Dies wäre nicht gelungen ohne eine aktive Industriepolitik dieses Landes. Das gleiche gilt auch für Magna-Pebra. Wenn das Land nichts getan hätte, wären die Arbeitsplätze bei der früheren Pebra gar nicht mehr vorhanden. Also ist das Beispiel Magna auch ein Beispiel für aktive Industriepolitik. Damit will ich sagen, es lohnt sich – auch bei den Großbetrieben –, sich einzusetzen; nicht einfach zu sagen, die Großbetriebe werden Arbeitsplätze verlieren, sondern ganz im Gegenteil eine aktive Gestaltung des Strukturwandels in den Unternehmen voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD.)

(Ministerin Krajewski)

Völlig unbestritten ist in diesem Zusammenhang die Mittelstandsvorrangpolitik hier im Land. Das ist ein schönes Wort und wird in der Tat in allen Reden von allen Fraktionen benutzt. Diese Politik wird von uns auch so praktiziert. 170 Millionen DM sind im laufenden Haushalt für die Mittelstandsvorrangpolitik in diesem Land eingesetzt – gut eingesetzt. Wir arbeiten hier mit unseren Partnern eng zusammen. Die Mittelstandsvorrangpolitik ist keine Angelegenheit, die allein die Landesregierung betrifft; wir arbeiten hier vielmehr eng mit der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer, der Zentrale für Produktivität und Technologie, den regionalen Wirtschaftsförderergesellschaften, der Saarländischen Investitionskreditbank, den Geschäftsbanken und vielen anderen Stellen zusammen. Es kommt darauf an, daß wir auch unser Förderinstrumentarium aufeinander abstimmen und daß wir eng zusammenarbeiten. Wenn der Fraktionsvorsitzende der CDU heute morgen sagte – ich kenne diese Forderung; sie ist von der CDU-Fraktion wiederholt formuliert worden –, wir brauchen ein Haus der Existenzgründer, gebe ich Ihnen unsere zeitgemäße Antwort: virtuelles Gründerzentrum. Wir sind dabei, mit Hilfe innovativer saarländischer Existenzgründer ein virtuelles Gründerzentrum aufzubauen, in dem alle Hilfeangebote für Existenzgründerinnen und –gründer unter Nutzung des Internet so miteinander vernetzt sind, daß es sich völlig erübrigt, ein neues Haus zu bauen und dort Leute hineinzusetzen, damit sie sich um Existenzgründungen kümmern.

(Sprechen bei der CDU.)

Das virtuelle Gründerzentrum wird von allen Beteiligten – auch von der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und den Banken – als große Bereicherung empfunden und wird dazu beitragen, daß wir unsere Gründungsinitiative „Start in die Selbständigkeit“ auch an dieser Stelle optimieren.

Herr Müller hat gesagt, wir sollten im Wirtschaftsministerium die Mittelstandsabteilung wieder einrichten; wenn er dafür Verantwortung hätte, würde er sie wieder einführen.

(Abg. Feibel (CDU): So ist es.)

Ich habe mich gefragt, ob es ein einziges Referat im Wirtschaftsministerium gibt, das nicht mittelstandsorientiert ist. Sowohl die Abteilung „Wirtschaftsförderung“ als auch die Abteilung „Strukturpolitik“ – mit allen dazugehörigen Referaten – arbeitet von morgens bis abends unter der Überschrift „Mittelstandsvorrangpolitik“. Das ist die ausschließliche Ausrichtung der Wirtschaftsförderung in unserem Land. Insofern könnte ich an die Namen der beiden genannten Abteilungen das Wort „Mittelstand“ anhängen. Es ist selbstverständlich, daß den kleinen und mittelständischen Betrieben in unserem Land allerhöchste Aufmerksamkeit gewidmet wird.

(Beifall bei der SPD.)

Unser gesamtes Instrumentarium ist entsprechend ausgerichtet, auch die Strukturholding Saar. Sie garantiert einen integrierten Ansatz, und immer wieder macht es sich bezahlt, daß wir Ansiedlungspolitik und Flächenmanagement gemeinsam gestalten können. Wenn heute morgen veröffentlicht worden ist, daß Infeurope in das Saarland kommt, daß hier durch eine Tochtergesellschaft der Saarbrücker Zeitung 40 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, dann hat diese schnelle Ansiedlungsentscheidung auch etwas damit zu tun, daß wir die Räume für das Unternehmen sozusagen mündgerecht vorhalten können. Wieder wird eine Ansiedlung im Gewerbepark Eschberger Weg realisiert. Dieser wird von der Strukturholding und der SBB verantwortet, und hier haben sich schon Debitel, Debis-Finanzlease, Nanogate und jetzt Infeurope angesiedelt. Ein guter Hinweis dafür, wie Strukturwandel gelingen kann. Sie werden sich erinnern, daß dort noch vor wenigen Jahren die Elektromotoren von ABB produziert wurden. Die Schließung von ABB war ein schmerzlicher Prozeß, aber inzwischen sind am Eschberger Weg viele neue Arbeitsplätze entstanden.

(Beifall bei der SPD.)

Zum Thema Neuansiedlungen hat der Ministerpräsident heute morgen in der Regierungserklärung schon ausführlich Stellung genommen. Wir haben in den letzten Jahren Neuansiedlungen vor allem in der Telekommunikation erreichen können. Die Call-Center waren ein herausragendes Beispiel für die Ansiedlung neuer Unternehmen, und auch hier gab es eine gezielte Strategie, nämlich die Bereitstellung von Gebäuden und Geldern, die Qualifizierung von Menschen – ich erinnere an die Aktion „Lohn per Telefon“ – und die systematische Unterstützung im Ansiedlungsprozeß. Und so sind wir heute als Call-Center-Standort schon weit über die Grenzen unseres Landes hinaus von Interesse.

Unter dem Stichwort „Förderung der Informatik und der Telekommunikation in unserem Land“ ist natürlich auch interessant zu wissen, wie der Technologietransfer zwischen der Wissenschaft und der Wirtschaft funktioniert. Hier möchte ich das Beispiel IDS/Professor Scheer erwähnen, nachdem Herr Scheer heute morgen ja schon wiederholt genannt worden ist. Herr Professor Scheer ist ein herausragender Professor der Wirtschaftsinformatik an unserer Universität. Er ist Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik. Und er ist bekanntermaßen Chef der IDS.

Ich habe mir heute mittag von meinen Mitarbeitern herausuchen lassen, welche Aufträge das IWI in den letzten Jahren auf ausdrückliche Initiative meines Hauses bekommen hat, Aufträge, die anschließend auch in neue Arbeitsplätze bei der IDS umgesetzt werden konnten. Ich will sie nennen. Da gibt es das Referenzmodell „innovatives Verwaltungsmanagement“, eine Studie zum virtuellen Bürgeramt, eine Studie zur Bündelung der Informatikkompetenz im Saarland, eine Studie zum Service-Engineering für telegestützte Dienstleistungen, eine Studie „Bildung im Wandel“ im Rahmen des Projekts „Schulen ans Netz/Multimedia im Unterricht“ innerhalb der Landesinitiative „Telekommunikation“. Es gibt ein Projekt „Televerwaltung Saar-Wordflow und Kommunikation über verteilte Standorte“, schließlich auch das Pilotprojekt „Electronic Commerce“, ebenfalls im Rahmen der Landesinitiative „Telekommunikation“. Vor einigen Wochen habe ich mit Professor Scheer vereinbart, daß er ein wissenschaftliches Begleitprojekt zu unserem Projekt „Virtuelles Gründerzentrum“ durch das IWI durchführt.

Bei all diesen Projekten bedurfte es der engen Zusammenarbeit zwischen dem IWI und der Landesregierung, um zur Realisierung zu gelangen. Das ist keine Sache, die man mit Rechtsanspruch auf Steuergelder abtun kann, sondern das ist aktive Gestaltung der Strukturpolitik und zeigt, wie man über die Wertschöpfung des IWI anschließend zu neuen Arbeitsplätzen in der Informatik in unserem Lande kommen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es bleibt auch in der nächsten Zeit bei den Branchenschwerpunkten, die wir gesetzt haben. Die drei T – neue Technologien, Telekommunikation, Tourismus – sind in diesem Zusammenhang erwähnt worden. Natürlich haben wir hier unterschiedliche Realisierungsgrade. Bei den neuen Technologien sind wir besonders weit. Bei der Telekommunikation sind wir gut dabei, sowohl was die Infrastruktur betrifft, als auch was die anwendungsorientierten Projekte betrifft. Der Tourismus kommt. In der Tat ist im Tourismus noch ein Stück Arbeit zu leisten. Es hat eine Zeitlang gedauert, bis alle Partner die Zusammenarbeit akzeptiert haben –

(Abg. Schreier (CDU): Die Touristen sollen kommen, nicht der Tourismus! – Gegenrufe von der SPD.)

Herr Schreier, die Touristen sind schon da. Sie kennen die Zahlen. Die Zahl der Übernachtungen in unserem Lande wächst ständig. Wir haben inzwischen deutlich über zwei Millionen Übernachtungen im Saarland, und es werden immer mehr, auch durch das Zusammenwirken der verschiedenen Bereiche des Tourismus.

Ich will aber zu dem Projekt Bostalsee noch etwas sagen. Es reicht nicht zu sagen, wir wollen mit 50 Prozent gefördert werden wie in den neuen Ländern, und ansonsten nichts vorzulegen, was ein

(Ministerin Krajewski)

Investitionsprojekt überhaupt entscheidbar macht. Bis heute hat der Investor nicht die erforderlichen Unterlagen vorgelegt, die es mir ermöglicht hätten, dieses Projekt positiv zu entscheiden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will abschließend feststellen: Der Strukturwandel der Saarwirtschaft ist eine Gemeinschaftsleistung. Es ist kein alleiniges Projekt der Landesregierung, sondern es ist eine Gemeinschaftsleistung aller, die sich am Wirtschaftsleben im Saarland beteiligen. Aber der rote Faden in der Politik ist erkennbar: Wir gestalten den Strukturwandel aktiv, und damit gestalten wir auch die Zukunft unseres Landes aktiv.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Feibel.

Abg. Feibel (CDU):

Frau Präsidentin! Meine verehrten Kolleginnen, verehrte Kollegen! Nichts ist überzeugender als der Erfolg, liebe Frau Krajewski. Der Erfolg wird gemessen an den Wirtschaftsdaten, wo wir wirklich auf der Überholspur sind. Aber diese Zahlen sind leider negativ. Das ist die Arbeitslosigkeit, das sind die Fürsorgeempfänger. Bei diesen Zahlen sind wir in der Tat auf der Überholspur. Ansonsten sind wir leider auf der Kriechspur. Das liegt auch daran, daß Sie in den fünfzehn Jahren Ihrer Regierungsverantwortung gravierende Fehler gemacht haben. Das eine sind Ihre Reden, das andere sind die Realitäten. Die Realität ist, daß 1.000 DM, die Sie für den Erhalt alter Strukturen ausgegeben haben, 1 DM für die Umstrukturierung gegenübersteht. Das kann nicht funktionieren, 1.000 DM für alte Strukturen und 1 DM für neue Strukturen. Da leidet die Dynamik, von der heute morgen der Ministerpräsident gesprochen hat, ganz erheblich.

Sie haben gesagt, Mittelstandsvorrangpolitik sei die Praxis in Ihrem Amt als Wirtschaftsministerin gewesen. Frau Krajewski, Mittelstandsvorrang vor was? Was ist denn nachrangig hinter den Mittelstand gerückt worden, wenn Sie den Mittelstand vor etwas gerückt haben? Da kann ich nichts erkennen. Es ist nicht feststellbar, daß der Mittelstand, daß die Mittelstandspolitik in Ihrem Regierungshandeln Vorrang gehabt hätte.

(Beifall bei der CDU.)

Ein Wort zur Kohle. Der Ministerpräsident hat festgestellt, daß die Kohle noch für fünf Prozent der Arbeitsplätze steht, fünf Prozent der Beschäftigten im Saarland. Stellen Sie mal diesen fünf Prozent Beschäftigten gegenüber, was an Steuergeldern aufgewandt wird, um saarländische Kohle zu fördern. Da gibt es keine Vorrangpolitik, vielmehr stehen diese Aufwendungen an Steuergeldern immer noch ganz vorne, während die Anzahl der Beschäftigten weit hinter den Mittelstand zurückgerückt ist.

Nehmen wir Saarstahl. Experten sagen, der Saarstahl-Konkurs hat die Steuerzahler, die Banken und andere Beteiligte rund sieben Milliarden DM gekostet. Meine Damen und Herren, sieben Milliarden DM Aufwendungen, um von 14.000 Beschäftigte auf 4.000 Beschäftigte abzubauen. Das ist die Wirklichkeit. Wenn heute morgen der Kollege Müller zu Recht kritisiert, daß das Unternehmen im Konkurs dümpelt, dann deshalb, weil Herr Ringwald nicht nur Konkursverwalter, sondern Treuhänder ist und die Landesregierung mit diesem Treuhänder einen Vertrag geschlossen hat. Dieser Vertrag reicht nicht aus, das Konkursverfahren zu beschleunigen. Das heißt, in diesem Vertrag sind Vereinbarungen getroffen worden, die für uns nicht zielführend sind.

Ein weiteres Beispiel, Gentechnik und Biotechnologie im Saarland. Der Ministerpräsident hat selbst zugegeben, daß man die Liebe für Biotechnologie und Gentechnik inzwischen – aber sehr spät – im Saarland entdeckt habe. Meine Damen und Herren von der SPD, für Sie ist das immer noch Teufelszeug. Gentechnische Manipulation – etwas ganz Schlimmes. Sie bringen damit schon zum Ausdruck, was Sie von der Gentechnik halten, nämlich gar

nichts. Deshalb wird mit der Gentechnik in unserem Lande, solange Sie das Sagen haben – das wird allerdings nicht mehr allzu lange sein –, nichts werden.

Ein weiterer Punkt. Unbestritten haben wir Fortschritte in der Forschung. Die Institute, die an der Universität angesiedelt sind, haben hervorragende Forschungsergebnisse erzielt. Da gibt es gar keine Zweifel. Dort war die Förderung auch richtig angebracht. Nur, was wir zu Recht kritisieren, ist doch: Wie werden diese Forschungsergebnisse in Arbeitsplätze im Saarland umgewandelt?

(Zuruf von der SPD: Schon mal was von ZIP gehört?)

An dieser Stelle hat die saarländische Politik, hat die Landesregierung versagt. Ob das die kratzfesten Brillengläser aus Kunststoff sind, ob das Easyclean oder andere Produkte sind, die entwickelt wurden,

(Beifall bei der CDU)

diese Produkte werden nicht im Saarland hergestellt, sondern anderswo. Wir stellen uns Forschung so vor, daß die Forschungsergebnisse auch neue Arbeitsplätze im Lande schaffen.

Ein weiterer Punkt: Wirtschaftsförderung, Wagnisfinanzierung. Ich habe gerade Unterlagen auf dem Tisch von einem Unternehmer, der eine gute Idee, aber kein Geld hat. Um Geld zu kriegen, braucht er eine Bürgschaft. Er kriegt diese Bürgschaft nicht vom Wirtschaftsministerium. Er hat ein Konzept, er hat einen Finanzierungsplan, aber Sie werden ihm kein Geld geben, weil die Wagnisfinanzierung nach Ihren Bedingungen so hohe Hürden setzt, daß kaum ein junger Unternehmer über diese Hürden kommt. Deshalb ist diese Wagnisfinanzierung keine Wagnisfinanzierung, sondern eine Farce.

Wirtschaftsförderung. Sie haben erzählt, Sie werden die GW Saar umstrukturieren. Sie werden eine Strukturbank einrichten. Sie werden eine neue Linie in die Wirtschaftsförderung bringen. Was wir bisher feststellen, ist, daß sich nichts verändert hat. Eine offensive Wirtschaftsförderung findet nicht statt. Das, was die GW Saar bisher gemacht hat, findet im Grunde nicht mehr statt. Es ist kein Ersatz geschaffen worden, es ist keine neue Struktur geschaffen worden.

Wir haben das Thema Autoland Saar schon angesprochen. Alptraum Auto, der Kollege Müller hat es hier noch einmal erwähnt, die zivile Waffe, gegen die Sie Ostermärsche veranstalten wollten. Und das nehmen Sie heute als Zeuge für einen Strukturwandel in unserem Land. Nehmen Sie doch einmal zur Kenntnis: Alle Ansiedlungen, die hier gemacht wurden, die wichtigsten Ansiedlungen in Richtung Auto, ob das Ford ist, ob das ZF ist, ob das die Firma Bosch ist, die Firma Michelin oder die Firma INA, alle diese Ansiedlungen sind erfolgt in Zeiten, in denen die CDU im Land Regierungsverantwortung hatte. Sie brauchten im Grunde auf diesen Dingen nur aufzubauen, aber beinahe hätten Sie mit dem Alptraum Auto auch diese Branche noch in Schwierigkeiten gebracht.

Nun zu den Infrastruktureinrichtungen. Die Telekommunikation ist eines der beliebten drei T, die Sie nennen. Bei der Qualität unserer Netze im Land, kann man wirklich WWW nur noch übersetzen mit World Wide wait, also einer Warteschleife, die alle ziehen müssen, die unsere wenig leistungsfähigen Netze – –

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Kollege Gillo, es ist klar, daß Sie lachen. Sie haben keine Ahnung von dem Ganzen, und deswegen lachen Sie! Wenn Sie aber vor dem Computer sitzen und nicht an die wichtigen Informationen herankommen und dort Zeit vergeuden, dann sagen Sie, der Wirtschaftsstandort Saarland ist schlecht, weil Sie keine Chance haben, moderne Telekommunikation zu nutzen.

(Abg. Feibel)

Zur Verkehrspolitik. Wir haben das Thema nachher noch einmal auf der Tagesordnung, aber ich will doch eine tolle Story ansprechen. Der Verkehrsminister ist nicht anwesend, obwohl er auch für Strukturpolitik und für den strukturellen Wandel im Land verantwortlich zeichnet. Da wird der Referent für Luftverkehr im Umweltministerium an die Konkurrenz nach Zweibrücken ausgeliehen. Dort macht nun der Referent für Luftverkehr dem Saarland Konkurrenz. Inzwischen lesen wir, daß es einige Fluggesellschaften gibt, die ernsthaft darüber nachdenken, ihren Sitz nach Zweibrücken zu verlagern. Meine Damen und Herren, eine solche dümmliche Politik hätte ich wirklich dem Herrn Minister Maas – er ist leider nicht da – nicht zugeutraut.

Bürokratie und Steuern. Die Regierung, insbesondere die Ministerin stand dem Strukturwandel oft selbst im Wege. Es geht doch nicht um die Frage, daß wir geographisch im Land kurze Wege haben. Das ergibt sich aus dem kleinen Zuschnitt des Saarlandes selbstverständlich. Es geht darum, daß wir schnelle Wege haben. Und schnelle Wege sind keine Frage von Entfernungen, sondern von der schnellen Bearbeitung von Anträgen, die im Ministerium vorliegen. Ein Beispiel ist heute morgen angesprochen worden, das ist das Feriendorf am Bostalsee. Sechs Jahre lang bemüht sich ein Investor, eine wirklich großzügige und groß dimensionierte Investition dort vorzunehmen.

(Zuruf.)

Nein, nicht langsam, sondern schnell, dann muß man entscheiden, wir wollen das nicht oder wir wollen das, und dann muß es umgesetzt werden. Wenn man es nicht will, dann muß man es ablehnen, aber darf die Dinge nicht einfach auf die lange Bank schieben.

Frau Ministerin, Haus der Unternehmensgründer. Uns liegt nicht daran, ein Haus zu bauen, wir wollen auch keine virtuelle Unterstützung der Unternehmensgründer, wir wollen eine tatsächliche Unterstützung. Da heißt es: die Kräfte bündeln, weil sich die Menschen, die sich selbständig machen, oder die Unternehmer, die die Hilfe des Staates brauchen, schon nicht mehr auskennen. Deshalb haben Sie Lotsen eingerichtet. Sie lassen die Leute mit Lotsen durch das Dickicht der Bürokratie führen.

(Abg. Lang (SPD): Das ist doch gut so!)

Das ist nicht gut so! Man muß die unnötigen Bestimmungen, die unnötigen Gesetze, die Sie gemacht haben, die Überbürokratisierung abbauen; und dann können Sie natürlich auf die Lotsen verzichten.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt ansprechen, das ist die Staatsquote. Es werden allenthalben Schwüre geleistet, daß man die Staatsquote abbauen will. Wir sind im Saarland auf einem völlig anderen Weg. Hier wird ständig verstaatlicht, zum Beispiel CCS, LEG, SBB, TZS. Alles, was mit drei Buchstaben anfängt, ist hier eine ganz gefährliche Geschichte. Ich denke, die Regierung hätte größere Erfolge erzielt, wenn sie diesen Einrichtungen privatwirtschaftliche Strukturen gegeben hätte.

Noch ein Wort zur Tourismusförderung. Ich will dem Fall Zeithammer noch etwas Aktuelles hinzufügen. Wir hatten vor einigen Wochen das Naturschauspiel der Sonnenfinsternis. Es sind etwa 100.000 bis 120.000 Gäste ins Saarland gekommen, um dieses Naturschauspiel hier zu erleben. Das war für jedermann nachvollziehbar und erkennbar an den Autokennzeichen, die man hier im Saarland sehen konnte. Und jetzt frage ich die Ministerin – ich frage uns eigentlich alle, aber insbesondere die verantwortliche Ministerin für Tourismus –: Wie haben wir dieses Naturschauspiel im Saarland touristisch genutzt?

(Zuruf des Abgeordneten Lang (SPD).)

Herr Kollege, schwätzen Sie nicht so viel dummes Zeug! Wie sind die Gäste im Saarland empfangen worden? Diese Frage müssen Sie einmal stellen. Da waren 120.000 Besucher im Saarland, ohne daß sich jemand um diese Gäste gekümmert hätte, ohne daß jemand Tourismuswerbung gemacht hätte und gesagt hätte, diese

und jene schönen Dinge haben wir zu bieten, auch für einen einwöchigen Aufenthalt, auch für einen zweiwöchigen Aufenthalt. Mit der Gastronomie und Hotellerie diese Besucherschaar zu empfangen, diese Chance zu nutzen und das zu koordinieren, nein, daran hat keiner gedacht. Meine Damen und Herren, wenn wir schon durch Gottes Hilfe ein solches Naturereignis bekommen, dann, denke ich, müssen wir das auch nutzen, wenn wir wirklich vom Tourismus etwas halten.

Frau Ministerin, nichts ist überzeugender als der Erfolg. Der Ministerpräsident ist leider nicht da. Wenn wir den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land – –

(Zuruf.)

1985 hatten wir 333.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Saarland, als Sie in die Regierungsverantwortung eingetreten sind. 1998 hatten wir 350.000, also ein Zuwachs von fünf Prozent. In der gleichen Zeit sind bundesweit die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um acht Prozent gestiegen. Meine Damen und Herren, dort hakt es. Wir halten ganz einfach mit der Entwicklung im Bund nicht Schritt. Ihre Zahlenvergleiche wählen Sie immer so, daß es dort, wo es paßt, Prozentsätze nennen, tunlichst verschweigen, auf welchem Sockel sich das Ganze abspielt und daß Sie im Durchschnitt dieser Jahre es nicht fertiggebracht haben, was Sie angekündigt haben, was Oskar Lafontaine hier vollmundig in seiner ersten Regierungserklärung gesagt hat, übrigens auch im Wahlkampf 1985: Wir werden die Staatsverschuldung zurückführen; Sie haben sie verdoppelt. Wir werden den Arbeitsplatzabbau bei Saarstahl stoppen; den haben Sie von 14.000 auf 4.000 runtergebracht. Wir werden die Arbeitslosigkeit abbauen. Alle diese Versprechungen, dieses Programm für fünfzehn Jahre, sind nicht erfüllt worden.

Die Menschen im Lande sind enttäuscht, und deshalb werden sie auch am 5. September Gebrauch davon machen, eine andere Regierung zu wählen, eine Regierung mit einem Ministerpräsidenten Peter Müller, die neue Ideen hat, die Kreativität zeigt. Sie sind in Ihrer Ideologie so verwurzelt und so verhaftet, daß Sie nichts Neues mehr auf den Weg bringen. Die Gentechnik beweist es doch. Da brauchen Sie jahrelang zum Umdenken. Sie kommen dann auf die Gentechnik, wenn der Zug längst abgefahren ist. Deshalb wird am 5. September ein Wechsel vollzogen. Und das Saarland wird dann nicht mehr länger – ich will nicht sagen auf der Standspur –, auf der Kriechspur sein. Auf der Kriechspur kann man die anderen nicht überholen. Die Zahlen, die Sie genannt haben, stimmen nicht, sie sind nicht richtig, sie sind mit jeder Statistik zu widerlegen. Die Bürger wollen einen Wechsel, und die Bürger haben recht. Danke schön.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Hollinger:

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Saarlandes (Drucksache 11/2071).

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung Herrn Abgeordneten Dr. Gerd Bauer.

Abg. Dr. Bauer (CDU), Berichterstatter:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der heute zur Zweiten und Dritten Lesung anstehende Gesetzentwurf aller drei im Landtag vertretenen Fraktionen betreffend Gesetz zur Änderung der Verfassung des Saarlandes wurde am 23. Juni dieses Jahres in Erster Lesung im Plenum behandelt und einstimmig zur weiteren Beratung an den zuständigen Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsfragen überwiesen.

(Abg. Dr. Bauer)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle folgenden Hinweis. Dieser Gesetzentwurf beinhaltet alle konsensfähigen Vorschläge der Enquetekommission „Reform der Verfassung des Saarlandes“, die in der vorliegenden Form von allen im Landtag vertretenen Parteien mitgetragen werden. Als Mitglied der Enquetekommission möchte ich hervorheben, daß in den fast dreijährigen Kommissionsberatungen auch andere in diesem Gesetz nicht enthaltene Themen angesprochen und debattiert wurden. Doch diese – darauf hat Herr Landtagspräsident Kasper in seiner Einbringungsrede zu dem Gesetz bereits hingewiesen – waren zwischen den Fraktionen nicht mehrheits- und konsensfähig, weshalb sie auch keinen Eingang in den vorliegenden Gesetzentwurf gefunden haben.

Am 30. Juni hat der Verfassungs- und Rechtsausschuß die Lesung des Gesetzes vorgenommen und am 11. August eine Anhörung von Sachverständigen und Verbänden durchgeführt. Bei meiner Berichterstattung über die Anhörung will ich mich auf einige mir wesentlich erscheinende Themenschwerpunkte beschränken.

Es bleibt festzuhalten, daß die im Gesetz vorgeschlagenen Verfassungsänderungen von den angehörten Verbänden im Grundsatz begrüßt wurden. Bei einigen der vorgeschlagenen Formulierungen erhoben sie jedoch Bedenken, kritisierten sie als nicht weitgehend genug bzw. wünschten eine Ergänzung oder Präzisierung.

So haben die Vertreter der evangelischen Kirchen und des Katholischen Büros im Saarland Bedenken hinsichtlich des in Artikel 23 gebrauchten Begriffs der familiären Gemeinschaft geäußert. Nach Auffassung der Evangelischen Kirche der Pfalz stellt die Verwendung dieses Begriffes eine erhebliche Abweichung vom Familienbegriff des Artikels 6 Absatz 1 Grundgesetz dar. Das Katholische Büro sieht in dieser Terminologie eine Ausweitung des Familienbegriffs, die Definitionsprobleme in sich birgt.

(Präsident Kasper übernimmt den Vorsitz.)

Der Deutsche Kinderschutzbund hat gegen die in Artikel 24 vorgeschlagene Fassung hinsichtlich der Pflege und Erziehung von Kindern Bedenken erhoben, wenn er auch grundsätzlich begrüßt hat, daß eine solche Regelung in die Verfassung aufgenommen werden soll. Nach seiner Auffassung ist der Formulierungsvorschlag deshalb unbefriedigend, weil dort eine Hervorhebung der Subjektstellung des Kindes sowie eine Festschreibung der Beteiligung von Kindern an Entscheidungen über ihr Leben fehlt.

Der Landessportverband für das Saarland brachte in seiner Stellungnahme den Wunsch zum Ausdruck, im neuen Artikel 34a die Bedeutung des Sports um den Aspekt seiner kulturellen Wertigkeit zu ergänzen.

Der Vertreter des Deutschen Tierschutzbundes räumte zwar ein, daß die in Artikel 59a vorgeschlagene Aufnahme des Tierschutzes in die Landesverfassung einen Fortschritt bedeute, jedoch fehle der notwendige Zusatz, daß Tiere vor nicht artgemäßer Haltung oder vor Leiden zu schützen seien.

Der Saarländische Städte- und Gemeindetag und der Landkreistag kritisierten, daß die in Artikel 120 enthaltene Formulierung lediglich ein relatives Konnexitätsprinzip darstelle, was wiederum die bestehende Situation nicht verändere. Beide Verbände forderten deshalb ein sogenanntes striktes Konnexitätsprinzip, so wie es der 61. Deutsche Juristentag in einer Formulierung vorgeschlagen hat. Ebenso nachhaltig plädierten beide Verbände dafür, daß im neuen Artikel 124 betreffend Anhörung von Sachverständigen und Verbänden bei Gesetzesvorlagen das weniger verbindliche Wort „sollen“ durch den verpflichtenden Terminus „sind“ zu ersetzen sein soll.

Die eingeladenen Sachverständigen Professor Knies und Gerichtspräsident Degel haben während der Anhörung im Ausschuß Auskünfte über mögliche rechtliche Auswirkungen sowohl der in diesem Gesetz vorgeschlagenen als auch der von den Verbänden geforderten Regelungen gegeben. Die von der Kommission vorgeschlagenen Formulierungen im Bereich der Fragen der kom-

munalen Ebene haben aber beide Sachverständige als sehr stringent und als großen Fortschritt für die kommunale Seite bezeichnet.

An dieser Stelle möchte ich im Namen des Ausschusses sowohl den Verbänden als auch den Sachverständigen den Dank des Ausschusses für die geleistete konstruktive Arbeit abstatten.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsfragen hat in seiner Sitzung am 18. August die Auswertung der Anhörung vorgenommen. Die Fraktionen von SPD und CDU – die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen war bei der abschließenden Beratung nicht vertreten – erklärten hierbei übereinstimmend, daß in den fraktionsinternen Beratungen die von den Verbänden in der Anhörung vorgetragene Einwände hätten ausgeräumt werden können. Im Hinblick auf die vom Saarländischen Städte- und Gemeindetag und dem Landkreistag vorgetragene Bedenken gegen ein sogenanntes relatives Konnexitätsprinzip hoben beide Fraktionen einmütig hervor, daß der Gesetzgeber mit dieser Vorlage ein striktes Konnexitätsprinzip in der Verfassung verankert sehen wolle. Vor diesem aus den Fraktionsberatungen sich ergebenden Sachstand verzichteten beide Fraktionen auf die Vorlage von Änderungsanträgen. Lediglich eine Kleinigkeit beschlossen sie zu verändern, die ich hier der Form halber mitteilen muß. Und zwar werden die im Gesetzestext aufgeführten kleinen Hochzahlen als Randnotizzahlen gestrichen.

Einmütig bittet nun der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsfragen das Plenum, unter Berücksichtigung der erwähnten Streichung dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Saarlandes, Drucksache 11/2071, in Zweiter und Dritter Lesung die Zustimmung zu erteilen. – Vielen Dank.

(Beifall.)

Präsident Kasper:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerhard Geisen.

Abg. Geisen (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich dem Eindruck entgegenreten, den die CDU-Fraktion anlässlich einer Presseerklärung hier erweckt hat, daß lediglich auf Druck der CDU diese Verfassungsänderung zustande gekommen ist. Ich darf darauf verweisen, daß der Bericht der Enquetekommission Ende Mai vorgelegt worden ist. Wir hatten dann im Juni die Erste Lesung. Nach der Ersten Lesung gab es in der Tat einige Fragen, auf die ich kurz zu sprechen komme, die noch einer Klärung bedurften. Deswegen hatten wir uns auch verständigt, noch eine Anhörung durchzuführen und im Laufe dieser Anhörung die noch offenen Fragen zu klären. So ist der Sachverhalt, und nichts anderes ist die Wahrheit.

Eine der noch zu klärenden Fragen bezog sich auf die Förderung des Sports. Es war zu prüfen, ob wegen der Formulierung, wie sie jetzt in Artikel 34a vorliegt – ich zitiere: Wegen seiner gesundheitlichen und sozialen Bedeutung genießt der Sport die Förderung des Landes und der Gemeinden –, nicht zusätzliche Ansprüche auf die Haushalte der Kommunen und des Landes zukommen. Es ist einmütige Auffassung von Kommission und Ausschuß, daß mit der Formulierung keine zusätzlichen Leistungen aus der Verfassung hergeleitet werden können.

Auch die Bedenken des Landessportverbandes können zerstreut werden. Dem Landessportverband soll in keiner Weise eine Segmentierung der Fördermittel auferlegt werden, zum Beispiel die Fördermittel nur für den gesundheitlichen und sozialen Zweck des Sportes und nicht für die Athletenförderung zu verwenden. Das heißt also, dieses Sportachtel ist unstrittig. Es gibt da überhaupt keine Änderungen, hergeleitet aus der Verfassungsänderung. Das ist unsere einmütige Auffassung. Das will ich an dieser Stelle deswegen noch einmal deutlich betonen, um irgendwelchen Irritationen vorzubeugen.

(Abg. Geisen)

Eine weitere der noch zu klärenden Fragen war die Neufassung von Artikel 120, die sich mit dem sogenannten Konnexitätsprinzip befaßt. Der Herr Berichterstatter ist schon auf diese Problematik eingegangen. Der Gesetzentwurf folgt der Empfehlung der Enquetekommission. Die Formulierungen gehen den kommunalen Spitzenverbänden nicht weit genug. Der Saarländische Städte- und Gemeindetag begrüßt allerdings die Aufnahme der Junktimregelung in Artikel 120 Absatz 1 Satz 2, wonach zugleich mit der gesetzlichen Übertragung von Auftragsangelegenheiten und in den gleichgestellten Fällen Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen sind.

Die Aufnahme des sogenannten relativen Konnexitätsprinzips reicht dem Saarländischen Städte- und Gemeindetag und dem Landkreistag allerdings nicht aus. Sie fordern ein sogenanntes striktes Konnexitätsprinzip. Wir als SPD-Fraktion schließen uns – und so wurde das auch im Ausschuß vorgetragen und abgestimmt – der Auffassung der Kommission an. Der Wille des Gesetzgebers, keine weiteren Belastungen auf die kommunalen Haushalte ohne einen Ausgleich zu geben, ist eindeutig. Es ist wichtig, daß wir das an dieser Stelle ebenfalls noch einmal betonen.

Mit der vorgelegten Verfassungsänderung werden wichtige Zeichen für die Zukunft gesetzt. Es gibt noch einige Punkte, die strittig sind, die vielleicht in der nächsten Legislaturperiode angegangen werden können. Aber heute werden wir die bisherigen – übereinstimmenden – Punkte verabschieden.

Ich danke für die Arbeit der Kommission und die Arbeit im Ausschuß. Wir stimmen dieser Vorlage so zu. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei B 90/Grüne.)

Präsident Kasper:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Gerd Bauer.

Abg. Dr. Bauer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte im Namen der CDU-Fraktion noch einmal einige Punkte nennen, die wir gerne im Rahmen dieser Verfassungsänderung realisiert hätten, die aber aus den aus meinem Bericht schon deutlich gewordenen Gründen, nämlich der Tatsache, daß es dafür keine Mehrheit gegeben hätte, die eine Zweidrittelmehrheit gewesen wäre, nicht möglich waren. Ich nenne hier zunächst einmal die von uns – von der CDU-Fraktion – vorgeschlagene Aufnahme eines Rechtsanspruches auf Schutz vor Kriminalität in die saarländische Landesverfassung. Wir wollten damit den Stellenwert der inneren Sicherheit, der öffentlichen Ordnung und des Anspruches darauf, die innere Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten, auch in der Landesverfassung deutlich machen und betonen.

Ebenso ist die CDU-Fraktion dafür eingetreten, eine Stärkung der Rolle der Opposition vorzunehmen, zum Beispiel durch das sogenannte Zitierrecht. Das heißt, daß auch eine qualifizierte Minderheit im Plenum oder den Ausschüssen die Möglichkeit haben sollte – nicht wie bisher nur die Mehrheit –, einen Minister in eine Sitzung zu zitieren und ihn dort Rede und Antwort stehen zu lassen. Die CDU-Fraktion hatte auch die Absicht, den Versuch zu machen, ein stärkeres Akteneinsichtsrecht für den Landtag zu bewirken, so wie das in einigen Verfassungen anderer Bundesländer mittlerweile der Fall ist. Ich darf an dieser Stelle an die Adresse der Sozialdemokraten sagen, Sie haben es nicht für richtig gehalten, die Rolle der Opposition in der Verfassung in dieser Weise zu stärken. Vielleicht wird Ihnen das nach dem 5. September noch leid tun, wenn Sie dann selbst in der Rolle der Opposition sitzen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Wir wollten auch einer Überlegung nachgehen, die wir im Zusammenhang mit der Urwahl von Bürgermeistern und Landräten in unserem Lande schon vor einigen Jahren vorangebracht haben:

Stärkung des Elementes der Persönlichkeitswahl auch bei den Landtagswahlen. Deshalb war ein Ansatz meiner Fraktion, zu überlegen, ob nicht auch eine Direktwahl von Abgeordneten zum saarländischen Landtag in Wahlkreisen möglicherweise in die Verfassung aufgenommen werden sollte, eine Sache, die sicherlich dazu beitragen würde, den Bürgerinnen und Bürgern stärker, als das beim heutigen Landtagswahlrecht der Fall ist, eine Auswahl von Persönlichkeiten für das Parlament zu ermöglichen, ähnlich wie das bei Bundestagswahlen bereits heute der Fall ist und wie es in anderen Bundesländern durchaus schon lange praktiziert wird. Auch dafür haben wir leider nicht die erforderliche Zustimmung finden können.

Was das Konnexitätsprinzip und das Anhörrecht der Kommunen und Kommunalverbände in der Verfassung betrifft, so hätten wir es gerne gesehen – ähnlich wie der Landkreistag oder der Städtetag –, wenn die Formulierung der 61. Deutschen Juristentages für das Konnexitätsprinzip in die Verfassung übernommen worden wäre. Wir sind aber der Auffassung, daß das, was jetzt im gemeinsamen Gesetzentwurf verankert ist, angesichts der übereinstimmenden Auslegung dieses Textes in den Beratungen der Enquetekommission und der entsprechenden Niederschrift der Enquetekommission, vor allen Dingen auch im Rechtsausschuß des Landtages, doch einen wichtigen Schritt nach vorne bedeutet bei dem Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“, also beim Konnexitätsprinzip. Im Sinne der Kommunen und der Kommunalverbände waren wir uns einig darin – der Kollege Geisen hat es eben noch einmal betont –, daß wir die neue Regelung durchaus im Sinne eines strikten Konnexitätsprinzips verstanden wissen wollen.

Sie, Herr Kollege Geisen, haben vorhin einleitend zu Ihren Bemerkungen gemeint, die CDU habe für sich reklamiert, ohne sie wäre es überhaupt nicht zu irgendeiner Diskussion über Verfassungsänderungen gekommen. Ich darf das ein bißchen präzisieren. Was wir auch heute wieder betonen möchten, ist, ohne das beharrliche Drängen und auf die frühen Initiativen der CDU wäre es nicht dazu gekommen, daß wir über das Konnexitätsprinzip in der Landesverfassung geredet hätten. Es wäre vor allem nicht dazu gekommen, daß wir jetzt ein echtes Konnexitätsprinzip in die Landesverfassung haben hineinschreiben können. Das halten wir uns in der Tat zugew. Ich denke, das ist ein wichtiger Fortschritt für die Kommunen.

Ebenso ist es ein wichtiger Fortschritt, daß wir ein Anhörrecht der Kommunen und der Kommunalverbände in die Verfassung hineingeschrieben haben, das es ihnen ermöglicht, bei allen Dingen, die sie unmittelbar betreffen, tatsächlich vorher gehört zu werden und ihre Meinung dazu sagen zu können. Insofern denke ich, auch wenn es nicht gelungen ist, in den Formulierungen die Schärfe und Klarheit zu bringen, die wir uns als CDU-Fraktion gewünscht hätten, so ist es doch erfreulich, daß wir im Bereich Anhörrechte und Konnexitätsprinzip einen wichtigen Schritt in der Landesverfassung im Interesse der Kommunen nach vorne gekommen sind.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, noch einen Punkt ansprechen, von dem ich denke, daß die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf hat, auch darüber etwas zu erfahren. Das ist – ich konnte das als Berichterstatter naturgemäß nicht so ansprechen, wie ich es jetzt für meine Fraktion tun will – die Rolle, die Bündnis 90/Die Grünen in der Abschlußphase der Beratungen in dieser Verfassungsänderung gespielt haben. Ich finde, das ist schon sehr bemerkenswert. Wir haben, nachdem wir uns fast drei Jahre lang in der Enquetekommission um einen Konsens bei der Ausarbeitung von Verfassungsänderungen bemüht haben – auch mit der Beteiligung der Grünen bemüht haben –, dann gemeinsam festgestellt, wir wollen zum Abschluß eine Anhörung durchführen, um noch einmal allen aus der Bevölkerung, allen Gruppen, allen Verbänden, allen Parteien, die an diesem Prozeß beteiligt sind, die Möglichkeit zu geben, ihre Vorstellungen, ihre Einwendungen gegen eine solche Verfassungsänderung geltend zu machen. Dann haben wir – ich habe es eben in meinem Bericht erwähnt – eine ganze Reihe von Vertretern solcher Vereinigungen, Verbände und Organisationen angehört bis hin zu den Kirchen, dem Landessportverband und anderen.

(Abg. Dr. Bauer)

Ich fand es dann schon, mit Verlaub gesagt, eine ziemliche Mißachtung dieses ganzen Diskussionsprozesses und der Verbände, daß bei dieser Anhörung nicht einmal ein Mitarbeiter, geschweige denn ein Abgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen es für notwendig hielt, auch nur eine Minute lang anwesend zu sein. Ausgerechnet diejenigen, die ständig das Wort von der Bürgernähe und dem Hören auf die Interessen der Bürger beim Kinderschutz, beim Tierschutz und bei anderen im Munde führen, haben es nicht für notwendig erachtet, auch nur mit einem Mitarbeiter präsent zu sein, um zu hören, was die Verbände zu den anstehenden Verfassungsänderungen denn zu sagen haben. Als wir dann die abschließende Beratung letzte Woche im Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsfragen hatten, war es wiederum so, daß die Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen durch Abwesenheit bei diesem wichtigen Vorhaben gegläntzt haben. Ich kann nur sagen: Wer es so ernst meint mit der vielbeschworenen Bürgernähe und mit dem Hören auf das, was die Bevölkerung will, der entlarvt sich, wenn er es in einer solch wichtigen Frage nicht einmal für notwendig hält, auch nur körperlich anwesend zu sein.

(Beifall bei der CDU.)

Ich möchte um so mehr auch namens der CDU-Fraktion den Verbänden und Organisationen, die sich an dieser Anhörung beteiligt haben, Dank dafür sagen, daß sie sich dieser Mühe unterzogen haben. Ich möchte insbesondere auch unserem Sachverständigen, Herrn Professor Knies, aber auch den Sachverständigen der beiden anderen Fraktionen noch einmal danke sagen für die außerordentlich sachkundige Beratung, die sie uns in den drei Jahren des Diskussionsprozesses haben zuteil werden lassen. Ebenso danke ich der Landtagsverwaltung, die sich großer Mühe unterzogen hat, uns bei unserer Arbeit zu unterstützen. Wir werden als CDU-Fraktion dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall.)

Präsident Kasper:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hubert Ulrich.

Abg. Ulrich (B 90/Grüne):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es dürfte zwischen den hier vertretenen Fraktionen Einigkeit darüber bestehen, daß der vorliegende Gesetzentwurf heute in Zweiter und Dritter Lesung einstimmig angenommen und damit verabschiedet wird. Wir kommen damit nach fast drei Jahren Verhandlungen der Enquetekommission Reform der Verfassung des Saarlandes zu einem abschließenden, die Verfassung des Saarlandes ändernden Gesetz.

Herr Bauer, wenn Sie sich in der Ersten Lesung dieses Gesetzes damit gebrüstet haben, es sei das Verdienst auch Ihrer Fraktion, daß die Arbeit der Kommission noch in dieser Legislaturperiode zu einem entsprechenden Abschluß gebracht wird, so dürfen jedenfalls Sie sich dies nicht auf die Fahne schreiben. Sie dürfen nämlich nicht verschweigen, daß Sie noch während der Verhandlung der Kommission nicht nur keinen Eifer an den Tag gelegt haben, noch vor September zu einem Gesetzentwurf zu kommen; im Gegenteil, Sie waren es, Herr Bauer, Sie persönlich, der in einer der letzten Kommissionssitzungen geäußert hat, keine Lust zu haben, die Ergebnisse der Kommission zum Thema des bevorstehenden Wahlkampfes zu machen. Eine schöne Ausrede. Und Sie sind auch nicht davor zurückgeschreckt, Herr Bauer, Herrn Rischar noch mit dazu anzustiften, diese Meinung anzunehmen.

(Widerspruch bei der CDU.)

Ich erinnere Sie an das, was Sie eben hier gesagt haben. Man soll nicht mit Steinen schmeißen, wenn man selbst im Glashaus sitzt. Nun, Ihr Stellvertreter in der Kommission und Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Bauer, hat dies glücklicherweise etwas anders gesehen und Sie an dieser Stelle zurückgepfiffen – auch wenn er seinerseits dies lediglich aus Gründen einer anders gearteten Wahlkampfaktik gesehen hat.

Meine Damen und Herren, zur Sache. Die Qualität als verfassungsänderndes Gesetz erfordert es, daß dieses Gesetz die qualifizierte Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigt. Daß dies dazu geführt hat, daß nicht jeder an die Enquetekommission von den Fraktionen oder von außen herangetragene Wunsch nach Verfassungsänderung Gehör und Zustimmung gefunden hat, das liegt auf der Hand, meine Damen und Herren. Auch einige unserer Forderungen fanden leider nicht die erforderliche Mehrheit. Dennoch können wir Bündnisgrüne hier und heute behaupten, daß wir einen Großteil der von uns geforderten und geförderten Verfassungsänderungen in den vorliegenden Gesetzentwurf mit hineingebracht haben. Dies ist gerade für eine kleine Fraktion, die wir Grüne nun einmal sind, nicht nur erfreulich, sondern es ist auch Ansporn für ein weiteres Einstehen und Fördern bündnisgrüner Ideen mit dem Ziel, das Verfassungsleben zu beeinflussen.

Ich möchte an dieser Stelle auf einige Punkte eingehen, die uns Bündnisgrünen besonders am Herzen gelegen haben und die jedenfalls teilweise Einzug in die Verfassung halten werden. Es handelt sich dabei um den Ausbau und die Stärkung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, den Schutz und die Förderung einer gewaltfreien Kindererziehung, die Einbeziehung behinderter Mitbürgerinnen und Mitbürger in den Schutz der Verfassung, und es handelt sich um den Tierschutz, der endlich in der saarländischen Landesverfassung verankert wird.

Meine Damen und Herren, auf dem Papier – auch auf dem der geltenden saarländischen Verfassung – besteht die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern seit langem. Dennoch war es notwendig, in diesem Bereich noch einmal nachzubessern, da die Verfassungswirklichkeit in diesem Punkt dem Verfassungsauftrag hinterherhinkt. Im gesellschaftlichen Leben und gerade im Arbeitsleben ist es immer noch so, daß die Frauen gegenüber den Männern stark benachteiligt werden. Die gleichwertige Verteilung von Arbeit, Einkommen, Status und Einfluß zwischen Männern und Frauen ist auch heute immer noch oft eine Fiktion. Es ist deshalb für uns Bündnisgrüne erfreulich, daß der Verfassungsgeber diesen Mißstand aufgreift und die öffentliche Gewalt nunmehr ausdrücklich im Verfassungstext anweist, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung nicht nur einzuhalten, sondern auf die Beseitigung tatsächlich bestehender Nachteile hinzuwirken. Bedauerlicherweise hat das von uns Bündnisgrünen unterstützte weitergehende Verlangen nach einer Kompensationsklausel, das auf dem Weg zu einer tatsächlichen Gleichberechtigung eine gezielte, aber begrenzte Förderung von Frauen ermöglicht hätte, keine für eine Verfassungsänderung erforderliche Mehrheit gefunden. Somit wird das Ziel bündnisgrüner Frauenpolitik, die stärkere Berücksichtigung und Förderung von Frauen, vorerst nicht ganz erreicht. Es scheint, daß sich nicht nur in den Beratungen der Kommission wieder einmal die Männer gegenüber den Frauen durchgesetzt haben.

Meine Damen und Herren, wenn wir von Gleichberechtigung sprechen, dann sprechen wir auch über andere als eheliche, aber ebenfalls auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften. Wir reden aber auch über andere Lebensweisen und sexuelle Identitäten. Wir Bündnisgrüne haben gemeinsam mit der SPD-Fraktion dafür gekämpft, auch andere als eheliche Lebensgemeinschaften in den Schutz der saarländischen Verfassung aufzunehmen und den Katalog der Diskriminierungsverbote um das der sexuellen Identität erweitert. Letztlich sind wir mit diesem Begehren an einer CDU-Fraktion gescheitert, die ihre Augen vor der Wirklichkeit verschließt, an überkommenen und verkrusteten gesellschaftlichen Strukturen festhält und es immer wieder schafft, an gesellschaftlichen Veränderungen vorbeizuschauen.

Daß es künftig in der saarländischen Verfassung ein besonderes Benachteiligungsverbot für unsere behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger gibt, das war lange überfällig. Dies war stets ein Anliegen bündnisgrüner Politik. Allerdings geht uns Grünen die Aufnahme lediglich des Verbots einer Benachteiligung nicht weit genug. Es reicht eben nicht, lediglich auf die Probleme und Belange unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit Behinderung auf-

(Abg. Ulrich)

merksam zu machen, um deren angemessene und gleiche Teilhabe am öffentlichen Leben zu gewährleisten. Es geht vielmehr darum, tatsächlich die Voraussetzungen für ein gemeinsames Leben, Lernen und Arbeiten behinderter und nichtbehinderter Menschen zu verbessern. Es geht um schulische Integration, Umstrukturierung sozialer Angebote, Veränderungen sogenannter äußerer Faktoren. Dabei geht es um öffentliche Gebäude, es geht um den ÖPNV, es geht um Arztpraxen, es geht um Wohnungen – siehe Landesbauordnung – und vieles mehr in dieser Richtung. Ein bißchen mehr hätte es hier schon sein dürfen. So hätte es diesem Parlament gut angestanden, stärker auf die Integration behinderter Menschen und auf die Gleichwertigkeit ihrer Lebensbedingungen hinzuwirken. Der pauschale Hinweis auf die begrenzten Finanzmittel durch die Gegner einer solchen Regelung wirkt nach näherer Betrachtung nur formelhaft vorgeschoben.

Gleiches gilt für die von uns Bündnisgrünen geforderte, aber aus demselben Grund nicht verwirklichte Förderung angemessener Kinderbetreuungseinrichtungen. Wenn schon der besondere Schutz und die Förderung der Kindererziehung als solcher und eine gewaltfreie Kindererziehung im besonderen ein fixiertes Postulat der Verfassungsänderung ist, so wäre der Brückenschlag zu einer so verstandenen Entlastung der Eltern nicht weit gewesen. So wird es auch weiterhin für Eltern sehr schwer sein, ihre Familienpflichten mit der Erwerbstätigkeit und mit der Teilnahme am öffentlichen Leben zu vereinbaren.

Meine Damen und Herren, der saarländische Landtag hat endlich in seiner Gesamtheit sein Herz für Tiere entdeckt. Unzumutbare Tiertransporte, Tierversuche, Quälzuchten, Käfighaltung und vieles mehr waren dann wohl doch zu starke Argumente und vielleicht auch, was die CDU-Fraktion betrifft, der nahe Wahltermin. Wir Bündnisgrüne haben die Aufnahme des Tierschutzes in die Verfassung schon sehr lange gefordert. So hatten wir bereits vor der Einsetzung der Enquetekommission einen eigenen Antrag auf Änderung der saarländischen Verfassung zugunsten der Aufnahme des Tierschutzes gestellt, diesen aber mit Rücksicht auf die Ergebnisse der Kommission ruhen lassen, um ihr nicht vorzugreifen. Auch wenn der einzige mehrheitsfähige Vorschlag der Kommission hinter unserem Antrag zurückblieb, dürfen wir Bündnisgrüne dennoch stolz auf unseren Erfolg in diesem Bereich sein.

(Beifall bei B 90/Grüne.)

Daß dieser lediglich wegen der bevorstehenden Landtagswahl möglich war, tut der Sache letztlich keinen Abbruch. Noch in den Sitzungen der Enquetekommission hatten die Vertreter der CDU-Fraktion die Aufnahme des Tierschutzes kategorisch abgelehnt. Für den Tierschutz zählt am Ende aber nur, daß die CDU-Fraktion doch ihre starre und uneinsichtige Haltung in Sachen Aufnahme des Tierschutzes in die Verfassung aufgegeben hat.

Dagegen haben wir Bündnisgrüne bereits früher nicht nur auf die Aufnahme des Tierschutzes in die saarländische Landesverfassung gedrängt, wir setzen uns darüber hinaus seit langem für die Einsetzung eines Tierschutzbeauftragten ein. Wir müssen in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Vorlage des längst überfälligen Tierschutzberichtes drängen, zu der die Landesregierung vor nunmehr zweieinhalb Jahren von diesem Hause aufgefordert worden ist.

Meine Damen und Herren, die Aufnahme der Sportförderung in die Verfassung ist unstrittig. Sport ist ein wichtiger kultureller, sozialer und gesundheitlicher Faktor. Von daher erschließt sich seine Bedeutung und seine Förderungswürdigkeit. Für uns Bündnisgrüne ist es wichtig, daß die so verstandene Sportförderung alle Bereiche des Sports, nämlich Freizeit, Breiten- und Leistungssport mit einbezieht.

Ebenso unstrittig ist die Ausdehnung des kommunalen Stimmrechts auf EU-Ausländer, da hier lediglich geltendes Recht nach-

gezeichnet wird. Daß dagegen eine Erleichterung von Volksbegehren und Volksentscheid, wie von uns beantragt, auf der Strecke geblieben ist, ist aus bündnisgrüner Sicht bedauerlich.

Meine Damen und Herren, der letzte Komplex des vorliegenden Gesetzes betrifft die Gemeinden und Gemeindeverbände. Vor dem Hintergrund der ständig steigenden Kostenlast ist es verständlich, daß sich die Gemeinden und deren Verbände mehr erhofft haben. Wir denken jedoch, daß in den Punkten Konnexitätsprinzip und Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände bei Gesetz und Verordnungsgebung akzeptable Kompromisse gefunden worden sind, mit denen auch die Gemeinden und Gemeindeverbände gut leben können.

Meine Damen und Herren, mit der Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfs findet diese Legislaturperiode – ohne die Bedeutung der noch folgenden Tagesordnungspunkte schmälern zu wollen – einen würdevollen Höhepunkt und Ausklang. Wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden dieser Verfassungsänderung zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei B 90/Grüne.)

Präsident Kasper:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Gerd Bauer.

Abg. Dr. Bauer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Normalerweise ist die Verabschiedung einer Verfassungsänderung ein Anlaß, bei dem man vor allem, wenn man einen so breiten Konsens zwischen den beiden großen Fraktionen und dann auch letztlich mit Bündnis 90/Die Grünen erzielt, sich nicht unbedingt streiten muß.

Aber wenn Sie, Herr Kollege Ulrich, behaupten, es sei so gewesen, daß die CDU-Fraktion, daß ich persönlich eigentlich gar kein Interesse daran gehabt hätte, daß diese Verfassungsänderung noch vor dem Ablauf dieser Legislaturperiode erfolgt, dann darf ich Sie in aller Freundschaft auf folgendes hinweisen. Erstens. Sie waren wohl weder in einer Ausschusssitzung noch in einer Sitzung der Enquetekommission persönlich jemals anwesend – im Unterschied zu mir. Zweitens. Selbst die Sachverständige, die Bündnis 90/Die Grünen benannt hatte, war seit dem Herbst vergangenen Jahres nicht mehr in diesen Beratungen anwesend. Drittens. In den letzten beiden Sitzungen, von denen ich gesprochen habe, bei denen es um die Anhörung und dann um die Abschlußberatung ging, war, wie ich schon ausgeführt hatte, ebenfalls niemand von den Grünen, auch Sie nicht, Herr Kollege Ulrich, anwesend. Deshalb steht es Ihnen eigentlich sowieso nicht gut zu Gesicht, Urteile über andere Leute abzugeben.

Aber Fakt ist ein ganz anderes. Als es in einer Sitzung der Enquetekommission die Frage des Herrn Präsidenten gab, ob wir denn angesichts des Zeitablaufs überhaupt noch in der Lage sein würden, zu einem Abschluß in dieser Legislaturperiode zu kommen, war es der Abgeordnete Bauer, der in dieser Sitzung den Vorschlag gemacht hat, notfalls eine Sondersitzung des Plenums des saarländischen Landtags einzuberufen, um noch im Laufe dieser Legislaturperiode zu einer solchen Verabschiedung der Verfassungsänderung zu kommen. Wenn Sie das nicht glauben wollen, können Sie das gerne in den Niederschriften nachlesen.

Es ist dann dank der Bemühungen der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion und insbesondere auch des Kollegen Rischer und mir gemeinsam mit dem Präsidium des Hohen Hauses gelungen, den Ablauf so zu regeln, daß wir durch eine Ausschusssitzung und eine Anhörung in der eigentlich sitzungsfreien Zeit – bei der Sie dann keine Zeit hatten, anwesend zu sein – die Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß wir heute die Verfassung noch abschließend behandeln und ändern können. Meine Damen und Herren, das ist die Realität.

Daß es Fragen gab, ob das technisch noch machbar ist in dieser Legislatur, steht gar nicht zur Debatte. Aber wir waren es – ich

(Abg. Dr. Bauer)

bin dankbar dafür, daß die SPD das mitgetragen hat –, die gesagt haben, notfalls machen wir eine Sondersitzung. Es muß noch in dieser Legislaturperiode einen Abschluß geben, damit nicht drei Jahre Arbeit für die Katz waren, denn dann wäre das alles in der nächsten Legislaturperiode noch einmal von vorne losgegangen. Insofern empfinde ich es gelinde gesagt als eine Zumutung, was Sie hier eben behauptet haben.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Kasper:

Ich schließe die Aussprache. Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in Zweiter Lesung. Wir werden anschließend noch eine Dritte Lesung haben, bei der es dann eine namentliche Abstimmung geben wird.

Aber jetzt zuerst zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in Zweiter Lesung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf in Zweiter Lesung einstimmig angenommen ist.

Für die Durchführung der Dritten Lesung ist gemäß § 33 Absatz 3 der Geschäftsordnung eine Fristverkürzung erforderlich. Wer für die Fristverkürzung ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß mit einstimmigem Beschluß die Frist verkürzt ist.

Wir kommen nun zur Dritten Lesung des Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Saarlandes. Ich eröffne die Aussprache. – Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Nach § 69 Absatz 1 des Gesetzes über den Landtag des Saarlandes muß über verfassungändernde Gesetze in Dritter Lesung namentlich abgestimmt werden. Ich darf Herrn Schriftführer Willi Portz bitten, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Schriftführer Portz ruft die Namen der Abgeordneten auf.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Mitglied des Hauses nicht aufgerufen worden? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Stimmabgabe und bitte die Schriftführer, mir das Abstimmungsergebnis zu übermitteln. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, nach Artikel 101 Absatz 1 der Verfassung des Saarlandes ist für die Annahme dieses Gesetzes in Dritter Lesung die Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten erforderlich, also 34 Stimmen. Ich gebe das Ergebnis bekannt. Es sind 48 Stimmen abgegeben worden, alle 48 waren Ja-Stimmen. Ich stelle fest, daß das Gesetz mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit in Dritter Lesung angenommen worden ist. Damit ist die Verfassung des Saarlandes geändert. – Vielen Dank.

(Beifall des Hauses.)

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Zweite Lesung des Gesetzes über die Zustimmung zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über die Akkreditierungsstelle der Länder für Meß- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts (Drucksache 11/2064).

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung Herrn Abgeordneten Armin Lang.

Abg. Lang (SPD), Berichterstatter:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag des Saarlandes hat in seiner 72. Sitzung am 23. Juni 1999 den von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurf über die Zustimmung zum Abkommen zur Änderung des Abkommens über die Zentralstelle der Länder für Sicherheitstechnik und über

die Akkreditierungsstelle der Länder für Meß- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts, Drucksache 11/2064, in Erster Lesung angenommen und zur weiteren Beratung an den Ausschuß für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales überwiesen.

Eine Änderung des Abkommens wurde erforderlich auf Grund des Beschlusses der Ministerpräsidentenkonferenz vom 12./13. November 1998, der der Zentralstelle und der Akkreditierungsstelle neue Aufgaben zuwies. So wurden zum Beispiel das Sprengstoffgesetz und das Medizinproduktegesetz geändert. Außerdem wurden der ZLS dauerhaft Aufgaben im Bereich des Gerätesicherheitsgesetzes, des Medizinproduktegesetzes für die aktiven Medizinprodukte, des Gesetzes über die Beförderung gefährlicher Güter und des Sprengstoffrechts zum Vollzug der Abkommen der Europäischen Gemeinschaft mit Drittstaaten über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen gemäß Artikel 228 EG-Vertrag übertragen.

Der Gesetzentwurf wurde vom Ausschuß gelesen und wird dem Plenum gemäß Artikel 95 Absatz 2 Satz 1 der Verfassung einstimmig zur Annahme in Zweiter Lesung empfohlen. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Kasper:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. – Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in Zweiter und letzter Lesung. Wer für die Annahme des Gesetzentwurfes Drucksache 11/2064 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß der Gesetzentwurf in Zweiter und letzter Lesung einstimmig angenommen ist.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Eingliederungsmöglichkeiten für Soldaten auf Zeit der Bundeswehr in den öffentlichen Dienst (Drucksache 11/2096).

Zur Begründung erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Jürgen Presser.

Abg. Presser (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Soldatenversorgungsgesetz regelt die Eingliederung von Soldaten auf Zeit nach ihrer Dienstzeit in das zivile Erwerbsleben. Danach haben Soldaten, die länger als zwölf Jahre Dienstzeit haben, das Anrecht auf einen sogenannten Eingliederungs- oder Zulassungsschein. Damit das auch entsprechend unterfüttert wird, gibt es in § 10 des Soldatenversorgungsgesetzes einen Stellenvorbehalt, nach dem Bund, Länder, Gemeinden und öffentliche Körperschaften eine entsprechende Anzahl von Stellen zur Verfügung stellen müssen. Im Saarland ist dies in der Vergangenheit immer entsprechend umgesetzt worden. Es gab eine Anfrage von mir im Jahre 1995. Es waren damals in den letzten fünf Jahren bis eben 1995 64 Stellen im Beamtenbereich und 131 Stellen im Angestelltenbereich zur Verfügung gestellt worden.

Im April dieses Jahres hatte die Ministerpräsidentenkonferenz in Bonn beschlossen, diesen Stellenvorbehalt abzuschaffen. Dies hat die Soldaten der Bundeswehr, vor allem die Zeitsoldaten, sehr beunruhigt. Der Bundeswehrverband hat sich an die Ministerpräsidenten gewandt, auch der Bundesverteidigungsminister hat sich an die Ministerpräsidenten gewandt. Im Vorfeld der heutigen Sitzung haben einige Ministerpräsidenten – von Anfang an hatte Berlin dagegen gestimmt – sich von diesem Beschluß im nachhinein wieder distanziert, und zwar zuerst nach meinen Erkenntnissen Ministerpräsident Beck von Rheinland-Pfalz. Die Minister-

(Abg. Presser)

präsidenten von Bayern, Thüringen und anderen Bundesländern haben sich dem angeschlossen. Bisher war eine Reaktion des Saarlandes nicht bekannt.

Mir ist jetzt eben durch Herrn Schmitt bekannt gemacht worden, daß der Ministerpräsident des Saarlandes am 14. Juli dieses Jahres auf das Schreiben des Bundesverteidigungsministers hin mitgeteilt hat, daß auch das Saarland nicht mehr zu diesem Beschluß steht. Insofern hat sich natürlich auch der Antrag von heute erledigt und ist zurückgezogen worden.

Aber eine kritische Bemerkung möchte ich doch anbringen, dies gilt nicht nur für den Ministerpräsidenten des Saarlandes, das gilt für alle. Offensichtlich ging es allen so wie dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten. Er hat gegenüber dem Bundeswehrverband folgendes erklärt und sich auch dafür entschuldigt. Auf der Landesversammlung West des Deutschen Bundeswehrverbandes in Bad Neuenahr entschuldigte sich der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck wegen seiner Zustimmung zur Abschaffung des Stellenvorbehalts für die längerdienenden Soldaten auf Zeit. Der Beschluß war auf der Konferenz der Ministerpräsidenten im April in Bonn gefaßt worden. Er habe diesen Tagesordnungspunkt nicht beachtet und sei darauf von seinen Mitarbeitern nicht vorbereitet worden, erklärte der Ministerpräsident in aller Aufrichtigkeit. Mit Schreiben vom 23. Juni hat Beck bekräftigt, daß Rheinland-Pfalz seine Zustimmung zur Aufhebung widerrufen.

Die Bundeswehr wird auch im Saarland künftig, wie wir hoffen, eine wichtige Rolle spielen, es wird keine weiteren Standortschließungen geben. Insofern ist es wichtig, daß wir auch die soziale Eingliederung der ehemaligen Zeitsoldaten weiter aufrechterhalten und uns zu dieser Verantwortung bekennen. Ich finde es positiv, daß – wenn auch mit einiger Verspätung – das Saarland seiner Verpflichtung nunmehr nachgekommen ist.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Was haben Sie denn, Frau Ries? Anscheinend sind Sie noch von heute morgen etwas beunruhigt. Seien Sie doch ruhig!

Ich möchte auch im Interesse unseres Ministerpräsidenten annehmen, daß er es, wie Herr Beck, verschwitzt hat. Die Sache ist geheilt und damit in Ordnung. – Frau Ries, Sie haben eine Frage.

Abg. Ries (SPD):

Ich möchte gerne eine Zwischenfrage stellen, weil Sie gesagt haben, der Ministerpräsident hätte das Ganze verspätet zurückgezogen. Soviel ich weiß, ist der 14.7. vor dem 23.7. Also war er der erste, der es zurückgezogen hat.

Abg. Presser (CDU):

Das war der 23.6. Ich habe mich versprochen. Entschuldigung. – Ich bin fertig.

Präsident Kasper:

Ich schließe die Aussprache.

(Zuruf.)

Wir haben noch eine Wortmeldung. Herr Abgeordneter Leo Stefan Schmitt, Sie haben das Wort.

Abg. Schmitt (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es erweist sich hier, daß auch in der Politik jeder schlauer werden kann. Die Staatssekretäre, die Chefs der Staatskanzleien und Senatskanzleien hatten vor einigen Monaten beschlossen, daß sie sich sehr viele Vorschriften des Bundes, die Auswirkungen auf die Länder haben, zur Brust nehmen und dort für eine große Entrümpelung sorgen. Dabei sind sie auch auf diese Vorbehaltsregelung gestoßen, die auf einer bundesgesetzlichen Regelung Länder und Kommunen verpflichtet. Sie waren der Auffassung, daß dies geändert werden soll.

Dann hat der Bundeswehrverband, haben die Reservistenverbände genauso wie der Bundesminister der Verteidigung dagegen protestiert. Es war ein Beschluß, der von allen Ministerpräsidenten getragen wurde, quer durch die Parteien bis auf Berlin. Das ging quer durch die Parteien. Herr Stoiber, Herr Teufel von der CDU, Herr Klimmt oder Herr Beck von der SPD, alle waren dabei, als dieser Beschluß gefaßt wurde. Dann sind sie anschließend, bei näherem Hinsehen und bei Überprüfung der Notwendigkeit dieser Beschlußlage, zu dem Ergebnis gekommen, da haben wir irgend etwas falsch gemacht. Wir haben das eine oder andere nicht bedacht. Deshalb haben die Ministerpräsidenten es wieder zurückgezogen.

Herr Presser hat den Antrag hier an das Parlament in der vergangenen Woche am Donnerstag abgegeben. Wir haben vorher in einem kurzen Gespräch festgestellt, daß sich der Antrag durch Zeitablauf erledigt hat, weil der saarländische Ministerpräsident genau im Interesse der Betroffenen gehandelt hat. Damit ist das Thema erledigt, und so, Herr Presser, sind auch wir etwas schlauer geworden. Und das steht dem Haus meines Erachtens nach gut an, daß man immer schlauer werden kann. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Kasper:

Meine Damen und Herren, der Antrag ist zurückgezogen worden.

Wir kommen zu den Punkten 5, 6 und 8 der Tagesordnung. Wir hatten heute morgen vereinbart, daß wir eine verbundene Debatte führen. Es geht um die

Beschlußfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Saarland mobil (Drucksache 11/2066),

Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Neuorganisation des ÖPNV im Saarland – Vorteile und Erleichterungen für die Fahrgäste schaffen (Drucksache 11/2068),

Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend moderne Verkehrsinfrastrukturen (Drucksache 11/2073).

Zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Peter Gillo.

Abg. Gillo (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben mit unserem Antrag hier die Absicht verfolgt, eine Debatte über die Verkehrspolitik im Saarland anzuschließen, weil wir der Auffassung sind, daß wir gerade hier im Saarland eine gute, eine sehr gute Infrastruktur brauchen, damit das Saarland, das sich nun einmal in einer geographischen Randlage in dieser Bundesrepublik befindet, in eine andere Situation hineinkommt, damit wir den Nachteil, den wir dadurch haben, eben wettmachen durch eine gute Infrastruktur, durch gute Verkehrsbeziehungen zu anderen großen Wirtschaftszentren dieser Republik.

Ich fange einfach einmal an mit dem wichtigsten Thema, nämlich der Tatsache, daß wir hier demnächst einen Anschluß an das internationale Schienenhochgeschwindigkeitssystem haben werden. Nachdem die Vereinbarung von La Rochelle bestand, die bereits besagt hat, daß der TVG respektive ICE von Paris in einem Ast über Saarbrücken, Mannheim verkehrt bis nach Frankfurt, nachdem das grundsätzlich vereinbart worden ist, wir aber dann feststellen mußten, daß in den ganzen letzten zehn Jahren unter der alten Bundesregierung nichts, aber auch gar nichts getan wurde, um diese Vereinbarung umzusetzen, haben wir jetzt doch einen großen Durchbruch erzielt, und zwar in vier Punkten.

Erstens. Der Streckenausbau für die Strecke zwischen Saarbrücken und Mannheim ist in Angriff genommen worden. Zweitens. Die Entscheidung für einen Bahnhof an der richtigen Stelle auf der

(Abg. Gillo)

lothringischen Seite, nämlich Baudrecourt, und damit die Möglichkeit, von Baudrecourt aus einen Abzweig über Saarbrücken, Kaiserslautern, Mannheim tatsächlich zu bauen, ist nach beharrlicher Arbeit dieser Landesregierung und auch in Zusammenarbeit mit unseren lothringischen Freunden endlich auf französischer Seite getroffen worden. Drittens. Für das Jahr 2000, Herbst 2000 haben wir die Zusage der Deutschen Bahn AG erwirkt, daß ab diesem Zeitpunkt der ICET, also die Neigezugausgabe des ICE, auf der Strecke Saarbrücken-Frankfurt-Dresden verkehrt. Wir haben viertens ab dem Jahre 2005 tatsächlich eine direkte Verbindung auf der Strecke Paris-Saarbrücken-Mannheim-Dresden. Wir können davon ausgehen, daß wir ab dem Jahr 2005 in eineinhalb Stunden von hier aus in Paris sein werden. Natürlich gilt das auch für die andere Richtung. Das ist ein enormer Fortschritt, das ist der Durchbruch für eine verbesserte Verkehrsinfrastruktur an der Saar.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn wir sehen, was das zu bedeuten hat, und wenn wir das vergleichen mit anderen Städten in Europa, die einen Anschluß bekommen haben an den TVG oder den ICE, dann wissen wir, daß das eine enorme Bedeutung haben wird auch für die weitere wirtschaftliche Entwicklung und für den Strukturwandel hier an der Saar. Deshalb darf ich sagen: Es war sehr, sehr gut, es war eine der wichtigsten Entscheidungen für das Saarland überhaupt, die jetzt getroffen wurde, daß das Saarland, daß Saarbrücken einen Haltepunkt für den ICE oder den TGV erhält.

Selbstverständlich kann dann der Bahnhof hier in Saarbrücken, der lange Zeit das Stiefkind der Deutschen Bahn AG war, nicht so bleiben, wie er ist. Wir brauchen einen attraktiven ICE-Haltepunkt hier in Saarbrücken. Ich freue mich sehr darüber, daß die Bahn AG dann auch nach langen Verhandlungen zugesagt hat, hier im Rahmen eines Projektes Saarbrücken 21 einen solchen attraktiven Haltepunkt zu bauen, den Hauptbahnhof umzugestalten und darüber hinaus hinter dem Hauptbahnhof eine Fläche, die heute nicht mehr gebraucht wird, in der Größenordnung von 20 Hektar, für Handel, für Gewerbe, für Dienstleistungen, insbesondere für neue Technologien zur Verfügung zu stellen. Dieses Projekt Saarbrücken 21 ist ein Projekt der Zukunft.

Aber auch für andere Verkehrsmittel muß das Land sehr schnell erreichbar, sehr gut und mit einem hohen Service, auf einem hohen Qualitätsstandard erreichbar sein. Ich sage klar dazu: Wir brauchen nicht nur den Schienenhochgeschwindigkeitsverkehr hier im Saarland, wir brauchen auch schnelle und gute Flugverbindungen in das Saarland hinein und aus dem Saarland heraus. Es ist vollkommen falsch zu glauben, daß wir im Zuge der zunehmenden Globalisierung unserer Wirtschaft hier im Saarland von dieser Entwicklung verschont würden. Deshalb brauchen wir auch in Zukunft einen guten, einen leistungsfähigen, einen leistungsstarken Flughafen in Saarbrücken.

Ich denke gar nicht daran, diese Rolle, diese Aufgabe benachbarten Flughäfen zu überlassen. Bisher spricht die Entwicklung bei den Fluggästen, die Entwicklung der Fluglinien Bände darüber, daß dieser Flughafen erfolgreich ist und auch in Zukunft erfolgreich sein wird. Ich finde es richtig und gut, daß wir dann morgen Gelegenheit haben werden, zusammen mit dem Bundesverkehrsminister den Grundstein für ein neues Flughafengebäude zu legen oben am Flughafen Ensheim. Ich finde es richtig, daß die Landesregierung dazu bereit ist, Geld in die Hand zu nehmen, weil es sicherlich notwendig war, das Flughafengebäude, das Abfertigungsgebäude zu verbessern, umzubauen, zu sanieren, zu erneuern, den Flughafen insgesamt zu modernisieren. Bei dieser Debatte ist keine Vertreterin und kein Vertreter der Grünen da. Ich meine, es wäre gut, wenn auch die Grünen in diesem Lande sagen würden, okay, wie brauchen Flugverkehr im Saarland, statt immer nur gegen den Flughafen zu wettern.

Punkt drei. Wir haben noch einen weiteren Bereich, nämlich den Straßenverkehr. Hier haben wir es geschafft, die Lücken im Bereich der A 8 von Merzig nach Luxemburg ein entscheidendes Stück zu schließen. Wer derzeit an der Mosel entlang fährt, sieht

die Baustelle, sieht, wie an der Brücke oben bei Schengen gebaut wird. Wir werden in den nächsten Jahren – sehr schnell – in Luxemburg sein und von dort aus eine gute und schnelle Autobahnverbindung weiter Richtung Brüssel haben.

Dann müssen wir ganz schnell die notwendige Querspange der B 269 von Ensdorf nach St. Avold angehen. Hier befinden wir uns im Zustand der Planfeststellung. Ich gehe davon aus, daß wir diesen Bereich auch finanzieren können. Jedenfalls sind alle Weichen in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung gestellt.

Dann gibt es natürlich noch, was die Erreichbarkeit des Saarlandes angeht, Entscheidungen, die wichtig sind für uns, auch wenn sie sozusagen gar nicht direkt in unserem Kompetenzbereich liegen. Ich meine damit beispielsweise den Lückenschluß im Bereich der A 1, Eifel, von Blankenheim nach Köln oder auch den weiteren Ausbau der B 10 von Landau nach Karlsruhe, wo es derzeit noch stark stockt, und den nördlichen Bereich von St. Wendel in Richtung Birkenfeld; auch dieser Bereich muß selbstverständlich als Ausbaustrecke weiter bei uns auf der Tagesordnung bleiben.

(Beifall bei der SPD.)

Es gibt einen weiteren Verkehrsträger, der jetzt an Bedeutung zunehmen wird: Wir können die Wasserstraße, den Saarkanal nutzen. Wir haben bisher Güterverkehrsmengen, die bei weitem nicht an das heranreichen, was damals bei der Planung gesagt worden ist. Man hatte damals sehr ehrgeizige Planungen; man wollte 16 bis 20 Millionen Jahrestonnen hier umschlagen. Die Gegner des Saarkanals haben behauptet, es wird nie über eine Million Jahrestonnen hinausgehen. Gut, wir haben jetzt etwa 4 Millionen Jahrestonnen auf den beiden Häfen in Merzig und in Dillingen – deutlich weniger, als ursprünglich bei der Prognose beabsichtigt oder veranschlagt war. Es ist aber ein bißchen mehr, als die Saarkanalgegner immer behauptet haben. Ich bin zufrieden damit, daß wenigstens ansatzweise der Saarkanal ausgelastet wird.

Neben den beiden öffentlichen Häfen in Merzig und Dillingen – fertiggestellt ist bereits der dritte Hafen in Fenne – werden zwei weitere Häfen, nämlich in Völklingen und in Burbach, zwei Werkhäfen, gebaut. Auch hier wird zusätzlicher Frachturnschlag stattfinden können.

Dann möchte ich noch etwas sagen zu der Frage Saarkanalisation durch die Stadt Saarbrücken. Ich bin der festen Überzeugung, daß es allemal besser ist, in Burbach Infrastrukturen auszubauen, damit auch der Saarbrücker Osten von dem Kanalananschluß, von dem Wasserstraßenanschluß Saarbrückens profitieren kann. Den einen haben wir; neben Fenne haben wir einen weiteren Anschluß in Burbach. Durch eine clevere Verkehrsinfrastruktur ist es ohne weiteres möglich, auch die Industrie im Saarbrücker Osten von diesem Anschluß in Burbach profitieren zu lassen und etwa Güter in Burbach auf die Bahn zu verladen.

Ich will Ihnen eines sagen. Wer sich die Mühe gemacht hat, anläßlich der 1000-Jahr-Feier der Landeshauptstadt Saarbrücken vor vierzehn Tagen im Rahmen des sogenannten Saar-Spektakels sich anzuschauen, was an Freizeitschiffverkehrsverkehr, nachdem die Schleuse geöffnet worden ist nach jahrelangen Baustellen, nach Saarbrücken gekommen ist, muß einfach erkennen, daß die Zukunft der Schifffahrt hier an der Saar nicht mehr in erster Linie darin liegen wird, noch mehr Frachtgüter, noch mehr Massengüter etwa durch einen weiteren Hafen im Saarbrücker Osten auf die Saar, auf das Schiff zu bringen. Die Zukunft liegt ganz eindeutig in der touristischen Nutzung der Saar, in der Nutzung der Freizeitschifffahrt, in mehr Infrastruktur für Freizeit- und Kabinenschiffe. Deshalb setzen wir in Saarbrücken und im Land in Zukunft in erster Linie auf den Flußtourismus, anstatt in Kauf zu nehmen, daß die Staden-Anlage, die die Saarbrücker und darüber hinaus auch die Kunden und die Touristen gerne haben, zerpflegt, zerstört wird, anstatt zu akzeptieren, daß da jahrelang weitergebuddelt wird.

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Gillo)

Wir werden nicht akzeptieren, daß hier vor unserer Haustür die Alte Brücke zerstört oder gar abgerissen wird; das an die Adresse des Wasser- und Schiffsamtes. Wir stehen hinter der Alten Brücke; wir werden dafür sorgen, daß sie nicht abgerissen wird. Und wir werden dafür sorgen, daß auch in Zukunft der Flußtourismus hier an der Saar nach vorne kommen wird und nicht in einer riesigen Buddelei durch die Innenstadt erstickt wird.

(Beifall bei der SPD. – Zuruf des Abgeordneten Feibel (CDU).)

Wenn Ihnen die Formulierung nicht gefällt, Herr Feibel, kann ich vielleicht in Erinnerung rufen, daß anläßlich einer Schifffahrt, die Ihre Fraktion hier veranstaltet hat, herausgekommen ist – ob mit oder ohne Ihre Unterstützung, das kann ich nicht sagen –, daß das Wasser- und Schiffsamt sich mit dem Gedanken trägt, die Alte Brücke abzureißen. Das mag für Sie wurscht sein. Ich kann Ihnen sagen, für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Saarbrücken ist die alte Fußgängerbrücke hier vor unserer Haustür ein Wahrzeichen unserer Stadt. Für Sie mögen solche Kulturgüter nicht einen so hohen Stellenwert haben.

(Oh-Rufe von der CDU.)

Die Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt, Herr Feibel, sehen das anders und beten darum, daß nicht Sie in die politische Verantwortung kommen und dann einem solchen Abriß zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD. – Zurufe von der CDU.)

Ich habe eben bereits den Güterverkehr angesprochen. Auch hier haben wir einen Durchbruch erzielt, indem wir eine Vereinbarung grundsätzlich haben schließen können mit der Deutschen Bahn AG über die Abgabe von Grundstücken zu vertretbaren Preisen im Bereich des Hauptgüterbahnhofs in Saarbrücken, im Bereich der Dudweiler Landstraße an das private Güterverkehrsgewerbe hier an der Saar. Jetzt wird sich eine Betreibergesellschaft gründen, die da rangeht.

Das einzige, was ich mir in diesem Zusammenhang noch wünsche, ist, daß auch die Deutsche Bahn AG bei ihrer mehrfach gemachten Zusage bleibt und dafür sorgt, daß das Frachtzentrum der Deutschen Bahn AG ebenfalls an diesen Standort kommt, und daß nachher nicht etwa das Saarbrücker oder das saarländische Güterverkehrsgewerbe dort allein für den Umschlag sorgt. Auch die Bahn soll, bitte schön, bei ihren mehrfach gemachten Zusagen bleiben.

Der öffentliche Personennahverkehr im Saarland ist in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren von einem Stiefkind zu einer Erfolgsgeschichte geworden. Ich kann das mit einigen Zahlen belegen; ich darf sie einmal in Erinnerung rufen. Meine Damen und Herren, in der Zeit, in der hier die CDU noch Verantwortung getragen hat, wissen Sie, was da in den öffentlichen Personennahverkehr von seiten des Landes geflossen ist? – Ungefähr eine Million DM pro Jahr.

(Zuruf des Abgeordneten Feibel (CDU).)

Ich will gar nicht die Investitionen, die über den Nahverkehr der Bahn inzwischen ins Saarland fließen, nennen – die lasse ich ganz außen vor –, sondern nur das, was an GVFG-Mitteln hier aufgebracht wird und über das Sonderergänzungsprogramm ÖPNV des Saarlandes hier eingebracht wird. Wir haben heute nicht eine Million, nicht zwei Millionen DM pro Jahr für den öffentlichen Personennahverkehr, sondern wir haben 40 Millionen DM pro Jahr für die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs ohne das, was über das Regionalisierungsgesetz noch zusätzlich hierher fließt. Das sind in den nächsten Jahren ansteigend zwischen 130 und 160 Millionen DM pro Jahr. Ich will das einfach nur mal ins Verhältnis zu dem stellen, was bei Ihnen damals der Fall war. Damals war der öffentliche Personennahverkehr für Sie ein Stief-

kind der Politik. Für uns ist es heute ein Lieblingskind der Politik. Das kann man aus diesen Zahlen herauslesen.

(Beifall bei der SPD.)

Bitte sehr, Herr Kollege Seilner.

Abg. Seilner (CDU):

Ich hätte eine Frage an Sie, Herr Kollege Gillo. Wer hat denn die Entwicklung, die Sie eben dargestellt haben, eingeleitet? Welche Bundesregierung war das?

Abg. Gillo (SPD):

Das kann ich Ihnen sagen. Es hat zunächst einmal damit zu tun, daß das Saarland selbst ein Programm aufgelegt hat, ein Ergänzungsprogramm „öffentlicher Personennahverkehr“ mit einem Volumen zwischen 10 und 14 Millionen DM pro Jahr. Schauen Sie bitte im Haushalt des Saarlandes nach. Zweitens hat es damit etwas zu tun, daß im Zuge der Bahnreform Mittel, die früher für den Straßenbau verwandt worden sind, in das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz übergeführt worden sind. Und es war dann die Entscheidung der Landesregierung, dafür zu sorgen, daß die Hälfte des GVFG-Plafonds künftig für den öffentlichen Personennahverkehr verwandt wird und nicht – wie noch zu Ihren Zeiten – 99 Prozent für den Straßenverkehr.

(Zuruf von der CDU.)

Ich will Ihnen einmal sagen, wie sich das im Schienenpersonennahverkehr ausgewirkt hat. Wir hatten 1993/94 – also vor der Bahnreform – genau 5.328.000 Zugkilometer. Seit Oktober 1997 haben wir insgesamt 6,6 Millionen Zugkilometer. Das ist ein Plus von 1,3 Millionen Zugkilometern, die jetzt an Mehrverkehren gefahren werden, insbesondere durch die Verstärkung der Verbindungen Saarbrücken-Rohrbach-Zweibrücken, Saarbrücken-Lebach und Dillingen-Niedaltdorf, die Schließung von Taktlücken an Wochenenden und die Einführung eines Halbstundentaktes zwischen Saarbrücken und St. Wendel mit stündlicher Durchbindung bis Türkismühle. Also ein Mehr an Zugkilometern von 1,3 Millionen. Soll ich Ihnen sagen, wieviel das in Prozent ausmacht? Es sind 25 Prozent innerhalb der letzten vier Jahre. Das kann sich sehen lassen. Ich bin mir sicher, Herr Kollege Feibel, daß wir, wenn Sie die Verantwortung hier gehabt hätten, noch nicht einmal ein Zehntel dieses Erfolges zu verzeichnen hätten.

(Zuruf.)

Der schienengebundene Personennahverkehr ist eben für uns Sozialdemokraten im Saarland ein wichtiger Punkt, um das Saarland insgesamt nach vorn zu bringen.

Im letzten und in diesem Jahr wurden darüber hinaus insgesamt neun zusätzliche Regionalbuslinien eingerichtet. Ich will sie der Vollständigkeit halber nennen. Es sind die Verbindungen Merzig-Wadern, Wadern-St. Wendel, Lebach-Wadern, Lebach-St. Wendel, Lebach-Saarlouis, Neunkirchen-St. Ingbert, Homburg-Zweibrücken, Homburg-Kusel und Lebach-Saarbrücken. Auf diesen Regionalbuslinien, die es vorher nicht gab,

(Zuruf)

wurden zusätzlich 1,4 Millionen Wagenkilometer angeboten. Das ist eine Mehrleistung im Regionalbusverkehr von 48 Prozent. Und dann kommen Sie von der CDU-Fraktion mit Ihren Anträgen und Ihren Reden und tun so, als sei hier nichts geschehen! Ich nenne die Zahlen noch einmal: 25 Prozent Mehrverkehr im Bereich der Bahn, 50 Prozent Mehrverkehr bei den regionalen Buslinien. Das kann sich sehen lassen; das ist eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs an der Saar, die Sie nie hibekommen hätten, und wenn Sie 50 Jahre Zeit dazu gehabt hätten!

(Beifall bei der SPD. – Zurufe von der CDU.)

(Abg. Gillo)

Ich kann Ihnen auch sagen, wie sich die Fahrgastzahlen in dieser Zeit entwickelt haben. Die Entwicklung der Fahrgastzahlen konnte mit der Steigerung der Mehrverkehre nicht mithalten. Das ist aber überall so. Von 1989 bis 1999 sind im schienengebundenen Personennahverkehr über 20 Prozent mehr Fahrgäste zu verzeichnen gewesen; im Busverkehr gab es ein Plus von 15 Prozent. Das sage ich auch im Verhältnis dazu, daß die Fahrgastzahlen im öffentlichen Personennahverkehr bundesweit stagnieren. Unsere Steigerungen können doch nur etwas damit zu tun haben, daß wir hier die richtige Politik gemacht haben. Ich bin sicher, daß die Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Personennahverkehrs dies wissen und deshalb am 5. September so entscheiden werden, daß die SPD an der Saar weiterhin dafür sorgen kann, daß der öffentliche Personennahverkehr nach vorn gebracht wird.

(Beifall bei der SPD.)

Öffentlicher Personenverkehr heißt auch Förderung von Investitionen. Sehen Sie sich doch bitte einmal die Bahnhöfe im Saarland und in der übrigen Bundesrepublik an.

(Zuruf von der CDU.)

Anteilseignerin der früheren Deutschen Bundesbahn und der heutigen Deutschen Bahn AG ist die Bundesregierung, die bis letzten September von Ihnen getragen wurde. Sehen Sie sich an, in welchem Zustand die Bahnhöfe hier an der Saar sind. Sie sind überwiegend in einem absolut miserablen Zustand. Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, mit einem Investitionsprogramm in den nächsten Jahren 58 Millionen DM auszugeben, um insgesamt 29 Bahnhöfe auf Vordermann zu bringen. Das ist das, was wir jetzt vorzuzeigen haben, um das einigermaßen auszugleichen, was unter Ihrer politischen Verantwortung in Bonn 15 Jahre lang versaubert wurde.

(Beifall bei der SPD.)

Es wurde auch noch ein anderes, nicht unwichtiges Problem gelöst. Ich meine die Fahrtkosten für Familien mit mehreren Kindern, insbesondere auf den Linien, die von der RSW bedient werden. Als einziger ländlicher Landkreis war es der Saarpfalz-Kreis, der es geschafft hat, daß die RSW, nachdem sie den sogenannten Wuermeling-Paß nicht mehr anbieten konnte, erst einmal weiterfährt. Die RSW sagte: Es ist uns doch ein gutes Stück zu teuer; wir können dieses Angebot nicht mehr aufrechterhalten. Doch in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Saarpfalz-Kreis, RSW und Landesregierung ist es gelungen, daß in Zukunft Familien ab drei Kindern einen zusätzlichen Rabatt auf das sowieso schon rabattierte Schülerjahresticket erhalten können. Ich freue mich, daß der Umweltminister dieses Landes, Heiko Maas, signalisiert hat, daß er dazu bereit ist, mit den anderen Landkreisen ähnliche Vereinbarungen zu schließen. Ich kann nur die anderen ländlich strukturierten Kreise, in denen die Kinder lange Strecken zurückzulegen haben und deshalb relativ viel Geld auf den Tisch legen müssen, auffordern, von diesem Angebot Gebrauch zu machen.

Meine Damen und Herren, ich habe in einigen Punkten dargelegt, daß wir sowohl für den Hochgeschwindigkeitsverkehr als auch für den Güterverkehr, für den öffentlichen Personennahverkehr, für den Flug- und den Schiffsverkehr die notwendigen Entscheidungen getroffen haben, um das Saarland insgesamt in seiner Verkehrsinfrastruktur weiterzuentwickeln. Wir haben bereits enorme Erfolge zu verzeichnen und werden diesen Weg nach dem 5. September 1999 weitergehen, um das Saarland aus seiner geographischen Randlage zu befreien und dafür zu sorgen, daß es enger an die Wirtschaftszentren der Bundesrepublik angebunden wird. – Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Kasper:

Zur Begründung der Anträge der CDU-Landtagsfraktion erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Albrecht Feibel.

Abg. Feibel (CDU):

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen! Verehrte Kollegen! Eigentlich hätte meine Rede schon am 23. Juni dieses Jahres gehalten werden sollen. Da hätte es sich natürlich geschickt, dem Verkehrsminister ein paar Aufgaben aufzutragen, die hier im Land noch zu erledigen sind. Aber wir stehen ja wenige Tage vor der Landtagswahl.

Ich will mich zunächst einmal auf den öffentlichen Personennahverkehr konzentrieren und dann auf einige andere Bereiche der Mobilität im Saarland eingehen. Dabei gehe ich davon aus, daß dies eine Bestandsaufnahme der fünfzehnjährigen Verkehrspolitik dieser Landesregierung ist. Gleichzeitig werde ich dazusagen, was wir nach dem 5. September anders machen werden, damit es wirklich Mobilität im Saarland gibt, die diese Bezeichnung verdient

(Zuruf von der SPD)

und nicht in der von Ihnen gewollten Zwangsverfassung steckt, die darin besteht, die Bürger zwangsweise vom Individualverkehr auf Bahn und Bus zu bringen.

(Weiterer Zuruf von der SPD.)

Mit großen Vorschußlorbeeren wurde 1995 das ÖPNV-Gesetz vom Landtag verabschiedet. Die CDU-Fraktion hat dieses Gesetz abgelehnt. Die Landesregierung und insbesondere der damalige Verkehrsminister Professor Willy Leonhardt geizten nicht mit Ankündigungen und Versprechungen, was der neue ÖPNV bieten würde. Angesichts der Zusagen, was im saarländischen ÖPNV alles besser, schöner, bequemer, schneller, billiger werden sollte – es wurde kein Attribut ausgelassen –, waren die Erwartungen der Bürger sehr groß. Die CDU-Fraktion war angesichts der Ankündigungen außerordentlich skeptisch, und dies zu Recht, wie sich heute herausstellt. In vielen Presseverlautbarungen kündigt die Landesregierung die Verbesserung des ÖPNV immer wieder schlagzeilenträchtig an. Je mehr Schlagzeilen und Versprechungen die Bürger erreichten, um so weiter rückten die Zusagen von der Wirklichkeit ab. Ich möchte Ihnen einmal ein paar Kostproben aus der Presse vortragen. Das sind so fünf, sechs, sieben Ausschnitte, beginnend mit dem Jahr 1995.

Saar-Regierung stellt Weichen für Verkehrsverbund. Bis 1998 soll ein saarländischer Verkehrsverbund mit einheitlichen benutzerfreundlichen Tarifen und aufeinander abgestimmten Fahrplänen für Schienenverkehr und Buslinien geschaffen werden. Das war die Zusage im Jahre 1995, gemacht für das Jahr 1998. In den nächsten Jahren soll eine kostengünstige und umweltfreundliche Alternative zum individuellen Autoverkehr geschaffen werden. – Meine Damen und Herren, überlegen Sie mal, was da im Jahre 1995 verkündet wurde. Bis 1998, so der damalige Minister Leonhardt, soll es im Saarland ein einheitliches Ticket mit benutzerfreundlichen Tarifen und aufeinander abgestimmten Fahrplänen geben. Auf der dritten Ebene sollen die privaten und öffentlichen Verkehrsunternehmen weiterhin die Buslinien bedienen. Mit der Schaffung von mehr Wettbewerb erwartet Leonhardt gerade in diesem Bereich, daß der ÖPNV kostengünstiger und effizienter wird. – Ankündigung 1995. Leonhardt konnte nicht wissen, daß er das nicht fertigbringt. Er hat sich selbst überschätzt.

Am 30.11.95: Meilenstein auf dem Weg zu einem landesweit attraktiven Nahverkehrsangebot. Es soll sich durch mehr Übersichtlichkeit, bessere Zusammenarbeit der beteiligten Verkehrsträger, Abstimmung der Linienverbindungen aufeinander, einheitliche Preisgestaltung sowie mehr Komfort auszeichnen. Angekündigt im November 1995. Willy Leonhardt: Mein Ziel – ein Fahrschein von Perl bis Blieskastel. Ebenfalls im November: Bis Mitte 1998 soll im Saarland der öffentliche Personennahverkehr mit einheitlichen Tarifen, Tickets und aufeinander abgestimmten Fahrplänen für Busse und Bahnen funktionieren.

1997: Neue Saar-Gesellschaft soll Alternativen zum Auto schaffen. Der Nahverkehr soll in den nächsten Jahren viel attraktiver gemacht werden. Dafür verbürgt sich eine neu gegründete Manage-

(Abg. Feibel)

mentgesellschaft. – Darin war er ja schon immer sehr groß: Prospekte und Gesellschaften. Das war die Glanzleistung auf Glanzpapier. – Ziel der VGS-Aktivitäten ist ein intensiverer und abgestimmter Taktverkehr im ganzen öffentlichen Nahverkehr. Um diesem Ziel näher zu kommen, wird die Managementgesellschaft die Nahverkehrspläne und die Investitionsplanung in Richtung Taktfahrplan entwickeln. Das war 1997.

Dann Dezember 1997: Der öffentliche Personennahverkehr wird im Saarland in den nächsten Jahren zu einem Landesnetz verknüpft mit Taktfahrplänen und gemeinsamer Fahrkarte. – Da sind dann noch Details genannt, ich will das nicht alles vortragen.

24. April 1998: Zum bereits entwickelten Saarland-Takt soll, wie Minister Leonhardt vor der Presse weiter mitteilte, noch in diesem Jahr das Saarland-Ticket kommen, ein einheitliches Tarifsystem für das ganze Land.

Wieder ein Jahr später, Ende 98: Im Jahr 1999 soll im öffentlichen Personennahverkehr ein Verbundticket für das gesamte Saarland eingeführt werden. Dieses Vorhaben gab der saarländische Verkehrs- und Umweltminister Willy Leonhardt bekannt.

Dann kam sein Nachfolger, Minister Maas. Er hat natürlich diese Zusagen weitergeführt.

(Abg. Lang (SPD): Eingelöst!)

Er hat die Versprechungen fortgesetzt. Maas: Damit mehr Menschen auf Busse und Bahnen umsteigen, müssen Verkehrsangebot und Infrastruktur stimmen. – Wie wahr! Aber es steigen nicht mehr um. Deshalb stimmt es wohl nicht. Maas weiter, am 29. Mai: Nach Angaben von Verkehrsminister Heiko Maas steckt die Landesregierung allein in diesem Jahr rund 340 Millionen DM in die Verbesserung des ÖPNV an der Saar. – Das kommt im wesentlichen aus Bonn, das ist das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Kollege Gillo, Sie haben vorhin auch groß ausgebreitet, was die Landesregierung, was das Land alles an Geld in die Hand nimmt, um den ÖPNV zu verbessern. Sie wissen ganz genau, daß für den Schienenpersonennahverkehr und die Infrastruktur, zum Beispiel die Verbesserung der Bahnhöfe, aus Bonn zwischen 120 und 150 Millionen DM im Jahr nach Saarbrücken überwiesen werden, und das unter der Regierung Kohl, die das Personenbeförderungsgesetz geändert hat. Der Verkehrsminister hieß nicht Müntefering, der hieß Wissmann. Seit dieser Zeit kriegen wir Geld. Das haben Sie vorhin gar nicht zu sagen gewagt, als der Kollege Seilner Sie gefragt hat.

Jetzt geht es weiter. 1999, Ende Mai: In den nächsten Jahren werden wir insgesamt 58 Millionen DM zur Verfügung stellen, um damit 28 Bahnhöfe zu sanieren oder neu zu bauen. Das kommt von Bonn. Das ist Geld, das nur weitergeleitet und hier verbaut wird. Also bleiben Sie bitte ein bißchen mehr bei der Wahrheit, Herr Minister. Das macht sich besser.

Geldsegen für Haltestellen und Bahnhöfe usw., so setzt sich das fort. Dann kommt endlich die Lösung, dann gibt es nämlich eine Einheitsfirma im Saarland, ein Einheitsunternehmen, das alles richten soll. Weil man nicht mehr weiter wußte, kam der Gedanke. Im übrigen wäre alles viel einfacher, auch für die Fahrgäste, wenn es in diesem kleinen Land statt vieler nur ein Verkehrsunternehmen gäbe, sagte der saarländische Verkehrs- und Umweltminister Heiko Maas. – Sie kennen das Ende. Die Unternehmen haben dann dem Minister auf die Finger geklopft, und er hat die Idee wieder zurückgezogen.

Meine Damen und Herren, das war nur ein kleiner Ausschnitt aus den Schlagzeilen und Versprechungen. Leider sind die meisten Versprechungen eben nicht eingelöst worden. Die Benachteiligten sind die Bürger, die auf den ÖPNV alltäglich angewiesen sind. Das sind junge Menschen, das sind alte Menschen, arme Menschen, Ausländer. Sie alle sind die Betrogenen dieser gescheiterten Verkehrspolitik. Sicher war es gut gemeint, aber Sie haben es schlecht gemacht.

Die Kritik der CDU-Fraktion richtet sich vor allem gegen die Konzeptionslosigkeit der Landesregierung und gegen das falsche Herangehen an das Problem. Es war ein gravierender Fehler, erst ein Gesetz zu verabschieden und dann an die Erarbeitung eines Konzeptes zu gehen. Jetzt stellt sich heraus, daß die ursprünglich angedachte Lösung dieser Probleme nicht funktioniert. Es gibt bisher keine abgestimmten Fahrpläne von Bussen und Bahnen im Saarland. Es gibt bisher keine landesweit einheitlichen Tarife, kein versprochenes Saarland-Ticket, auch nicht von Perl bis Blieskastel. Es gibt keinen funktionierenden Wettbewerb der Transportunternehmen, und es gibt bisher keine günstigeren Fahrpreise für die Nutzer des ÖPNV im Saarland. Die ÖPNV-Bilanz ist desolat und düster. SPD und Landesregierung behaupten, daß alles in bester Ordnung sei, es funktioniere, und die steigenden Fahrgastzahlen würden den Beweis dazu liefern.

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, glauben Sie keiner Statistik, die Sie nicht selbst gefälscht haben – in Abwandlung eines bekannten Ausspruches von Winston Churchill. Dies gilt besonders für die Saartal-Linien. Dort stellen wir seit geraumer Zeit fest, daß die angeblichen Steigerungen bei den Fahrgastzahlen bei sinkenden Einnahmen erfolgen. Das heißt, die Saartal-Linien erklären uns, sie hätten mehr Fahrgäste, aber gleichzeitig gehen die Einnahmen zurück, obwohl die Fahrpreise steigen. Dieses Rätsel, Herr Minister, müssen Sie uns doch einmal auflösen. Da stimmt etwas nicht.

Bei genauerem Hinsehen stellt man fest, daß es bei den Saartal-Linien eine geschönte Bilanz gibt. Mehrfachzählungen von Fahrgästen sind die Regel. Die Zwangsumsteiger, die seit der Aufnahme des Saarbahnverkehrs zur Vermeidung von Parallelverkehr vom Bus auf die Bahn umsteigen und von der Stadtbahn in den Bus umsteigen müssen, werden ganz schlicht und einfach doppelt gezählt. Diese Doppelzählung, einmal als Busfahrgäste und einmal als Straßenbahnfahrgäste, allein bewirkt die angeblich positive Bilanz, die auch heute morgen der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung angesprochen hat. Das ist Selbsttäuschung, man kann auch sagen, das ist Betrug. Würden die Fahrgastzahlen korrekt ermittelt, wäre die Entwicklung ähnlich wie bei anderen Nahverkehrsunternehmen in der Bundesrepublik. Es würde einen leichten Rückgang der ÖPNV-Nutzer geben. Das ist nun einmal so; dafür kann weder die SPD noch die CDU etwas. Aber es ist schäbig, eine Bilanz aufzumachen, die nicht stimmt und damit argumentieren zu wollen, es klappt alles beim ÖPNV im Lande.

Noch ein Wort zu den Kosten. Ich gehe einmal davon aus, daß die Zahlen, die in der VGS-Dokumentation von 1970 bis 1997 genannt werden – sie ist uns im Januar dieses Jahres übermittelt worden –, korrekt sind. Wertet man diese Daten aus, kommt man zu ganz interessanten Feststellungen. Die GSS, also die Saartal-Linien, hat einen Eigenanteil an den Beförderungskosten im Jahre 1997 pro Kilometer von 8,24 DM, die Völklinger von 5,31 DM, die Neunkircher von 5,72 DM, die Kreisverkehrsbetriebe Saarlouis von 5,31 DM und die RSW von 3,32 DM, wobei die letzten Zahlen von 1996 sind. Die Privatunternehmer, die durch Fremdvergabe von Transportleistungen für die kommunalen Betriebe fahren, zum Beispiel auch für die Saartal-Linien, bekamen 1997 lediglich 3,38 DM pro Kilometer. Geht man davon aus, daß hierauf noch die Kosten für Vertrieb, Marketing, Betriebslenkung, Streckeninfrastruktur usw. zu rechnen sind – das macht 40 Pfennig –, so liegen die Privatunternehmer niedriger als die Hälfte der Kosten, die die Saartal-Linien für ihre eigenen Busse kalkulieren müssen.

Meine Damen und Herren, auch da stimmt etwas nicht. Hätte die Landesregierung einen funktionierenden Wettbewerb aller Busunternehmen zur Erbringung des ÖPNV organisiert, könnten beachtliche Summen eingespart und die Fahrpreise bzw. die Zuschüsse für den ÖPNV spürbar abgesenkt werden. Das hat die Landesregierung versäumt, weil der ÖPNV immer noch ein relativ ungeliebtes Kind ist, maximal 20 Prozent der Bürger nutzen ihn und 80 Prozent der Bürger fahren auch unter erschwerten Staube-

(Abg. Feibel)

dingungen lieber mit ihrem eigenen Auto. Weil er so teuer ist, weil er so unbequem ist, weil er so langsam ist, steigen zu wenig Bürger um.

Nun würde ich ja sagen, wir fordern von der Landesregierung, daß sie da noch etwas verändert. Aber in den nächsten zehn Tagen wird sie das nicht mehr fertigbringen. Es sind wirklich gravierende Fehler gemacht worden. Kollege Lang, da können Sie ruhig mit dem Kopf schütteln. Es sind gravierende Fehler gemacht worden. Inzwischen haben wir festzustellen – das ist in der letzten Ausschußsitzung noch zum Ausdruck gekommen –, daß der Verkehrsverbund, der angekündigt war, gescheitert ist. Er kann aus verschiedenen Gründen nicht realisiert werden. Da gibt es Gerichtsentscheidungen, da gibt es das Problem – – Jetzt können Sie sagen „Unsinn“; Herr Minister, von der Regierungsbank aus macht man keine Zwischenrufe. Wir werden nach dem 5. September ein Gesamtverkehrskonzept erarbeiten, das öffentlichen Personennahverkehr auf der Straße und auf der Schiene zusammenführt. Wir werden eine einheitliche Organisationsstruktur für das gesamte Saarland entwickeln; und wir werden eine einzige Dachorganisation schaffen und nicht sieben unabhängig und gegeneinander arbeitende Einrichtungen; das Saarland-Ticket mit einem landesweit einheitlichen Tarif; auf alle Anschlußverbindungen abgestimmte Fahrpläne unverzüglich einrichten und die immer noch divergierenden Fahrzeiten abändern.

Wir werden dafür sorgen, daß es zu einem fairen Wettbewerb aller Verkehrsunternehmen kommt, daß die erzielten Kosteneinsparungen den Fahrgästen in Form von günstigen Fahrpreisen zugute kommen. Und wir werden dafür sorgen, daß Mindeststandards bei den Fahrzeugen, auch beim Personal, von allen Transportunternehmen sichergestellt werden. Mit den genannten Maßnahmen werden wir dafür sorgen, daß der ÖPNV und der SPNV im Saarland leistungsfähiger, kundenfreundlicher und kostengünstiger werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Novellierung des ÖPNV-Gesetzes werden wir nach dem 5. September im Landtag einbringen.

Der öffentliche Personennahverkehr ist Teil unseres Gesamtverkehrskonzeptes, das natürlich die Bereiche Regional- und Fernverkehr einschließt. Kollege Gillo, behaupten Sie doch nicht, daß in Sachen ICE erst etwas geschehen sei, als in Bonn die Regierung gewechselt hatte. Die Vereinbarung von La Rochelle wurde zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Präsidenten der französischen Republik geschlossen. Seit dieser Zeit haben alle – sogar die SPD – dafür gekämpft, daß der ICE umgesetzt wird, daß die Strecke zwischen Mannheim und Saarbrücken ausgebaut wird. Und es ist inzwischen einiges passiert. Es sind Planfeststellungsverfahren durchgeführt worden, es sind Baumaßnahmen begonnen worden, es sind Planungen abgeschlossen. Das wissen Sie alles. Was uns gefährlich wird, ist natürlich die Kürzung im Sparpaket von Eichel. Wenn auch im Verkehrsetat eine einheitliche Kürzung erfolgt, müssen wir befürchten, daß außer dem Ausbau im Bereich Schifferstadt in Sachen ICE auf der Reststrecke nichts mehr geschieht. Und da haben Sie eine große Verantwortung als SPD, sich dafür einzusetzen, daß die Baumaßnahmen zwischen Mannheim und Saarbrücken auch tatsächlich durchgeführt werden.

Zu diesem Konzept gehört auch Saarbrücken 21. Es gehört auch dazu, daß wir dafür Sorge tragen, daß der neue Schienenschnellverkehr vernünftig angebunden wird an den öffentlichen Personennahverkehr. Wir werden dafür sorgen, daß es eine ICE-Verbindung Brüssel-Straßburg über Saarbrücken gibt. Wir werden uns auch dafür einsetzen, eine vernünftige Schienenverbindung von Saarbrücken nach Luxemburg zu bekommen. Und wir werden uns dafür einsetzen, daß der Schienenverkehr nach Frankfurt beschleunigt wird – gleich ob über die Nahstrecke oder durch die Pfalz. Zu der Saarbahn habe ich meine Meinung im ÖPNV-Vortrag gesagt.

Für den Bereich des Güterverkehrs gilt, daß wir nach wie vor ein vernünftiges Güterverkehrszentrum mit integrierter Citylogistik

fordern und daß wir von dem, was Sie in der Dudweiler Landstraße – ich muß schon fast sagen – angezettelt haben, keine Entlastung und Attraktivierung des Güterverkehrs erwarten. Es kann nicht sein, daß sich dort lediglich zwei Transportunternehmen von im Saarland 30 oder 40 Unternehmen beteiligen, daß selbst bahneigene Gesellschaften sich an dem, was Sie in der Dudweiler Landstraße realisieren wollen, nicht beteiligen werden. Wir werden dafür sorgen, daß es in Völklingen zu einem echten Güterverkehrszentrum kommt, weil wir wollen, daß die Wasserstraße Saar auch für den Güterverkehr genutzt wird. Sie glauben doch nicht allen Ernstes, daß in Fenne oder vielleicht noch näher vor den Toren der Stadt Saarbrücken Güter vom Schiff auf die Bahn verladen werden, um sie dann nach Brebach zu transportieren. Das wird es mit Sicherheit nicht geben.

Und deshalb ist das, was diese neue rot-grüne-Koalition in Saarbrücken schon als verkehrspolitisches Programm vorgegeben hat, nämlich keine Schiffbarmachung der Saar durch Saarbrücken, fatal für den Güterverkehr. Das ist fatal für den Wirtschaftsraum Saarbrücken-Ost. Jetzt können Sie hier in der Kultur der Alten Brücke schwelgen. Die Alte Brücke mag noch ein Kulturdenkmal sein. Aber das, was wir hier haben, ist ja nicht die Alte Brücke. Das, was über die Autobahn geht, ist eine neue Brücke, das blaue Wunder sozusagen. Da hätte es Saarbrücken wirklich verdient, denke ich, ein besseres Outfit zu bekommen. Wenn der von der Schifffahrtsverwaltung erstellte Plan realisiert würde, wäre das eine Aufwertung von Saarbrücken. Was Sie jetzt haben, ist schäbig; das sagt Ihnen jeder, der Saarbrücken besucht. Deshalb verstehe ich nicht, daß in der Stadt Saarbrücken eine Vereinbarung der rot-grünen Koalition getroffen werden konnte, für alle Zeiten womöglich keine Schifffahrtsstraße in den Ostraum Saarbrücken zuzulassen. Das ist ökonomisch und ökologisch barer Unsinn. Anders kann ich das nicht bezeichnen.

(Beifall bei der CDU.)

Dann haben wir noch den Luftverkehr. Ich habe das heute morgen schon einmal kurz angesprochen: Ich verstehe nicht, Herr Minister, wie Sie den Luftfahrtreferenten beurlauben können, damit er bei der Konkurrenz in Zweibrücken tätig wird und seine ganze Erfahrung, das Know-how, das er hier gesammelt hat, dafür einsetzt, dem Flughafen Saarbrücken-Ensheim massiv Konkurrenz zu machen. Das verstehe ich nicht, daß Sie so etwas zulassen, einen Beamten zu beurlauben und auszuleihen an die Konkurrenz. So etwas ist in der Wirtschaft undenkbar; so etwas gibt es nirgends, so einen ökonomischen Unsinn zu fabrizieren. Das müssen Sie nachher mal erklären.

Erklären Sie uns bitte noch etwas. In diesen Tagen ist das ILS, das Instrumentenlandesystem des Flughafens ausgebaut worden, weil es erneuert werden soll. In den nächsten Monaten steht also für Flugzeuge – ob sie von Mallorca oder Berlin kommen, spielt keine Rolle – kein Instrumentenlandesystem zur Verfügung. Das heißt Gefährdung der Sicherheit der Passagiere, die hier abfliegen und landen. Wie kann ich denn solch einen Unsinn zulassen! Das Instrumentenlandesystem wird sicher neu aufgebaut. Aber ich kann doch parallel das neue installieren und dann umschalten, wenn es da ist, ohne das alte Landesystem abzubauen und über Wochen und Monate den Flugzügen ein ILS vorzuenthalten. Eine unmögliche Situation mit der Konsequenz, daß es schon Überlegungen gibt bei Lufthansa City Partner, ab Zweibrücken zu fliegen, weil dort die Technologie zur Verfügung steht. Erklären Sie uns das bitte auch.

Erklären Sie uns noch ein Drittes. Ich habe volles Verständnis dafür, daß der Flughafen ausgebaut wird. Es ist sicher keine gute Visitenkarte, wenn Fluggäste, wenn Geschäftspartner in Ensheim ankommen und dann in einer Flugzeughalle empfangen werden, die wirklich nicht gastfreundlich ist. Da muß etwas geschehen, daran gibt es keinen Zweifel.

(Abg. Lang (SPD): Es geschieht doch etwas!)

(Abg. Feibel)

Aber erklären Sie uns doch mal, wieso es möglich ist, daß die ursprüngliche Kostenschätzung bei 15 Millionen lag, die nächste uns bekanntgemachte Größe bei 19,6 Millionen lag und das Ganze jetzt wahrscheinlich 25 Millionen Mark kosten wird. Wie ist so etwas möglich?

Dann die Mittelstandsvorrangpolitik dieser Landesregierung. Wie ist es möglich, daß ein solches Projekt von einem Generalunternehmen realisiert wird? Das ist doch wirklich nicht mittelstandsfreundlich, daß man die kleinen Firmen hier im Land bei einem solchen Projekt von 25 Millionen einfach nur unter der Knute des Generalunternehmers zum Zuge kommen läßt. Erklären Sie uns das auch bitte.

Wir werden also dafür sorgen, daß es ein Flughafenkonzept gibt, das kooperiert im Saar-Lor-Lux-Raum, das abgestimmt ist und mit dem wir aus der Konkurrenz Kooperationspartner machen. Das muß hier möglich sein. Ich verstehe nicht, wie es geschehen konnte, daß Zweibrücken sich als Flughafen entwickelt – es sind nur wenige Kilometer Luftlinie, vielleicht zwanzig – und daß wir nicht zu einer vernünftigen Zusammenarbeit gekommen sind.

Zum Straßennetz will ich noch wenige Worte sagen. Der Zustand der saarländischen Straßen spricht für sich. In keinem Bundesland, auch in keinem der neuen Bundesländer begegnet man solchen Straßenverhältnissen wie bei uns. Ich spreche hier insbesondere von den Landesstraßen, von den Ortsungehungen, die dringend notwendig wären. An der B 51 werden ja einige gebaut, aber die an der B 423 sind auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben worden. Also die Situation im Straßennetz ist unzureichend. Hier sind Lückenschlüsse dringend notwendig. Und gehen Sie einmal daran – Sie können Geld sparen –, den Schilderwald kräftig zu durchforsten. Was sich an unseren Straßen da inzwischen angesammelt hat, ist für den Autofahrer nicht mehr zu lesen, geschweige denn zu beachten. Deshalb denke ich, wir können eine ganze Menge von Schildern, die unnötig sind, abbauen. Die Begrüßungsschilder haben Sie schon millionenschwer erneuert. Das war Unsinn. Aber schaffen Sie die anderen unnötigen Schilder weg.

Noch ein Anliegen, wenn wir über den Tourismus reden, im Zusammenhang mit dem Individualverkehr, mit dem öffentlichen Personennahverkehr. Was im Tourismus Zukunft hat – das hat mir gerade in einem Brief heute der ADFC geschrieben – ist der Fahrradtourismus. Wenn wir den Fahrradtourismus sinnvoll wirtschaftlich nutzen wollen, müssen wir uns ganz gewaltig anstrengen, um zum Beispiel mit dem Radwegenetz in Baden-Württemberg, in Bayern, in Hessen, selbst in Niedersachsen mithalten zu können. Wenn Sie also etwas Gutes tun wollen für unsere Wirtschaft, etwas Gutes tun wollen für den Tourismus im Saarland, dann greifen Sie – Entschuldigung, aber die Zeit ist zu knapp. Wir werden das nach dem 5. September entsprechend richten.

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Das sind die Dinge, die wir vorhaben. Dann wird es eine bessere Verkehrspolitik in unserem Land geben für die Bürger, für die Wirtschaft und für die Arbeitsplätze. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Kasper:

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort Herrn Minister Heiko Maas.

Minister Maas:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in der Debatte bisher viel Richtiges und viel Falsches gesagt worden, und zwar in der Reihenfolge. Ich will auf zwei Punkte eingehen, die sich insbesondere mit der Verkehrspolitik als Strukturpolitik beschäftigen. Das sind die Themen TGV/ICE – das ist angesprochen worden – und Flughafen.

Zunächst einmal zum TGV/ICE. Die Anbindung des Saarlandes an das Hochgeschwindigkeitsnetz ist sicherlich eine erfreuliche Entwicklung. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, es interessiert mich gar nicht sonderlich, ob ein wenig mehr die CDU oder ein wenig mehr die SPD sich hier verdient gemacht hat. Das Ganze geht zurück auf La Rochelle, das ist von der damaligen Bundesregierung mit initiiert worden. Aber der für das Saarland wesentliche Punkt – zumindest das müßte doch Konsens sein – ist im Januar dieses Jahres von der französischen Regierung in Paris beschlossen worden, nämlich daß der erste Ausbaubestandteil bis nach Baudreccourt geführt wird und nicht bis nach Vendrière.

Beides wäre nach La Rochelle möglich gewesen. Wenn nur bis Vendrière gebaut worden wäre, hätte das geheißen, daß der Südast eine besondere Bedeutung bekommen hätte und wir hier von der Entwicklung abgehängt worden wären. Wichtig war, daß bis Baudreccourt, das heißt, etwas südlich von Metz, gebaut wird und damit der Nordast – das ist unserer – eine besondere Bedeutung bekommen hat und wir dadurch den Anschluß an das Hochgeschwindigkeitsnetz erreicht haben. Das geht zurück auf La Rochelle, ist aber im einzelnen ausgehandelt und verbessert und letztendlich im Januar dieses Jahres beschlossen worden von der französischen Regierung. Auch Bundesminister Müntefering war in Paris und hat dafür interveniert. Insofern sind die Aktivitäten der Bundesregierung, eingeleitet von Herrn Kohl, fortgeführt worden von der neuen Bundesregierung, und sie haben für uns einen günstigen, einen positiven Abschluß gefunden. Allein das sollte uns interessieren.

Die Frage, wie es weitergehen wird mit dem Ausbau der Hochgeschwindigkeitsstrecke auf der deutschen Seite, ist angesprochen worden. Das betrifft insbesondere die Strecke zwischen Saarbrücken und Mannheim. Hier steht eine Maßnahme unmittelbar bevor, die sogenannte Maßnahme Geiskircher Hof. Morgen wird Bundesminister Müntefering im Saarland zu Gast sein, und ich gehe davon aus, daß er zu dieser Maßnahme etwas sagt. Ich bin der guten Hoffnung, daß er verkünden wird, daß die Maßnahme Geiskircher Hof, die planfestgestellt ist, jetzt in Bau gehen wird.

Der TGV/ICE, die Anbindung des Saarlandes an das Hochgeschwindigkeitsnetz der Bahn, ist des Weiteren von besonderer Bedeutung, weil alle, die sich mit dem Thema Verkehr und insbesondere Flugverkehr beschäftigen, feststellen mußten, daß alle Fluggesellschaften, die in Deutschland am innerdeutschen Flugverkehr beteiligt sind, sich zunehmend überlegen, aus diesen Strecken auszusteigen.

Warum? Ganz einfach: Diese Strecken – zumindest bis zu einer gewissen Länge – sind nicht sehr profitabel und sind für die Fluggesellschaften ein Zusatzgeschäft. Das heißt nichts anderes, als daß im Umkehrschluß zunehmend innerdeutscher Verkehr zumindest Langstrecken-, Fernstreckenverkehr – über die Bahn abgewickelt wird und insbesondere über das Hochgeschwindigkeitsnetz. Genau deshalb war es besonders wichtig, daß wir zum jetzigen Zeitpunkt diese Anbindung bekommen, das heißt, wir werden an einen Verkehrsweg angebunden, der innerhalb von Deutschland und in der näheren Umgebung von Deutschland in Zukunft von besonderer Bedeutung sein wird. Das ist, glaube ich, was die Strukturpolitik des Landes angeht, von ganz wesentlicher Bedeutung gewesen.

Ein dritter Punkt ist zu erwähnen, der eigentlich gar nicht so in der Diskussion mitgesehen wird. Wenn Saarbrücken 21 kommt, wenn Saarbrücken zu einem modernen ICE-Bahnhof ausgebaut wird und wir die Hochgeschwindigkeitsanbindung haben, wird Saarbrücken ein internationaler Verknüpfungspunkt werden. Die Kollegen in Luxemburg haben bereits mit uns Gespräche aufgenommen und haben signalisiert, daß ihre Anbindung an das Hochgeschwindigkeitsnetz, die sie wollen, die sie aber nicht unmittelbar bekommen, nicht über Metz garantiert werden soll, sondern über Saarbrücken. Das heißt nichts anderes, als daß in Zukunft der gesamte Geschäftsverkehr, der von Luxemburg aus abgewickelt wird und der nicht durch den Flugverkehr entsprechend bedient wird, auch über Saarbrücken nach Luxemburg zugeführt wird, das heißt, Saar-

(Minister Maas)

brücken wird in seiner Bedeutung verkehrspolitisch in den nächsten Jahren weiter zunehmen, insbesondere auf der Schiene. Das ist der Verkehrsträger der Zukunft, und wir werden hier ein internationaler Verkehrsverknüpfungspunkt werden. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist, glaube ich, was den Fernverkehr angeht, eine äußerst positive Entwicklung, die man auch zehn Tage vor der Landtagswahl durchaus noch würdigen könnte.

Ein zweiter Punkt, den ich ansprechen will: Flughafen. Ich habe aus meiner Überzeugung kein Hehl gemacht, daß der Flughafen aus verkehrspolitischen, aber auch aus wirtschaftspolitischen Gründen für dieses Land unverzichtbar ist und daß wir die Entwicklung am Flughafen vorantreiben müssen. Die erste notwendige Maßnahme ist, daß der Flughafen modernisiert wird, das heißt, daß insbesondere das Abfertigungsgebäude erneuert wird und die Zustände, die der Abgeordnete Feibel eben angesprochen hat, die zu Recht zu kritisieren sind, in Zukunft dort so nicht mehr vorgefunden werden.

Ich will jetzt aber noch einen Punkt ansprechen, der eben nicht zur Sprache gekommen ist, der aber, glaube ich, von besonderer Bedeutung ist, weil es nicht wenige Menschen gibt, die rund um den Flughafen wohnen und die sich regelmäßig über die Weiterentwicklung, auch über den Ausbau der Anlagen dort beschweren.

Dazu will ich nur einmal darauf hinweisen, daß wir seit einiger Zeit ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht haben, das mittlerweile zu erheblichen Konsequenzen geführt hat im Sinne der Anwohner des Flughafens, die sich über die Lärmbelästigung beschwert haben. Wir haben einen Rückgang der Flugbewegungen zu verzeichnen. Im Jahre 1989 wurden noch 31.000 Flugbewegungen gezählt, im Jahre 1997 waren es rund 10.000 Bewegungen weniger, ein Zeichen dafür, daß der Flugverkehr dort effizienter genutzt wurde.

Es kamen zudem vermehrt lärmarme Flugzeuge zum Einsatz, die durch die Landeentgeltspolitik des Flughafens begünstigt wurden. Wir haben die örtlichen Flugbeschränkungen verschärft. Auch das hat dazu geführt, daß es längere Ruhezeiten für die Anwohner gegeben hat. An Wochenenden und an Feiertagen gelten zusätzliche, deutliche Einschränkungen. Platzrundenflüge im Rahmen der Ausbildungsflüge dürfen nur noch mit Flugzeugen durchgeführt werden, die erhöhten Schallschutzanforderungen genügen. Daß wir eine Lärmschutzbox haben, ist sicherlich bekannt. Es ist mittlerweile auch bekannt, daß nächtliche Triebwerksprobeläufe nur noch von der Firma Cirrus-Air, in Ausnahmefällen von der Firma Contact-Air durchgeführt werden. Alles Maßnahmen, die sich wesentlich auf die Lärmsituation am Flughafen ausgewirkt haben und die dazu geführt haben, daß sich dort die Situation der Anwohnerinnen und Anwohner verbessert hat.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß wir eine stärkere Kooperation der Flughäfen in der Region brauchen. Auch ich stimme dem zu, allerdings muß ich darauf hinweisen, daß dies kein einfaches Thema ist, schon deshalb nicht, weil unsere Flughäfen - nach meiner Auffassung zu Recht - zunehmend privatisiert werden. Wir es also nicht mehr mit der ausschließlichen Zuständigkeit der Landespolitik zu tun haben. Wir treffen im übrigen auf der anderen Seite der Grenze auf verkehrspolitische Interessen, die nicht unbedingt dazu geeignet sind, mit den unseren anzugleichen. Das sind sicherlich Probleme, die es gibt. Mit den Rheinland-Pfalzern ist das noch am ehesten zu lösen. Deshalb ist es vielleicht gar nicht so schlecht, daß unser ehemaliger Luftfahrtreferent dort arbeitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will, wenn über Mobilität gesprochen wird, darauf hinweisen, daß es ein Thema ist, bei dem man über mehr reden muß als über das, was sich auf der Straße, auf der Schiene, auf dem Wasser oder wo auch immer abspielt, insbesondere wenn es um den öffentlichen Personennahverkehr geht. Dies ist, glaube ich, der Schwerpunkt, der sich auch in der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt herausbildet. Wir haben in diesem Land seit Jahrzehnten eine Entwicklung dergestalt, daß wir pro Kopf eine äußerst hohe Fahrzeugdichte haben.

Das war schon die letzten Jahrzehnte so. Im Moment ist es so, daß wir 690.000 zugelassene Kraftfahrzeuge haben bei etwa einer Million Einwohnern. Das ist die höchste Fahrzeugdichte pro Kopf, die es in einem Bundesland gibt.

Es kommt hinzu, wir haben das dichteste Straßennetz aller Flächenländer in Deutschland. Das bringt Vorteile mit sich, aber auch Nachteile. Auf der einen Seite die vielen Fahrzeuge und die vielen Verkehrswege, die dazu führen, daß wir eine schier grenzenlose Mobilität in diesem Lande haben, auf der anderen Seite müssen wir aber auch feststellen, daß zunehmend Straßen, die eigentlich dazu gedacht waren, Orte zu verbinden, mittlerweile Orte zerschneiden, zerschneiden in dem Sinne, daß Menschen, die an viel befahrenen Ortsdurchgangsstraßen wohnen, mittlerweile so erhebliche Einbußen an ihrer Lebensqualität hinnehmen, daß man sich tatsächlich grundsätzlich mit dem Thema beschäftigen muß und sich fragen muß, wie eine Verkehrswende aussieht, die die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt, auf der anderen Seite aber auch die Lebensqualität derjenigen, die an Straßen wohnen, weiterhin aufrechterhält.

Es ist hier gesagt worden, wir würden eine Politik des Zwangsumsteigens präferieren. Das ist eine Aussage, die nach meiner Auffassung in keiner Weise zutrifft und wohl eher etwas mit dem Landtagswahltermin zu tun hat. Ich will sogar darauf verweisen, daß wir vor etwa einer Woche eine Initiative ergriffen haben, das Auto, also auch den Individualverkehr, in den öffentlichen Personennahverkehr einzubeziehen, indem wir das Projekt Car-sharing zusammen mit der Stadt Saarbrücken auf den Weg gebracht haben. Car-sharing heißt, daß eine Gesellschaft gebildet wird, die eine bestimmte Anzahl von Fahrzeugen anschafft. Man kann dort Mitglied werden, und als Mitglied kann man die Fahrzeuge, die im Stadtgebiet von Saarbrücken an festen Plätzen stehen, gegen Zahlung eines geringen Entgeltes, einer Kilometerpauschale benutzen und damit einem teureren Mietwagen letztlich eine Alternative entgegenstellen, die sicherlich nicht unbedeutend ist. Für alle, die im Jahr weniger als 10.000 Kilometer mit ihrem Auto zurücklegen, ist dies eine wirtschaftliche Alternative, man spart Geld.

Es gibt viele Menschen, die ein Fahrzeug haben, die es brauchen, weil sie die Mobilität brauchen, weil sie etwa durch die Flexibilisierung von Arbeitszeiten zunehmend auf ihr eigenes Fahrzeug angewiesen sind, um zum Arbeitsplatz zu kommen. Diejenigen, die ihr Fahrzeug nur kurze Strecken brauchen, hätten mit Car-sharing ein Angebot, umzusteigen auf ein solches Auto und ansonsten den öffentlichen Personennahverkehr zu benutzen. Das ist etwas, was an anderer Stelle in Deutschland längst geschehen ist, erfolgreich betrieben wird und auch dazu geführt hat, daß der öffentliche Personennahverkehr davon profitiert hat. Also ein Beispiel dafür, daß wir nichts von Zwangsumsteigen halten, im Gegenteil, auch das Auto ist Bestandteil unserer Konzeption im öffentlichen Personennahverkehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen aber über mehr reden als nur über Straßen. Wenn es darum geht, moderne Verkehrspolitik zu organisieren, dann müssen auch Fragen der Raumordnung und Landesplanung eine Rolle spielen. Der Landesentwicklungsplan Siedlung, der vor einiger Zeit verabschiedet wurde, berücksichtigt dies. Wir versuchen, Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Sport und Kultur auch räumlich in einen Zusammenhang zu stellen, weil auf diese Art und Weise unnötige Verkehrsbewegungen gar nicht erst entstehen. Das heißt, man reduziert den Verkehr, indem man die Siedlungsstrukturen beeinflusst. Und das ist, glaube ich, ein grundsätzlicher Ansatz in der Verkehrspolitik, auf den wir auch weiterhin großen Wert legen müssen.

Mobilität im Umweltverbund, wie wir das nennen, heißt, daß wir insbesondere in den Bereichen Bahn, Bus und Fahrrad Projekte auf den Weg gebracht haben und in Zukunft auch Projekte auf den Weg bringen müssen, die dazu angetan sind, den öffentlichen Personennahverkehr im Ganzen attraktiver zu machen und damit die Menschen freiwillig zum Umsteigen zu bewegen.

(Minister Maas)

Ich will einmal mit dem Fahrrad beginnen. Wir haben bei dem Fahrrad einen großen Nachholbedarf. Das ist aber auch erklärlich, es hängt zusammen mit der Topographie dieses Landes, es hängt zusammen mit der Zersiedelung dieses Landes und den damit entstehenden schwereren Ausgangsbedingungen. Aber genau deshalb haben wir sowohl im Alltagsverkehr als auch im Tourismus einen Netzansatz, das sogenannte Radmobilität, das wir auf den Weg bringen, mit dem wir den Fahrradverkehr in diesem Land weiter ausbauen zu können hoffen. Das Radmobilität ist ein landesweites Radwegenetz für den Alltagsradverkehr als schnelle Verbindung zwischen den Kommunen. Dieses Netz wird schrittweise realisiert, unter anderem durch den Bau zusätzlicher Radwege entlang von Bundes- und Landstraßen. Wir haben festgestellt, daß das mit dem Radwegebau eigentlich viel zu langsam vorangeht. Zwischen 0,3 und 0,5 Millionen DM pro Kilometer müssen wir zahlen, die Mittel sind nicht vorhanden, um in dem Maße auf einen Schlag die notwendigen Radwege zu erstellen. Also sind wir auf die Idee gekommen, Bypass-Lösungen zu schaffen. Das heißt, vorhandene Gemeindegewege, vorhandene Feldwirtschaftswege zu nutzen, sie in unser Netz einzubauen und auf die Art und Weise zu einem Lückenschluß zu kommen, zu einem geschlossenen Alltagsnetz zu kommen, das wir kreisweise zusammen mit den Kommunen und den Landkreisen organisieren.

(Beifall bei der SPD.)

Im Saarpfalz-Kreis ist das geschehen, und in der letzten Woche haben wir dies auch für den Landkreis Merzig-Wadern getan.

Ich will das hier anhand einiger Zahlen darstellen. 72 Kilometer Radwege stehen im Landkreis Merzig-Wadern zur Verfügung. Durch das Radmobilität, das wir jetzt auf den Weg gebracht haben, werden 97 Kilometer Radwege hinzukommen. Diese 97 Kilometer Radwege werden entsprechend ausgewiesen, werden beschildert. Es werden innerorts Schutzstreifen und Radstreifen markiert, die für eine verbesserte Sicherheitssituation der Radfahrer sorgen werden. Und wir werden auf zirka 13,75 Kilometer Radwege neu bauen dort, wo es keine andere Möglichkeit gibt, Lücken zu schließen. Das ist, glaube ich, doch ein ganz wesentlicher Hinweis darauf, daß wir auch im Bereich Fahrradfahren einen wesentlichen Schritt nach vorne gekommen sind.

Wir haben ein zweites Projekt, das ist das landesweite Radwegenetz für den Fahrradtourismus, das sogenannte Saar-Tournetz. Darin werden unter anderem die Leinpfade entlang von Saar und Mosel sowie Feld- und Forstwege einbezogen. Dieses Netz wird über eine Länge von 850 Kilometer verfügen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Wir kommen zum Bereich Bus und Bahn. Ich bin schon der Auffassung, daß die Fahrgastzahlen, die eben hier vom Abgeordneten Gillo genannt wurden, nicht einfach so mit dem Hinweis auf gefälschte Statistiken aus der Welt zu diskutieren sind. Das ist ein einfacher Vorwurf, damit kann man es sich sehr einfach machen, und damit kann man jegliche Diskussion beenden. Es gibt andere Bundesländer, es gibt dort belastbare Methoden, wie diese Zahlen erhoben werden, und so ist das auch im Saarland zu sehen. Das führt zu dem Ergebnis, daß man einfach nicht umhin kommt festzustellen, daß seit über zehn Jahren im Saarland steigende Fahrgastzahlen beim Bus und auf der Schiene zu verzeichnen sind, und dies entgegen dem Bundestrend.

Beim Bus haben wir seit Ende der achtziger Jahre eine Fahrgaststeigerung von 18 Prozent bis 1997, bei der Schiene liegen die Steigerungen, ebenfalls seit Ende der achtziger Jahre, sogar über 20 Prozent. Dabei ist es so, daß im Bundestrend - nur die westlichen Bundesländer wurden mitgezählt - die Fahrgastzahlen stagnieren.

Diese Entwicklung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Entwicklung einer, wie ich finde, erfolgreichen Verkehrspolitik der Landesregierung. Ich nenne nur einige Stichworte. Die Einfüh-

rung der City-Bahn 1990 und damit der Einstieg in den integralen Taktfahrplan auf den wichtigsten Strecken. Seither systematische weitere Angebotsverbesserungen auf der Schiene, Stundentakt zwischen Zweibrücken, Pirmasens, Richtung Lebach, Richtung Niedaltdorf. Bedienung bis in die späten Abendstunden und auch an den Wochenenden. Einführung von insgesamt neun Regionalbuslinien mit Schwerpunkt in den ländlichen Regionen des nördlichen Saarlandes. Dort wird heute ein Standard angeboten - Taktverkehr über den ganzen Tag, auch an Wochenenden und bis spät abends -, von dem man in früheren Zeiten nur zu träumen wagte.

Die Saarbahn - es ist bereits darüber diskutiert worden - hat sich eindeutig zum Renner entwickelt. Die Landesregierung wird daher dazu beitragen, daß dieses erfolgreiche System - -

(Zuruf und Lachen bei der CDU.)

Ganz einfach, die Millionen Fahrgäste können nicht irren. So einfach ist das. Gehen Sie durch Saarbrücken, dann stellen Sie fest, daß die Züge nicht doppelt voll sind, sondern sie sind voll, meine sehr verehrten Damen und Herren. So einfach ist das. Wir werden dieses System weiter ausbauen, wir werden es bis Lebach realisieren, wir werden es ausschleifen Richtung Völklingen, Saarlouis, Dillingen. Und mittel- bis langfristig sind die Themen Universität des Saarlandes und die Innenstadt von Saarlouis für uns auch weiterhin von Bedeutung.

Meine Damen und Herren, das Investitionsprogramm zur Ertüchtigung der ÖPNV-Infrastruktur ist mitten in der Umsetzung. Auch dieses Programm ist ein Bestandteil des Erfolges, den wir hier zu verzeichnen haben. Wir werden in Kürze einen zweiten neuen Haltepunkt, nämlich Wustweiler, fertigstellen. Sechs Haltepunkte sind bereits mit diesen sogenannten DB-Pluspunkten ausgestattet. Drei weitere sind im Bau. Bis zum Ende des Jahres werden noch weitere fünf DB-Pluspunkte hinzukommen. Diese DB-Pluspunkte sind moderne Einheiten, die auf den Bahnhöfen installiert werden in Modulbauweise. Das ist das Drei-S-Konzept der Bahn: Sicherheit, Sauberkeit und Service, und es wird den Kunden im Baluverkehr zugute kommen.

Der Umweltbahnhof Homburg ist fertiggestellt und gilt allgemein als Musterbeispiel für eine gelungene Gestaltung von Bus-Schiene-Verknüpfung. Die Umweltbahnhöfe Merzig, St. Wendel, Illingen und Saarbrücken sind bereits im Bau. Auch in Wadern, wo drei Regionalbuslinien aufeinander treffen, wird ein neuer Busbahnhof entstehen. Und in Dillingen konnte ein neues Fahrgastinformationssystem in Betrieb genommen werden.

Das sind die Gründe, die zu den Ergebnissen bei den Fahrgastzahlen geführt haben. Aber das ist bei weitem noch nicht alles, was wir bereits auf die Schiene gebracht haben, sondern es gibt vieles, das projektiert ist, vieles, das auch schon umgesetzt ist und in den nächsten Monaten realisiert wird.

Ich will einige Punkte ansprechen. Auf der Schiene werden ab dem Jahr 2001 neue S-Bahn-Triebzüge anstelle der neuen lokbespannten Züge eingesetzt werden. Das wird eine wesentliche Modernisierung des Materials auf der Schiene bedeuten. Das wird nach meiner Auffassung auch wiederum geeignet sein, den Menschen in diesem Lande Anreize zu bieten umzusteigen. Umsteigen ist das, was wir letztlich wollen, und zwar freiwilliges Umsteigen.

Das Investitionsprogramm der Landesregierung wird weitergeführt mit dem Neubau bzw. der Verlagerung von Haltepunkten hin zu den Menschen, der Errichtung weiterer DB-Plus-Punkte sowie dem Umbau von wichtigen Verknüpfungspunkten zu Umweltbahnhöfen. Nach und nach werden alle Stationen mit Fahrradabstellanlagen ausgerüstet. Auch das ist ein wichtiger Bestandteil, um einen Bahnhof zu einer Verknüpfungsstation zu machen. Dort, wo es Sinn macht, werden außerdem Park-and-ride-Anlagen errichtet. Das Programm Mitfahrerparkplätze wird Schritt für Schritt weiter umgesetzt. Mit dem Bau der Wemmetsweiler Kurve wird

(Minister Maas)

die verkehrliche Erschließung der Illtalgemeinden weiter verbessert und der Verkehrsverknüpfungspunkt Illingen weiter aufgewertet.

Meine Damen und Herren, das Verkehrsangebot wird weiter ausgebaut. Ab dem 26.9. wird es einen Halbstundentakt zwischen Saarbrücken und St. Wendel mit stündlicher Weiterführung nach Türkismühle geben. Ab 2001 werden Saarbahn und Deutsche Bahn gemeinsam die untere Saarstrecke mit einem abgestuften Betriebsprogramm bedienen, indem die Saarbahn direkt in die Innenstadt Saarbrücken ausgeschleift wird. Mit der Realisierung des Projekts Saarbrücken 21 wird der Hauptbahnhof Saarbrücken zu einem attraktiven und hochwertigen ICE-Bahnhof ausgebaut. Nicht zuletzt werden wir in wenigen Monaten einen saarlandweiten Verbundtarif einführen, der es ermöglicht, mit einem Fahrschein durch das ganze Land mit Bus und Bahn zu fahren.

(Zuruf der Abgeordneten Beck (CDU). – Weitere Zurufe von der CDU.)

Meine Damen und Herren, der Unterschied zwischen dem, was Sie vorgetragen haben, und der heutigen Situation besteht darin – Sie wissen, was Sie hier erzählt haben, ist insofern nicht zutreffend –, daß alle saarländischen Verkehrsunternehmen einen Gesellschaftsvertrag paraphiert haben, aus dem sich die Gründung einer entsprechenden Verkehrsverbundgesellschaft ergibt.

(Abg. Feibel (CDU): Die kommt nicht. Wider besseres Wissen sagen Sie jetzt, daß das kommt. Die kommt nicht.)

Sie sind schlauer als alle Verkehrsunternehmen, als die Juristen in diesen Verkehrsunternehmen. Wir werden das ja sehen. Die Verkehrsunternehmen, die in ihrer Organisation auch so zu erhalten sind nach Ihrer Auffassung, sind sicherlich besser geeignet als Sie, darüber zu entscheiden, ob sie einer solchen Gesellschaft beitreten. Ich bin mir sicher, die Aufsichtsgremien hätten dem nicht zugestimmt, wenn dies so wäre. Das ist das Neue am Verbundtarif, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist eine Gesellschaft nicht mehr rückholbar auf den Weg gebracht worden, die diesen Fahrschein einführen wird, die diesen saarlandweiten Fahrschein, den saarlandweiten Tarif, einführen wird, mit dem man ab dem Jahr 2000 von Perl bis Blieskastel fahren kann. Da werden Sie sehen, daß dies keine Schimäre ist, sondern die Unternehmen befinden sich bereits in der Umsetzung. Insofern ist das wirklich kaum nachzuvollziehen, was Sie hier erzählen. Es wird bereits über die Anschaffung von entsprechenden Fahrkartenautomaten gesprochen. Es wird über die Festlegung des Tarifs gesprochen. Wir werden in Kürze diesen Tarif, um den sich schon, wie ich in der Zeitung lesen konnte, Herr Klumpp von der FDP bemüht hat, einführen. Das ist ein ganz wesentlicher Erfolg der Verkehrspolitik dieser Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will auf das Stichwort Organisationsstruktur gar nicht mehr eingehen. Wir haben dazu einiges vom Abgeordneten Gillo gehört. Ich will noch einmal das Thema Wuermeling-Paß ansprechen, der anscheinend – –

(Abg. Seilner (CDU): Der Wuermeling-Paß ist ein eigener Tagesordnungspunkt.)

Gut, dann werden wir uns dazu noch einmal unterhalten. Ich dachte, wir könnten dies gerade hier mit abhandeln. Das hätte sich schön angeboten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch das, was ich hier ausgeführt habe, müßte sich eigentlich für jeden, der bereit ist, objektiv die verkehrspolitischen Verhältnisse in diesem Land zu würdigen, erschichtlich ergeben, daß wir wesentliche Schritte in der Verkehrspolitik vorangekommen sind, daß wir wesentliche Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr in diesem Land haben und daß die Fahrgastzahlen den Erfolg der Landesregierung in ihrer Verkehrspolitik bestätigen. Da heißt die Maus keinen

Faden ab, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb war die Verkehrspolitik der Landesregierung erfolgreich. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Kasper:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Thomas Seilner.

Abg. Seilner (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß sowohl die SPD-Landtagsfraktion als auch die Landesregierung seit Verabschiedung des ÖPNV-Gesetzes einen einzigen Redenschreiber haben, der zentral die Reden schreibt, allerdings relativ unkreativ ist, denn seit fünf Jahren hören wir an dieser Stelle – ob von der Mehrheitsfraktion oder von der Regierungsbank, nur die Terminologie hat sich etwas geändert –, im nächsten Jahr kommt der saarlandweite Verbundtarif. Im nächsten Jahr kommt das Saarlandticket.

Der Kollege Portz hat voriges Jahr bei den Haushaltsberatungen vom landesweiten Wabentarif gesprochen. Auf die Frage, die dann von uns gestellt wurde, was denn der Unterschied zwischen Saarlandticket und Wabentarif ist, wußte man keine Antwort. Versprochen werden uns diese segensreichen Dinge jedes Jahr, und zwar für das nächste Jahr. Mein Eindruck ist der, daß nicht nur wir Ihnen das nicht mehr abnehmen, sondern daß auch die Bevölkerung draußen Ihnen das nicht mehr abnimmt.

(Beifall bei der CDU.)

Sie, Herr Minister, wie auch der Kollege Peter Gillo, den ich gar nicht mehr hier im Raum sehe – es hat ihn wohl nur interessiert, was er selbst sagt und was der Herr Minister sagt – –

(Abg. Lang (SPD): Nein, er ist in drei Minuten wieder da. Stop, er kommt. – Da ist er.)

Sie, Herr Minister Maas, und der Kollege Gillo sind uns heute an dieser Stelle zu allen Fragen, die wir gestellt haben, Antworten schuldig geblieben.

(Beifall bei der CDU.)

Der Kollege Albrecht Feibel hat Sie, Herr Minister, zum Beispiel gefragt, wie Sie zulassen konnten, daß der Referent für Luftfahrt, Herr Schmitt, in Zweibrücken tätig wird. Zweibrücken ist nun einmal ein Konkurrenzflughafen zu Saarbrücken-Ensheim. Zweibrücken wird unter Umständen dem Flughafen Saarbrücken-Ensheim einiges an Kapazität abnehmen. Wie ein aus saarländischen Steuermitteln finanzierter Beamter hierzu freizustellen war, ist uns ein Rätsel. Sie sind uns eine Antwort schuldig geblieben.

(Beifall bei der CDU.)

Sie haben keinen einzigen Satz verwendet, um die Kostenexplosion bei der Erweiterung des Flughafens zu erklären. Was noch schlimmer ist, Sie haben überhaupt keinen Satz zum Instrument Landing-System gesagt. Warum hat man nicht ein neues System installiert und erst bei Funktionieren des neuen Systems das alte System abgebaut – zuerst das neue, dann das alte? Ich habe noch nie jemanden gesehen, der ein funktionierendes Fahrzeug hat, das Fahrzeug stilllegt, monatelang auf sein neues Fahrzeug wartet und in der Zwischenzeit zu Fuß geht. Das habe ich noch nicht erlebt. Aber hier geht es um Sicherheit. Das bewegt die Menschen, wie sie, wenn sie in der Luft sind, wieder auf den Boden kommen. Beim Hochkommen interessiert es weniger, aber die Leute wollen wieder herunterkommen, wenn sie mit dem Flugzeug unterwegs sind. Wenn im Oktober, wenn wir oft Bodennebel haben, kein neues IL-System installiert ist, wird das die Menschen hier im Land interessieren und alle, die den Flughafen Ensheim nutzen.

(Beifall bei der CDU.)

(Abg. Seilner)

Wir haben Fragen gestellt, wer denn für die Wohltaten, die Herr Gillo hier dargelegt hat, die Entscheidungen getroffen hat. Der Entscheidungsträger war die alte Bundesregierung gewesen. Die Finanzierung Saarbahn – fast komplett von der alten Bundesregierung auf die Beine gestellt. Die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs im Saarland – stark bezuschußt durch Entscheidungen, die in der alten Bundesregierung getroffen wurden. Und – was hier ganz besonders dargestellt wurde – der Ausbau von 29 Bahnhöfen im Saarland geht ebenfalls auf Entscheidungen der alten Bundesregierung zurück.

Ich möchte noch, weil es ein wichtiges Thema ist und auch aktuell kommunalpolitisch eine Rolle spielt, zu dem Ausbau der Saar ein paar Sätze sagen. Herr Gillo hat hier dargelegt, er steht hinter der Alten Brücke. Ich möchte mal gerne wissen, wo denn die alte Brücke ist, denn alle Pfeiler, die sichtbar sind, sind im Zweiten Weltkrieg zerstört worden und danach durch Betonguß errichtet worden. Was man jetzt sieht, ist eben nicht die Alte Brücke. Die einzigen existierenden Pfeiler der Alten Brücke liegen unterirdisch zwischen Staatstheater und Finanzministerium. Das Wasser- und Schiffsamt hat sich bereit erklärt, im Falle des Wegfalls des Mittelpfeilers, der gar kein alter Pfeiler ist, sowohl wirklich alte Pfeiler freizulegen – es wurde die Zahl zwei bis drei genannt – als auch den häßlichen Stahlteil über die A 620 durch einen attraktiven Neubauteil zu ersetzen, der voll und ganz an den Stil der Alten Brücke angeglichen wird. Wir haben uns hierzu ein Modell angesehen. Das wäre architektonisch und optisch ein Prunkstück für die Stadt Saarbrücken. All dies bekämen wir zum Nulltarif. Und Sie, ideologisch in diesem Punkt total verbohrt – lehnen das ab.

(Abg. Gillo (SPD): Sie haben von Saarbrücken überhaupt keine Ahnung.)

Sie lehnen es ab, daß der Bund das Reststück von 2,4 Kilometern bis St. Arnual – dort ohne Hafen, lediglich mit einer Anlegestelle sowie einer Be- und Entladestelle – voll finanziert. Damit bekäme zudem die Bauwirtschaft Aufträge, die gerade in der jetzigen Situation im Saarland für sie sehr wichtig sind. Sie nehmen auch in Kauf – das ist das schlimmste –, daß künftig in Burbach auf Lastwagen umgeladen wird, die die Güter dann in den Saarbrücker Ostteil befördern müssen. Das ist ökologisch gesehen eine Todsünde. Dafür haben wir kein Verständnis, das tragen wir auch nicht mit. Sofern wir Gelegenheit dazu haben, werden wir diese Entscheidungen in andere Bahnen lenken.

In einem Punkt sind wir uns einig. Es ist positiv zu bewerten und auch sehr gut für das Saarland, daß der Ausbau des Schienennetzes für den TGV-Est bis Baudrecourt geführt wird. Das haben wir aber auch nie in Zweifel gestellt, das haben wir an dieser Stelle auch immer so vertreten.

In einem anderen Punkt aber hat die Landesregierung die Entwicklung total verschlafen, das ist das Radverkehrsnetz. Hier ist es eine Schandtat – muß man schon fast sagen –, daß das Saartal, das bei der Vernetzung der Radverkehrswege ein Herzstück darstellen würde, nicht beidseitig ausgebaut wird. Ich habe die Hoffnung durch die Verzögerung beim Saarausbau, daß die neue Landesregierung, die von der CDU gestellt wird, die Weichen in eine andere Richtung stellen und den Saarausbau dafür nutzen wird, daß wir rechts und links der Saar von Saarbrücken bis an die Landesgrenze hinter Mettlach das Saartal in das saarländische Radverkehrswegnetz integrieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Kasper:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Aussprache über die drei Anträge.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion Drucksache 11/2068. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion Drucksache 11/2073. Wer für die Annahme dieses Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich stelle fest, daß dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend Abschaffung des kostenlosen sogenannten Wuermeling-Passes (Drucksache 11/2072).

Zur Begründung erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Gabriele Schäfer.

Abg. Schäfer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für uns ist der Wuermeling-Ausweis, um den es jetzt geht, eine so wichtige familienpolitische Angelegenheit, daß wir ihn nicht mit dem vorangegangenen Punkt zusammen behandeln wollten, wie das offenbar der Herr Minister und auch der Kollege Gillo geglaubt haben, weil sie vorher schon darauf eingegangen sind. Wir haben bereits im Juni, also noch vor der Sommerpause, einen Antrag auf Ersatzleistung für die Bahncard „Wuermeling“ gestellt, weil dies eine Angelegenheit ist, die viele kinderreiche Familien verärgert hat –

(Zuruf des Abgeordneten Schmitt (SPD).)

Sie können gerne hierherkommen und weiterreden –, weil ihnen immer wieder in den letzten Jahren Mehrkosten wegen der Kinder und wegen der Familie aufgebürdet worden sind.

Im Saarland könnten von diesem Wuermeling-Ausweis 16.000 Familien profitieren, damit wir auch mal sehen, um welche Größenordnung es hier geht. Vor allem aber sind eben die Familien sehr enttäuscht, weil das alles, was hier gelaufen ist, ganz im Gegensatz zu den anderen Verlautbarungen steht, die wir immer wieder hören: Vorrangpolitik für Familien, man müsse die Familien stärken, stützen, man müsse ihnen helfen. Es sind eben alles nur leere Worte, denn Taten sind ihnen nicht gefolgt.

Noch kein halbes Jahr nach den grandiosen Versprechungen des Bundestagswahlkampfes – Sie können vielleicht nicht mehr so nachempfinden, wie es ist, wenn man kein großes Einkommen hat und für seine Familie kämpfen muß – wurde als eine der ersten Taten die Bahncard „Wuermeling“ abgeschafft, die seit 1956 – das muß man sich mal vorstellen –, also seit 43 Jahren Bestand hat und die nicht zum erstenmal zur Disposition stand. Bisher hatte sie in Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl immer einen Fürsprecher, der sich für die Belange der Familien eingesetzt hat.

(Beifall bei der CDU. – Lachen und Zurufe bei der SPD.)

Nun regiert – wie wir alle wissen – ein neuer Kanzler, der neue Kaschnir-Kanzler, der offenbar kein Gefühl dafür hat, was wirklich bedürftige Familien brauchen, und der eben nicht weiß – –

(Zuruf von Minister Maas.)

Herr Minister, Sie haben jederzeit die Gelegenheit, hier vorne zu sprechen. Lassen Sie mich jetzt ausreden. – Trotz des Familienurteils des Bundesverfassungsgerichts ist es offenbar nicht eingesehen worden, daß Familien Unterstützung brauchen. Als Alleineigentümer der Bahn AG ist der Bund in Gestalt von Bundeskanzler Schröder gefordert gewesen, die Hand schützend über die Familien zu halten und eine Korrektur durchzusetzen.

(Abg. Lang (SPD): Mein Gott!)

(Abg. Schäfer)

Herr Kollege Lang, auch Sie können hier nach vorne kommen. – Hinzu kommt noch, daß Familien ohnehin bei den Beförderungskosten in größerem Umfang zur Kasse gebeten werden. Wir wissen alle, daß es die Ökosteuer gibt. Die Ökosteuer wird über den ÖPNV auf die Fahrpreise umgelegt. Die Benzinpreise steigen ebenfalls und belasten das Familienbudget so sehr, daß viele Familien sich jede Fahrt mit dem Pkw überlegen müssen. Hinzu kommt jetzt noch die Erhöhung des Preises für Dieselöl usw. Es gibt eine lange Latte an Dingen, die ich in diesem Zusammenhang nennen könnte.

Ich habe kein Verständnis dafür, daß auch die saarländische Landesregierung dieser Tarifänderung zugestimmt hat. Wenn ich dann die Veröffentlichung des Umweltministeriums zum Thema „Shopping- und Freizeitticket“ der Deutschen Bahn lese, dann sehe ich, daß für das Thema, über das ich hier rede, bei Ihnen überhaupt kein Gespür vorhanden ist. Denn es geht hier nicht um Shopping und Freizeit. Tatsache ist, daß es hier darum geht, wie die Kinder in die Schule kommen. Die Familien würden gerne in ihrer Freizeit shoppen und mit der Bahn in der Gegend herumfahren, aber das ist gar nicht das Thema, um das es hier geht. Die Eltern müssen ihre Kinder in die Schule schicken, sie wollen dies auch. Die Schulen sind aber nicht immer am Ort, und das kostet Geld. In diesem Fall hätten wir dafür Sorge zu tragen gehabt, daß dieser Wuermeling-Ausweis auch in Zukunft kostenfrei bleibt.

Die jetzige Bahn-Card „Familie“ kostet 65 Mark, pro Kind kommen noch zehn Mark hinzu. Der Wuermeling-Ausweis war kostenlos, ich sagte es bereits. Dafür ist nunmehr egal, wer mitfährt, ob Eltern oder Großeltern. Aber auch dies trifft nicht den Kern der Sache, denn morgens fahren nicht die Großeltern mit in die Schule, vielmehr fahren die Kinder alleine in die Schule. Insofern nutzt dies den Familien auch nichts. Es nutzt ihnen auch wenig, daß die Kinder bis sechs Jahre kostenlos fahren dürfen. Das halte ich übrigens für eine Selbstverständlichkeit, denn es geht wirklich – wie ich es eben schon gesagt habe – um die Beförderungskosten zur Schule. Das haben mir sehr viele Eltern in Anrufen, in Briefen, in Kontakten über das Internet bestätigt, daß sie darüber sehr verärgert sind und daß diese Kosten ihr Budget sehr einengen.

Es wird uns als große Errungenschaft verkauft, daß die Kinder nun auch ohne Begleitung fahren können. Das war vorher mit dem Wuermeling-Paß ebenfalls möglich. Es war nicht notwendig, daß die Eltern dabei waren. Der Familienbund hat das ebenfalls sehr kritisiert, die Landeselternvertretung hat Kritik geübt usw. Insofern kann ich natürlich verstehen, daß nun gerade auch das Ministerium darauf gekommen ist, daß man doch etwas tun sollte. Man hat zunächst einmal abgewartet, ob alles ruhig bleibt. Wenn nichts geschehen wäre, wäre die Sache wohl gestorben gewesen.

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Dazu sage ich gleich noch etwas. Keine Sorge, ich komme noch dazu. Es war auch ein glatter Vertrauensbruch, daß die Eltern vorher nicht informiert waren. Mich haben Eltern angerufen, die sind zum Schalter gegangen, wollten weiterhin verbilligte Fahrkarten kaufen und haben dort erst erfahren, daß dieser Ausweis nicht mehr gültig ist.

Ich freue mich, daß der amtierende Umweltminister, der noch amtierende Umweltminister, nachdem wir das Thema in einer Pressekonferenz, in mehreren Presseerklärungen schon seit April angesprochen haben, es auch vor zwei Monaten in die Tagesordnung der Plenarsitzung aufgenommen haben, endlich die Notwendigkeit begriffen und am 3. August zu diesem Thema Stellung genommen und erklärt hat, daß im Saarpfalz-Kreis eine Lösung gefunden worden ist. Tatsache ist auch, daß es schon im April diese Lösung im Saarpfalz-Kreis gab. Mich haben Eltern gerade daraufhin angesprochen und haben gesagt: Sind wir denn jetzt die Dummen, nur weil wir in Neunkirchen wohnen, in Eppelborn, in Illingen oder in Heusweiler? Wir wollten genauso behandelt

werden wie die Familien im Saarpfalz-Kreis. Deshalb denke ich, es wäre notwendig, daß in jedem Fall hier eine landeseinheitliche Lösung gefunden wird.

(Beifall bei der CDU.)

Wir kündigen an – in einigen Kreisen ist es schon getan worden –, daß sich die Kreistagsfraktionen der CDU dieses Themas annehmen werden, wie es in Merzig-Wadern, in Neunkirchen geschehen ist. Auch in St. Wendel wird die CDU diesem Thema zustimmen. Sie haben gestern schon dieses Thema gehabt. Es kann nicht sein, daß Familien immer nur die Zeche zu zahlen haben und daß ansonsten in Roden immer wieder beschworen wird, wie gut es jedermann mit den Familien meint. Ich glaube, Sie könnten jetzt alle hier vorn eine Rede halten, jeder hat sich ja jetzt dazu geäußert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Kasper:

Ich eröffne die Aussprache. Wortmeldungen sind bisher bei mir nicht eingegangen.

(Zuruf.)

In dem Moment ist sie eingegangen. Das Wort hat der Abgeordnete Armin Lang.

Abg. Lang (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist eine sehr interessante Debatte. Zunächst einmal konzentrieren wir uns auf den Kern. Wenn ich das richtig verstanden habe, was die Kollegin Schäfer gesagt hat, geht es darum, Mehrkinderfamilien zu entlasten oder mit dazu beizutragen, daß sie nicht über die Maßen belastet werden. Kollegin Schäfer, da stimmen wir überein. Ich hätte mir natürlich gewünscht, daß die CDU schon immer dieser Meinung gewesen wäre, dann hätten wir beispielsweise nicht das Bundesverfassungsgericht gebraucht, um die Familien endlich zu entlasten.

(Beifall bei der SPD.)

Da hat eine Mehrheit sechzehn Jahre regiert und vielfältige Möglichkeiten gehabt, um offensive Familienpolitik zu machen, aber das Bundesverfassungsgericht mußte diese Partei zur Familienfreundlichkeit zwingen. Wir werden das jetzt Stück um Stück umsetzen müssen, was die CDU über viele Jahre versäumt hat.

Damit wir auf den Kern kommen. Wenn man so will, ist die Abschaffung des Wuermeling-Passes eigentlich eine unmittelbare Folge der Bahnreform und hätte in Verbindung mit der Bahnreform dann auch geregelt werden müssen. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe – ich habe eben noch einmal den Kollegen Gillo gefragt –, ist die Bahnreform 1994 beschlossen worden. Das heißt, spätestens damals hätte die regierende Bundesregierung, wäre sie familienfreundlich gewesen, dieses Problem lösen müssen. Dies ist zuerst einmal der Kern des Problems.

(Beifall bei der SPD.)

Die schienengebundene Lösung ist nicht zustande gekommen, und nun haben wir eine mehr oder weniger freiwillige Lösung gehabt bei der RSW, das heißt beim straßengebundenen ÖPNV; um die geht es hier im Saarland. Diese freiwillige Lösung mußte die RSW nicht weiterführen, die konnte sie auch aussetzen. Ich will dazu gleich ein kritisches Wort sagen.

Kollegin Schäfer, ich habe mich mit diesem Thema vor knapp einem Jahr erstmals beschäftigt und habe dieses Thema in den Vorstand des Landkreistages hineingetragen, weil nämlich die RSW straßenverkehrsgebunden den ÖPNV sicherstellt und die Landkreise hier eine gewisse Verantwortung haben und natürlich

(Abg. Lang)

auch die Verkehrsgemeinschaft Saar bzw. der Verkehrsverbund. Im Vorstand des Landkreistages ist deutlich geworden, daß wir sehr unterschiedliche Ausgangssituationen haben, nämlich dort, wo eigene Verkehrsbetriebe sind, wie in Neunkirchen, Saarbrücken bzw. Saarlouis, und in den drei RSW-Gebieten Saarpfalz, St. Wendel und Merzig. Dabei hat sich herausgestellt, daß dort, wo eigene Verkehrsbetriebe sind, die Entlastung der Familien schon lange Programm ist und die Familien bei weitem, gerade die Mehrkinderfamilien, nicht soviel zahlen und zahlen müssen, wie das in den RSW-Gebieten der Fall ist. Deshalb war eben der Druck, dort zu einer landeseinheitlichen Regelung zu kommen, sehr bescheiden, weil es eben nur die drei Landkreise waren, die im wesentlichen davon betroffen sind, und dort die Eltern von Mehrkinderfamilien. Deshalb war konsequent, daß der Saarpfalz-Kreis, nicht jetzt, sondern bereits vor einem Jahr, eine Lösung auf den Weg gebracht hat, um zumindest den Mehrkinderfamilien im Saarpfalz-Kreis zu helfen. Das, muß ich sagen, war eine hervorragende Initiative von Landrat Lindemann und der SPD-Kreistagsfraktion und dafür sollten wir Sie heute noch loben

(Beifall bei der SPD.)

Das waren die ersten, die diese Initiative auf den Punkt gebracht haben. Nun, gebe ich zu, ist das teuer geworden, und die RSW hat, ich sage es konkret, sich auch in den Streik begeben. Ich habe für dieses Verhalten der RSW, daß sie sich an der Lösung dieses Problems nicht beteiligt, obwohl sie mit Abstand die höchsten Tarife im Land hat, kein Verständnis – ich sage es ganz offen. Ich weiß, in das Geschäftsgebaren können wir nicht direkt hineinwirken. Von daher war eine alternative Lösung zu suchen. Diese alternative Lösung hat Anfang Juni der Saarpfalz-Kreis erneut gefunden. Mit der Unterstützung der Landesregierung, unseres Verkehrsministers Heiko Maas, ist eine Lösung zustande gekommen, nach der die nicht gedeckten 50 Prozent vom Saarpfalz-Kreis mit 35 Prozent und vom Land mit 15 Prozent finanziert werden. Ursprünglich sollten es zehn Prozent sein und fünf Prozent von der RSW. RSW hat nun völlig den Streik ausgerufen und gesagt, sie macht nicht mit. Vor diesem Hintergrund ist die Landesregierung mit 15 Prozent eingestiegen. Auch dies ist für die Familien im Saarpfalz-Kreis – es sind zirka 740 oder 750 Kinder im Saarpfalz-Kreis davon betroffen – eine gute Lösung, und das wird im Saarpfalz-Kreis unbürokratisch durchgeführt.

Liebe Kollegin Schäfer, es ist wenige Stunden her, da habe ich die gleiche Initiative im Landkreis St. Wendel im dortigen Kreistag gestartet. Gestern um 19.30 Uhr hat die CDU-Kreistagsfraktion in St. Wendel – jetzt bitte ich genau zuzuhören – es abgelehnt, diese Leistung, diese Lösung des Saarpfalz-Kreises für den Kreis St. Wendel zu übernehmen. Gestern um 19.30 Uhr hat die CDU-Mehrheitsfraktion im Kreis St. Wendel es abgelehnt, diese Lösung für den Kreis St. Wendel zu übernehmen. Frau Schäfer, ich habe das im Interesse der Familien bedauert, aber im Grunde genommen ist es ja, um die CDU so ein bißchen zu entlarven, gar nicht schlecht. Ich vermute, mit allen CDU-Wahlversprechen, die wir jetzt im Wahlprogramm der CDU haben, wird es dann, wenn Sie die Mehrheit haben, genauso gehen. Sie wird jetzt groß und vollmundig versprechen und dann anschließend klammheimlich alle diese Versprechungen wieder einkassieren. Das ist CDU live. Ich habe sie gestern Abend erlebt.

(Beifall bei der SPD.)

Deshalb finde ich es gut und richtig, daß nun zwei Wege beschritten wurden. – Kollege Hans, bitte schön.

Abg. Hans (SPD):

Ich habe eben mit einem Mitglied dieser Kreistagsfraktion telefoniert, und das hat mir mitgeteilt, daß sie das keineswegs abgelehnt haben, sondern – –

Abg. Lang (SPD):

Doch, ich war dabei.

Abg. Hans (CDU):

Nein, ich habe jetzt mit ihm gesprochen. Es ist nicht abgelehnt worden, sondern dieser Antrag ist vertagt. Sie als alter Parlamentarier müssen ja wissen, daß zwischen Vertagung und Ablehnung noch ein Unterschied besteht.

Abg. Lang (SPD):

Also die CDU-Kreistagsfraktion hat den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion – – Ich stelle das Protokoll allen zur Verfügung: Die CDU-Kreistagsfraktion St. Wendel, die dort leider die Mehrheit hat, hat den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion auf Übernahme des Saarpfalz-Modells, und zwar beginnend mit dem 1.9., mit 16 zu 11 Stimmen abgelehnt, und hat dann, weil sie natürlich ein schlechtes Gewissen hat, den Antrag eingebracht, daß das auf der nächsten Kreistagssitzung noch einmal beraten werden soll.

(Ah-Rufe bei der CDU.)

Ich bleibe dabei, die CDU hat diese Lösung für den Kreis St. Wendel ab 1.9.99 abgelehnt, und alles andere ist filibustert; alles andere ist im Grunde die Familien mit mehreren Kindern an der Nase herumgeführt.

(Beifall bei der SPD.)

Sie können jetzt noch fünf mal mit dem Rauber und mit dem Schumann telefonieren, es war so, Herr Ley. Es war so; es tut mir leid, Herr Ley.

Abg. Ley (CDU):

Darf ich Ihnen mitteilen, daß ich gerade mit dem Fraktionsvorsitzenden der CDU gesprochen habe und daß der mir ausdrücklich gesagt hat: Wir haben die Entscheidung abgelehnt, weil wir erst mit allen Beteiligten gesprochen haben wollten und uns nicht ad hoc so entscheiden wollten, weil, wenn wir Entscheidungen treffen, wir die verantwortlich treffen, nicht so aus der Jackentasche heraus. Das war die Auskunft des Fraktionsvorsitzenden, die ich im Moment telefonisch bekommen habe. Sind Sie also bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß die CDU nicht abgelehnt hat, sondern lediglich die Entscheidung ausgesetzt hat?

(Zurufe von allen Seiten.)

Abg. Lang (SPD):

Kollege Ley, erstens einmal danke ich Ihnen dafür, daß Sie meine Aussage bestätigt haben: Die CDU hat diesen Antrag der SPD abgelehnt. Ich danke Ihnen, daß Sie das bestätigt haben.

(Zurufe von der CDU.)

Der zweite Punkt, Kollegin Schäfer, Jetzt haben Ihre Freunde in St. Wendel gerade gemerkt, daß dieses Problem auf der Tagesordnung steht. Sie sagen, vor drei Monaten hätten Sie das schon artikuliert – ich habe es vor einem Jahr getan. Ja, dann haben Ihre eigenen Freunde überhaupt nicht mitbekommen, was in diesem Lande diskutiert wird.

Jetzt muß ich noch etwas dazu sagen. Zu diesem Zeitpunkt, eben vor einem Jahr, als ich das zum Thema im Vorstand des Landkreistages gemacht habe, war der Vorsitzende des Landkreistages rein zufällig der Landrat des Kreises St. Wendel. Da ist niemand überrascht worden, niemand überfahren worden. Es ist ganz sachgerecht seit einem Jahr in der Debatte.

(Zuruf des Abgeordneten Ley (CDU).)

Es ist also klar: Die CDU wollte hier eine Show machen, die Show ist ihr nicht gelungen. Sie ist entlarvt, und da bleibe ich bei meiner Aussage.

(Beifall bei der SPD.)

(Abg. Lang)

Ich will noch einen Punkt ansprechen. Ich halte es dennoch für gerechtfertigt und richtig, daß nun die VGS bzw. der Zweckverband den Versuch unternimmt, gemeinsam mit der Landesregierung eine landesweite Regelung zustande zu bringen; im Rahmen des Verbundtarifes wird das vielleicht auch leichter möglich sein. Aber bei einem bleiben wir auch: Die Landkreise sind für den straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehr zuständig. Deshalb ist es richtig, daß die Landkreise zunächst einmal in eigener Zuständigkeit Lösungen finden. Der Saarpfalz-Kreis ist hier vorbildlich, andere sollten ihm folgen.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Kasper:

Ich erteile das Wort Herrn Minister Heiko Maas.

Minister Maas:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Ich will noch einmal das aufgreifen, was eben gesagt wurde, was die Verantwortlichkeiten betrifft für den Wuermeling-Paß und für die Streichung des Wuermeling-Passes. Es mutet schon etwas grotesk an bei dieser Diskussion, daß hier von der CDU der Landesregierung vorgeworfen wird, sie halte sich nicht an das, was man immer verkündet für Familien. Aber man ist anscheinend selber auch nicht so ganz in der Lage, dafür zu sorgen, daß, wenn es darum geht, das zu realisieren, was uns hier vorgehalten wird, die eigene Partei dort, wo die Verantwortung für diese Fragen tatsächlich steckt, im Kreistag nämlich, zustimmt.

Ich habe hier eben den Namen Schröder gehört und das Datum 1.4.99. Der Wuermeling-Paß ermöglicht seit 1995 Kindern aus Familien ab drei Kindern das Bahnfahren zum halben Preis. Der Paß war kostenlos. Er ist nach seinem Erfinder, dem ersten Familienminister der Bundesrepublik Deutschland, benannt worden. Schon 1994 sollte der Paß wegfallen, nachdem 1994 die Bundesregierung den Zuschuß an die Bahn in Höhe von 50 Millionen DM gestrichen hatte.

(Zurufe von allen Seiten.)

1994 war Gerhard Schröder noch nicht Bundeskanzler. 1994 hat die Bundesregierung 50 Millionen Zuschuß gestrichen.

(Abg. Vogel (CDU): Der ist weggefallen.)

Nein, der ist nicht weggefallen. Er ist nicht weggefallen, weil die Bahn auf eigene Kosten dieses Angebot fortgeführt hat. Sie versuchen hier, Verantwortlichkeiten zu verschieben und dies der Bundesregierung in die Schuhe zu schieben und sind anscheinend nicht in der Lage gewesen, sich über die wahrhaften und wirklichen Gründe zu informieren.

(Beifall bei der SPD.)

Wenn man so Politik macht, dann verwirrt man mehr, als daß man zur Aufklärung beiträgt. Wenn hinzukommt, daß es im eigenen Land anscheinend noch Konfusion in der CDU gibt, dann komplettiert das das Bild, meine Damen und Herren. Es ist schon ein starkes Stück, was hier versucht wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regionalbus Saar-Westpfalz GmbH hatte die Rabattierung – das, was wir allgemein als „Wuermeling“ bezeichnen – im Prinzip nur auf den Regelfahrschein für Erwachsene angewandt, jedoch eine soziale Komponente für kinderreiche Familien in ihr Angebot eingebaut, indem sie den Wuermeling-Paß bzw. die Bahn-Card Wuermeling auf das Schülerjahresabonnement angerechnet hat.

Wir müssen jetzt wirklich einmal auseinanderdividieren, um was es hier geht; das ist nämlich gar nicht so einfach. Das Schülerjahresabonnement ist eine Jahreskarte, gültig für zwölf Monate, von denen nur zehn bezahlt werden, jedoch nicht in einem Betrag, sondern in monatlich gleichen Raten. Mit der Anerkennung der Bahn-Card Wuermeling war es Familien mit zwei und mehr Kin-

dern somit möglich, einen fünfzigprozentigen Rabatt auf die Schülerjahresabonnements zu erhalten. Meines Wissens handelt es sich bei diesem Tarif um ein bundesweit einmaliges Angebot eines Verkehrsunternehmens für kinderreiche Familien. Das heißt, mir ist nicht bekannt – und ich habe das noch einmal nachfragen lassen –, daß es in einem anderen Bundesland ein ähnliches Angebot gab, das ein Verkehrsunternehmen den dort ansässigen Familien gemacht hat. Insofern ist das hier ein Beispiel – ich will das gar nicht für mich verbuchen – für eine soziale Leistung eines Unternehmens gewesen, aber – um dieses Thema jetzt aufzugreifen – um darauf hinzuweisen, wie kinderfeindlich oder wie familienfeindlich das Saarland ist, wirklich voll daneben. Das Saarland ist das einzige Land, in dem es eine solche Regelung überhaupt gegeben hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD.)

Die RSW hat jahrelang freiwillig eine Ermäßigung in unserem Lande angeboten, die im Prinzip vollständig zu Lasten des Betriebsergebnisses ging.

Nachdem die Deutsche Bahn AG die vorgenannten Familienangebote zu einem neuen Familienangebot „Bahn-Card Familie“ zum 1.4.99 zusammengefaßt hatte, stellte die RSW aus unternehmenspolitischen Erwägungen ihre Ermäßigung für das Schülerjahresabonnement ein, da die tatsächlichen Einnahmeausfälle erheblich höher waren, als eingangs kalkuliert. Der neue, ab dem 1. August dieses Jahres geltende Tarif sieht lediglich noch eine Ermäßigung für Schülermonatskarten im Abonnement bei monatlichem Einzug vor, wodurch im Endergebnis für zwölf Monate auch wieder nur zehn Monate zu zahlen sind. Diese Rücknahme einer Vergünstigung führte natürlich im Schuljahr 1999/2000 zu erheblichen Mehrbelastungen für kinderreiche Familien, wenn es dabei geblieben wäre.

Auch ich bin der Auffassung, daß gerade Familien mit Kindern unter erheblich größeren finanziellen Belastungen zu leiden haben. Genau deshalb sind gerade kinderreiche Familien die Familien, die von der neuen Bundesregierung bei der Steuerreform besonders begünstigt wurden. Das, was das Bundeskabinett gestern beschlossen hat, eine steuerliche Entlastung für kinderreiche Familien von über 3.000 DM im Jahr bis zum Jahr 2002, ist eigentlich der beste Beweis dafür.

(Beifall bei der SPD.)

Auch ich bin von der Gesamtelternvertretung und allen, die sich mit dieser Frage auseinandergesetzt haben, angeschrieben worden. Um in der Diskussion wirklich für Klarheit zu sorgen und nicht für Verwirrung, wie es der erste Debattenbeitrag getan hat, will ich noch einmal darauf hinweisen, daß man die Verantwortung, die Finanzierbarkeit, den Umfang des Geltungsbereichs und den Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit gesondert berücksichtigen muß. Bei der Zuständigkeit muß man zunächst einmal darauf hinweisen – ich habe es bereits getan –, daß es sich hier um ein freiwilliges Angebot eines Unternehmens handelte. Nicht die Landesregierung hat dieses Angebot unterstützt und auch nicht die Bundesregierung, sondern es ist ursprünglich von der Bahn und letztlich von der RSW in ihrem Bedienungsgebiet vorgehalten worden.

Ich will auch darauf aufmerksam machen, daß klargestellt werden muß, daß nach dem ÖPNV-Gesetz des Saarlandes das Land zunächst nur für den schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehr zuständig ist, während der übrige öffentliche Personennahverkehr grundsätzlich Aufgabe der Landkreise und des Stadtverbandes Saarbrücken ist. Wir haben uns trotzdem in dieses Problem eingeschaltet. Wenn ich jedoch den Antrag noch einmal hervorhebe, den wir eben diskutiert haben und in dem Sie für einheitliche Strukturen plädieren, muß ich feststellen, daß die Verantwortlichkeiten irgendwo erkennbar bleiben müssen. Man kann nicht so verfahren, daß, wenn ein Problem auftaucht, die Ebene in die Bresche springt, die gerade im Landtag anzusprechen wäre. Dieses Thema muß vielmehr mit denen, die dafür zuständig und

(Minister Maas)

verantwortlich sind, gemeinsam gelöst werden. Wir sind freiwillig zu der Überzeugung gelangt, daß auch wir uns hier engagieren sollten.

Die Problematik im Sinne der Eltern kurzfristig zum Schuljahr 1999/2000 zu lösen, war die Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Ich habe sie mit dem Vorsteher des Zweckverbandes „Personennahverkehr“, Herrn Landrat Dr. Hinsberger, unabhängig von der primären Zuständigkeit besprochen. Ich habe die Zusage gegeben, in diesem Schuljahr übergangsweise bis zum 1. April 2000 die bis dahin geltende Tarifiermäßigung für kinderreiche Familien dadurch sicherzustellen, daß sich auch das Land finanziell engagiert. Da jedoch die Finanzierbarkeit gewährleistet sein muß, kann es sich hierbei nur um eine Regelung handeln, die man gemeinsam mit dem entsprechenden Aufgabenträger bewerkstelligt. In den Landkreisen und im Stadtverband Saarbrücken sind zum Teil schon entsprechende Beschlüsse gefaßt worden. Der Saarpfalz-Kreis hat bereits in vorbildlicher Weise ein finanzielles Engagement zugesagt. Im übrigen will ich darauf hinweisen, daß sich hier insbesondere Landrat Clemens Lindemann hervorgetan hat, indem er seine Bereitschaft erklärt hat, 35 Prozent des regulären Tarifs als Einnahmeausgleich an die RSW zu zahlen. Die fehlenden 15 Prozent sollten ursprünglich im Verhältnis 2:1 zwischen dem Land und der RSW aufgeteilt werden. Diese hält sich jetzt ganz heraus, und da haben wir auch deren 5 Prozent übernommen. Das heißt, das Land wird 15 Prozent beisteuern, um auf diese Weise die bis zum 1. April 2000 geltende Fahrpreismäßigung im neuen Schuljahr sicherzustellen.

Das Angebot, das wir gemacht haben, gilt natürlich auch für alle anderen Landkreise im Saarland sowie für den Stadtverband Saarbrücken. Es gibt auch entsprechende Beschlüsse. Merzig ist mir bekannt. St. Wendel scheint etwas unübersichtlich zu sein, aber vielleicht kommen dort die entsprechenden Verantwortlichen auch noch zur Raison. Da wäre vielleicht auch die CDU-Landtagsfraktion gefordert.

(Zuruf von der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solche Regelung ist nach unserer Auffassung jedoch nicht unbedingt für eine Dauerlösung geeignet. Hier muß man nach neuen Wegen suchen.

(Weitere Zurufe.)

Auf die Familienkomponente zu setzen, ist sicherlich richtig, aber der Umfang des Geltungsbereichs, der eben hier angesprochen wurde, kann nicht nur das Bedienungsgebiet der RSW sein. Das muß auch geklärt werden. Mittelfristig muß deshalb – auch das habe ich dem Zweckverband „Personennahverkehr“ mitgeteilt – angestrebt werden, eine sozial- und familienpolitische Tarifkomponente in den derzeit in Vorbereitung befindlichen Tarif der Verkehrsverbundgesellschaft einzubauen. In diesem Sinne habe ich darum gebeten, daß die Fragen umgehend in den Gremien des Zweckverbandes „Personennahverkehr Saarland“ erörtert werden, und ich bitte, auch die Vertreter der CDU entsprechend zu instruieren.

Eine zukünftige familienpolitische Komponente muß aber auch die soziale Gerechtigkeit noch mehr berücksichtigen. Nach dem alten Wuermeling-Tarif wurde zum Beispiel eine Familie mit drei Kindern besser gestellt als eine mit zwei Kindern, da eine fünfzigprozentige Ermäßigung auf drei Jahresabonnements zu einer niedrigeren Gesamtbelastung führt als der reguläre Tarif für zwei Schülerabonnements. In dieser Situation kann es natürlich auch dazu kommen, daß eine finanziell schwächer gestellte Familie mit zwei Kindern mehr bezahlen muß als eine finanziell besser situierte Familie mit drei Kindern. Auch das ist ein Punkt, der in der bisherigen Diskussion noch keine Rolle gespielt hat. Wenn wir also unserer sozial- und familienpolitischen Verantwortung gerecht werden wollen, müssen wir bei einem Folgetarif nach unserer

Auffassung auch das Kriterium der Bedürftigkeit mehr berücksichtigen.

(Abg. Lang (SPD): Sehr richtig.)

Ich meine allerdings, diese Diskussion ist nicht zum heutigen Zeitpunkt hier zu führen, sondern in den dafür zuständigen Arbeitskreisen, die es in den Verkehrsunternehmen und im Zweckverband „Personennahverkehr“ gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, damit deutlich gemacht zu haben, daß wir uns diesem Problem in keinsten Weise verschlossen haben, daß wir uns finanziell engagiert haben, daß wir sogar der Auffassung sind, daß über das Bedienungsgebiet der RSW hinaus eine Lösung gefunden werden muß, und daß wir auch der Auffassung sind, daß es durchaus zu hinterfragen ist, ob der Wuermeling-Paß, so wie er jetzt konzipiert ist, auch aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit den Anforderungen einer modernen Gesellschaft überhaupt gerecht wird. Ich hoffe, daß in den Beratungen, die nun anstehen – in den Kreistagen, im Zweckverband „Personennahverkehr“ und wo auch immer –, auch die Mitglieder der CDU die familienpolitische Komponente so vehement vertreten wie hier. Anscheinend war das in der Vergangenheit nicht so. Ich hoffe, daß man zu einer entsprechenden Beschlüßfassung kommt. Deshalb bitte ich, auch in Ihren Reihen dafür zu sorgen, daß das, was Sie von uns verlangen, auch von den Vertretern Ihrer Partei in den anderen Gremien eingebracht wird. – Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Kasper:

Ich erteile das Wort Frau Abgeordneten Gaby Schäfer.

(Abg. Henz (SPD): Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht. – Zuruf des Abgeordneten Schmitt (SPD).)

Abg. Schäfer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte doch noch etwas zu dem Thema, über das wir eben gestritten und diskutiert haben, hinzufügen. Es ist nicht so, daß die CDU gestern im Kreistag St. Wendel dagegen gestimmt hat.

(Zurufe von der SPD.)

Vielleicht hören Sie einmal zu; dann können Sie am Ende sagen, ob ich recht habe. Es ist so, daß die Entscheidung lediglich ausgesetzt worden ist.

(Weiterer Zuruf von der SPD.)

Die CDU hat erklärt, daß sie der Sache positiv gegenübersteht. Positiv gegenüberstehen bedeutet nicht ablehnen, wenn ich das richtig verstehe. Und sie hat auch gesagt, daß sie zunächst mit der VGS und der RSW Verhandlungen führen wird. Die CDU wird rückwirkend zum 1. September den Ausgleich an die Familien für den Wegfall des Wuermeling-Passes zahlen. Ich denke, das ist doch eine ganz klare Aussage und beweist, daß sie sich für diese Sache stark macht.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Kollege Lang, ich darf vielleicht noch eines hinzufügen. Die Bürgerinnen und Bürger im Kreis St. Wendel wissen, daß sie sich auf die CDU verlassen können. Das haben sie bei den letzten Kommunalwahlen gezeigt, und das werden sie bei den anstehenden Landtagswahlen am 5. September auch wieder zeigen. Sie haben nämlich die Erfahrung gemacht, daß die CDU nicht lügt, sondern daß sie ihre Versprechen, die sie gibt, einhält.

Dann noch eine Frage an den Herrn Minister. Wenn Ihnen die Sache schon seit einem Jahr klar ist, warum haben Sie dann nicht längst mit den Entscheidungsträgern in den Kreisen darüber gesprochen, daß in allen Kreisen diese Verhandlungen geführt wer-

(Abg. Schäfer)

den, um eine einheitliche Lösung für das ganze Saarland herbeizuführen? Es würde mich noch interessieren, wie viele SPD-Kreisfraktionen diesen Antrag inzwischen schon gestellt haben, wenn das schon so lange bekannt ist.

Dann möchte ich noch eines sagen. Auch der Landrat Clemens Lindemann hat im Saarpfalz-Kreis eine CDU-Mehrheit.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Kasper:

Meine Damen und Herren, ich habe noch eine Wortmeldung. Ich erteile das Wort an Herrn Abgeordneten Peter Gillo.

Abg. Gillo (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Antragsdebatte, angeleiert von der CDU, war offenbar darauf aus, uns einen Schuß zu versetzen. Ich muß feststellen, der Schuß ging nach hinten los.

(Beifall bei der SPD.)

Daß es Landrat Clemens Lindemann (SPD) war, der als erster für die in seinem Landkreis lebenden Familien das Ding gerettet hat, haben wir bereits festgestellt. Es gibt drei Landkreise, die in großem Maße davon betroffen sind, die Landkreise, in denen keine kommunalen Verkehrsbetriebe existieren. Am Montag hat der Landkreis Merzig-Wadern den gleichen Beschluß gefaßt, nämlich das Modell, das man für den Saarpfalz-Kreis gefunden hat, auch dort einzuführen, nachdem mein Kollege Hans-Georg Stritter dies öffentlich gefordert hat.

(Zurufe von der CDU.)

Es gab einen einstimmigen Beschluß im Landkreis Merzig-Wadern dazu. Auch dort wird das jetzt eingeführt. Dort, wo Sie - und nur Sie - die Verantwortung tragen, wo Sie die Mehrheit haben, hat mein Kollege Lang gestern Abend beantragt, das zu machen. Sie haben das abgelehnt, aus welchen Gründen auch immer. Aber ich höre es gerne, daß Sie den Fehler erkannt haben. Auch im Landkreis St. Wendel wird es föhlich dieses Angebot demnächst geben. Ich freue mich sehr darüber, daß Sie den Fehler bemerkt haben und das korrigieren wollen. Es ist gut für die kinderreichen Familien auch im Landkreis St. Wendel. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident Kasper:

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Annahme des Antrages ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen?

(Zurufe und Heiterkeit bei der CDU.)

Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, daß dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt ist.

(Zurufe von der CDU. - Unruhe.)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, sich zu beruhigen.

Wir kommen zu Punkt 9 der Tagesordnung:

Beschlußfassung über den vom Ausschuß für Eingaben eingebrachten Antrag betreffend Beschlüsse zu Petitionen (Übersicht Nr. 17) (Drucksache 11/2095).

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Annahme des Antrages Drucksache 11/2095 ist, den bitte ich, eine

Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, daß dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses „Zeithammer“ (Drucksache 11/2097).

Ich erteile das Wort zur Berichterstattung Herrn Alfons Vogel.

Abg. Vogel (CDU), Berichtersteller:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Rund eineinhalb Jahre nach dem Abgang von Professor Zeithammer aus seinen verschiedenen Funktionen bei uns im Saarland beschäftigt sich heute der Landtag des Saarlandes - fürs erste abschließend - mit dem Kapitel Zeithammer. Heute geht es um die Ergebnisse des Untersuchungsausschußverfahrens. Der Vorsitzende eines solchen parlamentarischen Gremiums hat in der Plenaraussprache über das Verfahren der Untersuchung die Aufgabe, über den schriftlichen Bericht des Ausschusses und über die zu diesem Bericht gehörenden Sondervoten der Minderheit im Ausschuß zu berichten. Ich gehe einmal - optimistisch, wie ich bin - davon aus, daß es nicht auf den Widerspruch der Kolleginnen und Kollegen des Hauses stößt, wenn ich heute mit einer alten Tradition dieses Hauses breche und lediglich über das Untersuchungsverfahren berichte, nicht aber den Untersuchungsbericht selbst, wie dies in der Vergangenheit oft der Fall war, vortrage. Mir kommt es darauf an, die wesentlichen Gesichtspunkte herauszuarbeiten, um auch denjenigen einen Eindruck von der Arbeit des Untersuchungsausschusses zu vermitteln, die in der Kürze der Zeit keine Gelegenheit gefunden haben, die Landtagsdrucksache 11/2097 vom 23. August diesen Jahres sorgfältig in sich aufzunehmen.

Der Untersuchungsausschuß hat in 38 Sitzungen, von denen die meisten öffentliche Sitzungen zur Beweiserhebung waren, und anhand von zahlreichen Akten insbesondere des Ministeriums für Wirtschaft und Finanzen und des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft, dem die Stiftung Industriekultur zuzurechnen war, sowie mit Hilfe des Landesrechnungshofes versucht, in fast eineinhalb Jahren Untersuchungsausschußtätigkeit die ungefähr gleich lange Zeit des Wirkens von Herrn Zeithammer an der Saar vom Herbst 1996 bis zum Februar 1998 nachträglich zu erforschen.

Hierbei sind, wie Sie den beiden Minderheitsvoten der CDU-Landtagsfraktion und der Landtagsfraktion der Bündnisgrünen entnehmen können, weitreichende Erkenntnisse gewonnen worden, was die Tätigkeit von Professor Zeithammer selbst angeht, was das Geschehenlassen bzw. das Nichttätigwerden der Aufsichtsgremien über Professor Zeithammer betrifft und schließlich was das nachfolgende Bemühen der Landesregierung angeht, sich aus der Verantwortung für den Befund herauszustehlen. Ich sage das ohne jede Polemik und in dem Bewußtsein, daß die Berichterstattung des Ausschußvorsitzenden allen Beteiligten Gerechtigkeit widerfahren lassen muß bzw. objektiv sein muß.

Ich beginne mit dem Mehrheitsvotum, das den Bericht des Ausschusses einleitet und insgesamt 23 Seiten ausmacht, die für den allgemeinen Teil, Abschnitt A und B, von der CDU-Landtagsfraktion teilweise mitgetragen werden. Soweit die CDU-Landtagsfraktion diesen vorausgeschickten Teil nicht auch als ihre Berichterstattung sieht, sondern am Ausschußsekretariatsentwurf, wie er mit dem Ziel einer gemeinsamen Berichterstattung vor der Sommerpause verteilt worden ist, festhält, gibt es den Rückgriff der CDU-Landtagsfraktion auf die ursprüngliche Entwurfsfassung.

In der von der SPD-Landtagsfraktion als Mehrheitsvotum vorgelegten Fassung ist das eine Überarbeitung durch die Mehrheitsfraktion selbst oder durch die Landesregierung. Die ursprüngliche Grundlage für den Konsens hat dabei Änderungen erfahren, die den ursprünglichen Tenor einer rein sachlichen Berichterstattung über den Ablauf des Verfahrens nicht nur redaktionell verkrü-

(Abg. Vogel)

sondern auch stromlinienförmiger gemacht haben mit dem Ziel, die vielen unterschiedlichen Meinungen über Verfahrensfragen unter den Tisch fallen zu lassen.

Dies ist der Grund dafür, daß der Minderheitsbericht der CDU-Landtagsfraktion nachträglich auch einen allgemeinen Teil bekommen hat, der im Bereich der Überarbeitung durch die Ausschlußmehrheit den alten Text wiedergibt. In der Sache selbst geht es um die Feststellung von Betroffenen, die Verteidigung eines Zeugen und die Tätigkeit des Rechnungshofes. Das Mehrheitsvotum der SPD-Landtagsfraktion geht nicht auf die Besonderheit dieses Untersuchungsausschußverfahrens ein, die darin besteht, daß es keinen Betroffenen gibt, soweit ein solcher hätte festgestellt werden können oder müssen.

Professor Zeithammer selbst wollte diese Feststellung für sich, andere Beteiligte, denen die Ausschlußminderheit einen solchen Status einräumen wollte, legten nicht nur keinen Wert auf diese auch mit Schutzrechten verknüpfte Stellung im Verfahren, sondern erreichten über die Mehrheitsfraktion, daß eine solche Feststellung unterblieb. Das wird auch aus dem Mehrheitsvotum nicht deutlich, weshalb es hier in dem Sondervotum der CDU-Landtagsfraktion nachzulesen ist.

(Vizepräsident Ley übernimmt den Vorsitz.)

In der Sache selbst stellt das Mehrheitsvotum anhand der dreizehn Einzelthemen des Einsetzungsbeschlusses fest, wie sich in aller Kürze der Sachverhalt seit dem Anwerben und Aufnehmen der Tätigkeit von Professor Zeithammer zugetragen hat, welche Inhalte sein Wirken an der Saar hatte und welche Ergebnisse seiner weltweiten Aktivitäten vorgefunden wurden, als die Zeit gekommen war, daß sich die Landesregierung durch den Ständigen Vertreter der Frau Ministerin Krajewski in einer Aufhebungsvereinbarung von Herrn Professor Zeithammer trennt und sodann eine Feststellung über die Hinterlassenschaft getroffen hat. Dem Mehrheitsvotum gelingt es, in der Sachverhaltsdarstellung und in der politischen Bewertung ein Geschehen darzustellen, das man als business as usual bezeichnen könnte und auf deutsch in plakativer Form: größere Erwartungen nicht ganz erfüllt, aber auch keine nachhaltigen, im einzelnen festzumachenden Nachteile für das Weltkulturerbe Alte Völklinger Hütte und die anderen in die Tourismusmesse und im Hallengeschäft an der Saar eingebundenen landeseigenen oder im Mitbesitz des Landes befindlichen Körperschaften des privaten Rechts. Ein Defizit von 650 000 DM wurde nicht als Schaden gebucht, sondern aus dem Etat des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft abgezweigt, nämlich aus einem universitätsbestimmten Haushaltsposten, um die Zahlungsunfähigkeit und Konkursreife der inzwischen in Liquidation befindlichen Stiftung Industriekultur abzuwenden.

In seiner abschließenden Bewertung stellt der Bericht der Mehrheitsfraktion zweimal unter Verwendung des Wortes Reibungsverlust fest, daß es solche gegeben habe, die auf – ich zitiere – Organisationsstrukturen zurückzuführen gewesen seien, und hebt hervor, daß der frühere Ministerpräsident Oskar Lafontaine am 2. Mai 1998 hierauf vor Journalisten eingegangen sei und Konsequenzen organisatorischer Art in Aussicht gestellt habe. Eine Seite weiter heißt es dann wörtlich: Zwischenzeitlich hat die Landesregierung alle Aufgaben, die die Entwicklung des Weltkulturerbes betreffen, in einer neuen Gesellschaft unter fachlicher Federführung des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft zusammengefaßt. – Zitatende. An diese Bemerkung schließt sich das Resümee des Berichtes der Mehrheitsfraktion an, das aus einem Satz besteht und wie folgt lautet: Der Ausschuß stellt fest, daß damit die notwendigen Konsequenzen aus den angeführten Reibungsverlusten gezogen worden sind. – Zitatende.

Vorher geht der Bericht der Mehrheitsfraktion auf die Tätigkeit des Rechnungshofes des Saarlandes ein. Der Rechnungshof hat in zwei vorläufigen Prüfmitteilungen die Alte Völklinger Hütte Objektgesellschaft mbH und die Saarland Bau und Boden auf der einen Seite und die Stiftung Industriekultur auf der anderen Seite geprüft und hierüber umfänglich Bericht erstattet. Die vorläufigen

Prüfergebnisse sind für die geprüften Einrichtungen und für die für sie handelnden Personen – um es einmal überaus vorsichtig auszudrücken – nicht von Vorteil. Diese Klippe umschifft der Mehrheitsbericht durch die Feststellung – ich zitiere erneut –: Hierzu stellt der Ausschuß fest, daß es sich um vorläufige Prüfmitteilungen handelt, die noch keine Stellungnahmen der geprüften Institutionen beinhalten. Zur Abgabe dieser Stellungnahmen hat der Rechnungshof eine Frist bis zum 15. August gesetzt. Folglich ist, wie der Rechnungshof selbst darlegt, das Prüfverfahren nicht abgeschlossen. Daher verbietet es sich von selbst, die vorläufigen Prüfmitteilungen oder die dazu ergangenen Stellungnahmen einer Bewertung zu unterziehen. – Zitatende.

Auch auf die Stellungnahmen geht also das Votum der Mehrheitsfraktion ein, denn diese liegen uns seit letzter Woche ebenfalls vor. Sie zeigen, ohne daß dies in irgendeinem Teil der Berichterstattung durch die drei Fraktionen hätte zum Ausdruck kommen können, erhebliche Abweichungen bei der Sicht der Dinge durch die beiden in Betracht kommenden obersten Landesbehörden und der ihnen zuzurechnenden Akteure, nämlich der Herren Staatssekretäre a. D. Reinhard Störmer auf der einen und Dr. Rüdiger Pernice auf der anderen Seite. Die einzelnen zeitlichen Faktoren, als da sind das Ende der Legislaturperiode und das Datum der heutigen Plenardebatte unter dem Aspekt der Diskontinuität sowie eine Auswertung der vorläufigen Prüfmitteilungen und der dazu ergangenen Stellungnahmen und Erarbeitung einer endgültigen Prüfmitteilung, führen dazu, daß die massiven Beanstandungen durch den Rechnungshof bei den einzelnen Institutionen nicht zum Gegenstand der Berichterstattung und daher auch nicht zum Gegenstand der Ausschlußarbeit haben werden können. Hier bleibt einiges aufzuarbeiten, auf das unter anderem die nunmehr abzuhandelnden Minderheitsvoten der beiden anderen Fraktionen im vorab bereits aufmerksam machen.

Drittens. Ich komme in der Abfolge des Ihnen schriftlich vorliegenden Berichtes nunmehr zum besonderen Teil des Sondervotums der CDU-Landtagsfraktion. Unter I von Seite 27 bis Seite 84 des schriftlichen Berichtes des Ausschusses finden Sie weitere Tatsachen, Zahlenmaterial, Aktenauszüge und andere belegte Fakten. Diese sind das Ergebnis einer gemeinsamen Ausschlußarbeit, sie sind aber nicht zum Anknüpfungspunkt einer gemeinsamen Bewertung geworden, sondern haben ihren Niederschlag in dem Teil II des Sondervotums der CDU-Landtagsfraktion gefunden, der sich mit der politischen Verantwortung erstens der Ministerin Christiane Krajewski, zweitens des Ministers für Bildung, Kultur und Wissenschaft und seines Staatssekretärs, Dr. Rüdiger Pernice, befaßt und drittens als Ausflug in die Kommunalpolitik die Verantwortlichkeit des Völklinger Oberbürgermeisters, Hans Netzer, in seinen verschiedenen Nennfunktionen des Untersuchungsgegenstandes aufzeigt: Verwaltungsratsvorsitzender und Vorsitzender des Kreditausschusses der Stadtparkasse Völklingen und Mitglied des Verwaltungsrates der Stiftung Industriekultur.

Zu den beiden in den Untersuchungsgegenstand eingebundenen Ministern der Landesregierung ist auch die CDU-Landtagsfraktion der Auffassung, daß die von niemandem in Abrede gestellten Fehler des Professors Zeithammer nicht als eigenes Fehlverhalten der Landesregierung in toto oder einzelnen zuständigen Regierungsmitgliedern persönlich anzulasten sind. Auch geht die CDU-Landtagsfraktion davon aus, daß Minister nicht im einzelnen wissen und im einzelnen selbst kontrollieren müssen, was im nachgeordneten Bereich en détail im argen liegt. In diese Richtung geht die Kritik der CDU-Landtagsfraktion also nicht. Vielmehr stellt der Bericht der CDU-Landtagsfraktion das grundsätzliche Zurechnungsproblem als politische Verantwortung heraus. Soweit das auch personalisiert werden muß, trifft das die Ressortchefs Wirtschaft und Finanzen, also Frau Christiane Krajewski, und Bildung, Kultur und Wissenschaft, also Herrn Henner Wittling. Es gibt eine weitere Zurechnung der Verantwortung an diese Regierungsmitglieder, nämlich daß die beiden Staatssekretäre dieser Häuser in ihrer persönlichen, teils unterschiedlichen, teils erworbenen Verantwortung und ad personam übertragenen Kontrollaufgabe über die landeseigenen Gesellschaften, in deren Bereich sich das Wirken von Herrn Professor Zeithammer zum Nachteil des Landes

(Abg. Vogtel)

vollzogen hat, wesentlich früher, als von Herrn Störmer und Herrn Dr. Pernice selbst eingestanden, Kenntnisse von Unregelmäßigkeiten hatten.

Diese Kenntnisse vermittelten die vor Ort in der Aufsichtspflicht stehenden Geschäftsführer und Einrichtungen der landeseigenen Gesellschaften. Das sind namentlich der Geschäftsführer Jäger und die Buchhaltung der Saarland Bau und Boden, die eine gemeinsame Buchhaltung für die Alte Völklinger Hütte Objektgesellschaft und die Stiftung Industriekultur führten. Geschäftsführer Jäger und die Buchhaltungsleitung haben bereits im August des Jahres 1997 große Zuordnungsprobleme und Liquiditätsnöte aus den defizitären Veranstaltungen, die Professor Zeithammer überwiegend unter dem Signum der Stiftung Industriekultur durchgeführt hat, nicht nur festgestellt, sondern zum Wissen anderer weitergegeben. Dafür ist ein Geschäftsführer ebenso da und verpflichtet wie das Aufgabe einer Buchhaltung ist, die alleine nicht weiterkommt.

Allerdings ist es im Ausschuß trotz des Studiums der Akten des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens und der Einvernahme der verschiedenen Zeugen bei insistierenden Nachfragen dennoch nicht gelungen, den Nachweis solcher Kenntnis und ihrer Fortentwicklung nach oben über die Staatssekretäre Störmer und Dr. Pernice mit einer an Sicherheit grenzenden Überzeugung zu führen, die bei einem Strafverfahren, um das es bei einem Untersuchungsausschuß beileibe nicht geht, zur Verurteilung ausgereicht hätte.

Dies ist ein grundsätzliches Problem parlamentarischer Untersuchungsausschüsse, die Unregelmäßigkeiten erkennen, aber nicht personell zuordnen können, obwohl die Zuständigkeit auf der Hand liegt. Unter diesem Schutz wird dann zunächst gemauert und, wie zuletzt bei den persönlichen Stellungnahmen der Staatssekretäre Störmer und Dr. Pernice gegenüber dem Rechnungshof nachzulesen, gegenseitige Schuldzuweisung unternommen und das Reinwaschen der eigenen Weste bis zur Lächerlichkeit versucht.

Die politische Bewertung im Sondervotum der CDU-Landtagsfraktion will bewirken, daß, ähnlich wie dies der Landesrechnungshof, wie wir aus Veröffentlichungen wissen, gefordert hat, jedenfalls der Staatssekretär a.D. Reinhard Störmer persönlich für die Nachteile in Regreß genommen wird, die dem Land unter anderem durch die pauschale Auffüllung des Stiftungsvermögens mit einer Sonderzahlung von 650.000 Mark entstanden sind. Dieselbe Forderung erhebt das Sondervotum der CDU-Landtagsfraktion für Herrn Staatssekretär Dr. Pernice, der einzelne Veranstaltungen der Stiftung Industriekultur als solche nicht erkannt haben will, weil sie in deren Wirtschaftsplan nicht gestanden haben, die aber letztendlich auf Kosten der Stiftung Industriekultur und unter deren Brückkopf und Signum sogar in Katalogen, beispielsweise bei der Veranstaltung Schiffe und Stahl, durchgeführt worden sind. Solche Veranstaltungen sind auch auf der Sitzung des Verwaltungsrats der Stiftung Industriekultur besprochen worden, dessen Vorsitzender Herr Staatssekretär Dr. Pernice ist, der bis heute an der Auffassung festhält, daß es sich nicht um Veranstaltungen der Körperschaft handelt, in deren Verwaltungsrat darüber geredet worden ist.

Für die CDU-Landtagsfraktion macht ihr Sondervotum deutlich, daß wegen dieser persönlichen Verantwortung zumindest der beiden genannten Staatssekretäre im Bereich der oberen Akteure die Landesregierung im Verlauf des Untersuchungsverfahrens verhindert hat, vorsichtiger ausgedrückt: keine Beiträge dazu geleistet hat, daß der Schaden festgestellt wird.

In den gemeinsamen Sitzungen der Landtagsausschüsse für Wirtschaft und für Bildung, Kultur und Wissenschaft im Februar und im März 1998 ging die beschwichtigende Berichterstattung der Landesregierung dahin, daß man, wenn ein Schaden entstanden sein sollte, alles daransetzen werde, diesen Schaden festzustellen und betragsmäßig beziffern zu lassen. Im Laufe des Untersuchungsverfahrens haben die mit solchen Aufgaben befaßten oder vermeintlich befaßten Zeugen, nämlich die Wirtschaftsprüfer, da-

gegen bekundet, daß sie einen solchen Auftrag nie erhalten hätten, vielmehr lediglich Abschlußarbeiten machen sollten, wie sie die laufende Wahrnehmung steuerlicher Pflichten jeder Gesellschaft nun einmal mit sich bringt.

Dies ist ein bemerkenswerter Vorgang. Auf der einen Seite verspricht die Landesregierung vor Beginn des Untersuchungsverfahrens dem Landtag, daß der Schaden festgestellt und, wenn ein solcher eingetreten sei, auch im Wege des Rückgriffs kleiner gemacht werde, während auf der anderen Seite nicht nur kein Versuch der Schadensermittlung unternommen worden ist, sondern sich hinterher auch herausstellt, daß die Landesregierung bis heute nicht von einem Schaden zu sprechen bereit ist.

Frau Ministerin Krajewski hat sich ausweislich des stenographischen Berichtes ihrer beiden Zeugenaussagen so verhalten und nicht expressis verbis gesagt, daß sie ihre Beiträge zur Schadensermittlung leisten werde. Dennoch war bei Mitgliedern dieses Hauses der berechnete Eindruck entstanden, mag er auch von einer selbstverständlichen Erwartungshaltung mitgetragen worden sein, daß die Ministerin im ureigensten Interesse des Landes das Ihre dazu beitragen werde, Schäden, die Herr Professor Zeithammer dem Saarland zugefügt hat, zumindest einmal feststellen zu lassen, damit man sich anschließend darüber berät, wie diese Schäden ausgeglichen werden. Tatsache ist, daß es trotz einer solchen Zusage bisher nicht geschehen und offensichtlich auch nicht beabsichtigt ist.

Diese Defizite macht die Berichterstattung der CDU-Landtagsfraktion mit dem Ziel deutlich, daß die Folgerungen daraus nicht der Diskontinuität anheimfallen werden.

Viertens. Ich komme zum Sondervotum der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Dieser Berichtsteil, seinerseits von Seite 111 bis 180 reichend, hat die vom Ausschußsekretariat vorgelegten Formulierungen zur Sachverhaltsfeststellung und zum Ergebnis der Beweisaufnahme aufgegriffen. Ich bedauere auch als Berichtserstatter aus diesem Ausschuß, daß diejenigen, die diesen Untersuchungsausschuß in allererster Linie mit beantragt haben, heute bei der Aussprache nicht mehr dabei sind.

Bei dieser Art der Darstellung eines Sachverhalts ging es mit dem Entwurf, wie er nunmehr im Sondervotum der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen endgültigen Charakter gewonnen hat, darum, die Grundlage für eine gemeinsame Berichterstattung von Mehrheitsfraktion SPD und Minderheitsfraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen zu entwickeln. Derartiges geschieht dadurch, daß eine Sachverhaltsdarstellung – so jedenfalls die Darstellung der Grünen – einen Mittelweg zwischen einem die Landesregierung und Mehrheitsfraktion objektiv unfreundlich behandelnden Aneinanderreihen unangenehmer Tatsachen und dem Verharmlosen geht, also ein vermittelnder Versuch ist, es allen recht zu machen und die Dinge in einer Weise beim Namen zu nennen, daß auch die Minderheitsfraktionen sich darin wiederfinden können.

Das Aufgreifen dieser Sachverhaltsdarstellung durch eine Minderheitsfraktion ist deshalb noch nicht die ganze Wahrheit in ihrer bedrückenden Dimension. Es ist ein freundliches Umgehen mit den tatsächlichen Feststellungen. Im übrigen hat die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in knappen Worten jeweils an die dreizehn Unterthemen des Einsetzungsbeschlusses angeknüpft. Sie sind deshalb weniger freundlich, weil sie mit dem unerfreulichen Geschehen ebenso schonungslos umgehen, wie dies im Minderheitsvotum der CDU-Landtagsfraktion der Fall ist. Die Bewertung der Ereignisse durch die Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen trifft ebenso wie das Votum der CDU-Landtagsfraktion den Kern der Sache.

Ich greife heraus und zitiere zum Einsetzungsbeschluß Unterthema 3, Inhalt: Alimentation und Ergebnis der Tätigkeit von Professor Zeithammer für das Saarland und für die Gesellschaften, in deren Auftrag er gehandelt hat. Es heißt auf Seite 133 des schriftlichen Berichtes: Eine abschließende Feststellung der materiellen Schäden

(Abg. Vogtel)

ist nicht möglich. Die Zusagen, die Ministerin Krajewski im März 1998 gegenüber dem Landtag gegeben hat, die entstandenen Schäden würden erfaßt, ist nicht eingehalten worden. Keine der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften ist mit dieser Aufgabe betraut worden, offenbar aus politischem Kalkül heraus. Als absolute Untergrenze für den Schaden muß die Zuführung von 650.000 DM aus der Landeskasse an die Stiftung Industriekultur angesetzt werden. Insgesamt hat Professor Zeithammer in seiner Amtszeit Ausgaben in Höhe von mehreren Millionen DM getätigt, ohne daß diesen Ausgaben entsprechende Leistungen gegenüberständen. Die Stiftung Industriekultur bzw. das Land befindet sich infolge des Geschäftsgebarens von Professor Zeithammer im Besitz von teuer bezahlten, aber weitgehend unbrauchbaren Gutachten und Masterplänen.

Fünftens; meine Berichterstattung über den Ihnen vorliegenden schriftlichen Bericht kommt damit zum Ende. Es ist auch über die Arbeit des Untersuchungsausschusses als solcher zu berichten. Hierzu erlauben Sie mir noch einige wenige Worte.

Ich danke zunächst einmal allen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses für ihr engagiertes Mitwirken. Dies gilt für die Mitglieder aller Fraktionen gleichermaßen. Jeder hat das Seine dazu beigetragen, mag auch ein gewisser politischer Handlungsdruck Maß und Ziel der einzelnen Beiträge gewesen sein. Dies ist nun einmal so und war bei uns in diesem Untersuchungsausschuß auch nicht anders.

Der Dank des Untersuchungsausschusses gebührt aber auch der Verwaltung des Landtages. Sie hat durch den Ausschußsekretär und ihre Beiträge zum reibungslosen Ablauf von 38 Sitzungen mit 45 Zeugen, mit Beweisaufnahmen und einem durchgeführten und einem vorbereiteten Gerichtsverfahren sowie der Erstattung von verfahrensrechtlichen Rechtsgutachten innerhalb von Tagen und Stunden wesentlich dazu beigetragen, daß der Ausschuß seine Arbeit leisten konnte. Der Stenographische Dienst hat alles, was wir in vielen Stunden von Beratungssitzungen und öffentlichen Beweisaufnahmen von uns gegeben, ausgetauscht und in die oft hitzige Debatte eingeworfen haben, ebenso getreulich aufgeschrieben wie die Antwort der Zeugen.

(Beifall des Hauses.)

Das alles haben wir für den Fortgang der Arbeiten als stenografisches Protokoll sehr schnell zur Verfügung gestellt bekommen. Allen Beteiligten gilt dabei unser herzlicher Dank.

(Beifall des Hauses.)

Schlußendlich hat auch der Landesrechnungshof, seinen verschiedenen Bedenken am Ende nicht mehr folgend, den Ausschuß an den Ergebnissen seiner Prüftätigkeit teilhaben lassen, was nicht ex pressis verbis in die Berichterstattung hat einfließen dürfen, was uns dennoch aber eine große Hilfe war. Daher auch dem Rechnungshof des Saarlandes und seinen Beamten herzlichen Dank.

(Beifall des Hauses.)

Im übrigen bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD.)

Vizepräsident Ley:

Ich bedanke mich bei dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abgeordneter Albrecht Feibel.

Abg. Feibel (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Zeit hamma“. Dieses interessante Wort hat der Altministerpräsident Oskar Lafontaine geprägt, um die Arbeit des Untersuchungsausschusses in der Zeithammer-Affäre zu charakterisieren. „Geld hamma“ – hat er in der gleichen Presskonferenz zwar nicht wörtlich gesagt, aber er hat

zum Ausdruck gebracht, daß da mal eine Million fehlt, brauche weder Regierung noch Landtag noch gar den Steuerzahler aufzuregen. So wurde es der Öffentlichkeit bedeutet.

Gab es da nicht wichtigere Probleme, die unser Land betreffen? Muß man sich mit solchen Peanuts herumschlagen? Dies war der Eindruck, den der damalige Ministerpräsident der Öffentlichkeit vermitteln wollte. Ja, meine Damen und Herren von der Regierung – der Ministerpräsident ist nicht da, um die Ergebnisse dieses Ausschusses mit uns zu diskutieren –, der Rechnungshof hat festgestellt, daß die Ära Zeithammer dieses Bundesland mal gerade zwei Millionen DM gekostet hat. Klar, was sind schon zwei Millionen? Wenn man sich dann den Schlußbericht der Noch-Mehrheitsfraktion durchliest, reibt man sich zudem verduzt die Augen. Geld weg – nichts passiert – Hauptsache, schön war es. So der kurze Nenner, auf den Sie, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, die Affäre bringen. Nach „Zeit hamma“, „Geld hamma“, fehlt jetzt nur noch „Kä Luschd hamma“, um das zu beschreiben, wie die Landesregierung versucht hat, greifbare Mißstände auszusitzen und mit welchem „Engagement“ die Mehrheitsfraktion im Landtag sich an der Aufklärung einer Affäre beteiligt hat, die die Art und Weise, wie dieses Land regiert worden ist, charakterisiert.

Lassen Sie mich die Dinge kurz benennen, wo Fehler gemacht worden sind, wo Schäden entstanden sind, wo das Vertrauen in Staat und Politik, denkt man einmal über die Verantwortung nach, gelitten hat. Lassen Sie mich einmal exemplarisch die wesentlichen Punkte herausarbeiten. Erstens. Das Auswahlverfahren Zeithammer war stümperhaft. Zweitens. Keiner der Minister aus der Regierung Lafontaine, die beteiligt waren – Sie, Frau Krajewski, oder Sie, Herr Wittling –, wußte genau, was sie, was er wollte. Ein genaues Konzept zu entwickeln, wie sie den hochdotierten Multimanager einsetzen wollten, hat sich niemand so richtig die Mühe gemacht.

Sie, Herr Wittling, haben dies auf den schönen Satz von einfacher Klarheit gebracht: Koordination der Tätigkeiten von Herrn Professor Zeithammer sollte in seiner Person erfolgen. Deutlich wurde am Fall Zeithammer, daß es Ihnen gelungen ist klarzumachen, daß Sie den Begriff Privatisierung heftig mißverstanden haben. Nicht nur zu Zeiten Zeithammers gab und gibt es eine Vielzahl verschiedenster landeseigener Firmen und juristischer Personen, deren Multimanager keinen Überblick mehr haben, um es nochmals mit dem Ausdruck eines Zeugen vor dem Untersuchungsausschuß treffend zu sagen, welchen Hut sie gerade aufhaben – anders: für welche Firma sie gerade einmal tätig sind, wie das abgegrenzt wird und daß man da auch bisweilen in Interessenkollisionen kommen kann.

Nun liegt es mir fern, der Landesregierung mit ihren Heerscharen von Juristen hier einen Rat aufdrängen zu wollen. Auch wenn Geschäftsführer für mehrere juristische Personen, für mehrere Firmen tätig sind, haben sie Sorgfaltspflichten gegenüber diesen juristischen Personen. Wenn es sich zudem um Geschäftsführer von landeseigenen Firmen handelt – nehmen wir einmal das Beispiel des Herrn Jäger –, so sind sie damit auch zu besonderer Fürsorge und Treue gegenüber dem Gesellschafter verpflichtet. Mit diesem Einwurf meine ich nicht nur den Punkt, daß nach den Feststellungen des Rechnungshofes die AVH GmbH, eine landeseigene Firma, Aushilfslöhne nicht versteuert hat.

Ich meine damit nicht nur, daß bereits Mitte März 1997 dem Geschäftsführer Jäger der LEG, der SBB und später AVA – welches ein Talent! – bekannt war, daß Zeithammer mit vollen Händen das Geld ausgab, das der SBB gehörte und das er gar nicht ausgeben durfte. Ich meine damit nicht nur, daß Jäger an Sitzungen des Verwaltungsrates der Stiftung Industriekultur teilgenommen hat, in denen über Veranstaltungen diskutiert wurde, die nur aus dem Topf der AVH, SBB oder aus dem Topf der Stiftung Industriekultur bezahlt werden konnten. Jemand wie dieser Multi-

(Abg. Feibel)

geschäftsführer Jäger mußte aber wissen, daß in keinem der Wirtschaftspläne für SBB oder AVH oder Stiftung Derartiges vorgesehen war.

(Zuruf des Abgeordneten Lauer (SPD).)

Ja, was ist denn die Aufgabe eines solchen Geschäftsführers? Kollege Lauer, ich gucke Sie deshalb an, weil Sie mir immer zustimmend zunicken.

(Heiterkeit. - Zurufe von der CDU.)

Entschuldigung, Kollege Lauer, daß ich das mißverstanden habe, es tut mir leid. - Was ist denn die Aufgabe eines solchen Geschäftsführers, wenn nicht so etwas zu kontrollieren? Von daher hat der Rechnungshof ganz zutreffend empfohlen, Schadenersatzansprüche gegen Herrn Jäger zu prüfen. Sie, verehrte Frau Ministerin, haben schon frühzeitig - 1998 - deutlich gemacht, wie vornehm der Gesellschafter Saarland mit seinen hochdotierten Geschäftsführern umgeht. Schadenersatz? Ist bei uns nicht üblich.

Juristen haben mir gesagt, daß ein Verhalten wie das von Herrn Jäger, wenn schon nicht als vorsätzlich, so doch zumindest als grob fahrlässig zu bezeichnen ist. Grobe Fahrlässigkeit habe ich auch den Staatssekretären Störmer und Dr. Pernice, aber auch Ihnen, Frau Ministerin, vorzuwerfen. Der Kultusminister hat uns im Untersuchungsausschuß gesagt, daß er sich über die ganze Angelegenheit Zeithammer aus der Saarbrücker Zeitung informiert hat. Da fällt es mir schwer, dies einfach als grob fahrlässig zu bezeichnen. Fest steht nach unseren Erhebungen, meine Damen und Herren, daß Herr Staatssekretär a.D. Störmer nicht nur an seinem Haus Wohltaten der Schwarzarbeit empfangen hat - wie auch Professor Zeithammer -, nein, Herr Störmer wußte ebenso wie Herr Jäger bereits 1997 über die Eskapaden Bescheid.

(Abg. Schmitt (SPD): Woher wollen Sie das wissen?)

Und gemacht hat er nichts. So war es diesem Mitglied der Landesregierung spätestens im November 1997 bekannt, was Herr Jäger wußte. Zeithammer gab aus, was er nicht ausgeben durfte. Der Herr Aufsichtsratsvorsitzende der SBB/AVH und stellvertretende Verwaltungsratsvorsitzende der Stiftung Industriekultur, auch er mußte, und dieses Wenige war ihm zumutbar, wissen, daß Zeithammer Veranstaltungen machte, die in keinem Wirtschaftsplan aufgeführt waren. Ich meine beispielsweise „Schiffe und Stahl“, „Pow-Wow“ oder „Erzengel“. Statt, wie vom Rechnungshof gefordert, über Schadenersatzansprüche gegen Herrn Störmer nachzudenken, haben Sie, verehrte Frau Ministerin, dem Herrn Staatssekretär höhere Weihen angedeihen lassen. Er nimmt nun die Interessen unseres Landes bei der Deutschen Steinkohle AG wahr.

Auch Herr Staatssekretär Pernice ist verantwortlich für das Desaster. Sein Job als Verwaltungsratsvorsitzender der Stiftung Industriekultur war, nicht ungefragt und ungeprüft jeden Kandidaten als Vorstand der Stiftung zu übernehmen. Hauptsache, er ist in der SPD. Sein Job war es nicht, mit glühenden Augen in mehreren Verwaltungsratssitzungen anzuhören, was denn die Stiftung Industriekultur alles für schöne Veranstaltungen durchführt, ohne zu fragen, wer das alles schließlich bezahlt, nämlich der Steuerzahler. Sein Job war es auch nicht, Zeithammer nur mal so schalten und walten zu lassen, ohne daß ihn die Abgrenzung der Arbeit in den fünf juristischen Personen, für die Zeithammer tätig zu sein hat, auch nur im mindesten interessierte. Der Ministerpräsident ist im Moment zwar nicht da, aber trotzdem muß ich ihm ins Stammbuch schreiben: Hier wird ein weiteres Problem deutlich, das mit den Grundsätzen der Verwaltung in diesem Land zusammenhängt. Wenn ein Staatssekretär als Zeuge vor dem Untersuchungsausschuß auftritt und erklärt, daß er in knapp 30 Aufsichtsräten und Verwaltungsräten zu sitzen hat - ich habe bei der Überprüfung vor der Kommunalwahl festgestellt, Landrat Lindemann bringt es sogar auf 40 Ämter, Posten, Mandate usw. -, so ist dies überaus

ehrenvoll, macht jedoch gleichzeitig deutlich, daß so einer seinen Job eigentlich nicht ordentlich machen kann.

(Abg. Schmitt (SPD): Alter Neidhammel. - Heiterkeit.)

Dieses Defizit zu erkennen ist vielleicht auch Aufgabe eines Multifunktions. Dieses Defizit abzustellen ist der Job desjenigen, der die Politik vorgibt, der ein Konzept umzusetzen hat. Wenn er es denn hat! Sicher, und das muß der Herr Ministerpräsident zur Kenntnis nehmen, dafür hat man Fachminister. Diese Fachminister, Wittling und Krajewski, haben im vorliegenden Fall ihren Job nicht gemacht. Wir haben Ihnen vorgeworfen, Frau Krajewski, zuzulassen, daß landeseigene Firmen Steuern nicht bezahlen. Sie haben sich zurückgelehnt und warten, bis Gras darüber gewachsen ist. Wir haben Ihnen vorgeworfen, daß Sie Gesellschaftsrechte des Saarlandes in den landeseigenen Firmen ausüben und dem Tun von Zeithammer rechtzeitig einen Riegel hätten verschieben müssen. Sie warten, bis darüber Gras gewachsen ist. Wir haben Ihnen vorgeworfen, daß Zeithammer einen erheblichen Schaden verursacht hat. Sie haben zugesagt, den Schaden feststellen zu lassen, und warten, bis sich niemand mehr daran erinnert. Tatsächlich, verehrte Frau Krajewski, haben Sie alles andere gemacht als einen Auftrag an Wirtschaftsprüfer oder sonstige kompetente Stellen zu erteilen, um den Schaden, den Herr Professor Zeithammer verursacht hat, festzustellen.

Fest steht: Das Land hat außerplanmäßig und kurzfristig zur Vermeidung der Zahlungsunfähigkeit der Stiftung Industriekultur 650.000 DM zuschießen müssen. Fest steht, die Stiftung hat weitere Prozesse verloren, etwa gegen den Unternehmer Tamm, und muß weitere Gelder bezahlen. Fest steht, daß die AVH, deren Engagement bei der Stiftung Industriekultur und der Alten Völklinger Hütte auf 200.000 DM begrenzt sein sollte, gemeinsam mit der SBB mit über einer Million DM ausgeholfen hat.

Nun kann man versuchen, juristisch spitzfindig zu sein, wie der Zeuge Dr. Krajewski vor dem Untersuchungsausschuß, und erklären, ein Schaden sei nicht entstanden. Eine Äußerung, die der Stiftungsvorstand Krewer, auch ein Jurist, wiederholt. Fakt ist jedoch, daß diese Zahlungen geflossen sind. Fakt ist, daß damit Dinge bezahlt worden sind - etwa bei der Werbeagentur MCM -, von denen selbst Ihre Spezialisten feststellten, daß Leistungen und Gegenleistungen nicht miteinander korrespondierten. Infa ist, Frau Ministerin, daß Sie den Leuten vorgaukeln, Sie würden jetzt das machen, was ein ordentlicher Kaufmann machen würde: den Schaden feststellen und den Verursacher haftbar machen. Hier haben Sie den Landtag und die Öffentlichkeit getäuscht. Sie versuchen nur zu vertuschen und alles nach Möglichkeit auf Zeithammer abzuschieben.

Meine Damen und Herren, wenn man die Tätigkeit von Zeithammer sieht - Entschuldigung, ich habe nicht „Professor Zeithammer“ gesagt -, so ist hier noch die Professur in einer saarländischen Hochschule zu erwähnen, die tatsächlich nicht widerrufen wurde. Das erinnert einen an das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“. Da holt sich eine Landesregierung einen Manager, der kostet im Jahr 300.000 DM, der fährt mit vier Leuten drei Tage in die USA, gibt dort 117.000 Mark aus und erntet einen 80-Zeilen-Artikel in der Saarbrücker Zeitung. Der Manager fährt nach Mailand, gibt über 40.000 DM aus und jedermann glaubt, daß durch diese beiden Maßnahmen der Tourismus an der Saar angekurbelt worden ist. Was nicht stimmt.

Der Manager macht den Kongreß Saar-Premium in Saarbrücken, zu dem 35 Leute aus dem Bundesgebiet kommen, und verursacht allein durch diese Maßnahme ein Defizit von 350.000 DM! Also das ist noch ein bißchen billiger als das Essen des Herrn Lafontaine, das jetzt in der Schweiz stattfindet, das kostet 12.000 DM. Hier sind es pro Person nur 10.000 DM. Der Manager macht für eine Woche eine Veranstaltung „Schiffe und Stahl“ - jeder, der solche Veranstaltungen macht, weiß, daß Derartiges länger dauern muß - und verursacht dadurch ein Defizit von 400.000 DM. Der

(Abg. Feibel)

Manager macht eine Veranstaltung „Pow-Wow“ und verursacht ein Defizit von über 200.000 DM. Und überall klatschen die Mitglieder der Landesregierung Beifall.

(Abg. Schmitt (SPD): Nicht nur die. Die Opposition auch!)

Herr Kollege Schmitt, wenn es nicht um das Geld des saarländischen Steuerzahlers ginge, könnten wir Witze darüber machen.

(Abg. Schmitt (SPD): Das ist kein Witz.)

Aber das ist zu ernst, als daß wir hier Witze darüber machen.

Der Manager läßt die Sozialministerin einen Erzeugelpreis verleihen. Das kostet 100.000 DM. Der Manager bestellt – nicht etwa bei einer saarländischen Werbeagentur, nein, eine Schweizer Firma muß es sein – Gutachten, Analysen, Werbekonzepte, zum Beispiel, man höre, über Jugendkriminalität in China, meine Damen und Herren. Ich wiederhole: Zur Jugendkriminalität in China! Und Sie von der Landesregierung, von der SPD-Fraktion stellen sich ernsthaft hin und behaupten, das koste nun mal Geld. Das alles sei nicht kostendeckend durchzuführen. Das alles sei doch sehr schön gewesen und vor allen Dingen in Ordnung. Meine Damen und Herren, über Jugendkriminalität in China! Die politischen Aktivitäten des Saarlandes sind geradezu weltumspannend. Dieser Auftrag war an sich unsinnig. Frau stellvertretende Ministerpräsidentin, Frau Finanzministerin, warum haben Sie nicht trotz des SPD-Parteibuches der Beteiligten emotionslos festgestellt, daß Kosten und Nutzen nicht in einer Relation zueinander standen, daß Zeithammer die Regeln übertreten hat und die Kontrolleure Pernice und Störmer sowie Jäger ihre Aufgaben grob vernachlässigt haben und für den Schaden eigentlich geradestehen müßten?

(Beifall bei der CDU.)

Warum schämen Sie sich einzugestehen, daß Fehler passiert sind? Für mich ist das Fazit dieses Untersuchungsausschusses, daß Verwaltungshandeln in diesem Lande mehr sein muß als das verschreckte Vertuschen grob fahrlässiger Schlamperei, daß die Organisation, die verschachtelt, unübersichtlich und mit wenig Verantwortung abgewickelt wird, aufgelöst werden muß. Da meine ich zum Beispiel: LEG, SBB, AVH. Für mich ist Fazit dieses Untersuchungsausschusses, daß es offensichtlich einigen darum geht, der Öffentlichkeit etwas vorzugaukeln. Erschreckendes Fazit dieses Untersuchungsausschusses ist, daß Sie, Frau Krajewski, und der Mann, den Sie auch noch vertreten, Herr Klimmt, Ihren Leitungsfunktionen nicht gerecht geworden sind und die notwendigen Konsequenzen nicht gezogen haben.

Wenn dies mit dem Wahlkampf zusammenhängt hat, bedauere ich dies. Ich erwarte zwar auch, daß der Obmann der SPD-Fraktion, Herr Kollege Schmitt, der im übrigen ebenfalls zu den Defiziten der Stiftung Industriekultur mit beigetragen hat – wenn auch nur mit einem geringen Betrag – aufstehen wird, um festzustellen: Nichts ist passiert, niemand hat einen Fehler gemacht, selbstverständlich außer Zeithammer, alles in bester Ordnung.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wenn die Politik nicht beginnt zu verstehen, daß derjenige, der Fehler macht, auch dafür einzustehen hat, gleich welches Parteibuch er besitzt, schadet dies dem Staat, für den wir Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU.)

Es schadet dem Ansehen der Politik und der Politiker in der Öffentlichkeit. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ley:

Meine Damen und Herren, das Wort hat der Abgeordnete Leo Stefan Schmitt.

Abg. Schmitt (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion hat von Anfang bis zum Ende die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses Zeithammer mitgetragen. Gleichwohl hatte sie von Anfang an deutlich gemacht – und es war für jeden deutlich –, daß es keine tatsächlichen und nachvollziehbaren Gründe gab, einen derartigen Ausschuß einzusetzen. Ich habe dies bereits bei der Debatte zur Einsetzung dieses Ausschusses dargelegt, aber das Minderheitenrecht hat sich durchgesetzt. Dies ist auch gut so in der Demokratie, daß man derartige Ausschüsse mit Minderheit beschließen kann.

Es war von Anfang an offenkundig, daß nicht die tatsächliche Aufarbeitung von angeblichen Mängeln in der Arbeit der Landesverwaltung und auch der Regierung ausschlaggebend für die Einsetzung des Ausschusses wie folgend auch für die Arbeit des Ausschusses war, sondern ausschließlich der Versuch, politische Stimmung mit einem in der Öffentlichkeit als neutral und auch objektiv geltenden Ausschuß zu machen und politisches Kapital daraus zu schlagen. Ich weiß ja, wie dieser Ausschuß, wie die Einsetzung des Ausschusses und die Tätigkeit des Herrn Zeithammer ab dem Februar des Jahres 1998 von den saarländischen Medien – ob von den Printmedien oder vom Rundfunk beurteilt wurde. Herr Zeithammer war den Medien und auch vielen Mitgliedern dieses Hohen Hauses immer ein verlässlicher Partner, wenn es darum ging, Zeilen zu schreiben bzw. neben ihm dann auch noch im Bild abgelichtet zu werden.

(Zurufe von der CDU.)

Nein. Das gilt insbesondere für die Damen und Herren, die sich jetzt so vehement dagegen wehren.

(Lachen bei der CDU.)

Wenn ich mir heute ansehe, wie die Presseberichterstattung darüber stattfindet, stelle ich ganz einfach fest, es ist kein Mensch von der Saarbrücker Zeitung mehr da. Sie werden sehr wahrscheinlich am Radio wieder zuhören. Der Saarländische Rundfunk überträgt noch im Hörfunk. Herr Piontek, der uns fast wie ein Ausschußmitglied als überregionaler Journalist die ganze Zeit begleitet hat, ist der einzige, der noch da ist.

(Abg. Beck (CDU): Was schließen Sie daraus? – Weitere Zurufe von der CDU.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist genau der Punkt, daß offensichtlich die Luft für die Öffentlichkeit und für die Medienberichterstatte aus diesem Ausschuß und aus dem heutigen Bericht heraus ist. Meine Damen und Herren, wie wenig der SPD-Landtagsfraktion an einer immer wieder wahrheitswidrig und propagandamäßig in den Raum gestellten Behinderung des Untersuchungsausschusses lag, zeigt ganz allein und am deutlichsten die Tatsache, daß sie den nach der Geschäftsordnung ihr zustehenden Ausschußvorsitz freiwillig an die CDU abgetreten hat. Es war in der Tat so, daß nach der Geschäftsordnung des saarländischen Landtages die SPD-Fraktion nach d'Hondt diesen Ausschußvorsitz hätte bekommen sollen und bekommen müssen. Wir haben diesen Ausschuß an die CDU-Fraktion abgetreten.

(Zuruf des Abgeordneten Vogel (CDU).)

Meine Damen und Herren, wer dann noch versucht, über Monate hinweg in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, die SPD habe etwas zu verschweigen oder die SPD versuche, irgend etwas zu vertuschen, dem nimmt das in der Tat niemand ab.

Mit der landläufig geltenden Meinung, ein Mitglied eines Untersuchungsausschusses – und insbesondere dessen Vorsitzender – sei an eine besondere Neutralitätsverpflichtung im Hinblick auf die auf das Verfahren anzuwendenden Vorschriften der Strafprozeßordnung gebunden, haben Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion, gründlich aufgeräumt. Was die Berichterstattung nach den Sitzungen anging, habe ich oft den Eindruck

(Abg. Schmitt)

gehabt, daß ich in anderen Sitzungen war oder daß vielleicht das eine oder andere anders herübergekommen ist. Aber die schlagwortartige Presseberichterstattung, die Sie anschließend gemacht haben, hat wirklich sehr häufig und in den meisten Fällen mit dem tatsächlichen Ablauf der Sitzungen wenig zu tun gehabt. Ich bin jetzt zwanzig Jahre Mitglied dieses Parlaments und fast in allen Untersuchungsausschüssen gewesen. Es war immer deutlich geworden – auch bei den Abschlußberichten –, daß wir insbesondere bei allen Vorgängerausschüssen die Tätigkeit des Ausschußvorsitzenden wegen seiner Neutralität loben durften.

Herr Vogtel, ich muß Ihnen das Kompliment machen: Sie sind der erste Ausschußvorsitzende, bei dem es uns wirklich nicht gelingt, Sie wegen Ihrer Neutralität zu loben. Ganz im Gegenteil, Sie haben sehr parteipolitisch diesen Ausschuß geleitet. Aber deswegen waren Sie auch sehr wahrscheinlich von Ihrer Partei mit dem Ausschußvorsitz betraut worden.

(Abg. Vogtel (CDU): Das ist eine Folge selektiven Wahrnehmungsvermögens.)

Die SPD-Fraktion hatte sehr viel Interesse daran. Es war uns sehr daran gelegen, einen gemeinsamen Schlußbericht zu erstellen. Wir hatten ein Verfahren zur Erstellung eines derartigen gemeinsamen Berichtes in der Sitzung am 22. Juni 1999 abgesprochen. Nach dieser Absprache sollte ein Berichtsentwurf des Ausschußsekretariats bis zum 9. Juli erstellt werden, der mit Änderungsvorschlägen der Landtagsfraktionen bis zum 26. Juli versehen werden und dann in einer Sitzung am 17. August endgültig beraten werden sollte. Wir wollten uns also am 9. Juli zusammensetzen und versuchen, einen gemeinsamen Bericht hinzubekommen.

Ich hatte einige Tage vor diesem 9. Juli eine Einladung im Internet gesehen – sie wurde auch bei den einzelnen Damen und Herren der Presse gehandelt und verteilt –, daß die CDU-Landtagsfraktion genau zu diesem Zeitpunkt am 9. Juli eine Pressekonferenz einberufen hatte, in der sie einen Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses Zeithammer vorstellen wollte. Nun hatte ich gedacht, das wäre ein Abschlußbericht, der das Minderheitsvotum der CDU darstellt. Aber die CDU hat es in der Tat fertiggebracht und hat einen 84seitigen Bericht vorgelegt. Dieser Bericht wurde überschrieben mit: Untersuchungsausschuß Zeithammer, Schlußbericht. Dies zieht sich durch alle 84 Seiten. Oben rechts steht: Schlußbericht. In einer korrigierten Fassung wurde dann vor etwa acht Tagen dieser Schlußbericht geändert in Schlußbericht der CDU-Fraktion.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dieser Unkorrektheit, die Sie dort auch wieder begangen haben, haben Sie den Unkorrektheiten der Sitzungen in den vorhergegangenen Wochen und Monaten tatsächlich die Krone aufgesetzt. Was man dort als Schlußbericht deklariert hatte, war nichts anderes als der Bericht der CDU-Fraktion. Der steht nach wie vor so im Internet. Man sollte einmal die Frage in den Raum stellen, ob das ein vernünftiges Umgehen miteinander ist.

Meine Fraktion und ich haben es auch für bemerkenswert erachtet, daß ein Mitglied des saarländischen Verfassungsgerichtshofes für die CDU-Landtagsfraktion als juristischer Beistand während der gesamten Laufzeit des Ausschusses anwesend war. Ich sage dies deswegen, weil gerade Untersuchungsausschüsse in hohem Maße – das zeigt die Vergangenheit, das zeigt auch der Blick über die Landesgrenzen hinweg – auf Zusammenarbeit beziehungsweise auf Kontrolle durch das Verfassungsgericht angewiesen sind. Ich hätte mir wirklich so viel Fingerspitzengefühl in der CDU-Fraktion gewünscht, daß man, wenn man schon ein Anwaltsbüro beauftragt, zumindest nicht einen Kollegen beauftragt, der dem Landesverfassungsgericht angehört.

Ich will aber hier noch mal für meine Fraktion sagen, daß es gelegentlich erheiternd und ermunternd war, wie der Kollege Jurist, der Herr Rechtsanwalt die einzelnen Fragen, die die Mitglieder der CDU-Fraktion von diesem formuliert vor sich liegen hatten, dann auch noch erläutern und erklären beziehungsweise

Fragen nachschieben mußte, weil offensichtlich die Fragen und die Antworten nicht richtig verstanden worden waren. Es war wirklich erheiternd, wie die CDU-Fraktion ihre gesamte Arbeit in diesem Ausschuß durch diesen Rechtsanwalt hat leiten lassen.

Nun zum Verfahren. Nach Bekanntwerden des Rücktritts von Professor Zeithammer von seinen Funktionen am 14. Februar 1998 fanden am 19. Februar und am 6. März 1998 gemeinsame Sitzungen des Landtagsausschusses für Wirtschaft und des Landtagsausschusses für Bildung, Kultur und Wissenschaft statt. In diesen beiden mehrstündigen Sitzungen beantworteten die Vertreter der Landesregierung – Ministerin Krajewski, Minister Wittling und die Staatssekretäre Dr. Pernice, Störmer und Dr. Christmann – alle gestellten Fragen.

Diese Fragen bezogen sich insbesondere auf die Umstände des Wechsels von Professor Zeithammer von Hamburg an die Saar – es wurde in diesen beiden Sitzungen in epischer Breite dargelegt, wie der Wechsel vonstatten ging –, auf die Beschäftigungsverhältnisse und das Einkommen von Herrn Professor Zeithammer, auf durchgeführte und geplante Veranstaltungen im Weltkulturerbe Alte Völklinger Hütte, auf Reise- und Repräsentationstätigkeiten von Professor Zeithammer. Bereits in diesen beiden Sitzungen wurden Zahlen auf den Tisch des Hohen Hauses gelegt, die vorhin vom Kollegen Feibel noch mal wiederholt wurden. Die Fragen bezogen sich weiterhin auf den Umgang mit Budgets und Wirtschaftsplänen der Gesellschaften, für die Professor Zeithammer tätig war.

Auch in diesen beiden Sitzungen kurz nach dem Niederlegen der Tätigkeiten durch Professor Zeithammer wurde in epischer Breite über diesen Umgang mit Budgets informiert und über die Umstände der Information der Öffentlichkeit eingehend Auskunft gegeben, dies auf dem Stand der Erkenntnisse zum damaligen Zeitpunkt. Ich muß hinzufügen: Alle Regierungsvertreter – sowohl die Frau Ministerin und der Herr Minister als auch die drei Staatssekretäre – haben nachdrücklich angeboten, weitergehende Informationen, die zum damaligen Zeitpunkt einfach noch nicht vorliegen konnten, dem Landtag zur Verfügung zu stellen und jederzeit in jede Ausschusssitzung zu kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Feibel (CDU).)

In vertraulicher Sitzung, Herr Kollege Feibel, wurden auch die Fragen, die die Persönlichkeitsrechte von Beschäftigten der Landesregierung oder von ihr kontrollierten Gesellschaften betrafen, ausgiebig beantwortet. Sie wurden über die Bezahlung des Herrn Professor Zeithammer in den verschiedenen Gesellschaften bis auf den Pfennig genau informiert. Sie haben alle Unterlagen und Zahlen erhalten und alle Fragen beantwortet bekommen, die Sie gestellt hatten. Daß die Vertraulichkeit, die in einer derartigen Ausschusssitzung hergestellt werden mußte zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte, dann anschließend von dem einen oder anderen nicht mehr so durchgehalten werden konnte bei seinen Gesprächen mit anderen oder mit Dritten oder mit Pressevertretern, ist eine andere Frage. Aber Sie haben alle notwendigen Informationen in diesen beiden Sitzungen erhalten.

Die Mitglieder der Landesregierung legten dar, daß sie rasch und – ich würde sagen – sofort nach Bekanntwerden der Fehler von Professor Zeithammer bei seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Vorstand der Stiftung Industriekultur Konsequenzen gezogen haben, die auch zur Beendigung der Tätigkeit in anderen Bereichen führten. Es wurde bekanntermaßen die Konsequenz gezogen, daß die gemeinsame Arbeit mit Professor Zeithammer in verschiedenen Gremien beendet wurde.

Die in 38 Sitzungen des Untersuchungsausschusses erfragten und ermittelten Sachverhalte haben im wesentlichen alle Aussagen und Mitteilungen aus diesen beiden Ausschusssitzungen bestätigt und teilweise konkretisiert.

(Abg. Feibel (CDU): Wie sieht es mit der Haftung aus?)

(Abg. Schmitt)

Wir haben also im Grunde genommen 38 Sitzungen dafür verwendet, um noch mal nachzufragen, ob das, was die beiden Minister und drei Staatssekretäre uns in zwei Sitzungen erklärt haben, auch alles stimmt. Das war der wesentliche Punkt, den wir dort erarbeitet haben.

Ich sage auch, auf die Reibungsverluste, die bekanntermaßen aufgetreten sind und die auf die Organisationsstrukturen zurückzuführen waren, war Ministerpräsident Lafontaine bei einem Gespräch mit Journalisten am 2. Mai 1998 bereits eingegangen. Er hat Konsequenzen organisatorischer Art angesprochen und entsprechende Änderungen in Aussicht gestellt. All das, was wir Monate später mühsam versucht haben, im Ausschuß durch verschiedene Aussagen noch mal zu belegen, hat der Ministerpräsident bereits am 2. Mai vergangenen Jahres in der Öffentlichkeit vertreten.

Herr Professor Zeithammer hat von seinem Aussageverweigerungsrecht Gebrauch gemacht, aber eine kurze persönliche Stellungnahme in der Sitzung des Untersuchungsausschusses abgegeben. Das war in der ersten Sitzung, als wir ihn dann anschließend ins Gefängnis stecken wollten – wohl etwas übers Ziel hinausgeschossen. Aber da waren wir dann der Meinung, das müßte so sein, zumindest die Ausschlußminderheit vertrat diese Auffassung. In der Stellungnahme wurde im wesentlichen auf angebliche Zusagen finanzieller Art eingegangen, ohne diese konkret zu benennen. Herr Professor Zeithammer unterstellte, daß bei Einhaltung dieser angeblichen Zusagen kein Defizit bei der Stiftung Industriekultur angefallen wäre.

Der Ausschuß – ich sage dies ganz deutlich auch für die SPD-Fraktion – stellt fest, daß die Zeugeneinvernahmen allesamt ergeben haben, daß derartige Zusagen nicht gemacht und auch nicht in Aussicht gestellt wurden. Dies bedeutet also, daß der Vorwurf des Herrn Professor Zeithammer, ihm seien Zusagen gemacht worden, die anschließend zu einem Defizit bei der Stiftung Industriekultur geführt haben, nicht richtig sein konnte, vielmehr konnte in den Ausschußberatungen das Gegenteil festgestellt werden.

Der Rechnungshof des Saarlandes hat zu der Tätigkeit der Stiftung Industriekultur, der Saarland Bau und Boden Projektgesellschaft mbH und der Alten Völklinger Hütte Objektgesellschaft mbH (AVH) jeweils am 14. Mai Prüfungsmitteilungen erstellt, die dem Ausschuß zugeleitet wurden. Die Öffentlichkeit wurde über die Prüfungsmitteilungen informiert. Tatsache ist, die Öffentlichkeit hatte sie etwas vor uns, Kollege Vogtel, da sind wir uns ja in der Beurteilung einig.

Hierzu stellt der Ausschuß und insbesondere die SPD-Fraktion fest, daß es sich um vorläufige Prüfungsmitteilungen handelt, die noch keine Stellungnahme der geprüften Institutionen beinhalten. Zur Abgabe dieser Stellungnahme hat der Rechnungshof eine Frist bis zum 15. August gesetzt. Folglich ist – wie der Rechnungshof selbst dargelegt hat – das Prüfverfahren noch nicht abgeschlossen. Daher verbietet es sich von selbst, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die vorläufigen Prüfungsmitteilungen oder die dazu ergangenen Stellungnahmen einer Bewertung zu unterziehen. Tatsache ist, daß zwischen den Prüfungsmitteilungen und den einzelnen Stellungnahmen der Landesregierung beziehungsweise ihrer Organisationen erhebliche Differenzen über die Beurteilung aller dargelegten Sachverhalte bestehen.

Die SPD-Fraktion geht davon aus, daß der Landesrechnungshof entsprechend seinen Regeln bei der Durchführung der Prüfungsverfahren einen endgültigen Bericht unter Berücksichtigung der Stellungnahmen vorlegen wird. Auch hier möchte ich noch mal darauf hinweisen, daß wir ein Verfahren haben, das eine ganz klare Rechtsgrundlage hat, das auch wirklich so durchgeführt werden sollte, daß auf der einen Seite eine Prüfungsmitteilung da ist – das ist im Grunde genommen eine Anklageschrift –, und auf der anderen Seite hat der Geprüfte das Recht und die Möglichkeit, daß er dazu angehört wird. In diesem Ausräumungsverfahren befinden wir uns jetzt.

Daher halte ich es insbesondere seitens des Landtages, der gesetzgebenden Körperschaft, für nicht ganz korrekt, wenn man die eine Seite als das Wahre und einzig Richtige darstellt. Genauso wäre es falsch, wenn man die andere Seite als das einzig Richtige und Wahre darstellt. Deswegen bin ich sehr vorsichtig bei der Beurteilung dessen, was in der Prüfungsmitteilung des Rechnungshofes drin steht. Ich bin aber auch sehr vorsichtig als Parlamentarier bei dem, was in den Stellungnahmen der Landesregierung drin steht. Das ist genau das Verfahren, das wir jetzt abwarten sollten, nämlich das Verfahren der Ausräumung.

Ich stelle weiterhin fest, daß es keinerlei Hinweise darauf gegeben hat, daß verantwortliche Regierungsvertreter in ihren Eigenschaften als Mitglieder des Verwaltungsrates der Stiftung Industriekultur oder des Aufsichtsrates der Alten Völklinger Hütte vor Ende Januar/Anfang Februar des Jahres 1998 über die später festgestellten finanziellen Unregelmäßigkeiten bei der Stiftung Industriekultur informiert waren. Es konnte, trotz bohrender und vielfacher Fragen und Nachfragen nicht festgestellt werden, daß ein Regierungsmitglied vorher informiert war. Nach Auffassung der SPD-Fraktion und auch der Untersuchungsausschlußmehrheit ist dies auch auf die bereits angesprochenen Reibungsverluste zurückzuführen, die ich vorhin genannt habe. So hat Frau Ministerin Krajewski gegenüber dem Untersuchungsausschuß am 1. Juli 1998 erklärt, daß sie sich gewünscht hätte, daß die beiden zuständigen Staatssekretäre mehr miteinander gesprochen hätten. Es ist mittlerweile deutlich geworden, daß dort vielleicht das eine oder andere an Reibungsverlusten war. Allerdings ist vollkommen klar, daß dort bewußt oder unbewußt keinerlei Verfehlungen begangen wurden.

Meine Damen und Herren, ich will noch auf zwei oder drei Dinge eingehen, die im Umfeld dieses Untersuchungsausschusses meines Erachtens nach in einer Art und Weise durchdiskutiert und dargestellt wurden, die mit menschlichem Anstand und vernünftigem menschlichen Miteinander nichts mehr zu tun hat. Das Verwaltungsratsmitglied Hans Netzer, Verwaltungsratsmitglied in der Stiftung Industriekultur, Oberbürgermeister der Stadt Völklingen, hat im Untersuchungsausschuß vorgetragen, nicht vorher, also nicht vor Februar 1998, informiert gewesen zu sein. Ein gegen ihn auf Antrag des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses eingeleitetes Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Meineids ob dieser Aussage wurde zwischenzeitlich von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die Daten der Strafanzeigeerstellung und der Bekanntgabe der Einstellung. Die Strafanzeige erfolgte wenige Tage vor der Direktwahl des Völklinger Oberbürgermeisters, das war im vergangenen Jahr im September zusammen mit der Bundestagswahl, und sie wurde insbesondere von dem stellvertretenden Mitglied unseres Untersuchungsausschusses, der Frau Abgeordneten Rink, in einer Art und Weise in die kommunalpolitische Auseinandersetzung in Völklingen einbezogen, die meines Erachtens nach jeglichen Respekt vor menschlichem Umgang vermissen ließ. Was sich in Völklingen abgespielt hat, das war wirklich in dieser Auseinandersetzung meines Erachtens nach, ich sage es mal ganz deutlich, unter aller Sau.

(Zurufe von der CDU.)

Jetzt kommen wir zu der Bekanntgabe der Einstellung des Verfahrens. Die Bekanntgabe der Einstellung des Verfahrens gegen den Völklinger Oberbürgermeister Hans Netzer erfolgte dann einige Tage nach der Kommunalwahl am 13. Juni 1999.

Ich will auch noch einen Satz sagen, wie es dazu kommen kann, daß ein Kreditinstitut in Verruf gebracht wird. Das kontoführende Institut der Stiftung Industriekultur, die Stadtparkasse Völklingen, wehrte sich durch ihre Vorstandsmitglieder, Frau Struklec und Herrn Roloff, gegen öffentlich vorgetragene Unterstellungen, die Konten der Stiftung Industriekultur nicht sachgerecht geführt zu haben. Die sachgemäße Kontenführung bei der Stadtparkasse Völklingen wurde auch vom Saarländischen Sparkassen- und Giroverband gegenüber dem Ausschuß bestätigt. Dies hat allerdings nicht gereicht, ein Mitglied des Völklinger Stadtrates, nämlich

(Abg. Schmitt)

gerade wiederum Frau Rink, zu bewegen, sich nicht zu der Forderung hinreißen zu lassen, daß nun das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen gefragt wäre. Ich habe mich eigentlich gewundert, daß nicht Herr Duisenberg von der Europäischen Zentralbank angefragt wurde. In der Tat wurde hier versucht, in Völklingen Wahlkampf mit dieser Situation zu machen. Frau Rink, ich sage es Ihnen ganz persönlich. Sie haben dem Ansehen der Stadtparkasse in Völklingen erheblich geschadet durch Ihre Aktivitäten, die Sie in Völklingen nach diesem Ausschuß durchgeführt haben.

Zwischenzeitlich hat die Landesregierung alle Aufgaben, die die Entwicklung des Weltkulturerbes betreffen, in einer neuen Gesellschaft unter fachlicher Federführung des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft zusammengefaßt. Die neue Gesellschaft Weltkulturerbe Völklinger Hütte, Europäisches Zentrum für Kunst und Industriekultur GmbH, wurde am 7. Juli gegründet. Sehr viele von uns waren dann in der vergangenen Woche am Samstag bei einer der ersten öffentlichen Maßnahmen, die dort durchgeführt wurden, der Illumination der Völklinger Hütte. Es wurde damit gerechnet, daß 5.000 bis 6.000 Menschen nach Völklingen kommen, es sind fast 25.000 gewesen.

(Zuruf.)

Was das mit der Landesregierung zu tun hat? Das hat ganz einfach deshalb etwas mit der Landesregierung zu tun, weil die Landesregierung eine neue Struktur gebildet hat, und diese neue Struktur mit erheblichem finanziellen Mitteln ausgestattet wird und dann auch die Möglichkeit besteht, daß das Weltkulturerbe Völklinger Hütte, das wir alle als touristischen Schwerpunkt in unserer Region sehen, vernünftig weiterentwickelt und ausgebaut werden kann.

Ich stellte für die SPD-Fraktion fest, daß damit für uns die notwendigen Konsequenzen aus den angeführten Reibungsverlusten gezogen worden sind. Ich will auch festhalten, daß nach unserer Auffassung und nach dem, was ich eingangs gesagt habe zu der Notwendigkeit dieses Untersuchungsausschusses, die Kosten dieses Ausschusses in keinerlei Verhältnis zu dem stehen, was wir tatsächlich erarbeitet haben. Ich sage es mal ganz deutlich.

(Abg. Schreier (CDU): Es wäre billiger gewesen, wenn alles unter der Decke geblieben wäre!)

Wir haben in 38 Sitzungen getagt. Können Sie sich vorstellen, 10 bis 14 Mitglieder haben dort gearbeitet. Dann haben wir über ein ganzes Jahr lang einen Mitarbeiter in der Besoldungsgruppe A 16 beschäftigt. Wir haben Zeugen gehört, die eigentlich Unwesentliches, im Grunde genommen gar nichts, zum Sachverhalt beitragen konnten. Sie haben den Stenographischen Dienst - Sie haben ihm vorhin gedankt, wir haben uns diesem Dank angeschlossen - angesprochen. Fragen Sie mal bei der Firma Mercedes oder Ford oder sonstwo nach, wieviel eine Stenographenstunde beim Schreiben und beim Verfassen des Berichtes kostet. Sie werden einen derartigen Stenographen nicht unter 400 bis 500 DM pro Aufnahmestunde bekommen. Das alles sind Kosten, die entstanden sind, obwohl, ich sage es noch einmal, von vornherein festgestanden hat, daß viel mehr außer dem, was in den beiden ersten Sitzungen bekannt geworden ist, nicht mehr bekannt werden konnte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe zur ersten Sitzung dieses Ausschusses gesagt, ich halte es für nicht in Ordnung, daß man immer wieder mit den schärfsten Waffen des Parlaments gegen die Regierung schießt.

(Zuruf.)

Ja, ja, die schärfste Waffe ist der Untersuchungsausschuß, und Sie haben die Einsetzung mehrerer Untersuchungsausschüsse in den letzten Jahren beantragt. Das ist alles ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Auch dieser Ausschuß ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen - nicht, weil wir das politisch zu verantworten haben. Dort, wo es wirklich brennt, muß man mit einem Untersuchungsausschuß herangehen, aber Sie machen die Waffen

des Parlaments gegenüber der Regierung stumpf, und was noch viel schlimmer ist, Sie machen die Waffen des Parlaments gegenüber der Öffentlichkeit stumpf. Irgendwann einmal, wenn es wirklich notwendig ist, daß der Landtag mit einem tatsächlich berechtigten Ausschuß gegen die Landesregierung vorgeht, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann nimmt das im Lande niemand mehr wahr.

Ich will noch eine Anmerkung machen, ich habe sie im Kreise meiner Fraktion schon häufig gemacht. Ich habe meinen Kindern, die jetzt 26 und 20 Jahre alt sind, immer wieder gesagt, es gibt keine dummen Fragen. Ich muß mich bei meinen Kindern entschuldigen. Spätestens seit der Durchführung dieses Ausschusses weiß ich, daß ich ihnen 20 oder 26 Jahre lang etwas Falsches erzählt habe.

(Beifall bei der SPD. - Abg. Schreier (CDU): Das war ein schlechter Abgang!)

Vizepräsident Ley:

Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Abgeordneter Alfons Vogtel.

Abg. Vogtel (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich im wesentlichen nicht mehr zur Sache äußern, das haben der Kollege Feibel und die saarländische Medienlandschaft sowie die überregionale Medienlandschaft in ausreichendem Maße getan. Aber gestatten Sie mir einige wenige Bemerkungen zu dem, was der Kollege Leo Stefan Schmitt hier eben gesagt hat. Er hat unter anderem darauf hingewiesen, daß nach seiner Auffassung und nach Auffassung seiner Fraktion nach 38 Sitzungen der Ausschuß im Prinzip nicht mehr gewußt hätte als das, was ihm vorher bereits Minister und Staatssekretäre zur Sache gesagt haben. Nun weiß ich ja, Herr Kollege Schmitt, daß das Gedächtnis der Menschen kurz ist, meines manchmal auch. Deshalb erlaube ich mir einmal, Sie daran zu erinnern, wie dieser Untersuchungsausschuß entstanden ist.

Auslösendes Moment für die Bildung dieses Untersuchungsausschusses war die Berichterstattung in der SZ vom 14. Februar 1998, die unter der Überschrift - ich zitiere -: Franz Zeithammer tritt von allen Ämtern zurück - Zitatende - den Sprecher der Wirtschafts- und Finanzministerien mit folgender Bemerkung zitiert - und jetzt zitiere ich erneut -: Professor Franz Zeithammer hat aus persönlichen Gründen darum gebeten, ihn mit sofortiger Wirkung von seinen Aufgaben zu entbinden. - Zitatende. Dann heißt es dort weiter: Die Ministerin erklärte, Zeithammer habe in seinem Zuständigkeitsbereich vieles angestoßen, auf dem man bei der weiteren Arbeit aufbauen könne.

Zitiert wird auch der Völklinger Oberbürgermeister Netzer, für den der Rücktritt am 14. Februar überraschend gekommen sei. Sie kennen den Gang der Dinge im Untersuchungsausschuß: Wenn Zeithammer - so Netzer weiter - familiäre Gründe zur Entscheidung bewogen hätten, habe man dies zu respektieren. Dann wird noch etwas zitiert: Angesichts der Fülle drängender Aufgaben sah in dem Artikel der Staatssekretär im Kultusministerium, Herr Dr. Rüdiger Pernice, bei der Nachfolgeentscheidung Eile geboten.

Wir sind inzwischen eineinhalb Jahr später dran. Ich glaube die Nachfolgefrage war so eilig, daß sie vor knapp einem Monat entschieden wurde.

Diese öffentliche und unwahre Darstellung wurde von der Landesregierung gegeben, obwohl zu diesem Zeitpunkt, am 14. Februar, die Spitze des Finanzministeriums auch - und insbesondere die Wirtschafts- und Finanzministerien selbst - wußte, daß es zu erheblichen finanziellen Unzulänglichkeiten gekommen war. Und das war ja wohl auch der Grund, warum Herr Dr. Christmann als Staatssekretär im Finanzministerium damit beauftragt wurde, die sogenannte Aufhebungsvereinbarung mit Herrn Zeithammer abzu-

(Abg. Vogel)

schließen, daß das Stiftungsvermögen der Stiftung Industriekultur zu diesem Zeitpunkt verbraucht und die Stiftung faktisch konkursreif war.

Sie werden sich auch daran erinnern, Herr Kollege Schmitt, daß uns der derzeit amtierende Ministerpräsident dieses Landes damals noch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der SPD-Fraktion vor dem Ausschuß mitgeteilt hatte, befragt nach einem Pressebericht, der montags nach diesem 14. Februar über die Sitzung der SPD-Fraktion erschienen war, daß er offensichtlich einräumen müsse, daß er die SPD-Fraktion zum damaligen Zeitpunkt zumindest nicht vollständig informiert habe über das, was in Sachen Zeithammer ihm zum damaligen Zeitpunkt, nämlich zum Zeitpunkt dieser Fraktionssitzung, bereits bekannt war.

(Zurufe von der SPD.)

Das ist nachzulesen in den Protokollen; ich würde es Ihnen dringend empfehlen. So hat er das eingeräumt.

Was will ich damit im Klartext sagen? Ich will damit deutlich machen, daß im Prinzip dieser Untersuchungsausschuß mit einer Fehlinformation der Öffentlichkeit und damit letztlich auch des saarländischen Landtages begonnen hat. Man wollte uns nämlich vorgaukeln, da gäbe es irgendwelche familiären Gründe. Man hat dann gerücheltweise gehört: Krankheit seiner Frau und anderes mehr.

Dem war nicht so. Die Landesregierung hat uns nicht nur wiederholt nicht die Wahrheit gesagt. Sie hat uns auch nicht öffentlich und vollständig informiert. Und das ist den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses, auch soweit sie der SPD angehören, durchaus bekannt. Im übrigen ist das in den Protokollen des Untersuchungsausschusses nachzulesen.

Zweite Bemerkung. Es war für mich nicht erstaunlich, daß sich auch der Abschlußbericht, soweit er von der Mehrheitsfraktion der SPD zu verantworten ist, weniger mit der Sache selbst als vielmehr mit der Rolle des Vorsitzenden – der tatsächlichen, der vermeintlichen, der subjektiv beurteilten – und der Rolle eines uns beratenden Rechtsanwaltes befassen wird. Das hat sich eigentlich im Gang des Untersuchungsverfahrens bereits abgezeichnet. Wenn sich irgendeins der Mitglieder des Hohen Hauses einmal die Mühe machen, sich der Mühe unterziehen will, anhand der Wortprotokolle des Untersuchungsausschusses nachzuzählen, wie viele Sachbeiträge oder Sachfragen von Mitgliedern der SPD-Fraktion gestellt worden sind im Verhältnis zu den Geschäftsordnungsanträgen oder der Monierung der Rolle des Vorsitzenden oder der Bewertung von Fragen anderer Ausschußmitglieder, dann werden Sie feststellen können, daß Fragen zur Sache von seiten der Kolleginnen und Kollegen der SPD eigentlich in einer überschaubaren Form gestellt wurden. Beim Nachzählen der Geschäftsordnungsanträge und anderer Bemerkungen werden Sie sich wundern, kann ich Ihnen nur sagen.

Dritte Bemerkung. Sie haben eben den Kollegen Albrecht Feibel bei seiner Passage gefragt – ich hatte Ihnen ja versprochen, Ihnen dies zu irgendeinem Zeitpunkt auch noch zu geben –, woher er denn wisse, daß der Staatssekretär Störmer bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt wußte, daß bestimmte finanzielle Unzulänglichkeiten oder jedenfalls der Tatbestand festzustellen war, daß bestimmte Ausgaben nicht zuzuordnen sind. Das kann ich Ihnen sagen, woher der Kollege Albrecht Feibel und woher wir das wissen. Wir wissen das aus einem Vermerk des damaligen Staatssekretärs, Herrn Störmer, vom 16.3.98, gerichtet an den damaligen Ministerpräsidenten des Saarlandes, Oskar Lafontaine, der die Überschrift trägt: Entwicklung und Tätigkeiten Objektgesellschaft Alte Völklinger Hütte, AVH GmbH, und Verbindung zur Stiftung Industriekultur (SIK), und den Herr Staatssekretär Störmer zumindest das wird Ihnen bekannt sein aus der Ausschlußarbeit – ausdrücklich als „aus seiner Hand stammend“ verifiziert hat. Dort heißt es – ich will nur eine Passage vorlesen –: Geschäftsführer Jäger wurde Anfang August darüber unterrichtet, daß Zeithammer Vorleistungen der Stiftung für die SBB AVH GmbH getätigt hatte,

die offensichtlich über dem Entwurf der Wirtschaftspläne für die AVH GmbH und den Beschlüssen des Aufsichtsrates der SBB lagen. Ende September lag eine erste Aufstellung aller Ausgaben für die Monate Januar bis April 1997 vor; bis zum 29.10.1997 lagen Aufstellungen für die Zeit bis zum 30.9.97 vor. – Zitatende.

Am 4. September 1997 – so heißt es in diesem Vermerk weiter – lag erstmals durch die AVH GmbH ein Abgleich von vorgelegten Belegen vor, die die SIK von der AVH erstattet haben wollte. Danach sollten zirka 916.000 DM durch die AVH erstattet werden. Anerkannt wurden nach erster Prüfung zirka 410.000 DM. – Soweit zu diesem Vermerk.

Nun mögen Sie vielleicht noch die gedankliche Konstruktion zustande bringen, es könne ja so gewesen sein, daß der Herr Staatssekretär Störmer, gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender dieser Gesellschaften, wirklich möglicherweise erst im nachhinein über diese Dinge informiert worden sei. – Die Ministerin nickt bestätigend. Frau Krajewski, dann frage ich Sie, warum Sie den Geschäftsführer der LEG, der SBB und der AVH nicht längst gefeuert haben, weil er es verabsäumt hat, den Aufsichtsrat und den Aufsichtsratsvorsitzenden rechtzeitig und zeitnah über diese Dinge zu informieren.

(Beifall bei der CDU.)

Die nächste Bemerkung zu Ihnen, Herr Kollege Schmitt. Sie haben die Darstellung des Verlaufes der Untersuchungsausschußsitzungen teilweise durch den Vorsitzenden, teilweise auch durch Kolleginnen oder Kollegen in der Öffentlichkeit moniert und haben festgestellt, daß dies wohl mit dem tatsächlichen Verfahren so wenig in Einklang zu bringen sei, daß Sie manchmal gemeint hätten, Sie seien in der falschen Sitzung gewesen. Darauf will ich Sie nur einmal aufmerksam machen. Die Presse, die ja im wesentlichen in diesen öffentlichen Ausschußsitzungen mit am Tisch saß, die also das Verfahren dort verfolgt hat, hat das offenbar wesentlich anders gesehen, wie sie im übrigen auch insgesamt die Dinge wesentlich anders beurteilt, zuletzt geschehen am Montag, den 19. Juli 1999, in der FAZ – auch das will ich Ihnen, auszugsweise, nicht vorenthalten-, nachdem die CDU-Fraktion – das sage ich Ihnen ganz bewußt – erklärt hat: Wenn Frau Krajewski noch einen letzten Rest von politischem Anstand besäße, wäre sie selbst zurückgetreten.

In dem Artikel heißt es: „Dem Wunsch der CDU-Fraktion nach Rücktritt wird die Ministerin nicht nachkommen. Die sozialdemokratische Spitze des Landes hält – zumal in Wahlkampfzeiten – zusammen. Und sollte der eine oder andere aus den eigenen Reihen ins Straucheln geraten, so fängt ihn die Solidarität wieder auf. Davon profitierten bereits zuvor der noch amtierende Staatssekretär Rüdiger Pernice (Kultur) ebenso wie der inzwischen zum Vorstandsmitglied der Deutschen Steinkohle AG avancierte frühere Wirtschaftsstaatssekretär Reinhard Störmer. Auch Reinhold Jäger, der Chef der Landesentwicklungsgesellschaft Saar mbH (LEG), braucht kein Ungemach zu fürchten. Die drei Funktionsträger sind in einem Sonderprüfungsbericht des Landesrechnungshofes beschuldigt worden, den Auftritt des multifunktionalen Kulturmanagers Zeithammer nicht rechtzeitig unter Wahrnehmung ihrer Kontrollaufgaben in verschiedenen staatlichen Gesellschaften rings um das Weltkulturerbe Alte Völklinger Hütte gestoppt zu haben.“ Und so weiter und so weiter.

Ich sage deshalb: Die Darstellung, wie sie der Vorsitzende nach Sitzungen bisweilen in der Öffentlichkeit gegeben hat, entsprach vielleicht nicht dem Wunschenken der SPD, wie es hätte sein können. Aber offenbar war es so, daß die während der Sitzungen anwesenden Pressevertreter dies dessenungeachtet als richtig empfunden haben.

Gestatten Sie mir abschließend auch noch folgende Bemerkung. Es ist sicherlich – ich habe das im Vorbericht des Vorsitzenden auch so zum Ausdruck gebracht – so, daß das Handeln in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, je nachdem, wo man steht, auch politischen Zwängen unterworfen ist. Ob dies allerdings so

(Abg. Vogtel)

weit gehen muß, daß man alles und jedes verdeckt und Tatbestände, die andere Organisationen und Institutionen festgestellt haben und selbst von Betroffenen nicht mehr bestritten werden, öffentlich negiert, um sein politisches Handeln davon leiten zu lassen, wage zumindest ich persönlich zu bezweifeln. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ley:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache und stelle fest, daß der Landtag des Saarlandes den Abschlußbericht des Untersuchungsausschusses „Zeithammer“ zur Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 11:

Aussprache über die bisherigen Ergebnisse des Untersuchungsausschusses „Studierendenwohnheime“.

Die CDU-Landtagsfraktion hat diese Aussprache beantragt. Ich eröffne die Aussprache und erteile unserer Kollegin Daniela Schlegel-Friedrich das Wort. Sie hat vorsorglich um Redezeitverlängerung gebeten. Dem ist stattgegeben.

Abg. Schlegel-Friedrich (CDU):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Geld haben wir, Lust haben wir keine.

(Zuruf.)

Das könnte auch die Zwischenüberschrift im Bericht des Untersuchungsausschusses „Studierendenwohnheime“ sein, der heute leider nicht abgegeben werden kann, weil die SPD eben keine Lust hatte, einen Abschluß- oder auch einen Zwischenbericht vor dem Parlament abzugeben.

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Die CDU-Fraktion hatte zunächst vorgesehen, daß in der heutigen Plenarsitzung ein Abschlußbericht erteilt wird. Die SPD-Fraktion hatte jedoch weitere Zeugen beantragt. Daraufhin hatte die CDU-Fraktion vorgeschlagen, die Zeugenvernehmung in den Sommerferien durchzuführen, was wiederum von der SPD-Fraktion abgelehnt worden ist. Wir haben dann nach der Sommerpause Zeugen vernommen, die bereits vor der Sommerpause vernommen worden waren und in diesen Sitzungen die Aussage verweigert hatten.

(Abg. Gillo (SPD): Das ist falsch.)

Das ist richtig. Die Herren Zimmer und Morsch waren bereits vor der Sommerpause da. Sie haben zu wesentlichen Teilen die Aussage verweigert, sind von Ihnen noch einmal geladen worden und haben auch in der Sitzung nach den Sommerferien nicht vollständig ausgesagt. Wir haben dann vorgeschlagen, vor dem Parlament einen Zwischenbericht abzugeben. Auch das ist von der SPD-Fraktion abgelehnt worden, so daß wir heute – um wenigstens dem Parlament, das diesen Untersuchungsausschuß eingesetzt hat, einen Überblick darüber zu verschaffen, was im Ausschuß gelaufen ist – die Aussprache über die bisherigen Ergebnisse beantragt haben.

Wenn wir schon bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses sind, möchte ich ein Wort zu denen sagen, die ihn beantragt haben: der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie war es, die mit Zustimmung der CDU-Fraktion diesen Ausschuß beantragt hat. Von ihr ist heute leider niemand anwesend.

Die SPD hat sich im Untersuchungsausschuß nicht nur mit einem Abschluß- oder Zwischenbericht schwergetan; es gab auch während der laufenden Zeugeneinvernahmen und der Beschaffung von Beweisen Probleme zwischen den Fraktionen, insbesondere als es

darum ging, von den Sparkassen sowohl Aktenmaterial als auch Zeugenaussagen zu erwirken. In dieser Situation hat sich die SPD-Fraktion auf die Seite der Sparkassen geschlagen – –

(Abg. Braun (SPD): Der Kunden der Sparkassen.)

Nicht auf die Seite der Kunden der Sparkassen. Damit hat es nie ein Problem gegeben, denn wir haben ja im Endeffekt eine Lösung gefunden, die den Kunden nicht geschadet hat. Es ging vielmehr darum, die Sparkassen überhaupt einmal davon zu überzeugen, daß sie verpflichtet sind, vor einem Untersuchungsausschuß auszusagen, und daß sie auch verpflichtet sind, dem Untersuchungsausschuß Akten zur Verfügung zu stellen. Diese unsere Auffassung ist auch nachdrücklich von mehreren Gerichten bestätigt worden, vor denen die Sparkassen geklagt haben. Bei einigen Gerichten haben sie die Klagen zurückgezogen. Aber die Gerichte in Neunkirchen und Saarbrücken haben unserer Vorgehensweise recht gegeben und die Klagen der Sparkassen zurückgewiesen.

Wir wollen diese Parlamentssitzung nutzen, um wenigstens in einer Aussprache – ich habe es bereits gesagt – die bisherigen Ergebnisse des Untersuchungsausschusses „Studierendenwohnheime“ vorzutragen. Wir hatten 23 Sitzungen und haben 29 Zeugen vernommen. Wir haben umfangreiches Aktenmaterial gesichtet und außerdem einen Bausachverständigen mit einem Gutachten zum Objekt Sulzbachstraße/Mühlenstraße beauftragt. Der Untersuchungsgegenstand – ich will ihn noch einmal kurz skizzieren – war in der Hauptsache das Studierendenwohnheim Sulzbach-/Mühlenstraße mit 179 Wohnheimplätzen, die vom Kultusministerium mit 30.000 DM pro Platz oder insgesamt 5,7 Millionen DM bezuschußt worden sind. Das Wohnheim wurde 1994/95 von privaten Investoren gebaut und ist heute mit erheblichen Baumängeln behaftet. Es gibt Belegungsmängel, und auch die Finanzierung der Wohnheime ist seit langem notleidend.

Unstrittig steht, glaube ich, fest, daß der Bau des Wohnheims Sulzbach-/Mühlenstraße vom zuständigen Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft in keinsten Weise professionell bearbeitet wurde. Die Zuschußvergabe war schlampig. Es gab so gut wie keine Kontrolle der wenigen erteilten Auflagen. Die meisten von uns befragten, im Ministerium zuständigen Mitarbeiter – je höher ihre Stellung war, um so schlimmer war es – konnten sich noch nicht einmal an den Vorgang erinnern, in dem 5,7 Millionen DM für die Bezuschussung eines privaten Studierendenwohnheims vergeben wurden.

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Ich will kurz im einzelnen noch einmal die Punkte auflisten, in denen wir der Landesregierung Versagen vorwerfen.

Erstens. Es gab keine Auflagen bezüglich der Ausstattung der Wohnheime. Die Grundlage für die Vergabe des Geldes war eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern, nach der 30.000 DM pro Wohnheimplatz als Zuschuß gegeben werden konnten – 15.000 DM vom Land, 15.000 DM vom Bund. Richtig ist, daß diese Verwaltungsvereinbarung keine Vorgaben bezüglich der Baustandards und der Mieten enthält. Richtig ist aber auch, daß es eine Richtlinie aus den achtziger Jahren gibt, die sehr genaue Vorgaben für die Errichtung und Ausstattung von Studierendenwohnheimen enthält. Es gibt ferner eine Richtlinie des Studentenwerks, an die es sich bei jedem Bau von Studierendenwohnheimen bundesweit hält. Und siehe da: Es gibt auch Bundesländer, die nach der Verwaltungsvereinbarung Wohnheime gebaut haben, darüber hinaus jedoch eigene Richtlinien erlassen haben. So ist es zum Beispiel in Bayern und Rheinland-Pfalz geschehen. Im Saarland wurde dies unterlassen. Es gab keinerlei Anforderungskataloge und keinerlei Förderungsrichtlinien für den Wohnheimbau, der aus dieser Verwaltungsvereinbarung Bund-Land bezuschußt wurde.

Zweitens. Es fand keine Überprüfung der Investoren statt. Zunächst sollte das Wohnheim von der landeseigenen Entwicklungsgesellschaft für 9,96 Millionen DM gebaut werden. Für dieses

(Abg. Schlegel-Friedrich)

Bauvorhaben der LEG gab es 1991 einen Zuwendungsbescheid für 110 Wohneinheiten, insgesamt 3,3 Millionen DM. Schon damals hat das Hochbauamt die Pläne, die von der LEG eingereicht wurden, überprüft und dem Ministerium geschrieben, daß der Baustandard dieses Wohnheimes sehr niedrig ist und wegen dieses niedrigen Baustandards wohl für die angegebenen 9,96 Millionen gebaut werden kann.

1993 ist dann die LEG von dem Projekt zurückgetreten mit dem Argument, es sei für sie unwirtschaftlich. Ein Bau für 9,96 Millionen hat sich also für die LEG nicht gerechnet. Im März 1993 hat die LEG dann neue Investoren vorgestellt, die zukünftigen privaten Investoren. Sie wurden dem Ministerium vorgestellt von dem Geschäftsführer der LEG, Herrn Jäger. Diese Investoren planten jetzt ein Objekt für 14,8 Millionen DM, also wesentlich teurer, und gingen davon aus, daß sich dieses wesentlich teurere Objekt für sie rechnet. Niemand kam auf die Idee, einmal nachzufragen, wie sich ein um fast das Anderthalbfache teureres Projekt rechnen soll, nachdem es sich vorher für die LEG nicht gerechnet hat.

Niemand, so die Auskunft von Staatssekretär Pernice, hat die Investoren zu diesem Zeitpunkt gekannt. Auch nach dem entscheidenden Gespräch im Kultusministerium, in dem die Investoren von Herrn Jäger vorgestellt wurden, wußte das Ministerium nicht viel mehr. Es wurde nicht nach Referenzobjekten gefragt. Die Finanz- und Vermögenssituation der Investoren wurde nicht näher dargelegt. Es gab auch keine näheren Angaben, wie man sich die Finanzierung des Wohnheimes vorstellt.

Trotzdem ergingen im Dezember 1993 Zuwendungsbescheide, und prompt an die falschen Personen. Der Zuwendungsbescheid wurde ausgestellt für einen Herrn Zimmer und einen Herrn Morsch und mußte dann korrigiert werden, nämlich für eine Frau Zimmer und einen Herrn Morsch. Das war bis zum Datum der Ausstellung der Zuwendungsbescheide im Ministerium noch gar nicht bekannt.

Bereits im Dezember 1993, also noch vor Baubeginn, gab es dann einen Eigentümerwechsel. Frau Zimmer und Herr Morsch haben bereits im Dezember 1993 an die Herren Rischmann und Lehrer verkauft. Auch dies blieb vom Ministerium unbemerkt.

Die Zuwendungsbescheide selbst waren sehr stümperhaft. Sie waren zunächst – ich habe es gesagt – falsch adressiert. Sie enthielten einen Zuwendungsbescheid für 120 Wohneinheiten. Vorgesehen waren von den Investoren 156 Apartments an dem Standort Sulzbachstraße/Mühlenstraße, und im Zuwendungsbescheid findet sich kein Wort, welches der 156 Apartments denn nun bezuschußt wird. Es gab auch keine Sicherungsmaßnahmen. Die 5,7 Millionen Zuschuß wurden gewährt ohne Grundschuld und ohne sonstige Absicherung. Erst Monate, nachdem das Geld bewilligt und auch ausgezahlt wurde, wurde dann ein Wohnungsbelegungsrecht für das Saarland in das Grundbuch eingetragen.

Im Zuwendungsbescheid ist die Miethöhe festgelegt, aber auch dies nur ungefähr. Die Miete beträgt 300 DM plus 75 DM Nebenkosten. Der Staatssekretär und der Minister haben sich gestritten, ob diese 75 DM Nebenkosten ein Pauschbetrag sein sollten, wie dies Herr Dr. Pernice vorgetragen hat, oder ob die 75 DM selbstverständlich nur eine Vorauszahlung sind und später spitz abgerechnet werden, wie das der Minister dem Ausschuß vorgetragen hat. Kurz, da dem Zuschußempfänger nichts vorgegeben war, konnte er auch gegen nichts verstoßen. So ist dann auch ein Ermittlungsverfahren wegen Subventionsbetrug, das gegen die Investoren anhängig war, eingestellt worden, weil die Zuwendungsbescheide keine zwingenden Auflagen vorgesehen haben.

Die Landesregierung hat auch massiv gegen die Landeshaushaltsordnung und die Bundshaushaltsordnung verstoßen. Entgegen der gesetzlichen Praxis wurde nicht nach Baufortschritt gezahlt. Das Land – das ergibt sich aus der Landeshaushaltsordnung – hat die Maßnahme rechtswidrig bevorschußt. Dies läßt sich anhand von Daten leicht nachweisen: Die erste Auszahlung an die Investoren erfolgte am 18. Januar 1994. Der Baubeginn war am 30. Januar

1994. Am 18.1. wurden also 3,2 Millionen DM Zuschuß ausgezahlt, obwohl der Bau erst am 30.1.1994 begonnen wurde. Am 27.4. wurde dann zum ersten und einzigen Mal der Wert des Baustandes begutachtet. Zum damaligen Zeitpunkt, im April, schätzte man den Bauwert auf 720.000 DM. Aber bereits im Januar – ich wiederhole es – wurden 3,2 Millionen ausgezahlt.

Die Kreditgewährung an die Investoren – das ist auch interessant – erfolgte im April 1994. Das heißt, die Zuschüsse waren schon voll ausbezahlt, als die Investoren in Neunkirchen den Kredit erhalten haben. Es wurde also nicht nach Baufortschritt gezahlt, es wurde entgegen der Landeshaushaltsordnung bevorschußt.

Anders beim Studentenwerk, das ebenfalls aus diesem Bund-Länder-Programm Wohnheime gebaut hat. Hier mußte ein detaillierter Finanzierungsplan mit Kostenrechnung vorgelegt werden. Es mußten detailliert Mehrkosten berechnet und begründet werden, es mußten detaillierte Abrechnungsunterlagen unter Darlegung der verbrauchten Mittel und des Baufortschritts vorgelegt werden, und es mußte selbstverständlich nach Abschluß der Maßnahme ein Verwendungsnachweis geführt werden.

Fazit: Die Förderpraxis gegenüber dem Studentenwerk ist nach Recht und Gesetz erfolgt, während ganz offensichtlich die Förderpraxis bei den privaten Investoren nicht nach den gesetzlichen Vorschriften gelaufen ist, also gesetzliche Vorschriften mißachtet hat.

Ein weiterer Punkt, der aus unserer Sicht der Landesregierung vorzuwerfen ist: Es fanden keine Überprüfungen der eigenen Auflagen statt. So ist das Wohnungsbelegungsrecht nachrangig im Grundbuch eingetragen. Es wurde – ich habe es vorhin gesagt – der gesamte Zuschuß in Höhe von 5,7 Millionen DM zunächst ohne Sicherung ausbezahlt. Erst sehr viel später, als das Wohnheim schon fertig war, wurde ein Wohnungsbelegungsrecht eingetragen, das dann nach den aufgenommenen Grundschulden im Grundbuch aufgeführt ist.

Obwohl die Investoren die Auflage hatten, über 30 Jahre hinweg die Wohnplätze an Studierende zu vermieten, wurden von den Investoren und von der Hausverwaltung keine Belegungslisten angefordert. Das heißt, bis heute ist die Belegung, die zwischen 1995 und 1998 stattgefunden hat, völlig unklar. Es gibt viele Hinweise auf Fehlbelegungen und Leerstand, aber sie können anhand der jetzt nachgerichteten Listen nicht verifiziert werden. Die eingereichten Listen sind zum Teil – das fällt bereits bei oberflächlicher Prüfung auf – falsch. Wir haben das Wohnheim besichtigt und konnten uns einen Eindruck verschaffen, wie – zumindest im Oktober 1998 – die Belegung war. Die eingereichten Belegungslisten haben die Belegung im Oktober 1998 falsch wiedergegeben.

Das Haus ist mit massiven Baumängeln behaftet. Wir haben dazu ein Sachverständigengutachten anfertigen lassen, das zu dem Ergebnis kommt, daß 20 Prozent der Wohnungen so stark mit Schimmel befallen sind, daß sie quasi unbewohnbar sind. Insgesamt sind 40 Prozent der Wohnungen mangelhaft und müssen umfassend renoviert werden. Auch diese Baumängel wurden von seiten des Ministeriums bisher nicht angegangen. Die Studierenden wohnen immer noch in den verschimmelten Wohnungen, und es ist zur Zeit auch nicht absehbar, wann die Renovierung einsetzen wird.

Laut Zuwendungsbescheid wurden zunächst 120 Wohnheimplätze bezuschußt, später wurde aufgestockt auf 179. Niemand hat die Wohnungen je gezählt. Auch im Untersuchungsausschußverfahren gingen die anerkannten Zahlen rauf und runter, es wurden Wohnungen gestrichen, es wurden Wohnungen umgewidmet. Es ist bis heute nicht klar, wie viele Wohnungen tatsächlich vorhanden sind.

Aufgefallen ist in diesem Zusammenhang auch, daß die Investoren sich nicht an die vorgelegten Planungen gehalten haben; das war bis dahin nicht aufgefallen. In dem Wohnheim gibt es entgegen den Planungen keine Gemeinschaftsräume mehr. Als jetzt untersucht wurde, wie viele Räume denn vorhanden sind, sind die ur-

(Abg. Schlegel-Friedrich)

sprünglich geplanten Gemeinschaftsräume sogar als Doppelapartments gezählt worden, obwohl der Hausmeister eindeutig darauf hinwies, daß es Einzelapartments sind; das zeigt auch die Möblierung. Die Hausverwaltung sagt aus, daß diese Wohnungen immer nur an einzelne Personen vermietet werden, trotzdem werden sie vom Ministerium als Doppelapartments anerkannt. So kommt man dann auf die 179 Wohnungen, die eigentlich nur 176 Wohnungen sind.

Was der Landesregierung auch vorzuwerfen ist, hängt mit der Verwaltung des Wohnheims zusammen. Hier war ein totales Laissez-faire. Man hat sich auch nicht darum gekümmert, wie das Studierendenwohnheim verwaltet wird, obwohl anfangs bei den Besprechungen der Landesregierung mit den Investoren Zimmer und Morsch noch davon ausgegangen wurde und auch in Schriftstücken festgehalten wurde, daß die Landesentwicklungsgesellschaft die Verwaltung übernehmen sollte. Dies wurde auch so an den Bund gemeldet: Die Landesentwicklungsgesellschaft übernimmt die Verwaltung. Aber später kam dann alles anders. Ein Makler hat die Vermietung der Wohnungen übernommen, hat dafür kräftig kassiert, er hat Provisionen verlangt, die rechtswidrig waren, die er nicht hätte kassieren dürfen. Eingesetzt wurde eine Hausverwaltung, die überhöhte Nebenabrechnungen geführt hat. Beispielsweise wurde ein Hausmeister berechnet, der zu den Kosten, zu denen er abgerechnet wurde, nie auf der Lohnliste stand. Der Strom der Tiefgarage, die zum größten Teil nicht an die Studierenden vermietet wurde, lief auf Allgemeinstrom. Die Grundsteuer, die eigentlich gar nicht anfallen dürfte, wurde auf die Studierenden umgelegt, und die Heizkosten sind enorm hoch, weil – wie wir mittlerweile aus dem Gutachten wissen – eben enorme Bauschäden an dem Objekt vorhanden sind. Auch hierum hat sich der Zuwendungsgeber nicht gekümmert, er hat nicht dafür gesorgt, daß ordnungsgemäße Zustände geschaffen und eingehalten werden. Auch nach Bekanntwerden der Mißstände gab es nur eine halbherzige Beschäftigung mit den Unzulänglichkeiten. Die Interessen der Studierenden waren offensichtlich nicht vorrangig.

Im Mittelpunkt der Untersuchungen stand auch die Finanzierung durch die Sparkassen Neunkirchen und Saarpfalz. Die Ursprungsinvestoren Zimmer, Morsch und Kiefer – der stille Gesellschafter Kiefer war ja auch noch da – hatten eine Finanzierungszusage der Sparkasse Neunkirchen über 15,4 Millionen DM. Als die Herren Rischmann und Lehrer das Objekt übernahmen, wurde dann im April in einer Eilentscheidung ein Kredit von 11,4 Millionen DM für diese Investoren genehmigt und auf die Investoren Zimmer, Morsch und Kiefer ein Festgeldguthaben von 4,1 Millionen DM eingetragen. Diese 4,1 Millionen DM waren im übrigen auch der Kaufpreis, den Rischmann und Lehrer für das zum Zeitpunkt des Kaufes noch nicht sichtbare Wohnheim an Zimmer, Morsch und Kiefer gezahlt haben. Kritisch anzumerken ist bereits an dieser Stelle, daß die Genehmigung eines Millionenkredites bei der Sparkasse Neunkirchen im Eilverfahren, also ohne daß der Kreditausschuß hierüber beraten und beschließen konnte, erfolgte. Dennoch hat die Sparkasse Neunkirchen die Regeln der Vorsicht insofern walten lassen, als es zu einer endgültigen Auszahlung des Kredites erst nach Kenntnisnahme durch den Kreditausschuß gekommen ist.

Im Mai 1990 wurde das Objekt an Peter Breitenberger veräußert. Die Finanzierung erfolgte durch die Sparkasse Saarpfalz. Peter Breitenberger übernahm den Kredit von 15,4 Millionen DM und überließ Rischmann und Lehrer ein Vorsteuerguthaben. Ohne zusätzliche Sicherheiten, nur mit Personalauskunft und Selbstauskunft, erhält Peter Breitenberger, ebenfalls per Eilentscheidung, einen Kredit über 15,4 Millionen DM, mit dem das Darlehen in Neunkirchen von der Sparkasse Saarpfalz abgelöst wird. Der Beleihungswert des Objektes wird zur gleichen Zeit auf 11 Millionen DM festgelegt. Zusätzlich zu den 15,4 Millionen DM erhält Breitenberger eine Vorabprovision von 1,5 Millionen DM und einen Barvorschuß in Höhe von 200.000 DM in einer Plastiktüte. Am 24. Mai 1995 wurde die Kreditentscheidungsvorlage gefertigt, am 25. Mai erfolgte die Genehmigung des Gesamtvorstandes und am 27. Juni wurde der Vorgang dem Kreditausschuß unter Vorsitz von

Landrat Clemens Lindemann zur Kenntnis gebracht. Der Kredit an Peter Breitenberger ist heute notleidend und hat bereits zu Wertberichtigungen bei der Bank in erheblicher Höhe geführt.

Nach Auffassung der CDU haben bei der Sparkasse Saarpfalz alle notwendigen Kontrollmechanismen versagt. Der Kreditausschuß unter Vorsitz von Landrat Clemens Lindemann wurde nachhaltig getäuscht und hat sich erkennbar täuschen lassen. Wertschätzung, Bankauskunft, Risikoanalyse und viele Unterlagen mehr bieten vielfältige Anhaltspunkte für Nachfragen. Die gehörige Sorgfalt vorausgesetzt, hätten die Mitglieder des Kreditausschusses die Kreditunterlagen hinterfragen müssen, was nach eigener Auskunft nicht erfolgt ist. Auch beim Sparkassen- und Giroverband gibt es Versäumnisse, denn auch der Sparkassen- und Giroverband hätte bereits bei seiner Jahresprüfung 1995, gerade im Hinblick auf die Höhe des Engagements auf die hier in Rede stehenden Wohnheime, die bestehenden Risiken erkennen müssen und darauf hinweisen müssen. Dies ist aber erst im Jahre 1998 erfolgt.

Zehn Monate Untersuchungsausschuß Studierendenwohnheime – was ist geschehen? Die Landesregierung hatte zugesagt, gegen die unberechtigte Erhebung von Maklercourtage vorzugehen und deren Rückzahlung an alle sicherzustellen. Nichts ist geschehen! Es gab auch die Zusage des Ministeriums, Druck zu machen, daß die Renovierung schnellstens durchgeführt und bewohnbare Zustände hergestellt werden. Auch hier ist nichts bis wenig geschehen, denn es gab gar keine Handhabe des Ministeriums gegen die jetzigen Eigentümer des Objektes, weil das Objekt über Rischmann und Lehrer an Peter Breitenberger veräußert wurde und Peter Breitenberger nicht der Zuwendungsempfänger war. Die CDU fordert seit einem halben Jahr die Rückforderung der Zuschüsse. Das ist von seiten des Ministeriums nicht erfolgt, und es ist auch spätestens seit der Verhandlung gegen Kiefer klar, warum das nicht erfolgt ist. Bisher war es wohl das oberste Ziel der Landesregierung, den Schaden zu minimieren, aber nicht den Schaden für die Studierenden, sondern den Schaden für die Sparkasse Saarpfalz und den Schaden für Herrn Kiefer zu minimieren, indem man versucht, ein möglichst geringes Strafmaß für den Ex-Sparkassenchef und Lindemannfreund Kiefer mit zu bewirken.

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Dies ist nach meiner Auffassung auch der Grund dafür, daß von der Landesregierung die Zuwendungsbeträge nicht früher zurückgefordert wurden. Das ist so! Und es ist auch so – ich habe es bereits gesagt –, daß dieses Ziel ja wohl erreicht ist. Die Ursprungsinvestoren, zumindest zwei der Ursprungsinvestoren, Herr Morsch und Herr Kiefer, wollen das Objekt für maximal 13,5 Millionen DM ersteigern, sie haben eine Ausbietungsgarantie übernommen, und sie haben auch zugesagt, das Objekt zu renovieren. Wer die Verwaltung dann übernehmen wird, bleibt weiter offen. Es bleibt auch offen, was, wann und wie renoviert wird. Das ist bisher ebenfalls ungeklärt. Nach den Aussagen von Herrn Zimmer und Herrn Morsch in der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses steht da Böses zu befürchten; denn sie fangen schon an, die Aussagen, die von Herrn Baureis im Hinblick auf das Objekt getätigt worden sind, zu hinterfragen und zu unterlaufen.

Hinweis darauf, daß man als oberstes Ziel die Schadensminimierung für die Sparkasse hatte, ist auch, daß jetzt, da das Geschäft mit Kiefer und der Sparkasse gelaufen ist, Druck auf die restlichen Eigentümer gemacht wird. Es gibt ja mehrere Besitzer, es gibt als Haupteigentümer Herrn Breitenberger, aber es gibt auch mehrere Wohnungen, die sich im Streubesitz befinden. Jetzt werden diese Eigentümer angeschrieben, und es wird von ihnen die Renovierung gefordert, und zwar unter der Drohung, daß sie die Zuwendung, die sie gar nicht erhalten haben, zurückzahlen müßten. Dies ist vorher unterblieben. Als man von den Ursprungsinvestoren Zimmer und Morsch den Millionenbetrag hätte zurückfordern können, hat man dies nicht getan. Jetzt, da für Kiefer alles in trockenen Tüchern ist, geht man auf die kleinen Investoren los und will von denen Geld zurück haben, das sie niemals erhalten haben.

(Abg. Schlegel-Friedrich)

Alle lehnen sich jetzt zurück nach dem Motto: Alles ist geheilt, wir sind alle zufrieden. Ich kann für meine Fraktion feststellen: Es gibt keinen Anlaß, sich zurückzuziehen; denn es ist nichts geschehen. Es muß noch viel geschehen, damit die Studierenden in diesem hoch subventionierten Studierendenwohnheim endlich günstig und mangelfrei wohnen können.

(Starker Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Peter Gillo.

Abg. Gillo (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Kollegin Schlegel-Friedrich hat hier einen Bericht in einem weitgehend sachlichen Ton abgegeben. Ich will allerdings auf einen Punkt eingehen, in dem sie zwar ruhig gesprochen, aber unterhalb der Gürtellinie zugelangt hat.

(Na, na! bei der CDU.)

Frau Schlegel-Friedrich, Sie haben hier den Eindruck erzeugt und es auch so formuliert, als wäre Herr Kiefer, der von Anfang an in das Investorengeschäft involviert war und der für seine krummen Dinger eine Strafe von zwei Jahren auf Bewährung erhalten hat, ein Freund von Herrn Lindemann.

(Abg. Feibel (CDU): Auch 30.000 Mark Geldstrafe.)

Ich finde diese Behauptung von Ihnen unverschämte, und ich fordere Sie auf, diese Behauptung zurückzunehmen. Sie wissen ganz genau, so genau wie ich, daß unmittelbar nachdem es die ersten Hinweise gab, daß Herr Kiefer stiller Teilhaber der Gesellschaft war, die von der Sparkasse des Saarpfalz-Kreises einen Kredit erhalten hat, und daß Herr Kiefer derjenige war, der sich selbst sozusagen einen Kredit gesichert hat, einen Kredit genehmigt hat ohne entsprechende dingliche Sicherung, es genau Landrat Clemens Lindemann (SPD) war, der dafür gesorgt hat, daß Herr Kiefer geschäft wurde. Ich finde es unmöglich von Ihnen, daß Sie dann unterstellen, Herr Kiefer sei ein Lindemannfreund. Das war unterhalb der Gürtellinie, und ich fordere Sie auf, das zurückzunehmen.

(Beifall bei der SPD. - Zurufe von der CDU. - Abg. Feibel (CDU): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Ja, bitte sehr.

Abg. Feibel (CDU):

Können Sie uns einmal darlegen, was mit den 4,6 Millionen Mark Zuschüssen des Kultusministers passiert ist? Welche Personen haben unter sich drei Millionen aufgeteilt und diese nicht zurückgezahlt? Können Sie das einmal darlegen? Können Sie auch einmal dem interessierten Publikum sagen, aus welchen Gründen das staatsanwaltschaftliche Verfahren gegen Herrn Kiefer eingestellt wurde? Welche Rolle hat Herr Lindemann dabei gespielt?

Abg. Gillo (SPD):

Herr Feibel, Ihre Zwischenfrage beweist, daß Sie, obwohl Sie fast in jeder Sitzung anwesend waren, offenbar überhaupt nichts verstanden haben.

(Lachen beim Abgeordneten Feibel (CDU).)

Sonst wäre es Ihnen nicht entgangen, daß die Staatsanwaltschaft keineswegs ein Verfahren gegen Herrn Kiefer eingestellt hat, Sie hat es vielmehr angestrengt. Es kam zu einem Gerichtsverfahren, und es kam zu einer Verurteilung des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Kreissparkasse Saarpfalz, weil er die Sparkasse betrogen hat. Wie Sie da auf die Idee kommen, das Verfahren gegen Herrn Kiefer sei eingestellt worden, kann ich nicht begreifen. Sie meinen wahrscheinlich das Verfahren gegen die beiden anderen Herrschaften Zimmer und Morsch wegen Subventionsbetruges.

Das ist allerdings eingestellt worden, weil die Staatsanwaltschaft keine strafrechtlich relevanten Hinweise auf Subventionsbetrug hatte.

(Zuruf des Abgeordneten Feibel (CDU).)

Ich will jetzt noch auf einige Punkte zu sprechen kommen. Warum werden Untersuchungsausschüsse eingesetzt? Untersuchungsausschüsse werden in der Regel eingesetzt, um mögliche starke, große Verfehlungen einer Regierung zu untersuchen, zu klären, ob es schwere Verwaltungsfehler gab. Die Grünen haben sehr schnell verstanden, daß hier nichts zu holen ist, und haben sich bereits nach wenigen Wochen, obwohl sie Antragsteller waren, aus dem Untersuchungsausschuß verabschiedet.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Dummschwätzer!)

Das, obwohl sie die Möglichkeit hatten, Referenten zu schicken. Sie haben auch heute hier durch Abwesenheit gegläntzt. Ich glaube, Sie haben sich schon selber aufgegeben, Herr Kollege Ulrich.

Eben wurde gesagt, die Landesregierung habe da gewisse Absichten verfolgt. Ich kann Ihnen sagen, welche Absichten die Landesregierung von Anfang an verfolgte. Sie verfolgte Anfang der neunziger Jahre die Absicht, den Wohnungsmangel insbesondere für einkommensschwächere Zielgruppen des Wohnungsmarktes, insbesondere beispielsweise für kinderreiche Familien und für Studierende, nach Möglichkeit zu lindern.

(Zuruf des Abgeordneten Feibel (CDU).)

Deshalb hat sie mit anderen Ländern dafür gesorgt, daß ein Bundesländer-Programm aufgelegt wurde. Insgesamt wurden in den Jahren 1990 bis 1994 530 Wohnheimplätze im Rahmen dieses Bundesländer-Programms gebaut, davon fast 340 Wohnheimplätze von Privaten, nachdem man herausgefunden hatte, daß weder das Studentenwerk das gesamte Volumen verbauen konnte noch die LEG dazu in der Lage war, mit einem Zuschuß von 30.000 DM pro Platz ein Gebäude zu erstellen, in dem dreißig Jahre lang nur Studierende wohnen könnten.

Ich kann auch nachvollziehen, daß die LEG das nicht geschafft hat. Denn schauen Sie sich an, was beispielsweise das Studentenwerk pro Wohnheimplatz bekommen hat. Während die Privaten nur 30.000 DM erhielten, bekam das Studentenwerk in einem Fall sogar 51.000 DM pro Wohnplatz, in anderen Fällen 39.000 DM pro Wohnplatz. Daß man mit höheren Zuschüssen angenehmer und mit einem höheren Baustandard bauen kann, liegt auf der Hand. Deshalb ist es auch vollkommen klar, daß die einen, nämlich das Studentenwerk, großzügig Gemeinschaftseinrichtungen, Gemeinschaftsküchen bauen konnten und daß die privaten Investoren davon abgesehen haben.

Es war also ein privates Engagement notwendig. Nachdem die Landesregierung mit fast zwei Dutzend privaten Investoren verhandelt hatte, blieb die Investorengruppe Zimmer und Morsch übrig. Diese Investorengruppe hat sich leider - das muß ich sagen - im nachhinein als unseriös herausgestellt. Sie können bis zum heutigen Tage schwerwiegende Verfehlungen von Seiten der Landesregierung nicht feststellen. Was sich herausgestellt hat, ist allerdings, daß erstens die privaten Investoren Zimmer und Morsch, zweitens der Makler Herr Dorscheid, drittens der Vorstandsvorsitzende Herr Kiefer und viertens spätere Erwerber des Objektes, insbesondere Herr Breitenberger und andere Nachkäufer allesamt eines gemeinsam hatten: Die wollten allesamt möglichst schnell möglichst viel Geld machen, egal wie.

Diese Kamarilla hat sich Gott sei Dank, sage ich einmal, verschätzt. Die Investorengruppe hat sich verschätzt; sie dachte, sie könnte sich ganz schnell von dem Objekt lösen, sie könnte es verschauern, viel Geld damit machen und würde damit auch die Auflagen los. Im Laufe des Verfahrens hat sich aber herausgestellt, die Investoren sind nach wie vor in der Haftung - Gott sei Dank sind sie nach wie vor in der Haftung -, und sie sind auch dazu gezwungen, die Baumängel zu beseitigen. Da haben sie sich Gott

(Abg. Gillo)

sei Dank heftig in die Finger geschnitten. Sie sind nach wie vor in der Haftung und bleiben in der Haftung. Sie können sich von den Auflagen nicht verabschieden.

(Abg. Feibel (CDU): Da hat der Untersuchungsausschuß doch seine Berechtigung gehabt.)

Wir haben zweitens einen Makler, der mehrfach gelogen und mehrfach gegen Recht verstoßen hat. Der Makler hat Wohnungen vermittelt, hat dafür eine Provision von den Studierenden erhoben, obwohl das verboten war; und er war Teilhaber der Wohnungsverwaltungsgesellschaft, obwohl auch das verboten ist und verboten war nach dem Wohnungsvermittlungsgesetz. Makler dürfen eben nicht gleichzeitig, wenn sie solche Wohnungen, die öffentlich gefördert sind, vermakeln, vermieten, vermitteln, in der Hausverwaltung sitzen. Auch das ist sicherlich einer, der eine Menge Dreck am Stecken hat.

Dann haben wir, wie gesagt, den Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse des Saarpfalz-Kreises, Herrn Kiefer, der als stiller Gesellschafter bei Zimmer und Morsch eingestiegen war. Weder Zimmer noch Morsch haben die Landesregierung darüber informiert, daß Herr Kiefer stiller Gesellschafter war, noch hat Herr Kiefer die Sparkassen – zuerst die Sparkasse Neunkirchen und später die Sparkasse Saarpfalz-Kreis – darüber informiert, daß er selber stiller Gesellschafter war. Niemand konnte es wissen, niemand konnte es ahnen, kein Mensch konnte das überhaupt wissen.

Deshalb ist es auch unfair von Ihnen, wenn Sie an der Stelle der Landesregierung Verfehlungen unterstellen oder nachweisen wollen. Sie schaffen es nicht. Es gibt bei der ganzen Geschichte zwar eine Menge Verfehlungen, die bewegen sich aber allesamt im Raume von unseriösen Geldmachern. Ich frage mich die ganze Zeit, was eigentlich Ihr Interesse daran ist, sozusagen von dieser unseriösen Truppe von Geldmachern abzulenken und einseitig der Landesregierung Verfehlungen zuzuschreiben, obwohl da nichts zu holen ist. Sie lenken ab von der Schuld, Sie lenken ab von den Verfehlungen der Privatinvestoren, des Maklers, eines Vorstandsvorsitzenden einer Hausverwaltungsgesellschaft, die nicht sauber ist.

(Zuruf der Abgeordneten Schlegel-Friedrich (CDU).)

Ich glaube, dort sollten Sie die Finger in die Wunden legen und nicht dort, wo es überhaupt nicht angebracht ist.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, in der Tat haben wir allesamt festgestellt, daß bei einem der beiden Studierendenwohnheime erhebliche Mängel, erhebliche Baumängel festzustellen sind. Es ist einfach nicht in Ordnung, daß wir Schimmelpilzbildung in mindestens zwanzig Prozent der Wohnungen haben. Über die Prozentzahl will ich mich mit Ihnen nicht streiten. Der Bausachverständige, Herr Baureis, hat festgestellt, daß das auf eine schlecht durchgeführte Isolierung zurückzuführen ist. Selbstverständlich haben die Studierenden dort das Recht auf einwandfreie Wohnungen. Die Investoren – nicht sonst jemand, sondern die Zuschußnehmer – sind in der Haftung und sind verpflichtet und haben sich auch öffentlich bereit erklärt, die Sanierung des Gebäudes vorzunehmen.

Auf die Rechtsverstöße des Maklers bin ich bereits eingegangen. Ich muß nur immer wieder feststellen, wir hatten gestern noch einmal ein Schreiben der Staatsanwaltschaft in den Fächern, in dem wir nachlesen können, daß bis zum heutigen Tag Herr Makler Dorscheid es nicht für notwendig befunden hat, sich überhaupt zu den ganzen Vorwürfen im Rahmen des staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens gegenüber der Kriminalpolizei oder der Staatsanwaltschaft einzulassen. Er macht dann immer irgendwelche Termine ab, erscheint nicht, legt irgendwelche Atteste oder sonst was vor. Auch uns hat er übrigens im Untersuchungsausschuß belogen. Als er das letzte Mal erschienen war, hat er gesagt, am nächsten Tag ginge er in das LKA und würde sich dort vor-

nehmen lassen. Wir haben inzwischen erfahren, er ging selbstverständlich nicht ins LKA, hat sich nicht vernehmen lassen. Auch an der Stelle hat uns Herr Makler Dorscheid belogen.

Wir werden in den nächsten Tagen in einer weiteren Sitzung des Untersuchungsausschusses von seiten der Landeshauptstadt Saarbrücken hören, wie weit das Lizenzüberprüfungsverfahren für Herrn Dorscheid ist. Soweit ich unterrichtet bin, beabsichtigt die Landeshauptstadt Saarbrücken, Herrn Dorscheid per Verfügung seine Gewerbeerlaubnis zu entziehen. Ich sage Ihnen hier von dieser Stelle aus ganz deutlich, dieser Makler hat gezeigt, daß er unseriös arbeitet, er hat gezeigt, daß er keine Gewähr dafür bietet, seriös zu arbeiten, keine Gewähr dafür bietet, sich jederzeit an gesetzliche Regelungen zu halten. Ich fände es mehr als richtig, wenn ihm das Handwerk gelegt würde.

Kommen wir noch einmal zu den Fehlbelegungen. In der Tat, es gab offenbar einige Fehlbelegungen in dem betreffenden Studierendenwohnheim. Dort haben zeitweise Personen gewohnt, die nicht Studierende waren. Das Ministerium hat gehandelt und hat zeitanteilig die Zuschüsse in Höhe von einigen tausend Mark zurückgefordert. Ich finde das auch richtig so, ich möchte die Landesregierung und das Ministerium in dieser Hinsicht bestärken, die Zuschüsse zurückzufordern, wenn sie nicht zweckentsprechend eingesetzt werden.

Wie ist der Ausblick? Was geschieht weiter? Erstens. Die Investoren sind gezwungen, die Feuchtigkeitsschäden und andere Baumängel zu beheben. Sie kommen aus diesem Obligo nicht heraus. Zweitens. Der Makler ist gezwungen, die zu Unrecht erhobenen Provisionen zurückzuzahlen. Er hat das auch schon in einer Vielzahl von Fällen getan oder tun müssen. Die Landesregierung hat in allen Fällen, in denen sie die Adressen bekommen konnte, die betreffenden Personen angeschrieben und sie auf die Rechtslage hingewiesen, wonach sie zu Unrecht Provisionen gezahlt hätten. Auf Grund des Schreibens des Ministeriums kamen dann ganz viele Studierende zu Herrn Makler Dorscheid und konnten die Provisionen zurückfordern.

Übrigens hat er auch hier versucht, die Studierenden zu linken. Er hat etwa versucht, nur die Hälfte zu zahlen oder was auch immer, oder er hat versucht, an der Zahlung vorbeizukommen. Die Studierenden sind Gott sei Dank auf Grund der Rechtsberatung des AStA und des Briefes des Ministers rechtlich in die Kenntnis gesetzt, in die Lage versetzt worden, dafür zu sorgen, daß sie die Provisionen tatsächlich zurückerhalten.

Drittens. Es ist davon auszugehen, daß die Investoren das Gebäude von der Sparkasse des Saarpfalz-Kreises zurückersteigern werden. Damit wird die Sanierung und die weitere Vermarktung des Gebäudes in einer Hand erfolgen; dann ist klar, daß Investoren und Eigentümer wieder die gleichen sind und daß es die Reibungsverluste, die derzeit leider festzustellen sind, zwischen Investoren und heutigen Eigentümern nicht mehr geben wird.

Viertens. Es gibt ein Gewerbeerlaubnis-Überprüfungsverfahren von seiten der Landeshauptstadt gegenüber Herrn Dorscheid, das, so wie ich das einschätze, letztlich in einem Entzug der Gewerbeerlaubnis enden wird.

Alles in allem muß man doch vor diesem Hintergrund folgendes feststellen.

Erstens. Die Landesregierung hat dafür gesorgt, die studentische Wohnraumnot zu beheben, und hat es immerhin geschafft, 530 zusätzliche Wohnheimplätze hier im Saarland zu erstellen und damit den studentischen und auch den anderen Wohnungsmarkt erheblich zu entlasten.

Zweitens. Die Landesregierung hat, nachdem das alles ruchbar geworden ist, schnell und zügig gehandelt und dafür gesorgt, daß die Studierenden ihre Provisionen zurückerhalten können.

(Abg. Gillo)

Drittens. Die Landesregierung hat - gemeinsam mit dem Verwaltungsratsvorsitzenden der Sparkasse des Saarpfalz-Kreises - dafür gesorgt, daß die Schäden für die Sparkasse einigermaßen begrenzt bleiben.

Viertens. Es wird dafür gesorgt, daß auch in den nächsten Jahren bis zum Ablauf der dreißigjährigen Belegungsbindung das Gebäude an Studierende vermietet wird und an niemand anderes.

Unter dem Strich muß ich sagen, die Wohnraumnot für Studierende ist deutlich gemindert. Die kriminellen Handlungsweisen, die im Umfeld der privaten Investoren des Maklers, des Vorstandsvorsitzenden festzustellen waren, sind im Laufe von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren und Gerichtsverfahren aufgeklärt worden oder werden weiter aufgeklärt. Letztlich muß ich sagen, alles, was herausgekommen ist, was es wirklich wert ist, darüber zu reden, was es wert ist, darüber zu berichten, findet im Bereich der Privaten statt. Und für die sind wiederum andere zuständig als ein Untersuchungsausschuß des Parlamentes. Es wäre besser gewesen, sofort die Staatsanwaltschaft damit zu befassen. Es wäre besser gewesen, denen freie Hand zu lassen. Denn die haben das viel besser herausgefunden, als der Untersuchungsausschuß solche Verfehlungen, solche kriminellen Handlungen jemals ausreichend wird untersuchen können.

(Beifall bei der SPD.)

Dieser Untersuchungsausschuß war unter dem Strich eigentlich überflüssig. Das, was an Sachaufklärung gemacht wurde, hat die Staatsanwaltschaft gemacht. Und das Bißchen, was an Verwaltungshandeln noch aufgeklärt wurde, hätten wir in zwei oder drei Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Kultur und Wissenschaft genauso hinge kriegt.

Also ich sage noch einmal: Dieser Untersuchungsausschuß war überflüssig.

(Lachen bei der CDU.)

Diejenigen, die das sehr schnell erkannt haben, waren die Grünen, die heute schon gar nicht mehr hier sitzen. Wer es am Ende auch erkannt hat, das sind die Damen und Herren von der Presse, die jetzt auch nicht mehr hier sitzen. Die haben inzwischen auch erkannt, daß hier nichts zu holen ist. - Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Ley:

Das Wort hat Herr Minister Henner Wittling.

Minister Wittling:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur ganz kurz etwas zu den Punkten sagen, die hier angesprochen worden sind. Zunächst einmal, Frau Abgeordnete Schlegel-Friedrich, will ich sagen, daß es nicht zutrifft, daß das Ministerium eine unterschiedliche Einschätzung hinsichtlich der als Auflage in den Bewilligungsbescheiden festgelegten Miete und Mietnebenkosten vornimmt. Es war immer unsere Auffassung, daß es sich um eine Pauschale handelt, nicht um eine Mietvorauszahlung. Das ist bis zum heutigen Tage die Haltung des Ministeriums. Und in dieser Frage gibt es auch keinen Unterschied in dem, was ich als Minister vor dem Untersuchungsausschuß ausgesagt habe, und dem, was der Staatssekretär in meinem Ministerium vor dem Untersuchungsausschuß ausgesagt hat.

Die damalige Praxis, eine Pauschale festzulegen, entsprach im übrigen der Praxis, wie sie gegenüber dem Studentenwerk geübt worden ist. Der Vollständigkeit halber will ich hinzufügen, daß die Praxis des Studentenwerks sich in der Zwischenzeit geändert hat und das Studentenwerk zu Vorauszahlungen mit anschließender Spitzabrechnung bei seinen Wohnheimplätzen übergegangen ist.

Zweite Bemerkung. Sie haben gesagt, daß das Ministerium auf die Rücknahme der Bewilligungsbescheide und die Rückförderung der Zuschüsse zum Schutz des früheren Sparkassenvorstandsvorsitzenden Kiefer und der Sparkasse verzichte. Ich will ganz einfach sagen, diese Vermutung, die Sie hier äußern, ist an den Haaren herbeigezerrt. Sie hat keinerlei Grundlage, sie ist Ihre Erfindung. Ich habe von Anfang an folgende Auffassung dazu im zuständigen Ausschuß und hier im Plenum vertreten und ich wiederhole sie deswegen. Es liegt im Interesse der Studenten, nicht nur derjenigen, die jetzt da sind, sondern der zukünftigen Studenten, wenn es in Saarbrücken ausreichenden Wohnraum für Studenten gibt. Deswegen ist seinerzeit das Bund-Länder-Programm aufgelegt worden, deshalb sind seinerzeit aus dem Bund-Länder-Programm 530 Wohnungen geschaffen worden. Und ich möchte, daß im Interesse nicht nur der jetzigen Studierenden, sondern zukünftiger Studentengenerationen, dieser Wohnraum auf Dauer für Studenten zur Verfügung steht. Das ist der Grund - und kein anderer - dafür, daß ich eine Rücknahme der Bewilligungsbescheide oder eine Rückforderung der Zuschüsse nicht gemacht habe. Meine Bitte geht wirklich dahin, die hier wieder mal vorgebrachten Unterstellungen und Verdächtigungen nicht fortzuführen. Sie haben keine Grundlage und richten sich gegen denjenigen, der dauernd Neues erfindet.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, schon bei Einsetzung des Untersuchungsausschusses ist von seiten der Opposition von Subventionsbetrug, Subventionsmißbrauch gesprochen worden, und der Begriff Schurkenstück ist gebraucht worden. Tatsache ist, die Staatsanwaltschaft hat die Ermittlungsverfahren gegen die privaten Investoren eingestellt, weil ein Verstoß gegen subventionsrelevante Tatbestände von seiten der Staatsanwaltschaft nicht festgestellt worden ist. Ich stelle allerdings hier fest, daß von Anfang an in einem bedenklichen Maß mit Vorverurteilungen und Verdächtigungen von seiten der Oppositionssprecher operiert worden ist.

Auch Ihre Behauptung, daß die Investoren die öffentlichen Mittel für andere Zwecke verwendet hätten, hat sich als nicht zutreffend erwiesen, denn die Zeugenvernehmung im Untersuchungsausschuß hat ergeben, daß die öffentlichen Mittel bei der Bank auf das Baukonto gekommen sind, aus dem die Rechnungen bezahlt worden sind.

(Abg. Feibel (CDU): Sie haben nicht alle Berichte gelesen, Herr Minister.)

Zu dieser Strategie der Vorverurteilungen gehört auch das Bemühen, meine Damen und Herren, von Anbeginn an dunkle Machenschaften zu vermuten. Anders sind Ihre Fragen danach, ob es denn private Beziehungen meines Amtsvorgängers Breitenbach und seiner Familienangehörigen zu den Investoren gegeben hat, nicht zu erklären. Ich bin der Auffassung, daß auch das in den Versuch einzuordnen ist, Verdächtigungen und ehrabschneiderische Unterstellungen in die Weltgeschichte zu setzen unter der Überschrift „Irgend etwas wird wohl hängenbleiben“.

(Beifall bei der SPD. - Zuruf der Abgeordneten Schlegel-Friedrich (CDU).)

Es ist nun mal so, daß Sie sich hauptsächlich damit beschäftigt haben, ob mein Amtsvorgänger Minister Breitenbach und seine Familienangehörigen, beispielsweise seine Ehefrau, private Beziehungen zu den Investoren unterhalten haben. Für alles das gab es zu keinem Zeitpunkt eine Grundlage. Sie haben von Anbeginn an in diesem Zusammenhang mit haltlosen Verdächtigungen operiert.

(Abg. Feibel (CDU): Sie haben die Protokolle nicht gelesen, Herr Minister. Sie müssen die Protokolle mal nachlesen.)

(Minister Wittling)

Sie sind angesprochen, Herr Abgeordneter Feibel. Sie haben sich ja hauptsächlich mit diesen Fragen im Untersuchungsausschuß beschäftigt, obwohl es bis zum heutigen Tag – –

(Abg. Feibel (CDU): CDU-Untersuchungsausschuß, was ist das?)

Mit Ihrem Untersuchungsausschuß.

(Abg. Feibel (CDU): Das ist der Untersuchungsausschuß des Landtages. Was haben Sie denn für eine Vorstellung von unserer parlamentarischen Demokratie? Was ist denn das Parlament für Sie?)

Es tut mir leid, Sie haben in diesem Zusammenhang mit ehrabschneiderischen Unterstellungen gegenüber meinem Amtsvorgänger und seinen Familienangehörigen operiert.

(Beifall bei der SPD.)

Meine Damen und Herren, ich hatte bei der Einsetzung des Untersuchungsausschusses auch dazu geraten, von Betrachtungen gegenüber den Banken und Sparkassen Abstand zu nehmen, weil die Dinge sich nicht in der Verantwortung des Landes und der Landesregierung zugetragen haben. Daher habe ich es bedauert, daß Sie so im Untersuchungsausschuß verfahren sind. Das hat letztlich dazu geführt, daß Sie es für richtig gehalten haben, einen Vorstandsvorsitzenden, der mit der Angelegenheit überhaupt nicht befaßt gewesen ist, mit Beugemaßnahmen zu bedrohen.

(Abg. Hans (CDU): Das ist gerichtlich bestätigt, jawohl.)

Herr Abgeordneter Hans, wenn Sie es für richtig halten, einen Vorstandsvorsitzenden einer Sparkasse, der mit der Angelegenheit nicht befaßt gewesen ist, mit Beugemaßnahmen zu bedrohen, dann ist das Ihre Angelegenheit.

(Zuruf von der CDU.)

Letzte Bemerkung, die ich machen will, und da komme ich noch mal zu dem vorhin von mir genannten Punkt zurück. Der entscheidende Punkt dafür, daß seinerzeit die studentische Wohnungsförderung mit dem Bund-Länder-Programm auf den Weg gebracht worden ist, bestand darin, die damalige Wohnungsnot unter Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt und auch in unserem Land zu beseitigen. Sie hatte zum Ziel, in unserem Land 530 Wohnheimplätze zu schaffen. Diese 530 Wohnheimplätze sind geschaffen worden, und ich möchte, daß diese in unserem Land auch weiterhin für Studenten zur Verfügung stehen. Das ist der Grund dafür, daß es nach meiner Auffassung bei der öffentlichen Bindung bleiben soll. Die öffentliche Bindung kann nur aufrechterhalten werden, wenn von einer Rücknahme und einer Rückforderung der Zuschüsse abgesehen wird.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kurt Schoenen.

Abg. Schoenen (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einige wenige Sätze. Ich darf daran erinnern, daß dieser Untersuchungsausschuß von außen angestoßen wurde, nämlich von den Studierenden, für die die Studentenwohnheime gebaut worden sind. Kaum waren die Dinge in der Welt, wurden die Studenten abgezockt. Das war die Ursache gewesen.

(Beifall bei der CDU.)

Es ist ein schales Gefühl absoluter Ungerechtigkeit zurückgeblieben. Ich hätte bei Arbeitsaufnahme dieses Untersuchungsausschusses nicht für möglich gehalten, daß so etwas zutage tritt, was am Schluß dabei herauskam. Dieser Untersuchungsausschuß hat bewiesen, was parlamentarische Kontrolle zutage bringen kann,

und hat leider auch bewiesen, was Schlampigkeit bei einer Regierung verursachen kann. Das sind die zwei Dinge, die dabei herausgekommen sind.

(Beifall bei der CDU.)

Herr Minister. Sie sagen: pauschale Zuschüsse. Okay. In diesem kleinen Lande, wo jeder jeden kennt, Genossen sich untereinander ganz besonders gut, sind dann Studentenwohnheime entstanden – Ihr Staatssekretär spricht von studentenpolitischem Erfolg –, in denen keine Gemeinschaftsräume sind. Es ist mehrfach bei Befragungen herausgekommen: Das ist gar kein Studentenwohnheim. Das war ein Objekt. Ich kann in einem Haus, in dem keine Gemeinschaftsräume vorhanden sind, auch kein Studentenheim entdecken, wie ich es mir vorstelle, und wie das Studentenwerk es nicht gebaut hätte. Dann war es noch ein Objekt mit großen Mängeln. Mir wird die Befragung des Chefs der Berufsfeuerwehr in Saarbrücken unvergessen bleiben, ein promovierter Mann. Ich kann nur sagen: Lieber Gott, verhüte, daß in diesem Haus jemals etwas passiert, daß jemals ein Feuer ausbricht! Es ist die reine Katastrophe, mit welcher Leichtfertigkeit dort auf Fragen geantwortet wurde.

5,7 Millionen DM Zuschuß. Es ist immer noch offen, wie viele Räume dort entstanden sind. Frau Kollegin Schlegel-Friedrich sagt, da ist die Zahl drei noch offen. Ich will nur einmal sagen, damit die Dimensionen verstanden werden: Drei heißt, dreimal 30.000 DM. Das sind 90.000 DM. Als ob das so nichts wäre! Davon könnte man einen Lehrer ein Jahr lang bezahlen – nur damit man die Dimension einmal erkennt. Wenn dann dabei zutage kommt, daß Leute Gelder bei diesem Studentenwohnheimbau in den eigenen Sack geschafft haben – drei Menschen jeder eine Million – und sie kommen mit einem blauen Auge davon, weil eine Vereinbarung zustande gebracht wird, die die Sparkasse schützt, in Gottes Namen! Aber wie soll denn da der Kleine draußen noch zurechtkommen? Ich habe den Eindruck, bei solchen Dingen kommt folgendes wieder zutage: Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen.

(Beifall bei der CDU.)

Das ist ein Ergebnis dieser Dinge. Dann vergessen wir bitte nicht, daß sich hier Vorstände schuldig gemacht haben. Der eine, das ist jetzt bekannt, und der andere wurde ins Feuer geschickt. Sie kritisieren, daß wir hier Beugehaft beantragt haben. Die hätte Herr Lindemann verdient, denn er hat durch seine Verweigerung von Aussagegenehmigungen einen nach dem anderen ins Feuer geschickt. Das war der Punkt, und das ist der politisch Verantwortliche für den Skandal, der bei der Sparkasse in Homburg passiert ist.

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Politische Verantwortlichkeiten hat man gar nicht gerne, wenn etwas schiefgeht. Nur, wir haben jetzt gerade im Sparkassenwesen so viele Signale erlebt, wo immer Genossen die politische Verantwortung hatten, daß man das sagen können darf und sagen muß, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Hier wurde nach Gutsherrenart gewirtschaftet. Ich kenne da einen, der kennt einen, und wir kennen uns alle. Es war völlig klar, daß es von Anfang an bekannt war, daß es in anderen Bundesländern Richtlinien gab. Diese Richtlinien haben im Hause auch vorgelegen. Nur haben sie offenbar nicht gepaßt, weil das andere elegant war.

Zurück zu den Sparkassen und zurück zu den Vorwürfen an Daniela Schlegel-Friedrich, sie habe unter der Gürtellinie gearbeitet. Das macht sie nicht. Das ist nicht ihre Art. Sie ist eine Frau, die geradlinig vorgeht. Sie hat sich höchsten Respekt verdient, da sie nicht auf Druck von außen eingegangen ist.

(Beifall bei der CDU.)

(Abg. Schoenen)

Wir haben von außen gesagt bekommen, was uns zu interessieren hat und nicht zu interessieren hat, auch von der Sparkassenseite. Von wegen! Noch muß der Parlamentarier sagen dürfen, das interessiert mich, und das interessiert mich nicht. Die Kraftprobe, ihr habt hier zu erscheinen und auszusagen, geht maßgeblich auf die Durchsetzungskraft von Daniela Schlegel-Friedrich zurück. Das war eine Sternstunde für das gesamte Parlament, daß wir hier zeigen konnten, wo die Reise lang geht.

(Beifall bei der CDU.)

Das war eine entscheidende Stunde. Ich möchte schließen mit dem Bemerkten, daß hier politische Verantwortung nicht vorhanden war. Wenn man sagt, Pleiten, Pech und Pannen, dann sage ich, Pleite ja, Panne ja, aber Pech nicht. Das hier war kein Pech. Hier ist einfach selbstverschuldet durch fehlende Kontrolle, durch blindes Vertrauen gegenüber guten Bekannten – –

(Zuruf von Minister Wittling.)

Da brauchen Sie nicht auf die Tränendüse zu drücken, Herr Minister. Es wurden nur Fragen gestellt, die sich aus dem Ablauf des Verfahrens ergeben haben. Wenn bei Ihnen Fragen Unterstellungen sind, oh Gott, oh Gott! Dann sind wir weit gekommen. Dann brauchen wir natürlich keine Untersuchungsausschüsse mehr zu machen.

(Zuruf des Abgeordneten Schreier (CDU): Majestätsbeleidigung.)

Das ist Majestätsbeleidigung, jawohl. Hier ist ein Ausschuß zustande gekommen, der zutage gebracht hat, daß in diesem Land schlampig mit Geldern umgegangen wird, leichtfertig Zuschüsse vergeben worden sind. Das Ergebnis ist Mißtrauen auf der ganzen Linie. Ich sage es noch einmal: Diejenigen, für die man schöne Eröffnungsfeiern macht, diejenigen, bei denen man sagt, wir sind für euch da, auch für Nachfolgenerationen, waren die ersten, die abgezockt worden sind. Dann kann ich zum Schluß nur einer Hoffnung Ausdruck verleihen: Wenn politische Verantwortung so wenig wahrgenommen wird, wie die beiden Untersuchungsausschüsse gezeigt haben, auch der Untersuchungsausschuß Studierendenwohnheime, dann bin ich froh, daß der Wähler darauf die passende Antwort geben kann.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ley:

Das Wort hat Herr Minister Henner Wittling.

Minister Wittling:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur ganz kurz zwei Bemerkungen machen. Herr Abgeordneter Schoenen, ich stimme Ihnen zu, daß im vorliegenden Fall die Studenten oder ein Teil der Studenten abgezockt worden sind. Die Vollständigkeit gebietet es zu sagen, wer abgezockt hat. Im vorliegenden Fall hat der private Makler und die private Wohnungsvermittlung, die beide miteinander verflochten gewesen sind, abgezockt. Das ist der vollständige Sachverhalt.

(Abg. Lang (SPD): Die waren CDU-Mitglieder. – Schreier (CDU): Auch die müssen von der Landesregierung kontrolliert werden.)

Zweitens möchte ich nur aus Gründen des Beispiels, wie mit der Wahrheit umgegangen wird, folgendes sagen. Herr Abgeordneter Schoenen, Sie haben gesagt, der Chef der Berufsfeuerwehr in Saarbrücken habe im Ausschuß gesagt: Wehe, wenn dort etwas passiert!

(Zuruf der Abgeordneten Schlegel-Friedrich (CDU) und des Abgeordneten Schoenen (CDU).)

Ich will der Vollständigkeit halber sagen, was der Chef der Feuerwehr gesagt hat. Er hat dort gesagt – er hat es uns auch mitgeteilt –, aus brandschutztechnischer Sicht wurden keine gravierenden Mängel festgestellt.

(Abg. Schlegel-Friedrich: Der war doch gar nicht dort.)

Und weiter: Für die Bewohnerinnen und Bewohner der Anlage besteht keine Gefährdung. Das zum Thema, wie man mit einem Sachverhalt umgeht. Der Sachverhalt steht nach der Vernehmung, nach der Darstellung des Chefs der Feuerwehr in Saarbrücken fest. Noch einmal: Für die Bewohnerinnen und Bewohner der Anlage besteht keine Gefährdung. Das muß auch der Chef der Feuerwehr nicht höchstpersönlich in Augenschein nehmen, sondern das muß sein brandschutztechnischer Dienst in Augenschein nehmen. Er hat das gemacht, und ist zu diesem Ergebnis gelangt.

(Abg. Schlegel-Friedrich: Nachdem wir ihn bestellt hatten.)

Vizepräsident Ley:

Das Wort hat Kollege Albrecht Feibel.

(Abg. Lang (SPD): Sie kosten diesen letzten Tag richtig aus!)

Abg. Feibel (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Lang hat das richtig gesehen. Wir kosten die letzten Tage in der Opposition richtig aus.

(Zurufe aus der SPD.)

Nachher wird es anders. Da sind wir uns schon ziemlich sicher.

Herr Minister, ich hätte mich nicht gemeldet, aber die Bemerkung von wegen Ehrabschneidung muß ich in aller Form zurückweisen.

(Beifall bei der CDU.)

Sie waren im Gegensatz zu mir in den Sitzungen nur dann anwesend, wenn Sie als Zeuge vernommen wurden. Ansonsten wurde Ihnen berichtet. Ich gehe davon aus, die Beamten haben Sie ordentlich informiert, aber Sie haben den Sachverhalt möglicherweise nicht zu hundert Prozent in Erinnerung. Wir haben die Pflicht, die Dinge aufzuklären – in jedem der beiden Untersuchungsausschüsse. Und da haben wir die Zeugen zu befragen. Da gibt es keine Pingeligkeit. Da sind Sachverhalte aufzuklären. Wenn eine Frage mit nein beantwortet wird, dann steht sie mit nein. Wird sie mit ja beantwortet, dann kommen wir in der Sache weiter. Das, was im Untersuchungsausschuß vorgetragen wurde, hat uns ja nun zu verschiedenen Punkten hingeführt. Lassen Sie mich zwei Dinge ansprechen.

Erstens. Sie haben vorhin gesagt, das Land hat mit der Sparkasse nichts zu tun. Ich muß schon sagen, ich bin enttäuscht. Sie waren einmal Finanzstaatssekretär.

(Minister Wittling: Sie drehen einem das Wort im Munde herum.)

Sie haben gefragt: Was hat das Land überhaupt mit der Sparkasse zu tun? Natürlich haben wir etwas damit zu tun. Wir haben ein Sparkassengesetz gemacht. Wir haben ein Ministerium, das Aufsicht führt über die Sparkassen. Und dann frage ich mich mal: Wo ist denn die Aufsicht über die Sparkassen? Wo bleibt sie denn? Wo wird denn hier die Pflicht wahrgenommen, die Sparkassen zu kontrollieren? Das ist das eine.

Der zweite Punkt. Es sind 5,7 Millionen Mark Zuschuß gezahlt worden. Ich habe immer in Erinnerung, daß es eine Zuschußbewilligung gibt mit entsprechenden Auflagen. Dann hat ein Nachweis zu erfolgen, was mit dem Geld geschah ist. Das ist das übliche Verfahren. 5,7 Millionen Mark Zuschuß, die gewährt werden, müssen doch in irgendeiner Form abgerechnet werden. Es kann

(Abg. Feibel)

doch nicht sein, daß ich von einem Ministerium aus Steuergeldern Zuschüsse bekomme und diese Zuschüsse für irgend etwas verwende, egal was, und nichts abzurechnen brauche.

(Abg. Gillo (SPD): Das ist verbaut worden.)

Moment, lieber Peter Gillo! Zunächst einmal weiß niemand, wieviel gebaut wurde, wieviel benutzbar ist usw. Wenn ich als Minister 5,7 Millionen Mark an Zuschüssen gewähre, habe ich die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, eine ordnungsgemäße Abrechnung dieser Zuschüsse und eine Belegung der Zuschüsse zu verlangen.

(Beifall bei der CDU.)

Es kann doch nicht wahr sein, daß Zuschüsse zum Bau von Wohnungen gewährt werden, und diese Zuschüsse werden verwendet, um Darlehen per Festgeld abzusichern. Das will mir nicht in den Kopf. Es kann nicht wahr sein, daß das Land Geld leiht und dafür hohe Zinsen zahlt, und irgendwelche Personen, die mit dem Land Geschäfte machen, bringen dieses Geld auf die Bank, legen es als Festgeld an und kassieren Zinsen. Das kann doch nicht wahr sein.

Jetzt frage ich Sie, und dann kommen Sie mal hierher und klären uns auf. Es sind 5,7 Millionen DM Zuschuß gezahlt worden. Wie sind diese 5,7 Millionen Mark verwendet worden? Das hat uns bis heute niemand sagen können. Wir wissen nur, daß drei Beteiligte - darunter auch Herr Kiefer - jeweils eine Million Mark bekamen. Die haben sie sich aus diesem Topf herausgeholt. Jetzt zahlt der Kiefer 30.000 Mark, macht per saldo 970.000 Mark, dann natürlich noch die zwei Jahre auf Bewährung. Das muß man sich vorstellen! Und kein Mensch verfolgt diese Sache. Wir leben in einer Bananenrepublik, wenn ich sehe, wie Sie mit den Steuergeldern umgehen.

(Beifall bei der CDU.)

Dieser Vorwurf bleibt so lange bestehen, bis Sie uns als verantwortlicher Minister Auskunft gegeben haben. Sie sind Nachfolger von Herrn Breitenbach. Ich denke, da gibt es eine sogenannte Rechtsnachfolge - lassen Sie sich mal von Ihrem Nachbarn zur Rechten belehren -, die besagt, daß Sie jetzt der verantwortliche Mann sind und dem Parlament darüber Rechenschaft zu geben haben. Solange diese 5,7 Millionen nicht belegt sind, steht der Vorwurf im Raum, daß hier Steuergelder veruntreut wurden. Das müssen Sie aufklären.

Lassen Sie mich noch etwas zum „guten Menschen“ Lindemann sagen. Ich habe den Eindruck, daß die Brandstifter zu Feuerwehrleuten mutieren. Wir, die die Sache jetzt nachträglich aufzuklären haben, bekommen den Vorwurf gemacht, wir würden der Sparkasse Schaden zufügen. Diejenigen, die der Sparkasse durch das Handeln, auch durch das Überfordertsein wie im Fall Lindemann - -

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Er ist Vertreter des Eigentümers, er ist Vorsitzender des Vorstandes, er ist Vorsitzender des Kreditausschusses. Herr Lindemann ist überfordert. Dieser Herr Lindemann trifft jetzt eine Vereinbarung mit dem früheren Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse. Die Staatsanwaltschaft kann diese Sache nicht mehr weiter verfolgen, weil sich die Parteien im Grunde geeinigt haben. Das ist der Stand der Dinge.

Jetzt sagen Sie, was wir hier täten, sei Ehrabschneidung.

(Zuruf von Minister Wittling.)

Jetzt wiederholen Sie das auch noch. Das weise ich in aller Form zurück. Dieser Vorwurf gilt so lange nicht, bis Sie hier Ihre Pflicht tun und einmal sagen, wo die 5,7 Millionen Mark an Steuergeldern

hingekommen sind. Solange Sie das nicht aufklären, steht der Vorwurf der Veruntreuung von Steuergeldern bei Ihnen im Raum. Und dafür sind Sie verantwortlich, Herr Wittling.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Jürgen Schreier.

Abg. Schreier (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich mir jetzt zwei Ergebnisse von Untersuchungsausschüssen angehört habe. In beiden Fällen hat die SPD erklärt, sie seien nicht notwendig gewesen. Bei dem einen haben Sie sich sogar dazu verstiegen zu sagen, wie hoch die Kosten seien, die der Parlamentsstenograph durch die Stunden seiner Tätigkeit gehabt hätte. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Wenn das Ihr Selbstverständnis von parlamentarischer Arbeit ist, dann ist es höchste Zeit, daß in diesem Land ein Wechsel stattfindet.

(Beifall bei der CDU.)

Ich bleibe jetzt bei dem letzten Untersuchungsausschuß. Ich stelle mir einmal vor, was alles nicht passiert wäre, wenn dieser Untersuchungsausschuß nicht eingesetzt worden wäre. Ich fange bei dem Gebäude des Studentenwohnheimes an, Herr Minister, von dem Sie ja immer sagen, es sei so notwendig für die Studenten - selbstverständlich pflichten auch wir dem Wohnungsbau für Studenten bei. Ich fange mal damit an: Es wäre nie die Feuerwehr in diesem Gebäude gewesen. Es hat zwar beim Baubescheid eine Brandschutzbegehung gegeben. Aber die genaue Kontrolle, wie was zu handhaben wäre im Gefahrfalle, hat erst stattgefunden, nachdem jetzt pflichtgemäß die Feuerwehr einmal kontrolliert hat.

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Das ist so, Herr Kollege Gillo. - Zweitens. Wir hätten nicht einmal eine Belegungsliste derjenigen gehabt, die in diesem Hause gewohnt haben, Herr Minister. Sie erklären, das Ministerium habe alles wunderbar gemacht, es habe alles wunderbar im Griff gehabt. Sie konnten am Anfang noch nicht mal eine Belegungsliste der Wohnungen vorlegen, für deren Bau Sie eine hohe Subvention gegeben haben. In den Wohnungen - man höre, Kollege Gillo - haben unter anderem ein Professor und ein Doktorand gewohnt. Sie argumentieren, Sie seien der große Meister für das Studentenwohnheim. Sie konnten keine Belegungsliste vorlegen, und die Wohnungen wurden sachfremd vermietet.

(Abg. Gillo (SPD): Wie viele?)

Es obliegt der Kontrolle des Ministeriums zu prüfen, wer in diesen Wohnungen wohnt. Wenn sie unsachgemäß bewohnt werden, wenn die falschen Leute dort wohnen, dann ist das nicht in Ordnung, meine Damen und Herren.

Und noch eines. Es wäre niemals zu einer ordnungsgemäßen Renovierung dieses Gebäudes gekommen. Es sind erhebliche Baumängel festgestellt worden. Daß jetzt überhaupt daran gedacht wird, diese Baumängel in Ordnung zu bringen, das heißt, daß die Studenten in einer angemessenen Umgebung wohnen, ist ebenfalls diesem Ausschuß zu verdanken.

Auch wäre es niemals herausgekommen, meine Damen und Herren, daß die Aufsichtsgremien der Sparkassen versagt haben. Ich meine, es ist schon deshalb wichtig, daß jetzt mal gezeigt worden ist, wie notwendig Kontrollen von Aufsichtsgremien gerade bei Sparkassen sind. Daß diese Aufsichtsgremien unter der Leitung des Juristen Lindemann versagt haben, ist besonders hervorzuheben.

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

(Abg. Schreier)

Ich meine, auch hier müßten Maßnahmen ergriffen werden, die in Zukunft berücksichtigen, daß solche Dinge nicht mehr vorkommen.

Und jetzt will ich Ihnen noch etwas zu der Frage der Einstellung des Verfahrens sagen. Warum ist denn das Verfahren vom Gericht eingestellt worden? Warum ist denn kein Subventionsbetrug festgestellt worden?

(Zuruf des Abgeordneten Gillo (SPD).)

Von der Staatsanwaltschaft, Entschuldigung. Es konnte kein Subventionsbetrug festgestellt werden, weil die notwendigen Auflagen, die dort als Richtlinien für Subventionen eigentlich hätten gegeben sein müssen, überhaupt nicht vorgefunden worden sind. Es konnten keine Auflagen gefunden werden, deshalb konnte auch Subventionsbetrug nicht festgestellt werden, und deshalb ist das Verfahren eingestellt worden. Ich resümiere jetzt noch einmal aus der Sicht des Betrachters. Ich war nicht Mitglied dieses Untersuchungsausschusses.

(Abg. Gillo (SPD): Das merkt man.)

Aber ich bin sehr, sehr froh, daß dieser Untersuchungsausschuß getagt hat und daß herausgefunden worden ist, wie dilettantisch das Ministerium in dieser Frage gearbeitet hat. Wenn es dem Untersuchungsausschuß nur gelungen ist, daß in Zukunft das Ministerium sehr viel ordnungsgemäßer, sehr viel pflichtgemäßer arbeitet, dann hätte er schon seinen Sinn gehabt.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ley:

Das Wort hat Herr Kollege Peter Hans.

Abg. Hans (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns trennen nur noch Minuten vom Abschluß der letzten Sitzung.

(Zuruf.)

Uns trennen nur noch wenige Minuten von dem Ende der letzten Sitzung. Herr Minister, ich glaube, wir sollten diese Arbeit nicht einstellen, ohne daß Sie hier Ihren Vorwurf an den Kollegen Feibel, er sei ein Ehrabschneider, zurücknehmen.

(Beifall bei der CDU.)

Ich denke, der Kollege Feibel hat Fragen gestellt, Fragen, die natürlich auch Personen betreffen. Es ist legitim, daß solche Fragen gestellt werden. Es ist einfach nicht angemessen, Herr Minister, daß Sie als Nichtparlamentarier Abgeordnete mit solchen Ausdrücken belegen. Ich möchte Sie wirklich bitten, das Ganze zurückzunehmen. Das wäre dann ein einigermaßen versöhnlicher Abschluß dieser Legislaturperiode. Wenn Sie das nicht tun, dann sehen wir uns leider gezwungen, im Präsidium zu überprüfen, ob dieser Ausdruck Ehrabschneider ein parlamentarischer Ausdruck ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsident Ley:

Das Wort hat Herr Kollege Peter Gillo.

Abg. Gillo (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß jetzt, gegen Ende dieser sowieso über weite Strecken unsäglichen Debatte über dieses Thema auch noch jemand meinte, das Wort ergreifen zu müssen, der gar nicht Mitglied des Untersuchungsausschusses war, das, muß ich sagen, schlägt wirklich dem Faß den Boden aus.

(Zuruf von der CDU.)

Entschuldigen Sie, Herr Kollege Hans, ich meinte gar nicht Sie, ich meinte Ihren Kollegen Schreier, der zur Sache geredet hat, wie ein Blinder von der Farb schwätzt, der gar nicht weiß und wissen kann, was da überhaupt in den 24 Sitzungen besprochen wurde. Herr Schreier, es wäre besser gewesen, Sie hätten sich nicht zu Wort gemeldet, und in Zukunft bitte ich Sie, uns nicht ständig die Zeit zu rauben, sondern nur noch zu dem zu reden, wovon Sie wirklich ein Mindestmaß, ein bißchen Ahnung haben.

(Abg. Feibel (CDU): Wenn uns einer die Zeit raubt, dann Sie.)

Ich komme noch einmal zu der Sache mit der Ehrabschneideri. Ich war Zeuge in diesem Untersuchungsausschuß, wie Sie gebohrt haben und nachgebohrt haben, ob Herr Professor Breitenbach, ob Herr Pernice, ob dieser, ob jener Herrn Dorscheid, Herrn Morsch, Herrn Zimmer gekannt hätte, ob da persönliche Verbindungen existiert hätten. Sie mußten feststellen, es haben keine persönlichen Verbindungen existiert.

(Abg. Schoenen (CDU): Das ist doch unsere Aufgabe.)

Es gibt persönliche Verbindungen, der eine kennt den anderen; Herr Morsch kennt Herrn Zimmer, Herr Zimmer kennt Frau Zimmer, Herr Zimmer kennt Herrn Rischmann, Herr Rischmann kennt Herrn Lehrer usw. Ich möchte jetzt Sie einmal fragen: Kennen Sie Herrn Dorscheid, zum Beispiel aus Ihrer Partei? Kennen Sie Herrn Rischmann, zum Beispiel aus Ihrer Partei? Das wäre vielleicht auch einmal eine Frage, die zu stellen wäre. Ich muß Ihnen ehrlich sagen, ich habe mich bisher gescheut, im Untersuchungsausschuß solche Fragen zu stellen, obwohl ich ja informiert bin über die Parteimitgliedschaft des einen oder anderen dort bei Ihnen.

(Unruhe und Sprechen.)

Ich bin informiert über die Parteimitgliedschaft der einen oder anderen. Ich habe das bisher nicht thematisiert. Aber jetzt, nachdem die Frau Vorsitzende des Untersuchungsausschusses unterstellt hat, Herr Kiefer sei ein persönlicher Freund von Herrn Lindemann – –

(Abg. Schlegel-Friedrich (CDU): Ist er ja auch.)

Nachdem so getan wurde, als gebe es hier irgendwie eine Form von Freundschaften unter SPD-Mitgliedern und denen, die dort im kriminellen Milieu agieren, sage ich Ihnen: Das ist wirklich eine Unverschämtheit gewesen. Ich fordere Sie noch einmal auf, Frau Abgeordnete Schlegel-Friedrich, das, was Sie gesagt haben, zurückzunehmen. Das mit der persönlichen Freundschaft ist wirklich eine Sauererei gewesen, wirklich eine Unverschämtheit gewesen.

(Zurufe von der CDU.)

Ich fordere auch Sie auf, Herr Schoenen, es in Zukunft zu unterlassen, hier irgendwelche Verbindungen zu unterstellen, die nicht existieren.

(Abg. Schreier (CDU): Das ist arrogant, was Sie sich leisten.)

Schauen Sie dann bitte sehr persönlich in Ihrem eigenen Laden nach.

(Abg. Schreier (CDU): Was bilden Sie sich eigentlich ein?)

Schauen Sie einmal nach, ob Herr Rischmann, schauen Sie mal nach, ob Herr Dorscheid Mitglied Ihrer Partei ist oder nicht.

(Abg. Schoenen (CDU): Sind Sie bereit, noch eine Antwort auf eine Frage zu geben?)

Aber gern.

(Abg. Schoenen (CDU): Dann sagen Sie mir bitte, wo ich was unterstellt habe?)

(Abg. Gillo)

Sie haben, Herr Kollege Schoenen, hier so getan, als gebe es Verbindungen zwischen SPD-Mitgliedern in den Verwaltungsräten der beiden Sparkassen und denen, denen hier wirklich Verfehlungen nachzuweisen sind im privaten Milieu, im Milieu der Geldabzocker. Das war Ihre Unterstellung. Ich sage noch einmal: Nehmen Sie das bitte zurück. Wenn Sie sagen: Das ist meine Interpretation, dann zeigt das wieder, Sie wollen eben zwischen den Zeilen etwas ausdrücken, und Sie wollen schon, daß irgend etwas bei uns hängenbleibt. Das ist dann der Sinn dieses Untersuchungsausschusses. – Herzlichen Dank.

Vizepräsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Bevor wir zum Ende der Sitzung kommen, möchte ich noch eine kurze Bemerkung machen. Wir sind am Ende der voraussichtlich

letzten Sitzung in dieser Wahlperiode angelangt. Es ist aber auch so, daß für eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen dies die letzte Sitzung hier im saarländischen Landtag gewesen ist. Ich möchte allen danken, ich glaube, im Namen aller, die dem Land und seinen Bürgerinnen und Bürgern durch ihre Abgeordnetentätigkeit gedient haben. Ich will stellvertretend auch zwei Kollegen, die dreißig Jahre diesem Parlament angehört haben, danke schön sagen. Dreißig Jahre, das, denke ich, verdient Respekt und Anerkennung. Das sind Landtagspräsident Hans Kasper und unser Innenminister Friedel Läßle. Herzlichen Dank.

(Beifall des Hauses.)

In diesen Dank schließe ich dann alle die ein, die uns in unserer Tätigkeit mittragen und mit unterstützt haben. Ich bedanke mich bei allen für die heutige Sitzung und für die Teilnahme und schließe die Sitzung.

Anlage

N a m e n t l i c h e A b s t i m m u n g

zu Punkt 2 der Tagesordnung
(Drucksache 11/2071)

1. Abg. Monika Bachmann (CDU)	ja
2. Abg. Dr. Gerd Bauer (CDU)	ja
3. Abg. Monika Beck (CDU)	ja
4. Abg. Gabriele Bozok (B 90/Grüne)	entschuldigt *)
5. Abg. Reiner Braun (SPD)	ja
6. Abg. Irmtraud Engeldinger (SPD)	ja
7. Abg. Albrecht Feibel (CDU)	ja
8. Abg. Peter Freichel (SPD)	ja
9. Abg. Willi Gehring (CDU)	ja
10. Abg. Gerhard Geisen (SPD)	ja
11. Abg. Peter Gillo (SPD)	ja
12. Abg. Anita Girst (CDU)	ja
13. Abg. Peter Hans (CDU)	ja
14. Abg. Kurt Hartz (SPD)	ja
15. Abg. Roland Henz (SPD)	ja
16. Abg. Roswitha Hollinger (SPD)	ja
17. Abg. Horst Hornberger (SPD)	ja
18. Abg. Hans Kasper (SPD)	ja
19. Abg. Reinhard Klimmt (SPD)	ja
20. Abg. Helma Kuhn-Theis (CDU)	ja
21. Abg. Friedel Läßle (SPD)	ja
22. Abg. Armin Lang (SPD)	ja
23. Abg. Hans Albert Lauer (SPD)	ja
24. Abg. Karin Lawall (SPD)	ja
25. Abg. Jo Leinen (SPD)	ja
26. Abg. Hans Ley (CDU)	entschuldigt *)
27. Abg. Peter Müller (CDU)	ja
28. Abg. Gerlinde Neumann (SPD)	ja
29. Abg. Dr. Andreas Pollak (B 90/Grüne)	entschuldigt *)
30. Abg. Willi Portz (SPD)	ja
31. Abg. Jürgen Presser (CDU)	ja
32. Abg. Karl Rauber (CDU)	ja
33. Abg. Isolde Ries (SPD)	ja
34. Abg. Gisela Rink (CDU)	ja
35. Abg. Jürgen Rischar (SPD)	ja
36. Abg. Gaby Schäfer (CDU)	ja
37. Abg. Daniela Schlegel-Friedrich (CDU)	ja
38. Abg. Leo Stefan Schmitt (SPD)	ja
39. Abg. Kurt Schoenen (CDU)	ja
40. Abg. Jürgen Schreier (CDU)	ja
41. Abg. Marlis Schwenk (SPD)	ja
42. Abg. Thomas Seilner (CDU)	ja
43. Abg. Christel Steitz (CDU)	ja
44. Abg. Hans-Georg Stritter (SPD)	ja
45. Abg. Dr. Rainer Tabillion (SPD)	ja
46. Abg. Erika Ternes (SPD)	ja
47. Abg. Hubert Ulrich (B 90/Grüne)	ja
48. Abg. Alfons Vogtel (CDU)	ja
49. Abg. Bernd Wegner (CDU)	ja
50. Abg. Reinhold Wirtz	ja
51. Abg. Rüdiger Zakrzewski (SPD)	ja

Z u s a m m e n s t e l l u n g

Abgegebene Stimmen:	48
Davon ja:	48

*) für Teile der Sitzung entschuldigt